

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung zu Stand und Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland

Gliederung

	Seite
1. Einleitung	3
2 Ziele und Aufgaben politischer Bildungsarbeit	3
2.1 Ziele	3
2.2 Grundlegende Elemente der politischen Bildungsarbeit	4
2.3 Neue Herausforderungen für die politische Bildung	6
2.3.1 Bildungspolitische Maßnahmen zur gesellschaftlichen Integration im vereinigten Deutschland	6
2.3.2 Europa	10
2.3.3 Aussiedler	11
2.3.4 Ausländer	11
2.3.5 Industriegesellschaft	11
2.3.6 Gleichstellung von Frauen und Männern	12
2.3.7 Gewalt	12
3. Politische Jugend- und Erwachsenenbildung	13
3.1 Vorbemerkung	13
3.2 Schule	13
3.3 Staatliche und staatlich geförderte außerschulische politische Bil- dungsarbeit	14

	Seite
3.3.1 Bundesressorts (Bundesminister für Frauen und Jugend, Bundesminister der Verteidigung, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit)	14
3.3.2 Der Bundesminister des Innern, die Bundeszentrale für politische Bildung und andere staatliche Institutionen politischer Bildung	17
3.4 Freie Träger der außerschulischen politischen Bildungsarbeit	19
4. Adressaten und Methoden politischer Bildung	21

Bericht der Bundesregierung zu Stand und Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland

1. Einleitung

Der demokratische Staat und die ihn tragende Gesellschaft sind auf das Engagement und die Kompetenz ihrer Bürger angewiesen. Auch die freiheitlichste Verfassung müßte leere Formel bleiben, wenn die Menschen nicht fähig und bereit wären, sie mit Leben zu erfüllen. Eine wichtige Aufgabe hat dabei die politische Bildung; ihr Ziel ist die Vermittlung von demokratischem Bewußtsein, von Kenntnissen und der Fähigkeit, an politischen Prozessen mitzuwirken.

Politische Bildung ist nur in einem freiheitlich verfaßten Staat möglich. Sie ist allerdings nur ein – wenn auch wesentliches – Element politischer Sozialisation und in ihrer Wirksamkeit abhängig von der Politikgestaltung. Wie alle Formen von Bildung ist auch die politische Bildung langfristig angelegt; kurzfristige Änderungen von Einstellungen und Haltungen können und sollten von ihr nicht erwartet werden. Politische Bildung ist daher in der Bundesrepublik Deutschland als ein Element lebenslangen Lernens konzipiert und hat ihren festen Stellenwert in Schule, Berufsausbildung, Hochschule und Weiterbildung. Ein dichtes Netz staatlicher und staatlich geförderter gesellschaftlicher Träger sorgt für ein umfassendes pluralistisches Angebot politischer Bildungsmaßnahmen. Politische Bildung dient nicht der Darstellung der Tätigkeit von Regierungen und anderen staatlichen Institutionen. Im Unterschied zur Indoktrination diktatorischer Staaten, die den Bürger einer Einheitsmeinung zu unterwerfen suchen, ist politische Bildung in der Demokratie auf Selbstbestimmung, Erkenntnis eigener Interessen und Pflichten, verantwortliches Handeln in Staat und Gesellschaft und Freiwilligkeit ausgerichtet.

In den vergangenen Jahrzehnten hat die politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland einen bedeutenden Beitrag zur demokratischen Bewußtseinsbildung und zur politischen Kultur geleistet. Seit dem letzten Bericht der Bundesregierung 1968 hat sich die politische Bildung nach kontroversen Diskussionen in den 70er Jahren inhaltlich, didaktisch und methodisch sehr differenziert. Heute steht den interessierten Bürgern ein umfassendes Bildungsangebot in Form von Tagungen und Publikationen mit einem breiten Themenangebot zur Verfügung.

Im Unterschied zur Vergangenheit muß sich politische Bildung in den 90er Jahren stärker mit aktuellen politischen Problemen und mit Zukunftsfragen beschäftigen: Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen technologischer Entwicklungen müssen ebenso behandelt und problematisiert werden wie ökologische Aspekte. Vor allem aber muß im Mittelpunkt der politischen Bildungsarbeit die politische und gesellschaftliche Integration im vereinigten

Deutschland stehen. Nach dem Niederreißen der Mauer und nach der Vereinigung Deutschlands muß politische Bildung ihren Beitrag dazu leisten, daß aus den bisherigen beiden Teilen Deutschlands ein geistiges und gesellschaftliches Miteinander wird.

2. Ziele und Aufgaben politischer Bildungsarbeit

2.1 Ziele

Politische Bildung hat insbesondere folgende Ziele zu verfolgen:

- möglichst objektiv über Faktoren und Funktionszusammenhänge politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Prozesse zu informieren;
- zur Akzeptanz der Grundwerte der freiheitlichen und pluralen Demokratie – unbeschadet der stets möglichen Kritik an ihrer konkreten Verwirklichung – beizutragen;
- zu verdeutlichen, daß die freiheitliche und plurale Demokratie die einzige politische Ordnung ist, in der eigenständiges, rationales und selbstverantwortliches Handeln möglich und systemkonform ist und die die größten Chancen zur optimalen Entwicklung des Einzelnen bietet;
- das Wesen demokratischer Spielregeln bewußt zu machen und demokratische Verfahrensweisen einzuüben, Konfliktfähigkeit und Konsensbereitschaft auszubilden;
- die Fähigkeit und Bereitschaft, in politischen Alternativen zu denken, zu fördern und das politische Problembewußtsein, die politische Urteilsfähigkeit und Urteilsbereitschaft auszubilden;
- die Fähigkeit zu politischem Handeln zu entwickeln und die Chancen der politischen und gesellschaftlichen Einflußnahme zu erkennen und zu nutzen;
- sprachliche und nicht-sprachliche Kommunikation auf ihren ideologischen Hintergrund zu durchschauen;
- die Fähigkeit, die eigene Rechts- und Interessenlage ebenso zu erkennen, wie die Standortgebundenheit eigener und fremder Aussagen;
- die Befähigung, eigene Interessen im Rahmen der Regeln der pluralistischen Demokratie wahrzunehmen und Rücksicht auf die Interessen anderer zu nehmen;
- die Fähigkeit und Bereitschaft zu fördern, mit Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultu-

- ren friedlich und verständnisvoll zusammenzuleben;
- einen Beitrag zum Abbau nationaler Egoismen zu leisten;
 - die Fähigkeit und Bereitschaft, reflektiertes Engagement und verantwortungsbewußtes politisches und gesellschaftliches Handeln zu entwickeln.

Die Gesamtheit dieser Bildungsziele ist ständiger Auftrag der politischen Bildungsarbeit, um die sich alle Träger der politischen Bildung bei ihren Maßnahmen zu bemühen haben. Sie kann nur durch einen umfassenden politischen Sozialisationsprozeß erreicht werden.

2.2 Grundlegende Elemente der politischen Bildungsarbeit

Im Zentrum der politischen Bildungsarbeit standen und stehen die Vermittlung grundlegender Kenntnisse, Wertvorstellungen und Verhaltensweisen im demokratischen Gemeinwesen. Gerade vor dem Hintergrund der geistigen Integration der Bürger in den neuen Bundesländern, die die differenzierte Ausformung der politischen Kultur in den alten Bundesländern in all ihren Verästelungen nicht kennen können, muß die Arbeit auf diesem Gebiet noch verstärkt werden. Mit der Vermittlung der demokratischen Grundwerte, die das Ergebnis jahrhundertelanger europäischer Grund- und Menschenrechtsdiskussionen sind, können den Bürgern zugleich wesentliche Elemente der Geistesgeschichte nahegebracht werden.

Demokratie beinhaltet nicht nur ein Verfahrensregelwerk, sondern setzt ein spezifisches Menschenbild, bestimmte Grundhaltungen und Einstellungen voraus. Es genügt daher nicht, nur die Regeln zu lehren, sondern es müssen die Grundwerte vermittelt und entsprechendes Verhalten eingeübt werden. Politische Bildung hat die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen von Demokratie aufzuzeigen: Der demokratische Staat und die demokratische Gesellschaft bieten denjenigen Partizipationschancen und Möglichkeiten zur Interessenvertretung, die sie nutzen können und möchten. Demokratische politische Kultur verlangt von den Bürgern die Bereitschaft und die Fähigkeit sowohl zum Konflikt als auch zum Konsens. Zum Wesen der Demokratie gehören der offene und öffentliche Austrag von Konflikten und Interessen, aber am Ende der Interessenausgleich. Demokratie bietet den Minderheiten Schutz und Rechte sowie die stete Chance, zur Mehrheit zu werden. Demokratie verlangt vom einzelnen Bürger aber auch, seine Minderheitenposition zu ertragen und die Entscheidung der Mehrheit anzuerkennen. Politische Bildung hat die Vorteile von offener Interessenvertretung und Konfliktaustragung in der Demokratie mit all ihren scheinbaren Reibungsverlusten im Vergleich zu den verdeckten und unkontrollierbaren Kontroversen in nach außen scheinbar einheitlichen autoritären und totalitären Systemen herauszuarbeiten.

Ziel politischer Bildung muß die reflektierte Bejahung des demokratischen Staates und der freiheitlichen Gesellschaft sein. Eine idealisierte und harmonisier-

rende Darstellung der Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland liefe Gefahr, im Detail durch die Realität widerlegt zu werden und dadurch eher Ablehnung als Zustimmung oder gar Identifikation hervorzurufen. Demokratie muß daher wirklichkeitsnah und mit all ihren Vorzügen und Problemen dargestellt werden. Dann wird deutlich, daß sie die Grundordnung ist, die zwar keineswegs Fehler und Konflikte vermeidet, die jedoch den Menschen den größtmöglichen Freiheitsraum sichert.

Die Entwicklung eines unverkrampften Staats- und Verfassungsbewußtseins ist eine weitere zentrale Aufgabe politischer Bildung. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland garantiert die individuellen und kollektiven Freiheitsrechte und legt die Regeln des Regierungssystems fest; es sichert eine offene Gesellschaft und läßt nur eine sozialverantwortliche, freiheitliche Grundordnung zu. Es bietet den Bürgern Partizipationsmöglichkeiten und sichert die Arbeit der frei gewählten Repräsentanten des Volkes.

Im Unterschied zur Verfassung der Weimarer Republik wurde das Grundgesetz rasch mit Leben erfüllt, so daß es heute zur Grundlage einer differenzierten, demokratischen politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland geworden ist.

Das parlamentarische System der Bundesrepublik Deutschland ist ohne politische Parteien nicht denkbar. Politische Bildung muß daher die Rolle der Parteien in der pluralistischen Demokratie aber auch die der Verbände verdeutlichen. In diesem Zusammenhang hat sie sich auch mit der Gefahr von Parteilichkeit und Politikverdrossenheit in Teilen der Bevölkerung auseinanderzusetzen und ihr entgegenzuwirken.

An den Beispielen diktatorischer Staaten in Geschichte und Gegenwart müssen die für die Bundesrepublik Deutschland so selbstverständlichen Güter wie Rechtsstaatlichkeit und die sie implizierende Rechtssicherheit herausgearbeitet werden, die ohne Grundkenntnisse nicht zu nutzen sind.

Die Geschichte Deutschlands in diesem Jahrhundert enthält ein schwieriges Erbe. Notwendig ist daher ein unvoreingenommenes, zugleich aber auch problemorientiertes Verhältnis zum deutschen Geschichte. Es gilt Verständnis dafür zu wecken, daß die Politik der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie die ihrer Nachbarstaaten in Auseinandersetzung mit Geschichte und der Rolle Deutschlands in der Weltpolitik dieses Jahrhunderts gestaltet wird und daß auch die Bürger mit historischen Problemen befaßt werden. Gerade der deutsche Einigungsprozeß hat wieder verdeutlicht, wie stark Geschichte in die Gegenwart hineinwirkt.

Politische Bildung hat dabei nicht nur Ursachen und Folgen historischer Entscheidungen und Entwicklungen zu beleuchten, sondern auch und gerade Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Geschichte herauszuarbeiten. Das Bewußtsein von Wandelbarkeit und historischen Wandlungsprozessen kann sich auch auf die Diskussion aktueller politischer Probleme vertiefend und mäßigend auswirken.

Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, darf in der politischen Bildung nicht einseitig entschieden werden. Eine solche Festlegung würde der Meinungsvielfalt und dem Pluralismus der demokratischen Gesellschaft widersprechen. Auch Träger politischer Bildung, die der einen oder der anderen politischen Orientierung zuneigen, müssen sich um die Darstellung der Vielfalt bemühen. Politische Bildung darf ihre Adressaten nicht im Sinne erwünschter Meinungen überrumpeln und damit an der Gewinnung einer selbständigen Meinung hindern (Überwältigungsverbot). Ziel politischer Bildung muß es immer sein, die Fähigkeit zur eigenständigen Meinungs- und Urteilsbildung zu fördern (Beutelsbacher Konsens 1977).

Im Unterschied zu den sechziger und siebziger Jahren, in denen sich politische Bildung in erster Linie mit historischen, grundsätzlichen und damit der aktuellen politischen Auseinandersetzung fernerer Themen beschäftigt hat, muß sie sich heute in hohem Maße mit Zukunftsproblemen auseinandersetzen. Die Auswirkungen von wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen lassen Fragen nach der politischen Bewältigung der Probleme aufkommen. Die Auswirkungen und Risiken technischer, ökonomischer und politischer Entscheidungen gehen vielfach über die Grenzen des jeweiligen Staates hinaus, so daß sie nur noch durch internationale Kooperation getroffen und umgesetzt werden können. Die mit diesen Entscheidungen verbundenen Risiken werden von vielen Völkern und Staaten getragen. Die Komplexität dieser Probleme, die zudem in der Öffentlichkeit mit einem hohen Grad an Emotionalität behandelt werden, kann bei manchem Gefühle von Ohnmacht und Sorge entstehen lassen. Die Diskussionen darüber zu versachlichen, muß Ziel der politischen Bildung sein. Sie sollte jedoch nicht der Versuchung erliegen, schwer durchschaubare und komplexe Zukunftsprobleme vereinfachen zu wollen. Sie kann und sollte auch nicht lediglich Beschwichtigungen anbieten. Sie kann aber einen Beitrag zur Erklärung der Zusammenhänge und zur Kompetenz des einzelnen leisten. Sie muß sich in diesen Bereichen sowohl um die Vermittlung von Kenntnissen bemühen, als auch bereit und in der Lage sein, Foren für den Diskurs über brennende Fragen der Industriegesellschaft zu schaffen. Ziel ist die Entwicklung demokratischer Verhaltensmuster, verbunden mit einem hohen Maß an Toleranz und Konsensbereitschaft.

Zu den wesentlichen Ursachen von Abneigung gegenüber Mitmenschen, anderen Bevölkerungsgruppen oder anderen Gesellschaften gehören Vorurteile. Der Abbau von Vorurteilen ist daher eine der zentralen Aufgaben politischer Bildung. Durch sehr unterschiedliche Maßnahmen von Publikationen und Filmen über internationalen Jugendaustausch, das Erlernen von Fremdsprachen oder Reisen in andere Länder, aber auch durch wirtschaftliche Verflechtung ist dabei in den Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland viel Positives erreicht worden. Eine Reihe von Vorurteilen, auf die z. B. der Nationalsozialismus aufbauen konnte, sind heute weitgehend unbekannt. Dennoch muß politische Bildung auf diesem Felde weiterhin kontinuierlich arbeiten, um jedweden Ansatz von antisemitischen Gefühlen und Einstellungen zu bekämpfen.

In der letzten Zeit ist eine bedrohlich anwachsende Welle von Ausländerfeindlichkeit vor allem bei Jugendlichen festzustellen. Politische Bildung hat sich daher verstärkt mit dieser Thematik zu beschäftigen. Andere Traditionen und andere Kulturen können auch in der Bundesrepublik Deutschland das politische und kulturelle Leben anregen und bereichern. Es müssen daher in verstärktem Maße Informationen über ausländische Bürger, ihre Kultur und ihre Herkunftsländer zur Verfügung gestellt werden. Wichtiger noch erscheinen internationale Begegnungen wie auch Besuche in den Nachbarstaaten. Vorurteile haben ihre Wurzeln meist in fehlenden Kenntnissen und in mangelnder Erfahrung mit Fremden. Ziel politischer Bildung muß nicht nur die Toleranz gegenüber Andersdenkenden, sondern auch gegenüber anderen Völkern und Kulturen sein.

Die internationale Debatte um die Nachrüstung, der revolutionäre Wandel in der ehemaligen DDR und in Osteuropa, der Golfkrieg oder der Bürgerkrieg in Jugoslawien haben deutlich gemacht, wie stark die innere Situation der Bundesrepublik Deutschland von der internationalen Politik und der politischen Lage in den Nachbarstaaten beeinflusst wird. Die Bundesrepublik Deutschland ist wie kaum ein anderer Staat in die Weltwirtschaft verflochten. Konjunkturabschwünge bei wichtigen Partnern wirken sich in der deutschen Wirtschaft intensiv und unmittelbar aus.

Politische Bildung darf sich heute nicht mehr nur auf die innenpolitische Situation oder eine nationale Sicht beschränken, sondern muß die internationale Politik mit einbeziehen. Sie muß Verständnis wecken für wachsende internationale Arbeitsteilung und Kooperation und die aus ihr resultierenden Abhängigkeiten.

Die politische Bildung hat das friedliche Miteinander sowie Freundschaft und gute Nachbarschaft mit den östlichen Nachbarn zu begleiten und zu vertiefen. Über der Hilfe für Osteuropa, die die Umwälzungen dort absichert, darf die Situation in der Dritten Welt nicht vergessen werden. Das Nord-Süd-Gefälle und die Armut in der Dritten Welt werden in den kommenden Jahren die internationale Politik entscheidend beeinflussen und sich auch auf die innere Situation der Staaten der nördlichen Halbkugel auswirken.

Stand und Fortgang der europäischen Integration erfordern eine ausführliche Beschäftigung mit dem Thema „Europa“, wobei es nicht nur um die Europäische Gemeinschaft geht. Auch der gesamteuropäische Integrationsprozeß kann nach den Wandlungen in Osteuropa nicht außer acht gelassen werden. Für den europäischen Integrationsprozeß sind nicht nur vertieftes Verständnis für die gerade durch die Einigung sehr komplexen Zusammenhänge zu wecken, sondern vor allem auch Kenntnisse zu vermitteln, damit sich die Bundesbürger in einem geeinten Europa zurechtfinden und sich auch zu stärkerem Engagement auf dem Wege zu einer europäischen Demokratie bereitfinden. Ein geeintes Europa bedarf der demokratischen Kontrolle und Mitwirkung seiner Bürger.

Als Voraussetzung für eine gesamteuropäische Integration ist eine umfassende Kenntnis der Staaten, ih-

rer Bevölkerungen und ihrer Traditionen, ihrer Unterschiede und Gemeinsamkeiten notwendig. Politische Bildung muß sich in verstärktem Maße um diese Kenntnisvermittlung auch durch Auslandsaufenthalte und internationale Begegnungen bemühen. Nur durch die Annäherung der Völker kann es zu einer dauerhaften Integration in Europa kommen. Zur Verständigung mit den östlichen Nachbarn sind gegenseitiges Kennenlernen und Verstehen wesentliche Voraussetzungen.

Politische Informationen werden heute in erster Linie aus den Medien bezogen; sie sind schneller, aktueller und im Medium Fernsehen auch anschaulicher als politische Bildung. Doch sind die Medien ihrer Zielsetzung entsprechend primär auf das wirklich Neue, das Ungewöhnliche und auf das Sensationelle ausgerichtet. Berichte und Analysen historischer, politischer und gesellschaftlicher Zusammenhänge im Fernsehen sind für die Menschen besonders wirksam und ein wichtiges Mittel der politischen Bildung. Allerdings lassen sie wenig Raum für Reflektionen und für eigene Auseinandersetzungen mit der jeweiligen Thematik. Aufgrund der Struktur der Medien sind unmittelbarer Austausch und Diskurs zwischen Informierendem und Informiertem nicht möglich. Insofern befindet sich der Adressat der Information weitgehend in der Rolle des Konsumenten. Partizipatives Lernen wie in der politischen Bildung ist ausgeschlossen, weil die Medien ihrer Struktur nach fast keine Kommunikation mit dem Adressaten und erst recht keine direkte kritische Auseinandersetzung erlauben.

Politische Bildung hat in diesem Bereich eine doppelte Funktion: Zum einen ist es notwendig, sich mit den Medien, ihrer Rolle in der Gesellschaft und ihren Wirkungen auseinanderzusetzen, ihre Möglichkeiten und auch ihre Grenzen zu beleuchten und zu diskutieren, und zum anderen muß die politische Bildung sich kritisch mit den Inhalten, die die Medien vermitteln, beschäftigen. Hierbei gilt es insbesondere im Dialog mit dem Medienkonsumenten die vermittelten Informationen und Analysen aufzuarbeiten. In Anbetracht des großen Einflusses der Medien darf politische Bildung ihre vertiefende Bildungsfunktion nicht überschätzen. Sie sollte dabei die Medien als Partner in der politischen Bildung auffassen. Die kritische Mediennutzung ist dabei das Ziel politischer Bildung. Durch vielfältigen Medieneinsatz in Seminarveranstaltungen wird das Angebot der politischen Bildung breiter und attraktiver.

2.3 Neue Herausforderungen für die politische Bildung

2.3.1 Bildungspolitische Maßnahmen zur gesellschaftlichen Integration im vereinigten Deutschland

Die Menschen in der ehemaligen DDR haben nach jahrzehntelanger Unterdrückung in einem friedlichen Wandlungsprozeß die kommunistische Diktatur abgeschüttelt und damit den Grundstein für die Wiedervereinigung Deutschlands gelegt. Im Unterschied zu den Westzonen, denen nach dem Zweiten Weltkrieg die Demokratie von den Siegermächten ermöglicht wurde, haben die Menschen in der ehemaligen DDR

sich die demokratischen Rechte selbst erkämpft. Ihre Mittel waren dabei friedliche Demonstrationen, Proteste und Wahlen – typische Elemente der demokratischen Auseinandersetzung. Selbst in den Zeiten, als die alten Institutionen bereits zusammengebrochen waren, neue Institutionen, Parteien und Verbände sich noch nicht herausgebildet hatten, erlagen die Menschen in der ehemaligen DDR nicht der naheliegenden Versuchung, das alte politische System mit Gewalt zu beseitigen. An runden Tischen wurden auf allen Ebenen im freien Diskurs die Grundlagen für ein freiheitliches, politisches, gesellschaftliches und wirtschaftliches System gelegt. Auch dabei wurden genau die Tugenden gezeigt, die als Grundelemente demokratischen Verhaltens gelten: Konflikt- und Konsensfähigkeit.

Mit ihrer friedlichen Revolution haben die Menschen in der ehemaligen DDR einen Wandlungsprozeß in Gang gesetzt, der nicht nur das politische und gesellschaftliche System umstürzte, sondern auch tief in ihr tägliches Leben eingriff. Bisherige Werte und jahrzehntelang eingeübte und belohnte Verhaltensweisen – wie etwa das Einfügen ins Kollektiv – galten nichts mehr. Statt dessen sind Verhaltensweisen gefragt, die bisher kritisiert und verurteilt wurden, wie etwa eigenständiges Handeln oder Risikobereitschaft. Vorgeplante Lebensläufe, die das Leben weitgehend überschaubar und berechenbar erscheinen ließen, sind selbstverantwortlicher Lebensgestaltung gewichen.

Bei vielen Bürgern in den neuen Ländern ist die Euphorie des Umbruchs inzwischen einer gewissen Ernüchterung gewichen: Zum einen fühlt man sich – vor allem in der Wirtschaft – noch immer von den Kräften der Vergangenheit beherrscht und bestimmt, zum anderen lassen sich die Erwartungen, Wohlstand und Gleichheit der Lebensverhältnisse zu schaffen, nicht in dem von den Menschen erhofften Tempo realisieren. Zum dritten ergeben sich bei der Verurteilung früherer Amtsträger rechtsstaatliche Probleme, die den Menschen schwer zu erklären sind.

Viele zwar verständliche, aber dennoch unrealistische Hoffnungen haben getragen: Eine Synthese aus alten scheinbaren, trügerischen Sicherheiten und neuen Freiheiten ist nicht möglich.

Das nach der Öffnung der ehemaligen DDR sichtbar werdende wirtschaftliche Desaster des alten Regimes legte die Ineffizienz eines maroden sozialistischen Wirtschaftssystems offen und machte deutlich, daß auch der totalitäre Überwachungs- und Betreuungsstaat mit seinen angeblichen sozialen Errungenschaften eine Illusion war, die nicht mehr aufrechterhalten werden konnte. Hinzu kamen Ungeduld, zu hohe Erwartungen und das Bestreben, das Erbe von 40 Jahren Sozialismus in wenigen Monaten zu bewältigen. Es gehört zu den vorrangigen Aufgaben der politischen Bildung, 40 Jahre Sozialismus und kommunistisches Staatswesen kritisch aufzuarbeiten und bei der Orientierungssuche nach demokratischen Denk- und Verhaltensmustern behilflich zu sein.

Vor dem Hintergrund der bestehenden Schwierigkeiten in den neuen Bundesländern sind die Bürger dort in erster Linie an lebenspraktischen Hilfen interes-

siert. Politische Bildung muß hier ansetzen, um ihren Beitrag zu Orientierung und Sicherheit leisten zu können. Sie kann anknüpfen an Grundproblemen der Arbeitswelt und des Alltags. Dabei kann und muß sie allerdings die politische Dimension des Lebens und Handelns und damit deren politische Gestaltbarkeit verdeutlichen. Insofern ist insbesondere bei den Maßnahmen in den neuen Ländern von einem breiten Begriff politischer Bildung auszugehen. Die grundsätzlichen Lernziele demokratischer politischer Bildung sind in den neuen und den alten Bundesländern identisch. Allerdings finden sie unterschiedliche Voraussetzungen vor und bedürfen unterschiedlicher methodischer und didaktischer Maßnahmen.

Vor dem Hintergrund der Wiedervereinigung steht politische Bildung in erster Linie vor folgenden Aufgaben:

1. Politische Bildung muß sich mit den Problemen, die sich aus dem Zusammenbruch des kommunistischen Staats-, Wirtschafts- und Gesellschafts-systems in der ehemaligen DDR ergeben, auseinandersetzen.
2. Politische Bildung muß ihren Beitrag zur gesellschaftlichen Integration in der Bundesrepublik Deutschland leisten. Ziel ist die Schaffung einer gemeinsamen politischen Kultur.
3. Politische Bildung muß sich auch weiterhin den sich aus der industriellen Zivilisation ergebenden dringenden Fragen stellen.

Bei allem Bemühen um die Integration der beiden Gesellschaften in der Bundesrepublik Deutschland darf es kein Verdrängen der Unterschiede zwischen den Menschen aus den neuen und den alten Bundesländern geben. Nur ein bewußtes Aufarbeiten und Akzeptieren der noch bestehenden Unterschiede kann zur dauerhaften Grundlage der gesellschaftlichen Integration werden.

Bei allen Maßnahmen der politischen Bildung muß jeder Anschein von Überheblichkeit vermieden werden; die Bürger in den neuen Bundesländern dürfen nicht erneut zu bloßen Objekten von Bildungsmaßnahmen degradiert werden. Statt dessen ist der offene Diskurs anzustreben, der einen freien Austausch unterschiedlicher Erfahrungen und Meinungen bietet, gegenseitiges Voneinanderlernen gewährleistet und somit Grundlage einer gemeinsamen demokratischen politischen Kultur ist. Es darf nicht vergessen werden, daß die Menschen in den neuen Ländern aus eigener Kraft die Demokratie eingeführt haben; insofern geht es nicht um Nachhilfe, sondern um Orientierung und Informationen über das politische und gesellschaftliche System der Bundesrepublik Deutschland.

Bei all ihren Maßnahmen muß sich politische Bildung Zurückhaltung auferlegen, da sie damit rechnen muß, als eine Variante von altvertrauter Indoktrination mit anderen Mitteln beargwöhnt zu werden. Der Staat DDR hat seine Bürger ständiger Agitation und Propaganda unterworfen und sie zwangspolitisiert. Vor allem staatliche politische Bildung sollte daher in den neuen Ländern mit äußerster Behutsamkeit vorgehen. Politische Bildung muß sich als Angebot für interessierte Bürger verstehen, wenn sie glaubwürdig sein

will. Sofern der Einzelne dieses Gesprächsangebot nicht annimmt, vielmehr sich in seine Privatsphäre zurückzieht, ist auch diese Haltung zu respektieren und darf nicht verketzert werden.

Durch den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland sind Arbeits- und Lebenswelt der Bürger in den neuen Bundesländern völlig verändert worden. In allen Lebensbereichen herrschen neue Regeln und Bestimmungen. Von der Arbeits- und Sozialordnung über Steuern und Verwaltung bis hin zum Straßenverkehr. Aber auch das politische System in all seinen Verästelungen — der Föderalismus, die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, die kommunale Selbstverwaltung, um nur einige wichtige Bereiche zu nennen — sind den Menschen in den neuen Bundesländern nicht vertraut. Im Unterschied zur ehemaligen DDR können sich die Bürger in der alten Bundesrepublik Deutschland auf die Rechtssicherheit verlassen. Doch sein Recht kann nur der bekommen, der es kennt.

Mit einem breiten Angebot von Broschüren und Büchern ist diesem Informationsdefizit in den neuen Bundesländern zu begegnen. Zur ersten schnellen Information dienen Broschüren, die den Leser nicht überfordern. Auf vertiefende Fragestellungen könnte man bausteinartig mit umfangreicheren Publikationen eingehen. Nicht abstrakte Darstellungen sind gefragt, sondern problembewußte und -orientierte Einführungen, die von Beispielen und aktuellen Fragestellungen ausgehen.

Politische Bildung muß in der Lage sein, auf kurzfristig auftretende Fragestellungen und Orientierungsschwierigkeiten schnell zu reagieren. Wegen der Anschaulichkeit und den sich stark wandelnden Informationsgewohnheiten, vor allem Jugendlicher, darf sich diese erste Institutionenkunde nicht auf die Printmedien beschränken, sondern muß in verstärktem Maße Kino- und Fernsehspots produzieren. Aber auch mit Filmen insbesondere in Form von Videokassetten und mit Wanderausstellungen können knappe Informationen transportiert werden. Insgesamt gilt es, mit diesen Grundinformationen eine möglichst große Zahl von Bürgern zu erreichen; deshalb ist der Weg über die Massenmedien notwendig.

Zusätzlich ist die Veranstaltung von Tagungen nötig, um im direkten Gespräch Fragen zu beantworten und Orientierungshilfe zu leisten.

Besonders wichtig erscheinen im Rahmen der politischen Bildung Gespräche zwischen den Bürgern aus den alten und den neuen Bundesländern, um den Informations- und Kommunikationsmangel der vergangenen Jahrzehnte zu beheben, Vorurteile abzubauen und neue geistige Barrieren zu vermeiden. Deshalb sollten alle Träger politischer Bildung in großem Umfang Begegnungsseminare veranstalten, zu denen Bürger aus allen Bundesländern eingeladen werden. Wichtig erscheint es dabei, auf der Grundlage strukturierter Programme in Gesprächen und Diskussionen Grundinformationen über die jeweils andere Region, über die unterschiedliche Herkunft, über Lebenswirklichkeiten, Mentalitäten und auch Bildungsstrukturen sowie die politische und gesellschaftliche Situation auszutauschen. Diese Begegnungsseminare sollen

neben der Informationsvermittlung vor allem das gegenseitige Verständnis fördern. Nur im Gespräch können die unterschiedlichen Problemlagen und Schwierigkeiten verstanden werden.

Ziel dieser Seminare ist es, Verständnis für die gravierenden Veränderungen in den neuen Ländern und vor allem auch für die Reaktionen der betroffenen Menschen zu wecken. Die Menschen in den westlichen Bundesländern müssen zudem dafür sensibilisiert werden, daß auch sie von den Veränderungen betroffen sind.

Um einer unnötigen Ost-West-Klassifizierung entgegenzuwirken, sollten die regionalen Unterschiede in der Bundesrepublik Deutschland generell thematisiert werden. Ansatzpunkt hierfür könnte die Behandlung der föderalistischen Struktur in der Bundesrepublik Deutschland sein, die neben der Aufgabenteilung und der Machtbegrenzung auch Gewähr für die Erhaltung der regionalen Besonderheiten bietet. Welche Bedeutung das Thema „Föderalismus“ für die Bürger in den neuen Ländern hat, zeigt die schnelle Wiederherstellung der Länderstrukturen in der ehemaligen DDR, die durch die mehr als 30jährige Bezirkseinteilung und -verwaltung allenfalls überlagert, aber jedenfalls nicht vergessen wurden. Hier zeigt sich eine offenkundige Bindung an Länder und Regionen, die für die Identität der Bürger in den neuen Ländern — gerade vor dem Hintergrund des politischen und gesellschaftlichen Umbruchs — von besonderer Bedeutung ist. Insofern bietet die Behandlung der für die Bundesrepublik Deutschland konstitutiven Länderstruktur Ansatzpunkte zur Identifikation und auch zur Integration.

Bei diesen Begegnungsseminaren, wie auch bei allen anderen Maßnahmen deutschlandpolitischer Bildung, die die Integration in Deutschland fördern sollen, ist es von zentraler Bedeutung, daß die Unterschiede zwischen westlichen und östlichen Bundesländern nicht vordergründig harmonisiert werden. Es geht vielmehr darum, diese Unterschiede in Auffassungen, Mentalitäten und Erziehung herauszuarbeiten und damit aufzuarbeiten. Nur auf diese Weise kann die Integration erfolgen und ein Aufbrechen neuer Vorurteile und alter Vorbehalte verhindert werden. Insofern sind solche Begegnungsseminare Auseinandersetzung mit der Geschichte in der Bundesrepublik Deutschland und mit der eigenen individuellen Biographie.

Der Fortbildungsbedarf für Multiplikatoren in den neuen Ländern ist ungeheuer hoch. Ein besonderes Problem stellt sich hier bei der lehrmäßigen Ausfüllung des neuen Fachs Sozialkunde in den Schulen, da die Lehrkräfte des früheren Fachs Staatsbürgerkunde große Akzeptanzprobleme haben. Es kann aber sicher nicht gewartet werden, bis eine neue Generation von Sozialkundelehrern die Universitäten verläßt. Gerade die derzeitige Umbruchsituation erfordert in besonderem Maße einen kontinuierlichen Politik- und Sozialkundeunterricht, sowie ein breites Angebot an Maßnahmen politischer Bildung. Wie notwendig politische Bildung derzeit ist, wird in den Reaktionen Jugendlicher auf den Verlust der bisher geltenden Werte deutlich.

Deshalb ist für die nächsten Jahre ein breites Bildungs- und Fortbildungsprogramm für Lehrer und andere Multiplikatoren der politischen Bildung möglichst vieler Träger der politischen Erwachsenenbildung erforderlich. Dieses Fortbildungsangebot muß neben fachlichen, auch methodische und didaktische Fragen in breitem Umfange behandeln, da insbesondere die partizipativen Methoden den Lehrern in den neuen Bundesländern noch weitgehend unbekannt sind. Zur Grundlegung einer demokratischen Kultur genügt nicht nur die auf Kognition ausgerichtete Wissensvermittlung, sondern die Bildungsmaßnahmen müssen auch auf den affektiven und den Handlungsbereich abzielen.

So sehr wie die Deutschen war kein anderes Volk in die beiden großen Diktatorsysteme dieses Jahrhunderts verstrickt. Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR wurde die nationalsozialistische Gewaltherrschaft durch die SED-Diktatur abgelöst. Insofern hat es in diesem Teil Deutschlands seit 1933 keine Erfahrungen mit der Demokratie gegeben. Die Gründung der DDR und die Herrschaft der SED, aber auch die Teilung Deutschlands, sind ohne die Zeit des Nationalsozialismus und des von ihm ausgelösten Zweiten Weltkrieges nicht erklärbar. Bei der nun anstehenden notwendigen Aufarbeitung der Geschichte der DDR dürfen diese Zusammenhänge nicht übersehen werden. Für die politische Bildung der Menschen vor allem in den neuen Ländern sind Erforschung und Behandlung der DDR-Geschichte von zentraler Bedeutung, weil die Geschichte dieses Staates und dieser Gesellschaft ein Teil ihrer Geschichte ist.

Aufarbeitung der Geschichte des bürokratisch-diktatorischen Kommunismus in der DDR bedeutet zunächst einmal eine Auseinandersetzung mit den Herrschaftsstrukturen, mit dem Prozeß der Machterringung der SED und den Formen der Kontrolle, den Repressionen, der Pervertierung des Strafrechts und der ideologischen Indoktrination der gesamten Gesellschaft. Hierbei sind insbesondere auch die Auswirkungen dieser Herrschaftsausübung auf die Individuen zu beleuchten. Zu fragen ist aber auch nach den Funktionen der Ideologie, nach der Rolle der Sowjetunion in der 40jährigen Geschichte der DDR, nach der Wandlungsfähigkeit des kommunistischen Systems und vor allem nach den Ursachen seines Zusammenbruchs.

Die Aufarbeitung der DDR-Geschichte ist Aufgabe und Problem aller Bürger in der Bundesrepublik Deutschland, da sie nunmehr zur gemeinsamen Vergangenheit gehört, wie auch die Geschichte der alten Bundesländer. Direkt betroffen waren alle Deutschen vom Kalten Krieg, der über Jahrzehnte nicht nur die Außenpolitik bestimmte, sondern auch Einfluß auf Innenpolitik und Lebensverhältnisse in beiden Staaten in Deutschland hatte.

Politische Bildung muß sich in den neuen Bundesländern aber nicht nur mit der jüngsten Vergangenheit, sondern auch mit der gesamten deutschen Geschichte beschäftigen. Da das Geschichtsbild in der DDR vor allem Legitimationsfunktion hatte, gab es in Wissenschaft und Unterricht nicht nur weiße Flecken, sondern auch Geschichtsverfälschungen. Auch wenn sich die Geschichtswissenschaft in den 80er Jah-

ren zunehmend differenzierte, herrschten im Unterricht die von dem Minister für Volksbildung, Margot Honecker, strikt vorgegebenen dogmatischen Richtlinien vor. Die deutsche Geschichte wurde in zwei Traditionen gespalten, von denen eine ihre Wurzeln in der preußischen Geschichte besaß und über das wilhelminische Deutschland und 1933 schließlich in die Bundesrepublik Deutschland mündete. Die andere Kontinuitätslinie wurde von den Bauernkriegen über die Revolution von 1848, die Kommunistische Partei in der Weimarer Republik, Teilen des Widerstandes im Dritten Reich bis zur Entwicklung der DDR gezogen. Mit derartigen Traditionsstrukturen wurde nicht nur die Geschichte verfälscht, sondern auch die deutsche Spaltung vertieft und scheinbar historisch untermauert.

Vor diesem Hintergrund hat in der ehemaligen DDR auch keine wirkliche Aufarbeitung des Nationalsozialismus und seiner Ursachen stattgefunden. Unter dem Deckmantel eines proklamierten „Antifaschismus“ als konstituierendem Element der DDR überbetonte man den Arbeiterwiderstand und ließ eine Analyse des Nationalsozialismus bewußt und gewollt beiseite. Bis 1975 wurde in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, dem zentralen Publikationsorgan der Historiker der DDR, kein einziger Beitrag über die Judenvernichtung im Dritten Reich veröffentlicht. Gerade die Unkenntnis des Nationalsozialismus läßt Jugendliche heute in den neuen Ländern leichtfertig mit ideologischen Versatzstücken und Symbolen dieser Vergangenheit umgehen.

Der revolutionäre Umbruch in der DDR gehört zu den großen Ereignissen in der deutschen Geschichte. Ihm gelang, was – wenn auch unter ganz anderen Umständen – den Revolutionären von 1848 versagt blieb, Demokratie und deutsche Einheit zugleich zu schaffen. Die Menschen in der ehemaligen DDR bringen in die gemeinsame politische Kultur Erfahrungen im Umgang mit einer Diktatur und ihrer Beseitigung ein. Politische Bildung muß sich mit den Ereignissen der friedlichen Revolution in der DDR intensiv beschäftigen und sie als herausragendes Ereignis in die Geschichte demokratischer Traditionen in Deutschland einordnen.

Alle Parteien und gesellschaftlichen Organisationen sind von mehr oder weniger schwindenden Mitgliederzahlen und abnehmender Bereitschaft zur Übernahme politischer Verantwortung betroffen. Politische Bildung hat daher Verständnis zu wecken für den demokratisch strukturierten Staat, die soziale Marktwirtschaft und vor allem für die schwierigen Probleme bei der Sanierung der Wirtschaft und der rechtsstaatlichen Bewältigung der SED-Vergangenheit. Dabei kann es nicht nur um die theoretisch-rationalen Beschreibung demokratischer Spielregeln gehen, sondern die Bürger müssen lernen und üben, ihre Interessen zu erkennen, zu vertreten und dadurch soziale Konflikte mit den friedlichen Mitteln der demokratischen Gesellschaft zu regeln. Im Unterschied zur bürokratisch dirigierte DDR-Gesellschaft, in der eine kleine Funktionärsschicht auch das individuelle Leben und seine Abläufe bestimmte, können und müssen die Bürger in der pluralistischen Gesellschaft ihr eigenes Leben selbst gestalten. Sie können darüber

hinaus an der Entwicklung des Gemeinwesens verantwortlich mitwirken.

Mit besonderer Intensität muß sich die politische Bildung um die Situation der Jugendlichen in den neuen Ländern kümmern. Sie sind von der Wende in besonders starkem Maße betroffen. Nach dem Bankrott des diktatorischen Regimes in der ehemaligen DDR füllt sich das Bewußtsein der Jugendlichen nicht automatisch mit demokratischem Gedankengut. Vielmehr könnte die Gefahr bestehen, daß einige Jugendliche den Ausweg aus der Krise der alten Werte in den einfachen Lösungen anderer geschlossener Welterklärungsmodelle und in Anlehnung an neue autoritäre Strukturen suchen. Schule und FDJ haben diese Jugendlichen in deutlich autoritärer Prägung mit klarem Freund-Feind-Denken zur Anpassung und Einfügung in das Kollektiv erzogen.

Das Erlebnis von Unsicherheit, die Gefahr von Arbeitslosigkeit und scheinbar mangelnde Zukunftsperspektiven lassen eine wachsende Gruppe von ihnen zu Protestverhalten und zur Suche nach Sündenböcken Zuflucht suchen. Bereits zu SED-Zeiten bildete sich eine rechtsradikale Szene heraus, die sich nach der Wende 1989 – auch unter dem Einfluß westdeutscher Gesinnungsgenossen – immer offener, lautstark und gewalttätig artikuliert. Nach dem Zwang zur Übernahme kommunistischer Werte und dem verordneten „Antifaschismus“ greift der Protest auf die am meisten verpönten ideologischen Versatzstücke und Symbole zurück. In diesem Rechtsextremismus, der durch Ausländerfeindlichkeit, Deutschtümelei, Antisemitismus und den Hang zu verbalradikalen und gewaltsamen Auswüchsen gekennzeichnet ist, zeigt sich auch die mangelnde Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Der von der SED beanspruchte „Antifaschismus“ führte dazu, daß sich die gesamte Gesellschaft außerhalb jeder Verantwortung für die NS-Vergangenheit stellte. Unkenntnis des Nationalsozialismus, Vorurteile wie z. B. die vermeintliche ausländische Konkurrenz am Arbeitsplatz und mangelnde Vertrautheit mit allem Fremden, fördern diesen Rechtsextremismus.

Untersuchungen in den letzten Jahren haben eine hohe Korrelation zwischen mangelnder politischer Bildung und der Neigung zum Extremismus nachgewiesen. Deshalb ist die erste – quasi vorbeugende – Aufgabe politischer Bildung vor allem in der Schule die Kenntnisvermittlung. Nur wer weiß, in welchen Sitten und Traditionen die Bürger in anderen Staaten leben, wodurch sie und ihre Mentalitäten geprägt sind, wird ihnen Achtung, Verständnis, Offenheit und Kooperationsbereitschaft entgegenbringen. Nur wer weiß, welche verheerenden Folgen der Nationalsozialismus in Europa und der Welt hatte, wird nicht leichtfertig auf ihn zurückgreifen. Erste Adressaten für außerschulische politische Bildung sind die Multiplikatoren der Jugendarbeit, denen Argumentationshilfe und Verhaltenstraining geboten werden muß. In dieser für die Jugendlichen besonders problematischen Umbruchsituation müssen Jugendarbeit und auch politische Bildung Anlaufstationen sein. Es gilt, Gesprächsangebote zu machen und Dialogbereitschaft zu zeigen. Nur im offenen Dialog lassen sich Probleme erörtern, Argumente differenzieren und das

Bewußtsein beeinflussen. Gerade in der Jugendarbeit muß politische Bildung auf differenzierte Ansprache und Methodenvielfalt setzen; neben den Gesprächen sollten vor allem die neuen Medien genutzt werden, um neben dem kognitiven auch den affektiven Bereich anzusprechen.

Bei all ihren Maßnahmen muß sich politische Bildung nicht nur darum bemühen, Verständnis und Vertrauen für die Demokratie und ihre Institutionen zu vermitteln, sondern auch die Möglichkeiten aufzuzeigen, die eine freie Gesellschaft zur Selbstentfaltung bietet.

Die erweiterte Bundesrepublik Deutschland steht in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vor ungeheuren Aufgaben. Sie muß die innere Vereinigung vollenden, die Wirtschaft im Osten Deutschlands und die Umwelt sanieren. Als die am ehesten erfolgversprechende integrationspolitische Maßnahme erscheint das gemeinsame Lösen dieser Probleme. Politische Bildung kann und muß für diese Aufgaben sensibilisieren; sie muß Foren für den offenen Austausch von Deutschen aus allen Regionen über mögliche Lösungsstrategien bieten und auf diese Weise den Dialog und die Kommunikation vertiefen.

2.3.2 Europa

Die Vollendung des europäischen Binnenmarktes 1992 ist ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Schaffung der Europäischen Union. Zwar hat sich die Europa-Begeisterung der fünfziger Jahre angesichts der Mühen alltäglicher Verhandlungen und Kompromisse gelegt, aber die Menschen wissen dennoch genau, wieviel in der europäischen Gemeinschaft geleistet worden ist, nicht nur ökonomisch, sondern auch und vor allem politisch. Aus tiefer Feindschaft sind Freundschaft und selbstverständliche Kooperation auf nahezu allen Gebieten geworden.

Politische Bildung hat diesen Weg zu analysieren, und auf seine Vorbildfunktion zu untersuchen, ohne dabei die aktuellen Probleme der Integration zu vernachlässigen. Sie sollte die Gemeinsamkeiten und Traditionen Europas betonen und dabei seine Vielfalt nicht außer acht lassen. Gerade weil die nationalen und regionalen Besonderheiten und Interessen nicht verschüttet werden sollen, sind die Verhandlungen bei der europäischen Einigung so schwierig. Dem Bürger muß deutlich werden, daß Europa so gestaltet wird, daß die regionalen und nationalen Eigenheiten unter einem europäischen Dach bewahrt bleiben. Politische Bildung muß den sich deutlich abzeichnenden Spannungsbogen zwischen der politischen und ökonomischen Großeinheit Westeuropa und den Tendenzen zu politischem und ökonomischem Partikularismus und Regionalismus darstellen und erläutern. Sie muß die Großeinheit, ihre Institutionen und Prozeduren durchschaubar machen, sich zugleich aber auch regionaler und nationaler Fragen annehmen.

Nach der Vollendung der Einheit ist die Verantwortung Deutschlands in Europa und der Welt gewachsen. Dies hängt zum einen mit der deutschen Ge-

schichte zusammen, denn noch immer gibt es historisch begründete Vorbehalte gegenüber Deutschland, und zum anderen mit der heutigen politischen und vor allem ökonomischen Stellung der Bundesrepublik Deutschland in Europa. Umso wichtiger ist daher das deutsche Drängen auf Fortschritte im europäischen Integrationsprozeß. Für politische Bildung heißt dies zum einen, Verständnis für den europäischen Integrationsprozeß zu wecken bzw. zu verstärken und zum anderen die Vorteile des Integrationsprozesses für die Bürger in Deutschland und in Europa zu beleuchten. Dabei dürfen allerdings weder die Auswirkungen der Aufgabe von Souveränität noch die bisher mangelnde umfassende parlamentarische Kontrolle in Europa und auch nicht die Probleme der industriellen Konzentration verschwiegen werden. Politische Bildung hat zudem darauf zu achten, daß die Integration dem Bewußtsein der Bürger in Deutschland nicht voraus-eilt. Sie muß deswegen ihre Adressaten in vermehrtem Maße für den doppelten Einigungsprozeß in Europa sensibilisieren. Dazu dient beispielsweise die Förderung von Tagungen der politischen Bildung in Orten, an denen die europäischen Organe ihren Sitz haben.

Der Umbruch in Mittel- und Osteuropa hat die kommunistischen Regime gestürzt, den Kalten Krieg beendet und damit die Nachkriegsordnung in Europa aufgehoben. Mit der Demokratisierung der Staaten Mittelost-, Ost- und Südosteuropas stellt sich das Thema „Europäische Integration“ völlig neu. Wir stehen am Beginn eines gesamteuropäischen Annäherungs- und Integrationsprozesses. Politische Bildung muß auch auf diese Entwicklung eingehen, zumal die Demokratisierung in Osteuropa bei einem sehr großen Teil der Bürger in der Bundesrepublik Deutschland auf ein außerordentlich großes Interesse gestoßen ist. Es gilt, den Aussöhnungsprozeß mit den östlichen Nachbarstaaten in der Bevölkerung zu verankern, die Unterscheidung zwischen den Menschen und dem ehemaligen Regime voranzutreiben, den Demokratisierungsprozeß positiv zu begleiten und Verständnis für die Schwierigkeiten und die begrenzten Fortschritte beim Umgestaltungsprozeß in Politik und Wirtschaft zu wecken. Es muß dabei verdeutlicht werden, daß es für diesen säkularen Wandel keine historischen Vorbilder gibt.

Die Entwicklung Osteuropas stärkt auch das gesamteuropäische Bewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland und macht vielen Bürgern wieder deutlich, welchen Anteil auch Osteuropa an der Entwicklung der europäischen Kultur hat. Mit der Behandlung derartiger Themen wird die politische Bildung dazu beitragen, das Verständnis für einen gesamteuropäischen Integrationsprozeß zu fördern. Der Umbruch in Osteuropa hat nachhaltig Nationalitäten und Nationalismus wieder stärker in Erscheinung treten lassen und damit zu einem Wiederaufleben von Nationalitätenkonflikten beigetragen. Politische Bildung wird sich daher in den nächsten Jahren verstärkt wieder mit dem Phänomen des Nationalismus und mit den Problemen einzelner Nationalitäten zu beschäftigen haben und die europäische Integration auch vor dem Hintergrund der nationalen Bestrebungen und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker abzuwägen haben.

Das Thema „Europäische Integration“ eignet sich in besonderer Weise für Begegnungsseminare, da es sich um eine gemeinsame Zukunftsaufgabe aller Deutschen handelt. Zudem gibt es aus den neuen Bundesländern eine große Nachfrage nach Informationen, weil die EG, ihre Institutionen und Funktionen weitgehend unbekannt sind.

2.3.3 Aussiedler

Seit Ende des Zweiten Weltkriegs gibt es einen kontinuierlichen Zuzug von Aussiedlern aus Osteuropa in die Bundesrepublik Deutschland. Dies fand in der Öffentlichkeit nur Beachtung, wenn nach entsprechenden Vereinbarungen mit den Herkunftsländern eine größere Zahl von deutschen Aussiedlern ausreisen durfte, wie 1957 und 58 und in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre. Seit 1988 ist der Aussiedlerstrom so sprunghaft angestiegen, daß er zu einem Problem vor allem der Sozial- und auch der Bildungspolitik wurde. Darüber hinaus wurden die Probleme der Aussiedler vielfach in der öffentlichen Diskussion vermengt mit denen der Asylsuchenden.

Politische Bildung hat auch in diesem Bereich zum rationalen Dialog beizutragen, dies umso mehr als eine Integration der Aussiedler nicht ohne Mithilfe der Bevölkerung möglich ist. Politische Bildung muß das Aussiedlerthema als eine der Spätfolgen des Zweiten Weltkriegs darstellen und verdeutlichen, daß es sich bei den Aussiedlern von Abstammung und Selbsteinschätzung her um Deutsche handelt, die in ihren Herkunftsländern schwere Leiden erdulden mußten. Darüber hinaus ist es notwendig, den Bundesbürgern das politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Umfeld in den Herkunftsländern zu erläutern, um ihnen das Leben, die Mentalität und den geistigen Hintergrund der Aussiedler näherzubringen. Auch anhand dieser Thematik können Probleme des Nationalismus und der Nationalitätenkonflikte sowie der Minderheiten exemplifiziert werden. Vor allem aber sind die Aussiedler selbst Adressaten umfangreicher politischer Bildungsmaßnahmen, da sie sich zumindest zunächst in der pluralistischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland nur schwer zurechtfinden und daher mit der politischen Kultur ihrer neuen Heimat vertraut gemacht werden müssen.

2.3.4 Ausländer

Politische Bildung muß in Anbetracht der Gefahr von Fremdenfeindlichkeit Verständnis für die ausländischen Bürger und ihre Situation in Deutschland wecken. Dabei geht es nicht nur um Informationen über Lebensgewohnheiten, Traditionen und Herkunftsländer, sondern auch um die Herstellung von Kommunikation. Das Verhältnis zwischen deutschen und ausländischen Bürgern muß mit Nachdruck in das Zentrum politischer Bildungsarbeit gerückt werden. Die Bundesregierung hat daher in den Förderungsrichtlinien der Bundeszentrale für politische Bildung im Inland lebende Ausländer Bundesbürgern gleichgestellt. Politische Bildungsveranstaltungen sollten nicht nur die Differenzen beleuchten und problematisieren,

sondern auch auf positive Beispiele des Zusammenlebens hinweisen. Zudem ist sowohl nach den Urteilen der Deutschen über die Ausländer, als auch nach den Einstellungen der Ausländer gegenüber den Deutschen zu fragen. Diskutiert werden sollte auch, was den Ausländern an Deutschland gefällt und umgekehrt den Deutschen bei ihren Besuchen in den jeweiligen Herkunftsländern der Ausländer. Ein wichtiger Gesprächsgegenstand bei solchen Bildungsveranstaltungen könnte darüberhinaus sein, was Deutsche und Ausländer in Geschichte und Gegenwart voneinander profitiert haben und was sie in Zukunft voneinander lernen können.

Adressaten der politischen Bildung in diesem Themenfeld sind zum einen Multiplikatoren im weitesten Sinne, die sich in ihrer täglichen Arbeit mit dieser Thematik auseinandersetzen und nach Argumentationshilfen suchen. Zum anderen muß sich politische Bildung an einen möglichst großen Kreis von Bürgern wenden; denn von ihnen allen hängt die Qualität des Zusammenlebens von Ausländern und Deutschen ab.

2.3.5 Industriegesellschaft

Die moderne Industriegesellschaft hat vielen Menschen ungeahnten Reichtum aber auch ungekannte Risiken gebracht. Der Mensch hat sich die Erde in einer Weise untertan gemacht und in die Natur eingegriffen, daß er seine eigenen Lebensgrundlagen gefährdet. Technologische Entwicklungen und ökonomische Entscheidungen bringen Vorteile, können aber auch Gefahren in sich bergen, die sich regional nicht begrenzen lassen. Insofern gehen Investitionsentscheidungen über den Rahmen der Unternehmen weit hinaus; sie sprengen das Gefüge bisheriger Risikokalkulation und -bewältigung. Die Abhängigkeit der Entscheidungsträger von Experten nimmt ständig zu. Bei all ihren Überlegungen müssen sich alle Beteiligten ihrer nicht nur ökonomischen und politischen, sondern auch ökologischen, ethischen und sozialen Verantwortung bewußt sein, weil die Folgen ihrer Entscheidungen sich auch auf die nächsten Generationen auswirken können. Aber auch der Bürger ist gefordert, denn die Umweltsituation ist nicht nur ein Problem der Politik oder der Großindustrie, sondern auch des Alltags jedes Einzelnen.

Politische Bildung muß sich dieser Thematik, die die Öffentlichkeit beunruhigt, in noch stärkerem Maße als in der Vergangenheit annehmen, um ihren Anteil zur Sensibilisierung der Bürger und damit zur Minderung der Risiken beizutragen. In interdisziplinärer Arbeitsweise hat sie differenzierte Informationen zu liefern, zur Teilnahme an Diskussionen und zur adäquaten Einschätzung der Risiken beizutragen. Dabei geht es nicht nur um Wissens- und Erklärungsvermittlung, sondern auch um Hinweise auf mikro- und makropolitische Lebensbedingungen für den Fall, daß das industrielle Niveau reduziert bzw. verändert wird. Vor allem aber sollte politische Bildung Foren für öffentliche Diskurse bieten, in denen über Probleme und Problemlösungen ohne Handlungszwänge – auch im Dialog mit Repräsentanten aus Entscheidungszentren – nachgedacht werden kann. Politische Bildung

muß die Menschen befähigen, ein eigenes Urteil zu fällen, an demokratischer Kontrolle teilzunehmen, den angstfreien Umgang mit neuen Technologien zu erlernen und sich dabei der gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen ihres Handelns bewußt zu sein. Dies verdeutlicht die Bedeutung politischer Bildung auch für die Aus- und Fortbildung von Ökonomen, Technikern und Naturwissenschaftlern.

2.3.6 Gleichstellung von Frauen und Männern

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist trotz Verankerung im Grundgesetz und einer Fülle von Gesetzen, die mit diesem Ziel in der Geschichte in der Bundesrepublik Deutschland verabschiedet worden sind, noch nicht abgeschlossen. Zwar ist der Frauenanteil in vielen Berufszweigen in den letzten Jahren erheblich gestiegen, doch sind Frauen nach wie vor in den niedrigeren Lohn- und Gehaltsgruppen überdurchschnittlich vertreten. In führenden Positionen, im öffentlichen Leben, in Parteien und Parlamenten hingegen sind sie trotz erheblicher Fortschritte in den letzten Jahren weiter unterrepräsentiert.

Die politische Bildung kann und muß einen Beitrag zur Gleichstellung und zum Bewußtseinswandel in der Gesellschaft leisten, indem sie sich mit der Rolle der Frau in Familie, Beruf und Gesellschaft beschäftigt. Doch auch in den Veranstaltungen der politischen Bildung liegt der Frauenanteil weit unter dem der Männer; er übersteigt selten 40 % und liegt häufig erheblich darunter. Deshalb müssen die notwendigen organisatorischen und inhaltlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um mehr Frauen die Teilnahme an politischen Bildungsmaßnahmen zu ermöglichen. Zum einen sollte jeder Träger prüfen, ob und wie er die Zahl seiner Seminare mit Kinderbetreuung erhöhen kann. Zum anderen hat sich gezeigt, daß Frauen wegen ihrer speziellen Situation und ihrer Doppelbelastung am ehesten an Kurztagungen in der Nähe ihres Wohnortes teilnehmen. Es ist daher ebenfalls zu überprüfen, ob eine größere Zahl von dezentral veranstalteten Kurztagungen angeboten werden kann. Darüber hinaus sollten staatliche und gesellschaftliche Träger darüber nachdenken, ob Thematik und Durchführung ihrer Veranstaltungen genügend Anreiz zur Teilnahme von Frauen bieten. Gehen die gewählten Themen auch auf die Interessen und Belange der Frauen ein und werden bei der Diskussion politischer Ereignisse und Entscheidungen die Folgen für Frauen genügend erwogen und erörtert? Auch sollten weiterhin oder sogar in verstärktem Maße – hier sind die Erfahrungen der Träger unterschiedlich – Materialien und Tagungen primär für Frauen angeboten werden, die sich mit der Rolle und den Leistungen von Frauen in Geschichte und Gegenwart beschäftigen. Um diese Aspekte adäquat zu berücksichtigen, ist es notwendig, den Anteil der Frauen unter dem pädagogischen Personal zu erhöhen, der derzeit bei den staatlichen und gesellschaftlichen Trägern bei etwa 30 % liegt.

Mit diesen Maßnahmen der politischen Bildung sollen Frauen befähigt werden, ihre Interessen zu erkennen und zu artikulieren; es gilt die Bereitschaft von Frauen zu wecken, politische Verantwortung zu übernehmen

und ihre Fähigkeit zu stärken, diese Verantwortung auch auszuüben. Die Gleichstellung der Frauen ist aber zugleich ein Problem der Männer, insofern sollten sich auch die Männer in den Veranstaltungen der politischen Bildung mit dieser Thematik beschäftigen und auseinandersetzen können.

2.3.7 Gewalt

Auch wenn die Zwischenfälle, Anschläge und der Anteil an unfriedlich verlaufenden Demonstrationen in den alten Bundesländern in den letzten Jahren rückläufig sind, ist die Bundesrepublik Deutschland mit einem beträchtlichen Potential an Gewalt und Gewaltbereitschaft in der politischen Auseinandersetzung konfrontiert. Dies ist nicht nur ein Problem von Polizei und Rechtssprechung, sondern auch der Pädagogik und der geistigen Auseinandersetzung. Vor allem schulische und außerschulische politische Jugendbildung sind hier gefordert, weil – wie die von der Bundesregierung eingesetzte unabhängige Kommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommission) herausgefunden hat – neben sozialen Problemlagen Unkenntnisse und mangelnde Fähigkeiten im Umgang mit dem demokratischen Rechtsstaat sowie Kompromißunfähigkeit zu den zentralen Ursachen von Gewalt und Gewaltbereitschaft gehören. Manchen Jugendlichen scheint – so die Kommission –, daß Gewaltanwendung angesichts vermeintlich mangelnder Innovationsfähigkeit der politischen Institutionen unerlässlich ist, um neue Themen in den Gesichtskreis von Politikern, Parteien und Parlamenten zu rücken.

Politische Bildung muß sich daher mit der Gewalt in der politischen Auseinandersetzung und ihren Folgen beschäftigen und das staatliche Gewaltmonopol als unerlässlich für das friedliche Zusammenleben in einer demokratischen Gesellschaft darstellen. Dabei sind auch die Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Gewalt zu behandeln. Der Rechtskunde und dem Rechtsbewußtsein sollte insbesondere in der politischen Bildung Jugendlicher breiterer Raum zugestanden werden. Politische Bildung muß vor allem aber Verständnis für die demokratische Legitimität und Kompromißhaftigkeit von Entscheidungen im freiheitlichen Staat wecken. Die häufig kritisierte lange Dauer von Entscheidungsprozessen ist vielfach ein Anzeichen für den Versuch, möglichst viele Interessen und Gesichtspunkte zu berücksichtigen, aber auch von sachlichen Hindernissen und Einsprüchen. Kompromiß- und Konsensbereitschaft sind Grundelemente demokratischer politischer Kultur. Politische Bildung muß den Kompromißcharakter von politischen Problemlösungen vor allem Jugendlichen erfahrbar machen (z. B. durch Planspiele). Nur wenn von Maximalzielen Abstriche gemacht werden, Sachdifferenzen nicht zu Freund-Feind-Denken ausarten, ist ein Konsens möglich. Zum Einüben in die demokratische politische Kultur gehört aber auch – was vor allem Jugendlichen schwerfällt – das Ertragen von Konfliktlagen, bei denen man zur Minderheit gehört.

Politische Bildung kann und sollte der Ort des ständigen Gesprächs nicht nur der Bürger untereinander oder zwischen Experten und Bürgern, sondern vor

allem auch zwischen Entscheidungsträgern und Bürgern sein. Die Bürger müssen dabei das Gefühl haben und die Überzeugung gewinnen, daß ihre Sorgen, Nöte und Überlegungen gehört, kritisch reflektiert und auch für die Entscheidungsfindung aufgenommen werden. Da Gewaltbereitschaft auch aus dem Gefühl der Einflußlosigkeit entstehen kann, sollte politische Bildung die Möglichkeiten, die die Demokratie zur Mitgestaltung bietet, aufzeigen und systemadäquate Interessenvertretung einüben. Die Flexibilität und die Reformoffenheit der Demokratie im Vergleich mit anderen Staatsformen müssen verdeutlicht, aber auch kritisch reflektiert werden. Dies ist um so wichtiger, als terroristische Gewalttäter von der Wandlungsunfähigkeit des Staates ausgehen und diese zu beweisen suchen.

3. Politische Jugend- und Erwachsenenbildung

3.1 Vorbemerkung

Politische Bildung ist heute im gesamten Bildungswesen der Bundesrepublik Deutschland fest verankert. Schulen, Hochschulen, Einrichtungen der allgemeinen Erwachsenenbildung, der außerschulischen Jugendbildung und der beruflichen Aus- und Weiterbildung vermitteln politische Bildung im Rahmen ihres regulären Lehrangebotes.

Das Nebeneinander von staatlichen Institutionen – Bundeszentrale und Landeszentralen für politische Bildung sowie das bisherige Gesamtdeutsche Institut – und den Einrichtungen in gesellschaftlicher Trägerschaft spiegeln die Vielfalt der Bildungsaufträge und der politischen Strömungen wider. Es ist Ausdruck der pluralistischen Struktur des Systems der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland.

Die politische Bildung wird in verschiedensten Formen erworben, im Selbststudium ebenso wie beim Besuch von Schulen, Veranstaltungen und Seminaren. Auf dieser Basis konnte die politische Bildung sicher einen beträchtlichen, wenn auch nicht quantifizierbaren Anteil zum Aufbau einer politischen Kultur und damit zur Ausprägung und Stärkung der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland leisten. Der Aufbau eines solch viestaltigen Trägersystems wird auch für die neuen Länder angestrebt.

3.2 Schule

Politische Bildung in der Schule ist Aufgabe der Bundesländer. Im Schulunterricht werden elementare Grundlagen politischer Bildung gelegt. Dabei werden nicht nur solides Wissen vermittelt und demokratisches Verhalten eingeübt, sondern auch die Fähigkeit und Bereitschaft zum politischen Engagement gefördert. Insofern ist der Schulunterricht die Grundlage

für die politische Bewußtseinsbildung und das politische Verhalten der Bürger. Es ist von großer Bedeutung für die Demokratie, wenn politische Bildung nicht nur als „Unterrichtsprinzip“ Element des gesamten Unterrichtskanons ist, sondern als spezielles Fach in allen Jahrgangsstufen unterrichtet wird.

Die noch im Bericht von 1968 aufgezeigten Probleme des Unterrichtsfaches „politische Bildung“, nämlich ein Mangel an speziellen Schulbüchern und ausgebildeten Fachlehrern, sind heute weitgehend behoben. An den Universitäten gibt es entsprechende Studiengänge und auf dem Schulbuchmarkt wird eine Fülle von verschiedenen Unterrichtswerken bereitgehalten. Es erscheint allerdings nun als vordringlich, daß Schulbücher erarbeitet werden, in denen sich das vereinigte Deutschland und alle seine Bundesländer wiederfinden.

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat in Absprache mit der Kultusministerkonferenz in den vergangenen Jahrzehnten eine Fülle von Materialien für den Schulunterricht zur Verfügung gestellt. Neben den in Millionenaufgabe verbreiteten „Informationen zur politischen Bildung“, die ständig aktualisiert und deren Themenangebote laufend erweitert werden, sind hier die Reihe „kontrovers“, die Zeitschriften „Zeitlupe“ und „PZ“, deren Auflage jeweils bei über 500 000 Exemplaren liegt, ebenso zu nennen wie ein breites Filmangebot. Daneben ist auf den jährlichen „Schülerwettbewerb“ zu verweisen, der vor allem in den neuen Bundesländern auf ein außerordentlich großes Echo gestoßen ist, so daß im Jahre 1990 mehr als 50 % der Einsendungen aus diesen Ländern kamen. Der Lehrerfortbildung dienen ein großer Teil des Publikationsangebotes der Bundeszentrale sowie spezielle Fachtagungen.

Das ehemalige Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen und das jetzt zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern gehörende Gesamtdeutsche Institut – Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben (BfgA) haben ein umfangreiches Publikationsangebot zur deutschlandpolitischen Thematik in Abstimmung mit den Kultusministern/-senatoren der Länder den Schulen – inzwischen auch in den neuen Bundesländern – zur Verfügung gestellt. Neben einer Vielzahl von Einzelpublikationen und Seminarunterlagen seien hier insbesondere der jeweils einem deutschlandpolitischen Generalthema gewidmete und mit informativen Texten für den Unterricht versehene Wandkalender der BfgA sowie das illustrierte Jugendmagazin „Wir in Ost und West“, heute „Wir in Europa“ (Auflage 800 000 Exemplare), genannt, die an die Schulen in allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland gehen. Weiterhin werden Lehrschau und Filme aus dem umfangreichen Angebot der BfgA auf Anforderung den Schulen zur Verfügung gestellt. Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Initiierung und Förderung von Fortbildungsseminaren für Lehrer insbesondere in den neuen Bundesländern sowie die Durchführung von Eigentagenen der BfgA für Lehrer. 1990 und 1991 konnten viele Tausende von Lehrern in den neuen Bundesländern mit diesen Maßnahmen erreicht werden.

3.3 Staatliche und staatlich geförderte außerschulische politische Bildungsarbeit

3.3.1 Bundesressorts (Bundesminister für Frauen und Jugend, Bundesminister der Verteidigung, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit)

Neben dem Bundesminister des Innern und der zu seinem Geschäftsbereich gehörenden Bundeszentrale für politische Bildung sowie der BfG betreiben und fördern auch andere Bundesressorts politische Bildung:

Der Bundesminister für Frauen und Jugend (BMFJ) will mit seiner Jugendpolitik dazu beitragen, jungen Menschen jenes Maß an Vertrautheit mit unseren Lebensverhältnissen und an Orientierung in unserer pluralen Kultur zu vermitteln, die sie auf dem Wege in die Gesellschaft benötigen. Die Jugendförderung strebt eine bessere politische, kulturelle und ökonomische Partizipation junger Menschen am Leben der Gesellschaft an. Durch den Bundesjugendplan soll ein Beitrag dazu geleistet werden, daß junge Menschen ihre Persönlichkeit frei entfalten, ihre Rechte wahrnehmen und ihrer Verantwortung in Gesellschaft und Staat gerecht werden. Daher ist politische Bildung ein Schwerpunkt des Bundesjugendplanes. Mit der finanziellen Aufstockung des Bundesjugendplanes 1991 wird der Auf- und Ausbau eines pluralen Angebots freier Träger der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern gefördert. Diese Aufbauleistung nützt maßgeblich auch der politischen Jugendbildung und soll 1992 fortgesetzt werden.

Der Bundesminister für Frauen und Jugend fördert politische Jugendbildung in verschiedenen Bereichen. Seit Begründung des Bundesjugendplanes im Jahre 1950 nahm die Förderung überregionaler und bundeszentraler Maßnahmen der Jugendverbände eine – wenn nicht: die – zentrale Stellung in diesem Fördersystem ein. Jugendgruppen und Jugendverbände erfüllen wichtige gesellschaftliche Funktionen. Sie sind ein zentrales Feld der selbstorganisierten Freizeit- und Lebensgestaltung, des Engagements und der Mitwirkung. Sie helfen jungen Menschen bei der Erkenntnis, Artikulation und Vertretung ihrer Interessen. An der kontinuierlichen Arbeit von Jugendverbänden als einem Lern- und Übungsfeld demokratischen Verhaltens und Engagements besteht deshalb ein öffentliches Interesse. In der bundeszentralen Jugendverbandsarbeit haben sich in den vergangenen 20 Jahren die inhaltlichen Gewichte verlagert. Neben jugendpflegerische Aufgaben, Ferienlager, musische Betätigung sind zunehmend gesellschaftspolitische Aktivitäten gerückt. In der Verknüpfung von Jugendarbeit mit sozialen Anliegen und politischem Engagement finden viele Jugendverbände ihre Betätigungsfelder: Praktische Hilfen für junge Arbeitslose, Arbeit mit ausländischen Kindern und Jugendlichen, Betreuung behinderter junger Menschen, praktisches politisches Engagement bei Themen wie Frieden, Dritte Welt, Umwelt und Ökologie. Frauenpolitische Bestrebungen und die Mädchenbildung nehmen ständig zu. Die von der Bundesregierung zur Förderung zentraler Jugend- und Studentenverbände aufgewandten Mit-

tel haben sich von 1968 bis 1991 von 9,5 auf 26,8 (Soll) Mio. DM nahezu verdreifacht.

Die Förderungsmittel für die außerverbandliche politische Jugendbildungsarbeit haben sich von 1968 bis 1991 ebenfalls verdreifacht von 7,5 auf 22,1 Mio. DM (Soll). Diese Mittel werden als Zuwendungen an 35 bundeszentrale Einrichtungen bzw. Zentralstellen gegeben. Aus diesen Mitteln werden Kurse und Arbeitstagungen sowie diverse Einzelmaßnahmen, insbesondere pädagogische und didaktische Lern- und Hilfsmittel und Publikationen, gefördert. Diese 35 Zuwendungsempfänger der außerschulischen politischen Jugendbildung repräsentieren die gesellschaftliche Vielfalt in der Bundesrepublik Deutschland.

Mit Hilfe des Programms „Förderung des sozialen Engagements“ sollen junge Menschen angeregt und befähigt werden, für das Wohl der Mitmenschen insbesondere für individuell und sozial Benachteiligte, einzutreten und tätig zu werden. Seit ihrer erstmaligen Vergabe im Jahre 1974 haben sich die Fördermittel in diesem Bereich von 0,37 auf 1,24 Mio. DM mehr als verdreifacht. Aus diesem Programm werden auch Bildungsprojekte, insbesondere mit gesellschaftspolitischen Akzenten, gefördert.

Den Programmen und Maßnahmen der internationalen jugendpolitischen Zusammenarbeit kommt eine hohe gesellschaftspolitische Bedeutung zu. Begegnungen von jungen Leuten aus verschiedenen Ländern bringen Verständigung über den Standpunkt des jeweils anderen und Vergewisserung über den eigenen. In gemeinsamen Projekten mit gemeinsamem Lernen und Arbeiten werden Vorurteile abgebaut. Der Horizont wird weiter, manche Fragen, um die sich „zu Hause“ alles dreht, erscheinen unwichtiger, viele Probleme stellen sich neu.

Die internationalen Entwicklungen beeinflussen heute das Leben junger Menschen wie in keiner Generation zuvor. Die Jugend muß internationale Zusammenhänge verstehen lernen; sie muß ihr Denken und Handeln stärker europäisch ausrichten, um sich als Bürger des zusammenwachsenden Europa zu begreifen. Internationale Jugendarbeit erstreckt sich nicht nur auf den politischen Bereich, sondern auch auf kulturelle wie auf soziale, auf sportliche und arbeitsweltbezogene Aktivitäten. Aber auch solche Programme weisen im internationalen Austausch immer einen starken politischen Bezug auf.

Der internationale Jugendaustausch im außerschulischen Bereich wird vom Bund in einem beträchtlichen Umfang gefördert. 1991 stehen im Haushalt des BMFJ rd. 55,8 Mio. DM zur Verfügung. Davon entfallen 22 Mio. DM auf den deutschen Beitrag für das deutsch-französische Jugendwerk. Nach den revolutionären Veränderungen in Mittel- und Osteuropa sind die Austauschprogramme mit diesen Ländern erheblich ausgeweitet und intensiviert worden. In der Zwischenzeit sind mit Polen, der Sowjetunion, Ungarn und der CSFR Abkommen über Jugendaustausch abgeschlossen worden. Die Förderung aus dem Bundesjugendplan läuft in diesem Bereich in erster Linie über allgemeine Zuweisungen an die zentralen Träger der Jugendarbeit und an die obersten Landesbehörden.

Durch das „Bauprogramm“ des Bundesministers für Frauen und Jugend werden Bau, Erwerb, Einrichtung, Bauerhaltung und Renovierung von zentralen und internationalen Stätten der Jugendarbeit gefördert. Dazu gehören auch Jugendgästehäuser, Jugendbegegnungs- und Jugendbildungsstätten, die ganz oder teilweise für Aufgaben der politischen Bildung genutzt werden. Von den Aufwendungen für das Bauprogramm, die insgesamt seit einer Reihe von Jahren zwischen 6 und 10 Mio. DM jährlich betragen, fließt diesen Einrichtungen ein erheblicher, im einzelnen jedoch schwer zu beziffernder Anteil zu.

Im Rahmen des Programmes „Neue Wege in der politischen Bildung“ werden Ressortforschung und Modellprogramme gefördert, die dazu dienen, in der politischen Bildung Bestehendes kritisch zu reflektieren und notwendige Innovationen anzuregen.

Seit 1962 konnten aus dem Zuschlagerlös der Jugendmarken über 212 Mio. DM für rd. 1 300 Projekte der Jugendhilfe verwendet werden; daraus wurden Mittel für Bau und Einrichtung (Investitionsaufwand) für 471 zentrale und überregionale Jugendbildungs- und -begegnungsstätten, Jugendgästehäuser sowie zentrale Aus- und Fortbildungsstätten für Mitarbeiter in der Jugendhilfe und ähnliche Einrichtungen bereitgestellt. Welcher Anteil davon letztendlich der politischen Bildung im engeren Sinne zugute gekommen ist, kann nicht quantifiziert werden. Bei den von der Stiftung Deutsche Jugendmarke e. V. im Bereich der politischen Bildung geförderten nicht-investiven Maßnahmen steht neben Seminarprojekten (z. B. zum Abbau von Vorurteilen gegenüber Ausländern) vor allem die Erforschung historisch-politischer Daten, Erfahrungen und Erlebnisse und deren praktische Umsetzung in die aktuelle Jugendarbeit im Vordergrund. Allein 1990 wurden für diese Maßnahmen 1,2 Mio. DM aufgewendet.

Die politischen Bildungsangebote des Bundesamtes für den Zivildienst umfassen jährlich etwa 500 mehrtägige Seminare. An ihnen haben in den letzten 10 Jahren etwa 10 000 bis 15 000 Zivildienstleistende pro Jahr teilgenommen. Auch im Rahmen des Einführungsdienstes nach § 25 a ZDG werden die Dienstleistenden über politische Fragen in den Zivildienstschulen unterrichtet. Seit April 1987 sind eigene Richtlinien für diesen Unterricht an den Zivildienstschulen in Kraft.

Politische Bildung für Frauen spielt in der Arbeit des Bundesministeriums für Frauen und Jugend eine große Rolle. Neben Maßnahmen, die sich vor allem an Frauen richten, fördert das BMFJ auch Maßnahmen der politischen Bildung, die sich an beide Geschlechter wenden, soweit sie Fragen der Gleichberechtigung, der Partnerschaft zwischen den Geschlechtern sowie ihren Rollenwandel zum Gegenstand haben.

Das BMFJ geht dabei von einem weiten Begriff der politischen Bildung aus. Dies gilt sowohl für die Inhalte als auch für die Art der Projekte. Politische Bildung aus frauenpolitischer Sicht kann sich nicht allein an den herkömmlichen Formen politischer Bildungsarbeit orientieren, so wie sie vielfach von Institutionen und Trägern angeboten wird, weil viele Frauen sich offenbar durch derartige Angebote nicht angespro-

chen fühlen. Politische Bildung für Frauen muß vielmehr auch da ansetzen, wo sich die politische Betätigung von Frauen im weiteren Sinne abspielt: D. h. nicht nur in Parteien, Parlamenten und Verbänden, sondern auch in sozialen Einrichtungen, in der Nachbarschaft, in Fraueninitiativen und in Bürgerinitiativen.

Inhaltlich orientieren sich die Interessen der Frauen sowohl an den Erfordernissen ihrer Arbeit in Haushalt und Familie, wobei Fragen des Eherechts, des Verbraucherschutzes, des Umweltschutzes, der Gesundheitspflege, der Gewalt gegen Frauen, der gesellschaftlichen Versorgungseinrichtungen etc. eine Rolle spielen, als auch an ihren beruflichen Tätigkeiten. Auch private Probleme können dabei zunächst im Vordergrund stehen, wenn sie ihren Ursprung in gesellschaftlichen Strukturen, Anschauungen, Rollenzuweisungen und Vorurteilen haben und zu deren Behandlung führen.

Entsprechend vielfältig sind die Orte politischer Bildung für Frauen: Familienbildungsstätten, Mütterzentren, Frauenzentren, Frauenferienstätten, Fraueninitiativen, Frauenverbände bis hin zu den allgemeinen Institutionen und Verbänden sind Stätten der politischen Bildung für und von Frauen.

Mit dem Heft für Schülerinnen und Schüler „Frauen und Männer sind gleichberechtigt“ und dem dazu gehörigen Lehrerheft stellt das BMFJ seit 1990 Unterrichtsmaterialien für die Sekundarstufe I bundesweit zur Verfügung. Ebenso wird mit der 1989 erstmals gezeigten Wanderausstellung „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ eine breite Öffentlichkeit über grundsätzliche Fragen der Gleichberechtigung und ihre Umsetzung in die gesellschaftliche Wirklichkeit informiert.

Das BMFJ fördert Fachtagungen, Kongresse, Seminare und Projekte in seit 1979 ständig steigender Zahl. 1990 und 1991 lagen die Förderbeiträge für Veranstaltungen der Mitgliedsverbände des Deutschen Frauenrates und anderer Frauengruppen jeweils bei rd. 950 000 DM. Mit einem Sonderprogramm von 3,8 Mio. DM werden 1991 in den neuen Bundesländern die Bildung von Verbandsstrukturen und damit auch politische Bildungsmaßnahmen unterstützt. Dieses Programm wird auch 1992 fortgesetzt werden.

Der Bundesminister der Verteidigung erreicht die größte Zahl von Adressaten der politischen Bildung. Die Bundeswehr ist die einzige Organisation, der die politische Bildung von Erwachsenen gesetzlich vorgegeben ist. Der Soldat, der nach § 8 des Soldatengesetzes verpflichtet ist, die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes anzuerkennen und durch sein gesamtes Verhalten für ihre Einhaltung einzutreten, muß wissen, was anerkannt werden soll und wofür es einzutreten gilt. Dies ist die inhaltliche Begründung für die den Streitkräften im § 33 des Soldatengesetzes auferlegte Pflicht zur staatsbürgerlichen Bildung.

Politische Bildung in der Bundeswehr darf sich nicht nur auf die vom Gesetzgeber auferlegte Durchführung des staatsbürgerlichen Unterrichts beschränken, sondern muß durch die Bindung an die Wertordnung der Verfassung den gesamten militärischen Dienst

des Soldaten bestimmen. Diesem Ansatz von politischer Bildung, die in der bisherigen Praxis häufig nur auf Wissensvermittlung („Institutionenkunde“) ausgerichtet blieb, trägt die im Dezember 1988 erlassene Neufassung der zentralen Dienstvorschrift (ZDv 12/1 „Politische Bildung in der Bundeswehr“) Rechnung. Politische Bildung, die Überzeugungen vermitteln und Verhalten beeinflussen soll, ist nur dann glaubwürdig, wenn der Rahmen, in dem sie sich bewegt, den Wert unserer Lebensordnung widerspiegelt. Sie ist daher in der Bundeswehr in jeden militärischen Dienst zu integrieren. Damit ist sie mehr als die Summe von Unterrichts- und Seminarveranstaltungen. Mit Nachdruck verweist die Vorschrift in diesem Zusammenhang auf die enge Wechselbeziehung zwischen politischer Bildung und Menschenführung. Somit ist Menschenführung in der Bundeswehr nicht nur ein Mittel, ein zuträgliches Betriebsklima herzustellen, sondern sie ist vor allem Ausdruck des dem Grundgesetz zugrundeliegenden Menschenbildes und damit Ausdruck demokratischer Gesinnung.

Darüber hinaus setzt die Vorschrift neue Akzente für die politische Bildungsarbeit mit der Forderung, den Erfahrungs- und Erlebnisbereich der Soldaten zu berücksichtigen und ihnen vermehrt Beteiligung an Planung und Durchführung von Unterrichts- und Seminarveranstaltungen einzuräumen. Hierbei sollen insbesondere auch die neuen Themenfelder, die sich aus den Veränderungen im sicherheitspolitischen Umfeld und den wachsenden wirtschaftlichen, ökologischen und technologischen Herausforderungen ergeben, besondere Berücksichtigung finden.

In Anbetracht der Komplexität politischer Probleme und Ereignisse hat die Bundeswehr immer wieder auf die Fachkompetenz staatlicher und freier Träger der politischen Bildung zurückgegriffen. Die Zusammenarbeit sowohl mit der Bundeszentrale und den Landeszentralen für politische Bildung als auch mit den gesellschaftlichen Trägern hat sich als besonders effektiv erwiesen. 1990 haben an den 1 328 Seminarveranstaltungen, die die Bundeswehr in Kooperation mit öffentlichen und freien Trägern veranstaltete, insgesamt 33 762 Soldaten teilgenommen.

Politische Bildung kann in den neuen Bundesländern auf absehbare Zeit weder in den Schulen noch in der beruflichen oder in der außerschulischen Bildung hinreichend geleistet werden. Somit fällt auch der Bundeswehr hier eine besondere Aufgabe zu. Ihr bietet sich die Chance, die junge Erwachsenengeneration mit politischer Bildung zu erreichen und dabei die Wertvorstellungen und Werthaltungen der freiheitlichen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland zu vermitteln. Die Bundeswehr ist eine der Institutionen, die den Integrationsprozeß in Deutschland aktiv sowohl durch die politische Bildung als auch durch die Kooperation von jungen Erwachsenen aus Ost und West im Alltagsleben vorantreiben können. Dabei bedarf es der Geduld, vor allem aber des Einfühlungsvermögens und menschlicher Zuneigung. Politische Bildung in der Bundeswehr muß versuchen, bei den jungen Erwachsenen aus den neuen Ländern den Nachholbedarf an Grundlagenwissen und an Einübung demokratischer Verfahrens- und Verhaltensweisen zu beheben. Die politischen Bildner haben

dabei die Aufgabe, sich auf eine Bevölkerung einzustellen, deren Sozialisation mit dem Mißtrauen gegenüber einer bildungspolitischen Indoktrination einhergegangen ist.

Die politische Bildung in der Bundeswehr steht heute vor der Notwendigkeit einer Neuorientierung. Für die deutschen Streitkräfte beginnt ein zweiter Abschnitt ihrer Geschichte. Dieser wird nicht zuletzt von sicherheitspolitischen Entscheidungen, den notwendigen Strukturveränderungen und Forderungen nach verstärkter Weiterbildung der Soldaten sowie einem zeitgemäßen Führungsstil gekennzeichnet. Vor dem Hintergrund des radikalen Umbruchs in Osteuropa und der vereinbarten und zu erwartenden Abrüstungsschritte wird sich die politische Bildungsarbeit in der Bundeswehr — noch konsequenter und intensiver als in der Vergangenheit — mit der Notwendigkeit soldatischer Aufgaben auseinandersetzen müssen.

Die Bundeswehr wird ihre Gesamtaufwendungen zur Förderung der politischen Bildung in der Bundeswehr von 9 Mio. DM 1990 auf voraussichtlich 11,1 Mio. DM 1992 steigern. Im selben Zeitraum werden die Ausgaben für Lehrgänge, Tagungen und Informationstage von 0,3 Mio. auf 1,6 Mio. mehr als verfünffacht.

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (BMBW) kann die politische Bildung nicht institutionell, sondern lediglich projektbezogen fördern. In den vergangenen Jahren hat sich das BMBW verstärkt der Förderung des politischen und zeitgeschichtlichen Weiterbildungsinteresses gewidmet. Seit 1989 fördert es ein Medienverbund-Modellprojekt im Adolf-Grimme-Institut des Deutschen Volkshochschul-Verbandes. Ziel dieses Projektes „Unsere Medien — unsere Republik“ ist es, die Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland zusammen mit ihren vielfältigen Beziehungen zur Zeitgeschichte aufzuarbeiten und der Erwachsenenbildung zur Verfügung zu stellen. Diese kurz vor dem Abschluß stehende Mediengeschichte wird ergänzt durch ein weiteres Projekt, das dem Ziele dient, gemeinsames Lernen von Bürgern aus Ost und West zu ermöglichen und einen wichtigen Beitrag zum gegenseitigen Verständnis zu leisten. Dabei soll das Bild der Bundesrepublik Deutschland in den Medien der damaligen DDR und das Bild der ehemaligen DDR in den Medien der alten Bundesrepublik Deutschland als Grundlage für politische Bildung aufbereitet werden. Der Teil I des Projektes „Unsere Medien“ wurde 1990 mit rd. 450 000 DM gefördert; für beide Projektteile sind 1991 knapp 320 000 DM vorgesehen, während für den zweiten Projektteil für 1992 520 000 DM veranschlagt werden.

Aufgabe der durch den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) geförderten entwicklungspolitischen Bildung ist es, „das Verständnis der Bevölkerung für die Situation in den Entwicklungsländern und für ein partnerschaftliches Verhältnis zur Dritten Welt durch geeignete Programme zu fördern“ (Erläuterungen zum Haushaltsplan). Dabei kommt es darauf an,

- das Problembewußtsein in der Bevölkerung für die strukturellen Ursachen und Zusammenhänge von Entwicklung und Unterentwicklung zu stärken;

- die Dringlichkeit der Entwicklungsprobleme dadurch offenkundig zu machen, daß ihre unmittelbaren Rückwirkungen auf die eigene Gesellschaft aufgezeigt werden;
- unter Einschluß interkultureller Themen die Fähigkeit zur Partnerschaft über die nationalen und europäischen Grenzen hinaus zu vermitteln.

Nach dem Verständnis der Bundesregierung kann entwicklungspolitische Bildung nur dann erfolgreich sein, wenn sie pluralistisch angelegt ist und mit einer Vielzahl von Trägern mit unterschiedlichem politischen und weltanschaulichen Grundverständnis, unterschiedlicher Motivation und unterschiedlichen Zielgruppen gemeinsam erfolgt. Die Förderprogramme des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit werden demgemäß in Kooperation mit gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit durchgeführt. Dafür standen dem BMZ von 1985 bis 1990 jährlich zwischen 4,8 und 5,5 Mio. DM zur Verfügung. Für Maßnahmen in den neuen Bundesländern kamen 1990 weitere 1,5 Mio. DM hinzu. Für 1991 und 1992 sind jeweils 5,5 Mio. DM veranschlagt.

Im schulischen Bereich fördert das BMZ z. B. für alle Schularten und Altersstufen didaktisch aufbereitete Materialien. Für Lehrer werden Fortbildungsveranstaltungen in den einzelnen Bundesländern und Lehrerhandbücher entwickelt und angeboten. Im außerschulischen Bereich arbeitet das BMZ mit einer Vielzahl privater Organisationen zusammen. Sowohl für längerfristig angelegte Programme von rd. 50 meist bundesweit tätigen Trägern als auch für einzelne Aktivitäten kleinerer entwicklungspolitisch engagierter, regional oder lokal tätiger Gruppen — bisher rd. 180, künftig bis zu 250 — gewährt das BMZ finanzielle Zuwendungen.

Den audio-visuellen Medien, die insbesondere Bürger ansprechen sollen, die der Entwicklungspolitik bisher relativ distanziert gegenüberstehen, wird das BMZ in Zukunft größere Bedeutung beimessen. Neben der Förderung von Filmen und Videoproduktionen unterstützt es den Film- und Videoverleih der Landesfilmdienste und des deutschen Filmzentrums. Im Rahmen der Fortentwicklung seiner Konzeption für die AV-Medien fördert das BMZ Aufbau und Betrieb eines Mediendokumentationszentrums zur langfristigen Fernsehbeobachtung. Das BMZ finanziert darüber hinaus einen Veranstaltungsdienst, der sachkundige Referenten zu entwicklungspolitischen Themen vermittelt und — falls erforderlich — deren Honorare übernimmt. In den letzten Jahren erfolgten jährlich Vermittlungen für rd. 400 Veranstaltungen.

In den neuen Ländern gilt es — nach Wegfall der staatlich verordneten internationalen Solidarität, vorzugsweise mit den „sozialistischen Bruderländern“ —, den Bürgern die Möglichkeit zu eröffnen, sich objektiv mit der Situation der Entwicklungsländer und ihrer Menschen, der Entwicklungspolitik von Regierung, Parteien und Verbänden vertraut zu machen und die Auswirkungen langfristiger Entwicklungspolitik auf den eigenen Staat aufzuzeigen. Das BMZ hat deshalb 1990 damit begonnen, die Produktion von Medien der entwicklungspolitischen Bildung

für die Bürger der neuen Länder und den Aufbau eines regionalen Vertriebssystems zu fördern.

3.3.2 Der Bundesminister des Innern, die Bundeszentrale für politische Bildung und andere staatliche Institutionen politischer Bildung

Die Bundesregierung nimmt ihre Verantwortung im Bereich der außerschulischen politischen Bildung vor allem durch die zum Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern gehörende Bundeszentrale für politische Bildung wahr. Die Bundeszentrale für politische Bildung hat in den vergangenen Jahrzehnten einen bedeutsamen Beitrag zur Verankerung demokratischer Grundwerte im Bewußtsein der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland geleistet. Zu ihren wichtigen Anliegen gehören die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Geschichte und ihrer Folgen sowie die geistige Auseinandersetzung mit der kommunistischen Ideologie und den von ihr geprägten Herrschaftssystemen. Mit den von ihr im Laufe der Jahrzehnte entwickelten Instrumentarien von Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren über Bücher und Tagungen hin zu Filmen und AV-Medien konnte sie auf höchst unterschiedliche Anspruchsniveaus, Fragestellungen und Interessen reagieren und mit der Fülle der von ihr immer wieder aufgegriffenen Themen auch in Krisenzeiten Orientierungshilfen leisten.

Mit dem Umbruch in der DDR und der deutschen Einheit hat die Bundeszentrale für politische Bildung ihre Aktivitäten überprüft und in Teilen revidiert bzw. reformiert. Auf den umfassenden Nachholbedarf an politischen Informationen in den neuen Bundesländern reagierte sie unverzüglich mit der Versendung einer großen Zahl von Büchern und Broschüren sowohl an interessierte Bürger und an Multiplikatoren als auch an Bibliotheken und Schulen.

In der Zwischenzeit hat die Bundeszentrale für politische Bildung ein umfangreiches Konzept für ihre Arbeit in den neuen Ländern entwickelt. Zur Fundierung dieser Maßnahmen hat sie eine empirische Bedarfsanalyse in Auftrag gegeben, die Ansprachemöglichkeiten von „Endverbrauchern“ politischer Bildung und vor allem das Multiplikatorenpotential und dessen Bedarf an politischer Bildung untersuchen soll.

Das „Ostkolleg“ der Bundeszentrale für politische Bildung, das sich in der Vergangenheit seinem Auftrag entsprechend mit der kommunistischen Ideologie und kommunistisch regierten Staaten befaßte, hat nunmehr vornehmlich die Aufgabe, über die Transformationsprozesse in den Staaten Osteuropas zu informieren. Dabei werden auch die geschichtlichen Hintergründe dieser Entwicklungen und die sich aus einer gesamteuropäischen Integration ergebenden Aspekte zu behandeln sein. Die erweiterte Aufgabenstellung des bisherigen „Ostkollegs“ soll auch in einer neuen Namensgebung deutlich werden.

Der Haushaltsansatz für die politischen Bildungsmaßnahmen der Bundeszentrale wurde von 1969 bis 1989 von 12,3 Mio. DM um mehr als 100 % auf 28 Mio. DM gesteigert. Im Jahre der Wiedervereinigung 1990

stellte die Bundesregierung der Bundeszentrale für die operative politische Bildung 39,2 Mio. DM zur Verfügung (einschließlich 2,7 Mio. DM für die Integration der Aussiedler). Für das laufende Haushaltsjahr sind hierfür 43,1 Mio. DM (einschließlich 5 Mio. DM für die Integration der Aussiedler) veranschlagt.

Die Richtlinien zur Förderung von Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung freier Träger durch die Bundeszentrale für politische Bildung sind in den 80er Jahren einer umfassenden Überarbeitung unterzogen worden und 1989 in Kraft getreten. Unmittelbar nach Öffnung der Mauer hat sich die Bundeszentrale darum bemüht, diese Förderrichtlinien so flexibel als irgend möglich auszulegen, um auch die sofort einsetzenden Bildungsmaßnahmen der freien Träger für die Menschen in der ehemaligen DDR zu fördern. Derzeit wird geprüft, ob und in welchem zeitlichen und inhaltlichen Umfang von der Sache gebotene Ausnahmebestimmungen für die deutschlandpolitische Bildungsarbeit der freien Träger getroffen werden können, um der besonderen Situation in den neuen Ländern gerecht zu werden.

Im Jahre 1990 wurden für die Durchführung von 3 050 Tagungen und Seminaren rd. 10 Mio. DM bereitgestellt. Darüber hinaus sind aus Haushaltsmitteln des Bundesministeriums des Innern, die der Bundeszentrale zur Bewirtschaftung zugewiesen wurden, rd. 2,7 Mio. DM zur Förderung von 330 Veranstaltungen vergeben worden, die Hilfestellungen für Aussiedler zur Integration in der Bundesrepublik Deutschland boten. Die Veranstaltungen im Rahmen der Förderungen durch die Bundeszentrale besuchten ca. 75 000 Teilnehmer.

Einen besonderen Aufgabenbereich im Rahmen politischer Bildung stellt die deutschlandpolitische Bildungsarbeit dar. Ihr verfassungsmäßiger Auftrag war es, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen wachzuhalten und zu stärken, um damit die geistige Voraussetzung für die Wiedervereinigung zu schaffen. Zuständig hierfür war der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen (BMB) mit seiner nachgeordneten Behörde Gesamtdeutsches Institut — Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben (BfgA).

Mit dem 3. Oktober 1990 ist diese Aufgabe erfüllt und das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Anfang 1991 aufgelöst worden.

Mit dem Umbruch in der DDR und besonders mit der Einheit Deutschlands stellte sich die Aufgabe der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit neu. Ihr Ziel ist es nunmehr

- geistige Barrieren abzubauen, das gegenseitige Verständnis füreinander zu fördern und damit zur Identitätsfindung beizutragen;
- die europäische Dimension des deutschen Einigungsprozesses und die Rolle des vereinigten Deutschland im zusammenwachsenden Europa zu verdeutlichen;
- durch qualifizierende Bildungsmaßnahmen für Teilnehmer aus den neuen Bundesländern zur Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse beizutragen.

Diese Bildungsarbeit ist vor allem im Blick auf die neuen Bundesländer von großer integrationspolitischer Bedeutung. Im Haushalt des Bundesministers des Innern für das Jahr 1991 sind folgende Mittel für diesen Aufgabenbereich eingestellt:

- Förderung von deutschlandpolitischer Bildungsarbeit 33 Mio. DM;
- Herstellung, Erwerb und Verbreitung von Publikationen zur deutschlandpolitischen Bildungs- und Informationsarbeit 6,4 Mio. DM;
- Förderung deutschlandpolitischer Besucherinformation in Berlin 5 Mio. DM.

Die Durchführung der Förderung im Bereich der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit obliegt der BfgA, die nunmehr zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern gehört. Eine Liste der im Bereich der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit geförderten Träger ist diesem Bericht als Anlage beigefügt (Anlage 1).

Mit Ende des Jahres 1991 wird die BfgA aufgelöst. Der Bereich der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit soll auf die Bundeszentrale für politische Bildung unter entsprechender personeller Verstärkung übertragen werden. Die Mittel für die deutschlandpolitische Bildungsarbeit und die deutschlandpolitischen Publikationen sind als eigene Titel mit dieser Zweckbestimmung im Kapitel „Bundeszentrale für politische Bildung“ im Entwurf des Haushalts 1992 enthalten. Die deutschland- und integrationspolitische Bildungsarbeit wird demnach auch weiterhin als eigenständige Maßnahme im Rahmen der Bundeszentrale für politische Bildung fortgeführt werden.

Der politischen Bildung dienen auch zwei selbständige Stiftungen öffentlichen Rechts im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern. Um das Andenken an das Wirken der beiden Staatsmänner Konrad Adenauer und Friedrich Ebert zu bewahren und einen Beitrag zum Verständnis der deutschen Geschichte zu leisten, wurden durch Bundesgesetz 1978 eine Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus und 1986 eine Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte errichtet. Diese beiden Stiftungen haben nicht nur Gedenkstätten zu Leben und Wirken dieser Staatsmänner der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, sondern auch Forschungs- und Dokumentationsstellen eingerichtet, die die — soweit vorhanden — Nachlässe und Materialien von und über die beiden Politiker sammeln, sichten, archivieren und erforschen. Zur Verbreitung ihrer Arbeiten geben beide Stiftungen je zwei Schriftenreihen heraus: In der „Rhöndorfer Ausgabe“ sind in der Zwischenzeit vier Bände Briefe und drei Bände „Teegespräche“ sowie der Schriftwechsel zwischen Bundeskanzler Adenauer und Bundespräsident Theodor Heuss erschienen. Die Reihe „Rhöndorfer Gespräche“ dokumentiert mit elf Bänden die Symposien, die die Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus bislang veranstaltet hat.

Die Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte umfaßt bisher zwei Werke zu Leben und Arbeit von Friedrich Ebert. Daneben sind in der kleinen Schriftenreihe in sechs Bänden Vorträge und eine Sonderausstellung zum Leben

von Friedrich Ebert dokumentiert. Außer zwei Symposien hat die Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte allein 1991 elf Seminare für Lehrer veranstaltet.

Die Gedenkstätte in Rhöndorf wurde seit ihrer Eröffnung 1970 von mehr als 1,9 Mio. Menschen besucht; ihr Katalog hat inzwischen eine Auflage von über 70 000 Exemplaren erreicht. In der Gedenkstätte für Friedrich Ebert in Heidelberg wurden seit ihrer Eröffnung 1989 über 90 000 Besucher gezählt.

Die der Länderhoheit unterstehenden Landeszentralen für politische Bildung haben auch unmittelbar nach Öffnung der Mauer mit politischen Bildungsmaßnahmen für die Menschen in der ehemaligen DDR begonnen. Nach Wiedergründung der Länder in der ehemaligen DDR haben die Landeszentralen in den jeweiligen Partnerländern für die Bürger aus diesen Ländern Tagungen durchgeführt und in großem Umfang Materialien zur Verfügung gestellt. Die Landeszentralen waren durch Abstellung von Personal, Zurverfügungstellung von Mitteln und umfänglicher Beratung beim Aufbau der Landeszentralen in den neuen Ländern behilflich, so daß seit Mitte 1991 in allen neuen Bundesländern Landeszentralen ihre Arbeit aufgenommen haben. Die Beratung und Unterstützung soll – sofern gewünscht – zumindest noch 1991 andauern.

Ein wichtiger Träger der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland sind die Volkshochschulen. In den Kursen und Veranstaltungen der Volkshochschulen ist politische Bildung zum integralen Bestandteil der meisten Lernprozesse geworden. Politisch-gesellschaftliche Fragen spielen gegenwärtig insbesondere bei der Beschäftigung mit ökologischen und ökonomischen Themen, der Einführung in andere Sprachen und Kulturen, der Gesundheitsbildung, der Beschäftigung mit Technik, in der Geschichte, Sozialpädagogik und Philosophie eine erhebliche Rolle. Für die politische Bildung im engeren Sinne weist die Statistik des Deutschen Volkshochschulverbandes für 1989 und 1990 folgende Daten aus, die sich ausschließlich auf die alten Bundesländer beziehen:

1989	1990	
8 945	8 548	Kurse
9 117	8 826	Einzelveranstaltungen
310 846	283 526	Belegungen in den Einzelveranstaltungen
158 071	151 318	Belegungen in den Kursen
247	236	Ausstellungen
146 375	143 572	Besucher

Dem im Zuge des Vereinigungsprozesses deutlich gestiegenen Interesse an politischer Bildung in der Bevölkerung der alten Länder versuchen die Volkshochschulen mit einer größeren Zahl von Kursangeboten entgegenzukommen. In den neuen Ländern sind allerdings noch erhebliche Akzeptanzprobleme zu registrieren.

Seit Ende April 1991 sind die fünf Landesverbände der neuen Länder Mitglied des Deutschen Volkshochschulverbandes. Die erforderliche Neuorientierung

in den neuen Ländern läßt noch keine detaillierten Angaben über Inhalte und quantitativen Aussagen über Kurse und Teilnehmerstrukturen zu. Bei dem notwendigen Neuaufbau der Volkshochschulen in den neuen Ländern spielen sowohl der Deutsche Volkshochschul-Verband mit seinen Beratungsstellen als auch die Partnerlandesverbände in den alten Ländern und die Städtepartnerschaften eine wichtige Rolle. Bisher haben in den neuen Ländern 218 Volkshochschulen ihre Arbeit aufgenommen (Brandenburg 43, Mecklenburg-Vorpommern 33, Sachsen 51, Sachsen-Anhalt 41, Thüringen 39, ehem. Berlin-Ost 11).

Im Mittelpunkt der Bemühungen des Volkshochschulverbandes steht die Förderung von integrationspolitischen Bildungsmaßnahmen.

3.4 Freie Träger der außerschulischen politischen Bildungsarbeit

Die außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung wird in der Bundesrepublik Deutschland im wesentlichen von einer großen Zahl freier Träger gestaltet und durchgeführt, die die pluralistische Struktur der deutschen Gesellschaft widerspiegeln. Die Bundesregierung begrüßt und fördert die Bildungsmaßnahmen dieser freien Träger seit Jahrzehnten in wachsendem Maße und wird dies auch in Zukunft tun. Dabei beachtet die Bundesregierung – wie auch die anderen fördernden Stellen, Länder und Gemeinden –, die Autonomie dieser Träger. Voraussetzung einer Förderung ist, daß der Bildungsträger auf der Grundlage der Verfassung arbeitet. Der Innenausschuß und der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft des Deutschen Bundestages haben am 8. Mai 1989 25 überregionale Träger in einer öffentlichen Anhörung nach ihrer Einschätzung der aktuellen Probleme der politischen Bildung befragt. (Das Protokoll dieser Befragung und die schriftlichen Stellungnahmen sind veröffentlicht worden in der Reihe „Zur Sache. Themen parlamentarischer Beratung“. Nr. 16. Herausgegeben vom Deutschen Bundestag, Referent Öffentlichkeitsarbeit, 1990.) Dabei wurde deutlich, daß ein Teil der gesellschaftlichen Träger mit den von der öffentlichen Hand für die politische Bildungsarbeit zur Verfügung gestellten Förderungssummen und den Förderrichtlinien nicht zufrieden ist. Darüber hinaus wurden das Fehlen einer bundeseinheitlichen Bildungsurlaubsregelung und die Anerkennungsbestimmungen und -praxis der Förderungswürdigkeit von staatspolitischen Bildungsmaßnahmen nach § 7 der Sonderurlaubsverordnung des Bundes kritisiert.

Auf Bundesebene wird – neben der durch den Bundesminister für Frauen und Jugend geförderten außerschulischen politischen Jugendbildung – die politische Erwachsenenbildung gesellschaftlicher Träger auch durch die Bundeszentrale für politische Bildung gefördert. Im Jahre 1991 wurden als Partner der Bundeszentrale anerkannt und bekamen Zuwendungen: 121 Bildungszentren (darunter 5 bundeszentrale Zusammenschlüsse) und 59 überregionale Verbände. Die für Fördermaßnahmen bereitgestellte Summe wurde von 1969 2,4 Mio. DM auf 1989 auf 7,8 Mio. DM mehr als verdreifacht. 1991 sind

10,5 Mio. DM zur Förderung der Bildungsmaßnahmen freier Träger vorgesehen; zusätzlich werden 30 Trägern etwa 5 Mio. DM für ihre Integrationsmaßnahmen für Aussiedler zur Verfügung gestellt, so daß insgesamt von einer Fördersumme von 13,5 Mio. DM aus dem Etat der Bundeszentrale für politische Bildung für die freien Träger auszugehen ist. Für 1992 sind im Entwurf des Haushalts im Etat der Bundeszentrale für politische Bildung neben den 10,6 Mio. aus dem herkömmlichen Titel 685 01 23,3 Mio. DM Fördermittel für deutschlandpolitische Tagungsarbeit (Titel 685 02) veranschlagt; damit ist derzeit für 1992 von einem Gesamtförderetat aus beiden Titeln bei der Bundeszentrale für politische Bildung von 33,9 Mio. DM auszugehen. (Die Liste der von der Bundeszentrale anerkannten Zuwendungsempfänger ist in der Anlage 2 beigefügt.) Für 1992 haben bisher 10 Träger die Anerkennung als Zuwendungsempfänger der Bundeszentrale für politische Bildung beantragt. Voranfragen von und Informationsgespräche mit Vertretern neuer Bildungsträger aus dem Beitrittsgebiet sind in zunehmender Anzahl zu verzeichnen.

1990 wurden bei der Förderung von 3 050 Tagungen und Seminaren lediglich 42 eine finanzielle Zuwendung versagt; das sind nicht einmal 1,4 %.

Ablehnungsgründe waren u. a.:

- ausschließliche Vermittlung von datenverarbeitungstechnischem Grundlagenwissen;
- ausschließliche Behandlung von Fragen der technischen und finanziellen Organisation verbandlicher Öffentlichkeitsarbeit;
- Fortbildungsveranstaltungen für hauptamtliche Mitarbeiter des Zuwendungsempfängers;
- Behandlung von Problemen der persönlichen Lebensgestaltung und Sinnfindung.

Der Begriff „politische Bildung“ läßt sich nicht beliebig dehnen. Bei den Ablehnungsbescheiden ging es auch um die optimale Bewirtschaftung knapper Mittel für die politische Bildung.

In den letzten vier Jahren sind 45 413 Anträge auf Anerkennung der Förderungswürdigkeit von staatspolitischen Bildungsmaßnahmen nach § 7 Satz 1 Nr. 3 der Sonderurlaubsverordnung des Bundes und der Geeignetheit von Schulungs- und Bildungsurlaubsveranstaltungen gem. § 46 Abs. 7 des Bundespersonalvertretungsgesetzes gestellt worden; davon mußten knapp 7,7 %, nämlich 3 493, abgelehnt werden. Der weitaus größere Teil der Ablehnungen bezog sich auf die Sonderurlaubsverordnung für Bundesbeamte und Richter im Bundesdienst. Die Einengung der Bestimmungen in der Sonderurlaubsverordnung auf „staatspolitische Bildung“ sowie deren Klarstellung durch gerichtliche Entscheidungen lassen der Bundeszentrale wenig Beurteilungsspielraum. Der große Anteil (über 92 %) der Anerkennungen macht aber deutlich, daß die Bundeszentrale sich bemüht hat, diesen Beurteilungsspielraum zugunsten der politischen Bildung zu nutzen.

Zur Erstellung dieses Berichts hat der Bundesminister des Innern die bereits vom Bundestag angehörten gesellschaftlichen Träger schriftlich nach der Entwick-

lung der politischen Bildung seit 1989 aus ihrer Sicht befragt. Die Stellungnahmen der Träger sind in Anlage 3 beigefügt. Darüber hinaus hat der Bundesminister des Innern am 5. und 6. September 1991 zu einer Anhörung eingeladen, um mit diesen Trägern erste Erfahrungen bei Bildungsmaßnahmen in den neuen Ländern und bei Begegnungsseminaren mit Teilnehmern aus den alten und neuen Bundesländern zu bilanzieren. Die Ergebnisse dieses Erfahrungsaustausches sind in diesen Bericht eingeflossen. Es bleibt festzuhalten, daß die großen überregionalen Träger bereits unmittelbar nach Öffnung der Mauer noch im Jahre 1989 erste Fortbildungsveranstaltungen für Bürger aus der ehemaligen DDR, aber auch in der ehemaligen DDR veranstaltet haben. Sie kamen damit einem ungeheuren Nachholbedarf und einem großen Interesse entgegen. Trotz außerordentlicher organisatorischer Schwierigkeiten in Anbetracht fehlender Tagungshäuser und überraschend hoher Teilnehmerzahlen – viele Teilnehmer erschienen unangemeldet – stießen diese ersten Tagungen auf ein positives Echo.

Inzwischen haben Zehntausende von Bürgern aus den neuen Bundesländern an mehreren tausend Veranstaltungen der freien Träger teilgenommen, die dabei sind, eine ähnliche Trägerstruktur wie in der alten Bundesrepublik Deutschland aufzubauen.

Wie die Befragungen der gesellschaftlichen Träger zeigen, ist politische Bildung in den neuen Ländern schwieriger geworden. Uneinheitlich sind die Erfahrungen mit Interesse, Kritik- und Dialogfähigkeit der Teilnehmer. Es läßt sich jedoch zusammenfassen, daß die Teilnehmer aus den neuen Bundesländern in Anbetracht der Strukturveränderungen mehr an lebenspraktischen Fragen, an Rechtsfragen und an konkreten wirtschaftlichen Informationen interessiert sind. Alle Träger haben versucht, flexibel auf diese veränderte Interessenlage zu reagieren, zumal sie sich in ihrer Arbeit der Teilnehmerorientierung verschrieben haben.

Die Erfahrungen mit den ersten Begegnungsseminaren waren zunächst nicht immer einhellig positiv. Daher werden nun von den staatlichen und den gesellschaftlichen Trägern Seminare konzipiert und durchgeführt, die stärker auf die Erfahrungen der Teilnehmer aus Ost und West eingehen und damit einen echten Dialog fördern. Allerdings müssen sich alle Träger mit einem beträchtlichen Mißtrauen gegenüber politischer Bildung auseinandersetzen, das in Jahrzehnten der Indoktrination, Agitation und Propaganda in der ehemaligen DDR gewachsen ist. Bei all diesen Veranstaltungen ist die Dialogbereitschaft und -fähigkeit der Träger politischer Bildung gefragt. Eine Reihe von Trägern politischer Bildung haben ihre Dialogfähigkeit durch die Gewinnung von pädagogischen Mitarbeitern aus den neuen Ländern zu steigern versucht.

Insgesamt läßt sich bilanzieren, daß die politische Bildung im ersten Jahr nach der Vereinigung auf die außerordentlichen Herausforderungen mit großen Anstrengungen und erheblichem Engagement reagiert hat. Auch in den nächsten Jahren werden aber weiter erhebliche Anstrengungen notwendig sein.

4. Adressaten und Methoden politischer Bildung

Die politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland hat ihr Angebot in den vergangenen Jahrzehnten breit gestreut. Mit einem umfassenden Angebot von Tagungen, Büchern, Broschüren, Zeitungen, Filmen, Videos und Wandzeitungen wurde versucht, dem Nachfrage- und Anspruchsniveau gerecht zu werden. Mit all diesen Maßnahmen wurden am ehesten Aktive, politisch Interessierte und vor allem Multiplikatoren erreicht. Sie konnten unmittelbar für ihre berufliche bzw. nebenamtliche Tätigkeit von dem Angebot der politischen Bildung profitieren. Unter dem Gesichtspunkt der optimalen Nutzung begrenzter Mittel ist diese Unterstützung von Multiplikatoren sinnvoll und begrüßenswert. Es muß allerdings eingeräumt werden, daß es der politischen Bildung bisher kaum gelungen ist, die gerade in jüngster Zeit rapide wachsende Gruppe politisch weniger Interessierter zu erreichen. Zu einer der zentralen Aufgaben der nächsten Zukunft gehört es daher, in stärkerem Maße zu prüfen und zu erproben, mit welchen Maßnahmen in diesem Kreis von Bürgern Interesse an Politik geweckt werden kann; allerdings sollte politische Bildung sich bei solchen Versuchen nicht aufdrängen. Dies gilt auch und vor allem in den neuen Ländern, deren Bürgern durch ein Übermaß von Politisierung des Alltags, von Agitation und Propaganda vielfach politisches Interesse ausgetrieben worden ist.

Als problematisch erscheinen die Adressaten in den neuen Ländern. Noch ist nicht endgültig abzusehen, wer in den nächsten Jahren dort politische Bildung betreiben wird. In einer breit angelegten empirischen Untersuchung läßt der Bundesminister des Innern deshalb derzeitige und potentielle politische Multiplikatoren herauskristallisieren und ihren Bedarf an politischer Bildung und Fortbildung ergründen. Einstweilen kann nur versucht werden, bereits vorhandene, primär für die alten Bundesländer entwickelte Angebote möglichst umfassend anzubieten.

Trotz vermehrter Anstrengungen in den letzten zehn Jahren ist die Teilnahme von Frauen an Maßnahmen der politischen Bildung noch zu gering. Diese Feststellung wurde auch durch das Hearing des Innenausschusses des Deutschen Bundestages zur Lage der politischen Bildung am 8. Mai 1989 bestätigt. Die politische Bildung muß daher in Zukunft verstärkt prüfen, wie ihr Angebot für Frauen attraktiver gestaltet werden kann. Damit könnte sie mittelfristig auch einen Beitrag zu einer stärkeren Repräsentanz von Frauen in den Parteien und Parlamenten leisten.

Beträchtlichen Einfluß auf die öffentliche Meinung haben die in Kultur und Kunst Tätigen sowie die Meinungsführer informeller Gruppen, die einen wachsenden Anteil gesellschaftlichen Lebens in der Bundesrepublik Deutschland ausmachen. Auch die nicht organisierten ehrenamtlich Tätigen, wie etwa die Elternbeiräte von Schulen, beeinflussen Politik und politi-

sche Entscheidungen. Politische Bildung sollte sich gerade um diese wichtigen Adressatenkreise verstärkt bemühen.

Von zentraler Bedeutung für die Zukunft aber wird sein, ob und wie politische Bildung Jugendliche erreicht. In einer immer komplexer werdenden und schwerer zu durchschauenden Welt ist die Schule mit der Erklärung der Fülle politischer, sozialer, ökonomischer und historischer Probleme überfordert. Deshalb muß sich die politische Bildung überlegen, wie sie neben der Tagungsarbeit das Medienangebot für Jugendliche verbreitern und vertiefen kann.

Das Angebot politischer Bildung hat sich in den vergangenen 40 Jahren in der alten Bundesrepublik Deutschland in einer Methodenvielfalt adressatengerecht, trägergemäß und zielorientiert aufgefächert und damit grundsätzlich bewährt. Die Verankerung einer demokratischen politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland kann als gelungen bezeichnet werden. Politische Bildung hat einen wichtigen Anteil daran.

Will politische Bildung auch weiterhin erfolgreich sein, muß sie ständig ihre Mittel und Methoden daraufhin überprüfen, ob die Bedürfnisse der Adressaten in genügendem Umfange und genügender Tiefe befriedigt werden können. Da sich die Informationsbedürfnisse und Gewohnheiten sowohl mit der Medienentwicklung als auch mit den politischen Problemen wandeln, muß die politische Bildung auch im Methodenbereich innovationsbereit und -fähig sein. Es genügt nicht, neue Medien unter den Maßstäben bisheriger kultureller Entwicklung zu kritisieren, sondern politische Bildung sollte sie kritisch auf ihre Wirkung reflektieren und auf ihre Nutzungsmöglichkeiten überprüfen. Mit dem Wandel von Informationsgewohnheiten müssen sich auch die Methoden politischer Bildung wandeln. Jüngere Leute lassen sich in immer geringerem Maße durch das gedruckte Wort und in immer stärkerem Maße durch Bilder und Filme ansprechen. Daher sollte auch politische Bildung diesem Wandel entgegenkommen und in vermehrtem Maße Filme, Videokassetten und Computerspiele nutzen, um Interesse an Politik zu wecken und politische Informationen zu vermitteln und politisches Verhalten einzuüben. Zudem können neue Adressatenkreise auch über neue Methoden gewonnen werden.

Dem Wecken von Interesse voraus geht die Kenntnis von Institutionen und Möglichkeiten politischer Bildung. Daher sollte politische Bildung vor allem in den neuen Ländern auch eine Reihe von Maßnahmen mit erheblicher Öffentlichkeitswirkung durchführen. Neben Tagungen mit prominenten Diskutanten als Musterbeispiele für eine erfolgreiche Streitkultur, sollte politische Bildung politische Film- und Theaterfestivals veranstalten oder z. B. die Auslobung eines Preises für politische Literatur ins Auge fassen. Nur wer die Vielfalt politischer Bildung in der Bundesrepublik Deutschland kennt, kann sie nutzen.

Anlage 1

DER BUNDESMINISTER DES INNERN

Veranstalter von deutschlandpolitischen Seminaren, Tagungen, Vortragsveranstaltungen

Stand: 1. Oktober 1991

Baden-Württemberg

Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in
der Bundesrepublik Deutschland und Berlin West
e. V.

7000 Stuttgart 40

Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft (ASG)
e. V. – Bundesleitung –
7400 Tübingen

Arbeitskreis Sudetendeutscher Jungakademiker
7255 Rutesheim

Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für
Erwachsenenbildung e. V.
7500 Karlsruhe 1

Internationales Forum
Burg Liebenzell
7263 Bad Liebenzell

Studienhaus Wiesneck
Institut für Politische Bildung Baden-Württemberg
e. V.

7801 Buchenbach b. Freiburg

Studienzentrum Weikersheim
6992 Weikersheim

Bayern

Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche Bildung in
Bayern e. V.
8000 München

Arbeitskreis Europaintegration (Prof. Zippel)
8000 München 2

Bürgerforum Bayreuth e. V.
8580 Bayreuth

Europäische Akademie Bayern e. V.
Prinzregentenhof
8000 München 80

Europa-Akademie Bildungszentrum Bernried
8351 Bernried

Frauenring e. V. Bayern
8700 Würzburg

Goethe-Institut, Zentralverwaltung
8000 München 90

Hanns-Seidel-Stiftung e. V.
8000 München 19

Intereg

8000 München

Kath. Universität Eichstätt
8078 Eichstätt

LAG Sudetendeutscher Lehrer und Erzieher e. V.
8000 München

PanEuropa Union Deutschland e. V.
8000 München

Staats- und heimatpolitische Bildungsstätte
Der Heiligenhof
8730 Bad Kissingen

Studienstätte für Politik und Zeitgeschehen e. V.
8000 München 22

Studienzentrum für Ost-West-Probleme e. V.
8000 München 60

Unterfränkisches Volkshochschulheim am Sambachs-
hof e. V.
8742 Bad Königshofen i. Gr. 1

Verband Deutsche Nachwuchsjournalisten
8000 München

Verein für Jugendpflege und Volksbildung e. V.
8580 Bayreuth

Berlin (West)

Arbeitsgemeinschaft „13. August“
1000 Berlin

August-Bebel-Institut
1000 Berlin

Berliner Bildungszentrum der katholischen deutschen
Studentenschaft e. V.
1000 Berlin 19

Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz
e. V.
1000 Berlin 61

Deutschlandbüro Berlin e. V.
1000 Berlin

Europäische Akademie Berlin
1000 Berlin 33

FU Berlin
Lehrstuhl Prof. Kurt Franke
1000 Berlin

Haus der Zukunft
1000 Berlin 37

Haus der politischen Bildung
1000 Berlin 37

Institut für osteuropäische Wirtschaftsführung
1000 Berlin

Junge Politik — Fördererkreis junge Politik e. V.
1000 Berlin 19

Kuratorium Unteilbares Deutschland
— Geschäftsstelle Berlin —
Lützowplatz 9
1000 Berlin 30

Paul-Löbe-Institut
1000 Berlin 30

Verein Robert-Tillmanns-Haus
1000 Berlin 38

Bremen

Landesarbeitskreis christ.-demokr. Juristen (LACDJ)
2800 Bremen

Hamburg

DAG Hamburg
2000 Hamburg

Europa-Union Deutschland
— Landesverband Hamburg —
2000 Hamburg 36

Gesellschaft für Politik und Wirtschaft e. V.
— Haus Rissen —
2000 Hamburg 56

Landsmannschaft Ostpreußen e. V.
2000 Hamburg 13

Staatspolitische Gesellschaft e. V.
Ohlsdorfer Str. 37
2000 Hamburg 37

Universität Hamburg
Lehrstuhl Prof. Gruner
2000 Hamburg

Verein für politische Bildung e. V.
2000 Hamburg 67

Hessen

Brüsewitz-Zentrum — christl. Paneuropäisches
Studienwerk e. V.
6392 Neu-Anspach

Europ. Akademie Hessen e. V.
6050 Offenbach

Heimvolkshochschule Gensungen e. V.
3582 Felsberg-Gensungen

Institut für berufliche und politische Bildung e. V.
6365 Rosbach

Internationaler Bund für Sozialarbeit
— Jugendsozialwerk e. V. —
6000 Frankfurt/Main 90

Königsteiner Kreis
c/o Prof. Dr. F. C. Schroeder
Univ. Regensburg, Lehrstuhl für Strafrecht
8400 Regensburg

Ostakademie Königstein
6240 Königstein/Ts.

Niedersachsen

Akademie Sankelmark
2391 Sankelmark

Bundesarbeitsgemeinschaft für deutsche Ostkunde
im Unterricht e. V.
3000 Hannover 81

Europa- und Deutschlandpol. Bildungsinstitut Duder-
stadt — Rathaus —
3408 Duderstadt

Evang. Akademie in Deutschland e. V.
7325 Bad Boll

Förderverein Gesamtdeutsche Bildungsstätte
3493 Himmighausen

Generalvikariat Paderborn
4790 Paderborn

Heimvolkshochschule Barendorf
2121 Barendorf

Internationaler Arbeitskreis Sonnenberg e. V.
3300 Braunschweig

Kolpingwerk Diözesenverband Hildesheim e. V.
3200 Hildesheim

Ludwig-Frank-Stiftung
3300 Braunschweig

Ost-Akademie e. V.
2120 Lüneburg

Politische Bildungsstätte Helmstedt e. V.
3330 Helmstedt

Politische Bildungsstätte Zicherie e. V.
Haus Altmark
3127 Brome-Zicherie

Nordrhein-Westfalen

ADB-Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungs-
werke e. V.
5300 Bonn 2

Aktion Gemeinsinn (Prof. Schweitzer)
5300 Bonn

Arbeitsgemeinschaft Bürger und Stadt
5620 Velbert 15

Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und
Hochschulgemeinden
5300 Bonn 1

Arbeitskreis ehem. pol. Häftlinge 5300 Bonn 2	Europäische Staatsbürger-Akademie e. V. 4290 Bocholt
Arbeit und Leben e. V. 4000 Düsseldorf 30	Europa-Zentrum Meissen e. V. Pfarrer-Martin-Str. 5 5300 Bonn
Bildungsdienst und Sozialwerk des deutschen Beamtenbundes 5300 Bonn 2	Europa Union Deutschlands 5300 Bonn
Bildungswerk des Instituts für angewandte Kommunikationsforschung e. V. 5300 Bonn 1	Evang. Aktionsgemeinschaft für Familienfragen 4400 Münster
Bund ostdeutscher Heimatvereine 4630 Bochum	Evang. Studentengemeinde 5000 Köln
Bundesschülerversammlung 5300 Bonn	Evang. Sozialakademie, Schloß Friedewald 5241 Friedewald
Bund kath. deutscher Akademikerinnen 5300 Bonn 1	Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. 5300 Bonn 2
Bund der Mitteldeutschen e. V. 5300 Bonn 1	Friedrich-Naumann-Stiftung, Margarethenhof 5330 Königswinter 41
Bund der Vertriebenen 5300 Bonn 2	Fortbildungswerk für Studenten und Schüler (FWS) e. V. 5300 Bonn 1
Deutsche Landjugend Akademie Fredeburg e. V. 5300 Bonn 1	Gesamteuropäisches Studienwerk e. V. 4973 Vlotho
Deutsche Jungdemokraten 5300 Bonn	Gesellschaft f. d. Einheit Deutschlands e. V. 5300 Bonn
Deutscher Journalistenverband Bildungswerk 5300 Bonn	Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit 5300 Bonn
Deutscher Rat der europäischen Bewegung 5300 Bonn	Gustav-Stresemann-Institut e. V. 5300 Bonn 2
Deutsch-deutsche juristische Vereinigung 5000 Köln	Heimvolkshochschule, St. Hedwigs-Haus 4811 Oerlinghausen
Deutsch-Englische Gesellschaft 5300 Bonn	Heinz-Daemm-Stiftung f. Jugend- und Erwachsenenbildung 5309 Meckenheim
Deutschland- u. europapolitisches Bildungswerk NRW Meesenhof 5	Hilferufe von drüben 4780 Lippstadt
Deutschlandgesellschaft, Verein für deutschlandpolitische Kultur- und Bildungsarbeit e. V. 5300 Bonn 1	Informations- und Bildungszentrum Schloß Gimborn e. V. 5277 Marienheide-Gimborn
DJO-Deutsche Jugend in Europa e. V. 5300 Bonn 1	Institut für europ. Partnerschaften und intern. Zusammenarbeit e. V. (IPZ) 5300 Bonn 2
Deutsche Beamtenbund-Jugend, Bundesgeschäftsstelle 5300 Bonn 2	Jakob-Kaiser-Stiftung e. V. Köln, Adam-Stegerwald-Haus 5330 Königswinter 1
Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung 5300 Bonn	Jugendhaus Düsseldorf e. V. 4000 Düsseldorf 30
Europäische Konferenz für Menschenrechte und Selbstbestimmung — Deutsche Sektion e. V. Bundeshaus — NH 1013 5300 Bonn 1	Junge Liberale, Bundesgeschäftsstelle 5300 Bonn 1
Europäische Bildungs- und Aktionsgemeinschaft e. V. 5300 Bonn 1	Junge Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle 5300 Bonn 3
	Kath. Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung e. V. 5300 Bonn 1

Karl-Arnold-Stiftung e. V. 5300 Bonn 2	Verband Heimatvertriebener Verleger e. V. 4930 Detmold
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 5205 St. Augustin 1	Verband ehem. Rostocker Studenten 5330 Königswinter
Kurt-Schumacher-Gesellschaft e. V. 5300 Bonn	Verein für das Deutschtum im Ausland e. V. 5300 Bonn 1 (Hangelar)
Landesarbeitsgemeinschaft für deutsche Ostkunde im Unterricht in Nordrhein-Westfalen 4800 Bielefeld 17	Verein für politische Bildung und Information e. V. 5300 Bonn 1
Otto-Benecke-Stiftung 5300 Bonn	Verein zur Förderung deutschlandpolitischer Bil- dung 4300 Essen/Bochum
P.A.S. Politischer Arbeitskreis Schulen e. V. 5300 Bonn 1	Verein zur Förderung katholisch-sozialer Bildungs- werke in der Bundesrepublik Deutschland e. V. 5300 Bonn 1
Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen — Geschäftsstelle — 4000 Düsseldorf	VOS-Gemeinschaft ehem. pol. Häftlinge-Vereini- gung der Opfer des Stalinismus e. V. 5300 Bonn 1
Politischer Arbeitskreis der Universität Bonn 5210 Troisdorf	Zentralausschuß der sozialistischen Bildungsgemein- schaften e. V. 5000 Köln 1
Politische Akademie Biggesee 5952 Attendorn	Zentrale Fortbildung der Programm-Mitarbeiter AkB/ZbF. 5000 Köln
Politisches Bildungswerk Verantwortung in der Gesellschaft (VidG) GmbH 5300 Bonn 1	
Rheinisch-Westfälische Auslandsgesellschaft e. V. — Internationale Bildungsstätte Willebadessen — 3533 Willebadessen	Rheinland-Pfalz
Ruhrinstitut für gesellschaftspolitische Forschung und Bildung e. V. 4300 Essen	Europa-Haus Marienberg e. V. 5439 Bad Marienberg
SBK Staatspolitischer Bildungskreis für ältere und behin- derte Menschen e. V. 4516 Bissendorf 1	Europa-Union Deutschland Landesverband Rheinland-Pfalz 6500 Mainz
Sozialistische Jugend Deutschlands „Die Falken“ 5300 Bonn 1	Fritjof-Nansen-Akademie für politische Bildung 6507 Ingelheim
Schlesische Jugend 5300 Bonn 1	Pfalz Akademie e. V. Heimvolkshochschule Lambrecht 6734 Lambrecht
Stapellager Arbeitskreis 4000 Düsseldorf	Saarland
Stiftung Bundeskanzler Adenauer Haus 5340 Bad Honnef	Europäische Akademie Otzenhausen e. V. 6600 Saarbrücken 3
Stiftung für Christlich-Soziale Politik und Bildung e. V. — Arbeitnehmerzentrum Königswinter — 5330 Königswinter 1	Seminar für politische Bildung und Information e. V. 6600 Saarbrücken
Stiftung politische und christliche Jugendbildung 5309 Meckenheim	Sozialwerk Saar-Mosel 6600 Saarbrücken
Stiftungsverband Regenbogen 4600 Dortmund	
Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e. V.	Schleswig-Holstein
Verband der Heimkehrer 5300 Bonn	Akademie für gesellschaftspolitische Bildung e. V. — Haus am Pfefferberg — 2077 Grobensee
	Europäische Akademie Schleswig-Holstein 2262 Leck

Hermann-Ehlers-Stiftung e. V.
2300 Kiel 1

Institut für regionale Forschung und Information im
deutschen Grenzverein
2390 Flensburg

Landsmannschaft Mecklenburg
2418 Ratzeburg

Ostsee-Akademie
2400 Lübeck-Travemünde

Stiftung Mecklenburg
2418 Ratzeburg

Neue Bundesländer

Brandenburg

Institut für Kommunalwissenschaft und -praxis i. G.
an der Landesuniversität
Potsdam

Universität Potsdam
Potsdam

Mecklenburg-Vorpommern

Europäische Akademie Mecklenburg-Vorpommern
Waren

Sachsen

Kuratorium Schloß Ettersburg e. V.
O-5300 Weimar

Anmerkung

Bis zu ihrer Auflösung waren/sind das Bundes- und
die Landeskuratorien Unteilbares Deutschland wichtige
Veranstalter von deutschlandpolitischen Tagun-
gen und Seminaren.

**Bundeszentrale für politische Bildung – Zuwendungsempfänger: Bildungszentren, Verbände;
außerdem Liste der Bildungsträger, deren Aussiedler-Eingliederungsmaßnahmen gefördert werden**

Stand: Juli 1991

- | | |
|--|--|
| Akademie für gesellschaftspolitische Bildung
„Haus am Pfefferberg“
2077 Großensee | – C.-Pirckheimer-Haus, Akademie der Erzdiözese
Bamberg
8500 Nürnberg |
| Akademie Sankelmark, Deutscher Grenzverein
2391 Sankelmark | – Frankfurter Sozialschule
6200 Wiesbaden-Naurod |
| Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke
5300 Bonn 2 | – Diözese Fulda
6400 Fulda-Neuenburg |
| – Bayerisches Seminar für Politik e. V.
8000 München 2 | – Diözese Mainz
6148 Heppenheim |
| – Bürgerforum Bayreuth e. V.
8580 Bayreuth | – Hedwig-Dransfeld-Haus
5413 Bendorf |
| – Bürgerforum Mittelmain
8772 Marktheidenfeld | – Heimvolkshochschule Kardinal von Galen e. V.
4590 Cloppenburg |
| – Die Neue Gesellschaft
2000 Hamburg 13 | – Heinrich-Pesch-Haus
6700 Ludwigshafen |
| – Gesellschaft für Politik und Bildung SWH e. V.
2427 Malente-Gremsmühlen | – Institut für soziale Bildung im Bistum Essen
Heinrich Brauns
4630 Bochum 6 |
| – Heimvolkshochschule Haus Neuland e. V.
4800 Bielefeld 11 | – Kath. Akademie Bayern
8000 München 40 |
| – Neue Gesellschaft Niederrhein
4173 Kerken 3 | – Kath. Akademie Hamburg
2000 Hamburg 11 |
| – Staatsbürgerlicher Arbeitskreis Nürnberg e. V.
8500 Nürnberg | – Kath. Akademie Trier
5500 Trier |
| – Verein für Jugendpflege und Volksbildung e. V.
8580 Bayreuth | – Kath. Bildungsstätte Haus Ohrbeck
4504 Georgsmarienhütte |
| – Willi-Eichler-Bildungswerk e. V.
5000 Köln 1 | – Kath.-soziale Akademie Franz-Hitze-Haus
4400 Münster |
| Arbeitsgemeinschaft kath.-soz. Bildungswerke in der
Bundesrepublik Deutschland
5300 Bonn 1 | – Kath.-soziales Bildungswerk Erzdiözese Freiburg
7800 Freiburg |
| – Akademie der Diözese Hildesheim
St. Jakobushaus
3380 Goslar | – Kath.-soziales Bildungswerk Stuttgart e. V.
7000 Stuttgart 70 |
| – Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart
7000 Stuttgart 1 | – Kath.-soziales Institut Erzdiözese Köln
Kardinal-Frings-Haus
5340 Bad Honnef 1 |
| – Arbeitnehmerbildungsstätte Benediktushöhe
Retzbach
8705 Zellingen-Retzbach | – Kath. Sozialinstitut für Erwachsenenbildung
8483 Vohenstrauß |
| – Bildungsinstitut der arbeitenden Jugend
4300 Essen | – Niels-Stensen-Haus
2804 Liliental |
| – Bildungswerk für Jugend und Erwachsene,
Haus Wassenburg
5414 Vallendar | – Ostakademie Königstein
6240 Königstein/Ts. |
| – Christliches Bildungswerk „Die Hegge“
3533 Willebadessen | – Schönstatt-Familienliga
5414 Vallendar |
| | – Soziales Seminar der Diözese Osnabrück e. V.
4500 Osnabrück |

- Stefanus-Gemeinschaft
7960 Aulendorf 1
- Autonomes Bildungszentrum
2168 Drochtersen
- Bildungszentrum Jagdschloß Göhrde e. V.
3139 Göhrde 2
- Der Heiligenhof
8730 Bad Kissingen
- Evangelische Akademien in Deutschland e. V.
7325 Bad Boll
- Evang. Akademie Arnoldshain
6384 Schmitten (Taunus) 1
- Evang. Akademie Bad Boll
7325 Bad Boll
- Evang. Akademie Baden
7500 Karlsruhe
- Evang. Akademie Berlin
1000 Berlin 12
- Evang. Akademie Berlin-Brandenburg
O-1040 Berlin
- Evang. Akademie Greifswald
O-2200 Greifswald
- Evang. Akademie Kurhessen-Waldeck
3520 Hofgeismar
- Evang. Akademie Iserlohn
5860 Iserlohn
- Evang. Akademie Loccum
3056 Rehburg-Loccum 2
- Evang. Akademie Sachsen-Anhalt
O-3010 Magdeburg
- Evang. Akademie der Ev.-Luth.
Landeskirche Sachsens
O-8250 Meißen
- Evang. Akademie Mülheim
4330 Mülheim (Ruhr) 1
- Evang. Akademie Nordelbien
2360 Bad Segeberg
- Evang. Akademie Nordelbien
Tagungsstätte Hamburg
2000 Hamburg 36
- Evang. Akademie Oldenburg
2902 Rastede-Hankhausen
- Evang. Akademie Pfalz
6720 Speyer
- Akademiearbeit der Ev.-Luth.
Landeskirche Mecklenburgs
O-2500 Rostock
- Evang. Akademie Thüringen
O-5800 Gotha
- Evang. Akademie Tutzing
8132 Tutzing
- Sozialamt der Evang. Kirche von Westfalen
5840 Schwerte 5
- Ökumenische Vereinigung der Akademien
und Tagungszentren in Europa
7325 Bad Boll
- Evangelische Sozialakademie
5241 Friedewald
- Freies Tagungshaus Waldschlößchen
3407 Gleichen-Reinhausen
- Friedrich-Ebert-Stiftung
5300 Bonn 2
- Friedrich-Ebert-Stiftung Haus Münstereifel
5358 Bad Münstereifel
- Fritz-Erler-Akademie
7290 Freudenstadt
- Georg-von-Vollmar-Akademie
Schloß Aspenstein e. V.
8113 Kochel am See
- Gesellschaft für politische Bildung e. V.
HVHS Haus Frankenwarte
8700 Würzburg
- Gustav-Heinemann-Akademie
5905 Freudenberg
- HVHS Alfred Nau
5275 Bergneustadt 1
- Elisabeth-Selbert-Kolleg
HVHS Saarbrücken
6600 Saarbrücken 2
- Friedrich-Ebert-Stiftung
Abt. politische Bildung
Büro Regensburg
8400 Regensburg
- Ludwig-Frank-Bildungsstätte
6749 Vorderweidenthal
- Julius-Leber-Akademie
2070 Ahrensburg
- Friedrich-Naumann-Stiftung
5330 Königswinter 41
- Europ. Begegnungsstätte Saar
6600 Saarbrücken 3
- Theodor-Heuss-Akademie
5270 Gummersbach 31
- Gesamteuropäisches Studienwerk
4973 Vlotho-Weser
- Gesellschaft der europäischen Akademien
6600 Saarbrücken
- Europ. Akademie Bayern
8000 München 80
- Europ. Akademie Berlin
1000 Berlin 33
- Europ. Akademie Hessen
6050 Offenbach
- Europ. Akademie Schleswig-Holstein
2262 Leck
- Europ. Akademie Otzenhausen e. V.
6600 Saarbrücken

- Europ. Bildungs- und Aktionsgemeinschaft e. V.
5300 Bonn 1
- Europ. Staatsbürgerakademie e. V.
4290 Bocholt
- Europa Haus Marienberg
5439 Bad Marienberg
- Europa Zentrum Tübingen
7400 Tübingen
- Rheinisch-Westfälische
Auslandsgesellschaft e. V.
4600 Dortmund
- Internationale Bildungstätte Willebadessen
3533 Willebadessen
- Weiterbildungszentrum Ingelheim
Fridtjof-Nansen-Akademie
6507 Ingelheim am Rhein
- Gesellschaft für Politik und Wirtschaft e. V.
2000 Hamburg 56
- Gustav-Stresemann-Institut
5300 Bonn 2
- Europ. Heimvolkshochschule Bevensen
3118 Bad Bevensen
- Hanns-Seidel-Stiftung
8000 München 19
- Heimvolkshochschule Alte Molkerei Frille
4953 Petershagen 1
- Hermann-Ehlers-Stiftung
2300 Kiel 1
- Informations- und Bildungszentrum Schloß Gimborn
5277 Marienheide-Gimborn
- Internationaler Arbeitskreis Sonnenberg
3300 Braunschweig
- Karl-Arnold-Stiftung
5300 Bonn 2
- Konrad-Adenauer-Stiftung
5205 St. Augustin 1
- Heimvolkshochschule Eichholz
5047 Wesseling
- Ostsee-Akademie
2400 Lübeck-Travemünde
- Paul-Löbe-Institut Berlin
1000 Berlin 12
- Politische Akademie Biggese e. V.
5952 Attendorf-Neu-Listernohl
- St. Hedwigswerk
4780 Lippstadt
- Heimvolkshochschule
4811 Oerlinghausen
- Stiftung Christlich-Soziale Politik e. V.
5330 Königswinter 1
- Stiftungsverband Regenbogen e. V.
4600 Dortmund 1
- Vereinigung politischer Bildungswerke e. V.
5330 Königswinter 1
- Politisch-soziale Bildungsstätte
Adam-Stegerwald-Haus
5330 Königswinter 1
- Niedersächsisches Bildungswerk e. V.
3000 Hannover 21
- Staatspolitische Gesellschaft e. V.
2000 Hamburg 1
- Westfälisches Bildungswerk e. V.
4350 Recklinghausen
- Werkstatt für Demokratie und Öffentlichkeit
5300 Bonn 1
- Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.
1000 Berlin 12
- Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben
4000 Düsseldorf 30
- Arbeitsgemeinschaft Bonner Lehrerseminare
4000 Düsseldorf
- Arbeitsgemeinschaft der Bildungswerke
der Deutschen Wirtschaft e. V.
5000 Köln 51
- Arbeitsgemeinschaft kath. Studenten und
Hochschulgemeinden
5300 Bonn 1
- Arbeitsgemeinschaft norddeutscher Bildungswerke
der Wirtschaft e. V.
2000 Hamburg 13
- Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft
7400 Tübingen
- Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V.
5300 Bonn 1
- Arbeitskreis europäische Integration e. V.
5300 Bonn 1
- Arbeitskreis friedenspädagogischer
Bildungseinrichtungen
c/o Manfred Stock
3068 Helpsen
- Bildungsdienst und Sozialwerk des Deutschen
Beamtenbundes e. V.
5300 Bonn 2
- Bildungswerk für christlich soziale
Gesellschaftspolitik
5300 Bonn 2
- Bildungswerk Europa
6901 Gaiberg
- Brüsewitz-Zentrum e. V.
c/o Wolfgang Stock
6392 Neu-Anspach
- Buber-Rosenzweig-Stiftung
6000 Frankfurt
- Bundesarbeitsgemeinschaft
Hilfe für Behinderte e. V.
4000 Düsseldorf 1

Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmerbewegung 5303 Bornheim 1	Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt 7325 Boll
Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmer e. V. 1000 Berlin 12	Kolpingwerk Deutscher Zentralverband 5000 Köln 1
Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e. V. 7320 Göppingen	LOMDIM Christlicher Verein zum Kennenlernen des Judentums e. V. 6114 Groß-Umstadt-Wiebelsbach
Deutsche Angestellten Gewerkschaft 3030 Walsrode	Paneuropa-Jugend Deutschland e. V. 8000 München 2
Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung e. V. 7500 Karlsruhe 1	Paritätisches Bildungswerk e. V. 6000 Frankfurt 71
Deutscher Frauenring e. V. Bundesgeschäftsstelle 6350 Bad Nauheim	Politischer Arbeitskreis Schulen e. V. 5300 Bonn 1
Deutsch-Israelische Gesellschaft e. V. 5300 Bonn 1	Politisches Bildungswerk Verantwortung in der Gesellschaft GmbH 5300 Bonn 1
Deutschland- und Europapolitisches Bildungswerk Nordrhein-Westfalen 4542 Tecklenburg	Stätte der Begegnung e. V. 4973 Vlotho/Weser
Europa-Lehrerseminar 4000 Düsseldorf 1	Stiftung Burg Ludwigstein 3430 Witzenhausen 1
Europa-Union 5300 Bonn 1	Stiftung Forum für Bildung und Politik 5300 Bonn 2
Evangelische Akademikerschaft in Deutschland e. V. 7000 Stuttgart 1	Stiftung für staatspolitische Mitverantwortung „Die Mitarbeit“ 5300 Bonn 1
Evangelische Aktionsgemeinschaft für kirchliche Arbeit in Staat und Gesellschaft e. V. 3000 Hannover	Stiftung politische und christliche Jugendbildung e. V. 5309 Meckenheim
Evangelische Frauenarbeit in Deutschland 6000 Frankfurt/Main	Touristenverein „Die Naturfreunde“ 7000 Stuttgart 60
Fortbildungswerk für Studenten und Schüler e. V. 5300 Bonn 1	Übernationaler YMCA/YWCA Bund in Deutschland 7050 Waiblingen
Franz-Röhr-Bildungswerk 5300 Bonn 2	Verband bi-nationaler Familien- und Partnerschaften 6000 Frankfurt/Main 1
Gemeinnütziges Bildungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes e. V. 4000 Düsseldorf 30	Verband der Heimkehrer-Kriegsgefangenen und Vermißtenangehörigen Deutschlands 5300 Bonn 2
Gemeinschaft evangelischer Erzieher 4100 Duisburg 11	Verein für politische Frauenbildung 5352 Zülpich-Geich
Gesellschaft für Weiterbildung Westfalen-Lippe e. V. 4900 Herford	Vereinigung der Freunde von Burg Rothenfels e. V. 8774 Rothenfels
Heimvolkshochschulwerk Gensungen 3582 Felsberg-Gensungen	Vereinigung liberaler Bildungseinrichtungen 5330 Königswinter 41
Karl-Theodor-Molinari-Stiftung Bildungswerk des Deutschen Bundeswehr-Verbandes 5300 Bonn 2	Versöhnungsbund e. V. 2082 Uetersen
Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung 5300 Bonn 1	Zentralausschuß der sozialistischen Bildungsgemeinschaften 5000 Köln 1
Katholischer deutscher Frauenbund 5000 Köln 1	

Liste der Bildungsträger, deren Aussiedler-Eingliederungsmaßnahmen gefördert werden

Bildungsträger	Sitz des BT/Ort	Zuwendungen erhalten
Rheinisch-Westfälische Auslandsgesellschaft	4600 Dortmund	Hj. 1990/1991
Heinz-Daemen-Stiftung	5309 Meckenheim	Hj. 1990
Deutschland- und Europapolitisches Bildungswerk NRW	4542 Tecklenburg	Hj. 1990/1991
Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke	5300 Bonn	Hj. 1990
Hanns-Seidel-Stiftung	8000 München	Hj. 1990
Stiftung Christl.-Soziale Politik e. V.	5330 Königswinter	Hj. 1990
Evangelische Aktionsgemeinschaft Hannover	3000 Hannover	Hj. 1990/1991
Konrad-Adenauer-Stiftung	5205 St. Augustin	Hj. 1990
Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands	7320 Göppingen	Hj. 1990/1991
Friedrich-Naumann-Stiftung	5330 Königswinter	Hj. 1990/1991
Politische Akademie Biggese	5952 Attendorn	Hj. 1990/1991
Arbeitsgemeinschaft Katholisch-sozialer Bildungswerke	5300 Bonn	Hj. 1990/1991
Landeszentrale für pol. Bildung Bremen/Bremerhaven	2850 Bremerhaven	Hj. 1990/1991
Schlesische Jugend	5300 Bonn	Hj. 1991
Kolpingwerk, Zentralverband	5000 Köln	Hj. 1990/1991
Politischer Arbeitskreis Schulen	5300 Bonn	Hj. 1990/1991
Gustav-Stresemann-Institut	5300 Bonn 2	Hj. 1990/1991
Heimvolkshochschulwerk Gensungen	3582 Felsberg-Gens.	Hj. 1990/1991
Evangelische Akademien in Deutschland	7325 Bad Boll	Hj. 1990
Deutsche Evangelische Arbeitsgemein- schaft für Erwachsenenbildung	7500 Karlsruhe	Hj. 1990/1991
Arbeitsgemeinschaft für pol. Bildung Arbeit und Leben	4000 Düsseldorf	Hj. 1990/1991
Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsene	5300 Bonn	Hj. 1990/1991
Oskar-Kämmer-Schule, Wolfsburg	3180 Wolfsburg	Hj. 1990/1991
Arbeiterwohlfahrt Braunschweig	3300 Braunschweig	Hj. 1990/1991
Arbeitsgemeinschaft Ost- u. Mittel- deutscher Aus- u. Übersiedler	1000 Berlin	Hj. 1990/1991
Paritätisches Bildungswerk Ffm., Bundesverband	6000 Frankfurt	Hj. 1991
Sozialwerk Saar-Mosel, Saarbrücken	6600 Saarbrücken	Hj. 1990/1991
Vereinigung politischer Bildungswerke	5330 Königswinter	Hj. 1990/1991
Verein für politische Bildung	2000 Hamburg	Hj. 1990
Fortbildungs-Werk für Studenten und Schüler	5300 Bonn	Hj. 1991

Anlage 3

Katalog der Fragen an die freien Träger politischer Bildungsarbeit

1. Auf welche Weise haben sich Ziele, Inhalte und Teilnehmerstruktur Ihrer Arbeit seit der Anhörung im Deutschen Bundestag am 8. Mai 1989 geändert? Bitte nennen Sie auch Zahl und Umfang der Veranstaltungen und Maßnahmen, die Sie seit dieser Zeit durchgeführt haben.
2. Welche Bildungsmaßnahmen haben Sie in den neuen Ländern (bzw. mit Teilnehmern aus den neuen Ländern) durchgeführt? Welche Erfahrungen haben Sie dabei gemacht (Probleme, angewandte Methoden)? Wie viele Personen aus den neuen Bundesländern haben an Ihren Bildungsmaßnahmen teilgenommen (absolut und prozentual)?
3. Welche Ziele und Themenschwerpunkte haben Sie sich für Ihre allgemeine politische Bildungsarbeit in nächster Zeit gesetzt? Um welche Zielgruppen wollen Sie sich in nächster Zeit in besonderer Weise bemühen?
4. Welche konkreten integrationspolitischen Bildungsmaßnahmen planen Sie, um den Vereinigungsprozeß im geistigen, gesellschaftlichen und menschlichen Bereich zu fördern? Wie hoch schätzen Sie den Bedarf an deutschland-/integrationspolitischen Bildungsmaßnahmen in der Zukunft ein?
5. Welche Kooperationspartner haben Sie in den neuen Ländern? Mit welchen Mitteln und Methoden sprechen Sie die Menschen in den neuen Ländern an? Konnten Sie bereits Lehrpersonal aus den neuen Ländern gewinnen? Welche Maßnahmen planen Sie zur Aus- und Fortbildung von Lehrpersonal in den neuen Ländern?

Stellungnahmen der freien Träger

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
Institut für Politische Bildung
5205 Sankt Augustin 1

St. Augustin, den 15. Juli 1991

**Betr.: Bericht der Bundesregierung über den Stand und die Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland
(Beschluß des Deutschen Bundestages vom 30. Oktober 1990)**

hier: Stellungnahme des Instituts für Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung

1.

Der revolutionäre politische und gesellschaftliche Wandel in der DDR und in den Ländern Mittel- und Osteuropas, die Volkskammerwahl und die Kommunalwahl in der DDR, der Vertrag zur Wirtschafts- und Währungsunion, der deutsche Einigungsvertrag mit der am 3. Oktober 1990 hergestellten staatlichen Einheit sowie die Wiederherstellung der Souveränität Deutschlands waren zentrale Ursachen und Beweggründe für die Änderung der Ziele, Inhalte und Teilnehmerstruktur in der Arbeit des Instituts für Politische Bildung seit Herbst 1989.

1.1 Ziele

Nach Öffnung der innerdeutschen Grenze standen zunächst drei Ziele im Vordergrund:

- Die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland über die Ursachen und den Verlauf der Entwicklungen in der DDR zu informieren;
- den Bürgerinnen und Bürgern der DDR Grundlagenwissen über unseren freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat zu vermitteln;
- als übergreifendes Ziel: Wege zur deutschen Einheit zu diskutieren.

Nach Herstellung der staatlichen Einheit setzen sich die Veranstaltungen zum Ziel,

- über den schwierigen Strukturwandel, von dem nahezu alle Bereiche des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in den neuen Bundesländern betroffen sind, zu informieren, geschichtliche Hintergründe aufzudecken und Perspektiven für die Menschen zu entwerfen,

- zu analysieren, welche Koordinaten den Prozeß des Zueinanderfindens der Deutschen bestimmen, und zugleich die Herausforderungen zu reflektieren, die sich aus dem Zusammenwachsen der Deutschen ergeben,
- zu verdeutlichen, wie der deutsche Einigungsprozeß mit der europäischen Entwicklung zu synchronisieren ist, und aufzuzeigen, welchen Beitrag das vereinte Deutschland zum Aufbau einer Weltfriedensordnung leisten kann.

1.2 Inhalte

Entsprechend den unter 1.1 genannten Zielsetzungen stand und steht die Vermittlung folgender Inhalte und Themen im Vordergrund:

- *Erste Phase* (Herbst 1989 — März 1990)
 - Ursachen und Verlauf der Herbstrevolution in der DDR (ein Schwerpunkt lag auf DDR-Studienaufenthalten von Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik Deutschland);
 - Herausbildung des Parteiensystems in der DDR und erste freie Wahlen (Volkskammerwahl);
 - Beginn des innerdeutschen Dialogprogramms mit politischen Grundlagenseminaren und mit Veranstaltungen über Wege zur deutschen Einheit (siehe hierzu auch die folgenden Ausführungen).
- *Zweite Phase* (März — Oktober 1990)
 - Fortsetzung der obengenannten Aktivitäten;
 - Ausbau des innerdeutschen Dialogprogramms mit Themen aus allen Bereichen der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft (Schwerpunkt: Wege zur deutschen Einheit) unter Berücksichtigung zeitgeschichtlicher Themen;
 - Aufbau eines Veranstaltungsangebotes in der DDR, insbesondere zu Fragen des Parlamentarismus, der Rechtsstaatlichkeit und der Sozialen Marktwirtschaft (Aufbau regionaler Bildungswerke des Instituts für Politische Bildung in Leipzig und in Rostock).
- *Dritte Phase* (seit Oktober 1990)
 - weiterer Ausbau des innerdeutschen Dialogprogramms mit obengenannten thematischen Schwerpunkten;
 - Ausbau des Veranstaltungsangebotes in den neuen Bundesländern mit den thematischen Schwerpunkten: Parteiendemokratie und Parlamentarismus, Föderalismus und Rechtsstaatlichkeit, Grundlagen und Funktionsweise einer ökologisch verpflichteten Sozialen Marktwirtschaft;
 - Selbstverständnis und Rolle der Bundesrepublik Deutschland in der europäischen und internationalen Politik (Beitrag Deutschlands zur europäischen und internationalen Friedensordnung, Verantwortung für die Menschen in den Entwicklungsländern)

1.3 Teilnehmerstruktur

- Stetig wachsender Anteil von Bürgerinnen und Bürgern aus den neuen Bundesländern (siehe auch 2.);
- Zielgruppenschwerpunkte/-bereiche: politische Funktions- und Mandatsträger, Bereiche Bildung und Wissenschaft sowie Medien und Kultur.

1.4 Zahl der Veranstaltungen — Teilnehmerinnen/Teilnehmer

- 1989: 1 427 Veranstaltungen/59 852 Teilnehmerinnen/Teilnehmer
- 1990: 2 015 Veranstaltungen/93 557 Teilnehmerinnen/Teilnehmer
- 1991: Es sind etwa 1 700 Veranstaltungen mit ca. 70 000 Teilnehmerinnen/Teilnehmern geplant.

2. Bildungsmaßnahmen in den neuen Bundesländern

2.1 Bildungsmaßnahmen in den neuen Bundesländern bzw. für Teilnehmerinnen/Teilnehmer aus den neuen Bundesländern:

- Veranstaltungen zur Vermittlung von politischem Grund- und Orientierungswissen (siehe 1.2: Inhalte);
- Trainingsprogramme zur parlamentarischen Praxis und politischen Kommunikation;
- innerdeutsche Dialogprogramme mit Themen aus allen Bereichen der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

2.2 Erfahrungen

Nach 40 Jahren politischer Indoktrination und Demütigung durch den Repressionsapparat der SED besteht bei den Menschen in den neuen Bundesländern ein beträchtlicher Bedarf an Information und Orientierung, der die politische Bildung vor erhebliche Herausforderungen stellt. Es müssen Orientierungshilfen gegeben werden, die es den Menschen ermöglichen, sich unter den Bedingungen des vereinigten Deutschlands zurechtzufinden. Der Übergang vom überkommenen Wertesystem des totalitären Staates DDR zu Verhaltensweisen, die das Leben in einer liberalen Demokratie prägen, ist nicht in kurzer Zeit vollziehbar und führt zu Unsicherheit sowie Vorbehalten auch gegenüber den Menschen in den alten Bundesländern. Die von den Sozialwissenschaften konstatierte Befindlichkeit der Menschen in den neuen Bundesländern — ein Lebensgefühl zwischen Hoffen und Bangen, zwischen Zuversicht und Angst — zeigt sich in einer gewissen Scheu, Unsicherheit und Zurückhal-

tung während der Diskussionen in den Bildungsveranstaltungen.

Gerade die innerdeutschen Dialogveranstaltungen haben dazu beigetragen, im Zuge des gegenseitigen Kennenlernens und einer positiven Einstellung zu den Problemen des jeweils anderen wechselseitige Unkenntnis und tradierte Vorbehalte abzubauen. Damit wurde auch ein Wandel der gewohnten anerzogenen Lebenshaltung der Menschen aus den neuen Bundesländern eingeleitet.

Hierzu beigetragen haben die in den Bildungsveranstaltungen angewandten Methoden: insbesondere Kleingruppenarbeit (u. a. um Redeängste abzubauen); Evaluierung und Erarbeitung von Ansätzen zur Lösung von Problemen unter a priori Einbeziehung von Erfahrungen der Menschen aus den neuen Bundesländern, d. h. jedes Thema wurde auch aus der Perspektive der neuen Bundesländer durch Fachbeiträge behandelt und durch Berichte der Teilnehmerinnen/Teilnehmer ergänzt.

2.3 Anzahl der Personen aus den neuen Bundesländern bei Bildungsveranstaltungen:

1989: einige wenige Teilnehmerinnen und Teilnehmer;

1990: ca. 23 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer (ca. 25 Prozent);

1991: Zahlen liegen noch nicht vor.

3. Künftige Ziele, Themenschwerpunkte und Zielgruppen

3.1 Ziele

- Akzeptanz und Verständnis zwischen den Deutschen durch gegenseitiges Kennenlernen fördern und damit den Prozeß des Zueinanderfindens unterstützen;
- auf der Basis eines Konsenses in den Grundprinzipien der verfassungsmäßig festgelegten Ordnung Meinungsvielfalt fördern und Toleranz einüben;
- zur Entwicklung einer positiven Grundhaltung und zur Identifikation mit der parlamentarischen Demokratie und liberalen Wirtschaftsordnung beitragen;
- über den totalitären Anspruch und die Konsequenzen ideologischer Heilslehren aufklären und gegen politischen Extremismus resistent machen;
- Motivation der Menschen fördern, ihre Rolle als Staatsbürger in unserer liberalen Demokratie aktiv und sachkundig wahrzunehmen;
- die wachsende Komplexität politischer, wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Sachverhalte transparent machen;
- einen Beitrag zur Beteiligung an der Diskussion über die Entwicklung der geistigen Grundlagen der liberalen Demokratie an der Schwelle zum 21. Jahrhundert leisten;

- zum Abbau nationaler Egoismen beitragen, das Verständnis für die Notwendigkeit zwischenstaatlicher Zusammenarbeit fördern und dabei vor allem die europäische Solidarität und Loyalität stärken.

3.2 Themenschwerpunkte

Die Themenschwerpunkte ergeben sich aus den unter 3.1 genannten Zielen. Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Veranstaltungen zur Vermittlung von politischem Grund- und Orientierungswissen;
- Dimensionen und binnenstaatliche Konsequenzen des deutschen Einigungsprozesses (kulturell, politisch, wirtschaftlich, sozial, ökologisch);
- europäische Integration mit Schwerpunkt europäischer Binnenmarkt, politische Union, Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten (dabei vor allem deutsch-polnische Beziehungen);
- Solidarität üben – Verantwortung tragen: Zur Rolle des vereinten Deutschlands in der internationalen Politik.

3.3 Zielgruppen/Zielgruppenbereiche

- politische Funktions- und Mandatsträger;
- Fachleute und Interessenten aus den Bereichen Kultur- und Bildungspolitik, Umwelt- und Energiepolitik, innere und äußere Sicherheit, Entwicklungspolitik;
- Vertreterinnen und Vertreter der Medien (mit Schwerpunkt: Nachwuchsjournalismus);
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kirchlicher und karitativer Einrichtungen;
- Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe sowie Studentinnen und Studenten;
- ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Ein besonderer Schwerpunkt wird dabei jeweils mit der Ansprache der Zielgruppe Frauen gesetzt. Einbezogen werden auch – je nach Thema und Zielgruppe – Bürgerinnen und Bürger aus den Staaten West- und Osteuropas.

4. Deutschlandpolitische Bildungsmaßnahmen/Bedarf

4.1 Deutschlandpolitische Bildungsmaßnahmen

- Es wird insbesondere auf die Fortführung des innerdeutschen Dialogprogramms verwiesen, zu dem Menschen aus allen Bundesländern eingeladen werden, um gemeinsam die Herausforderungen zu diskutieren, die sich aus dem Zusammenwachsen der Deutschen, ihrer europäischen und internationalen Verantwortung ergeben (siehe hierzu auch bisherige Ausführungen);

- Vortragsveranstaltungen mit Referenten aus den neuen Bundesländern;
- Ausbau des Veranstaltungsangebotes in den neuen Bundesländern (Schwerpunkt: Vermittlung politischen Grund- und Orientierungswissens).

4.2 Bedarf

Es erweist sich als schwierig, den Bedarf an Bildungsmaßnahmen genau zu quantifizieren. Es besteht aber kein Zweifel daran, daß der Bedarf außerordentlich groß ist (siehe auch 2.2) und weit über das gegenwärtig Leistbare hinausgeht. Ein Grund hierfür ergibt sich u. a. auch daraus, daß sich ein deutschlandpolitischer Bildungsansatz nicht allein auf nationale Fragen beschränken kann, sondern immer auch die (gesamt-)europäische und weltpolitische Dimension einbringen muß.

5. Kooperationspartner/Werbemaßnahmen/Lehrpersonal

5.1 Kooperationspartner in den neuen Bundesländern

Politische, insbesondere kommunalpolitische Organisationen, Bürgerinitiativen, Kirchengemeinden, Schriftsteller und Künstler, Schulen, Universitäten.

5.2 Werbemaßnahmen in den neuen Bundesländern

Das Angebot des Instituts für Politische Bildung wird in Halbjahresprogrammen veröffentlicht. Darüber hinaus wird über die Kooperationspartner (siehe 5.1) gezielt auf Veranstaltungen hingewiesen.

5.3 Lehrpersonal aus den neuen Bundesländern

Das Lehrpersonal rekrutiert sich insbesondere aus den Bereichen kommunale Verwaltungen, Kirche, Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung. Referenten werden auch aus den Reihen der neuen politischen Kräfte, die sich vor allem auf kommunaler Ebene entfalten, gewonnen.

Bei der Aus- und Fortbildung des Lehrpersonals wird auf Angebote staatlicher Stellen (Bundeszentrale und Landeszentralen für politische Bildung) zurückgegriffen. Zudem verfügt das Institut für Politische Bildung über ein eigenes Programm zur Aus- und Fortbildung von Lehrpersonal. Das Lehrpersonal erhält zudem die Gelegenheit, an Bildungsveranstaltungen des Instituts für Politische Bildung teilzunehmen, um die Vielfalt der praktizierten Arbeitsformen und Methoden kennenzulernen.

ARBEITSAUSSCHUSS FÜR POLITISCHE BILDUNG

Bonn, den 1. August 1991

Betr.: Bericht der Bundesregierung über den Stand und die Perspektiven der Politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland

Bezug: Ihr Schreiben vom 27. Mai 1991, Gesch.Z.: G II 4 – 123 000 4/64

Sehr geehrter Herr Seraphim,

der Arbeitsausschuß für Politische Bildung, dem die großen Trägerverbände politischer Jugend- und Erwachsenenbildung auf Bundesebene angehören, wird sich als Organisation nicht zu den von Ihnen im genannten Schreiben gestellten Fragen äußern, da seine einzelnen Mitgliedsverbände gesondert angeschrieben wurden.

Im Auftrag des Vorstands des Arbeitsausschusses darf ich Ihnen aber zwei Stellungnahmen übersenden, die sich insbesondere mit den Problemen und zukünftigen Herausforderungen deutschlandpolitischer Bildungsarbeit auseinandersetzen. Wir würden es begrüßen, wenn diese Aussagen ihren Niederschlag in dem Bericht der Bundesregierung über den Stand und die Perspektiven der Politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland fänden.

Mit freundlichen Grüßen

Mechthild Merfeld

Projektgruppen „Bildung 2000“ und „Förderungspolitik“**Deutschlandpolitische Bildungsarbeit vor dem Hintergrund der deutschen Einigung und der gesamteuropäischen Entwicklung**

1. Die deutsche Einigung erfolgt nach einer 40jährigen Epoche divergierender Entwicklungen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Religion. Während im Osten Deutschlands ein totalitäres und autoritäres politisches System in allen Bereichen des individuellen und sozialen Lebens einseitig ideologisch und zentralistisch dominiert hat, ist im Westen eine freiheitlich-demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung entstanden, in der Pluralismus und föderative Strukturen vorherrschen.

Diese prinzipiell unterschiedliche Ausgangslage erfordert spezifische Bildungs- und Begegnungsangebote für Bürger in der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Diese Angebote sind für die Bürger im Gebiet der ehemaligen DDR und Berlin (Ost) unter Berücksichtigung ihrer spezifischen Fragen und Probleme auszurichten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Begriff „politische Bildung“ in der ehemaligen DDR von seinen historischen Belastungen befreit werden muß. Für die Bürger in der

„alten“ Bundesrepublik müssen sie sich an den Fragen und Problemen orientieren, die mit dem raschen Einigungsprozeß und seinen Folgen verbunden sind. Besonders wichtig aber sind Angebote, die Bürger aus den beiden Teilen Deutschlands zu gemeinsamer Bildung und Begegnung zusammenführen.

Internationale und binationale Begegnungen und Seminare haben in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg ganz wesentlich dazu beigetragen, daß Menschen mit unterschiedlichen Vorerfahrungen und Identitäten von- und miteinander lernen, im persönlichen Kontakt Vorurteile abbauen und Gemeinsamkeiten herausarbeiten konnten. Die Bemühungen um Verständigung und Zusammenarbeit in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur wurden durch diese Maßnahmen erheblich gefördert. Diese Erfahrungen sollten genutzt werden, das Zusammenwachsen von Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur in der neuen Bundesrepublik Deutschland zu unterstützen.

2. Bei der künftigen deutschlandpolitischen Bildung geht es im einzelnen u. a. darum,
- einen Beitrag zu leisten für einen Konsens über die Grundlagen, Ziele und Aufgaben unserer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ordnung auf der Basis der dem Grundgesetz zugrundeliegenden Werte,
 - das demokratische Bewußtsein im gemeinsamen Staat zu stärken und zu politischer Mitverantwortung zu befähigen und zu motivieren,
 - zur Aufarbeitung von Ursachen und Hintergründen totalitärer Systeme und Strukturen in Vergangenheit und Gegenwart beizutragen,
 - Pluralismus als Ausdruck einer offenen Gesellschaft deutlich zu machen und zu einer Auseinandersetzung mit anderen Meinungen und Positionen zu befähigen (Toleranz, Streitkultur),
 - ein neues Geschichtsbewußtsein zu wecken und zu fördern durch Aufarbeitung regionaler und nationaler historischer Entwicklungen und Kulturepochen,
 - ethische Grundlagen für ein soziales Miteinander auf der Basis der allgemeinen Menschenrechte zu vermitteln und in der Alltagspraxis zur Geltung zu bringen,
 - neue soziale und ökologische Fragen als gemeinsame Zielsetzung für die Zukunft bewußt zu machen und Lösungen zu entwickeln,
 - generell die Motivation zu lebensbegleitender Weiterbildung zu wecken und zu fördern.
3. Das vereinte Deutschland spielt eine neue Rolle in Europa, die in der internationalen Politik und öffentlicher Meinung sowohl zu Hoffnungen als auch zu Befürchtungen Anlaß gibt. Durch den Vereinigungsprozeß sind neue Nachbarschaften entstanden.
- Vor diesem Hintergrund besteht die Aufgabe,
- durch internationale Begegnungen den Friedenswillen der Menschen und die Politik der Friedenssicherung bewußt zu machen und durch gegenseitiges Kennenlernen Ängste und Vorurteile abzubauen,
 - Kontakte zu den deutschen Minderheiten in Mittel-Ost-Europa zu knüpfen, damit diese aus der Isolierung befreit, zu Partnern in ihren Gastländern und zu Mittlern bei dem Bemühen um internationale Verständigung werden.
4. Diese Aufgabenstellungen mit dem Ziel, die deutsche Vereinigung innerlich und durch entsprechendes Engagement mittragen und mitvollziehen zu können und sich für ein einiges Europa einzusetzen, erfordern eine entsprechende Umorientie-

rung der deutschlandpolitischen Bildung, die bereits im vollen Gange ist. Dafür, daß sie fortgesetzt und intensiviert werden kann, ist es erforderlich, für deren Förderung Mittel aus dem Bundeshaushalt bereitzustellen. Der Titel „deutschlandpolitische Bildungsarbeit“ des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen muß für einen Zeitraum von etwa 5 Jahren fortgeführt und entsprechend ausgebaut werden, unabhängig davon, in welchem Bundesressort er geführt wird.

Die Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, Dorothee Wilms, hat im Bonner General Anzeiger vom 3. Oktober 1990 den Aufbau eines offenen und von den Werten des Grundgesetzes ausgehenden Bildungswesens im beigetretenen Teil Deutschlands als besonders vordringlich bezeichnet. „Notwendig ist auch außerschulisch der Ausbau eines pluralistischen Bildungssystems für Jugendliche und Erwachsene, damit die Prinzipien der Demokratie gelernt und eingeübt werden können. So wird es schließlich gelingen, viele mentale und geistige Barrieren zu überwinden, die es zwischen Menschen in Ost und West noch gibt. Das Hüben und Drüben muß auch in einem geistigen Miteinander ein Ende finden.“ Auf dieser Linie liegt auch der Abschlußbericht der Unterkommision Weiterbildung der deutsch-deutschen Bildungskommission vom 10. September 1990. Darin wird der Bundesregierung empfohlen, die bisherige Förderung der innerdeutschen Bildungsarbeit mit dem Ziel fortzusetzen, die Einigung im politischen und kulturellen Bereich zu unterstützen. In dieselbe Richtung geht die Empfehlung des Arbeitskreises 2 „Personale und soziale Kompetenz“ der Konzierten Aktion Weiterbildung vom 21. September 1990.

5. In den Jahren der deutschen Teilung konnte mit Hilfe der Förderung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen bei Jugendlichen und Erwachsenen in der Bundesrepublik Deutschland, in Berlin und in der DDR der Verfassungsauftrag, die deutsche Einheit in Freiheit zu vollenden, wachgehalten und immer wieder belebt werden. Innerdeutsche Begegnungen, deutschlandpolitische Bildung und Berlin-Seminare hatten einen bedeutenden Anteil an den Leistungen der Jugend- und Erwachsenenbildung. Diese Leistungen dürfen nun nicht verringert werden. Die vorhandenen Strukturen müssen genutzt und ausgebaut werden, das gilt auch für den Lernort Berlin. Die für diese Arbeit bisher bereitgestellten Mittel müssen der politischen Bildung für die neuen Aufgaben erhalten bleiben und bedarfsgerecht erhöht werden, damit es gelingt, daß die deutsche Einheit von den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland verstanden, mitvollzogen und aktiv mitgestaltet wird.

Bonn, den 18. Oktober 1990

Stellungnahme des Arbeitsausschusses für Politische Bildung

Politische Bildung und Begegnung der Bürger aus Ost und West darf im deutschen Einigungsprozeß nicht vernachlässigt werden.

Der Arbeitsausschuß für Politische Bildung — Zusammenschluß der bundeszentralen Träger der politischen Bildung — hat sich in einer Sondersitzung am 10. Juni 1991 erneut mit den Aufgaben und der Finanzierung der deutschlandpolitischen Bildung und Begegnung befaßt. Er teilt die Auffassung der Entscheidung des Deutschen Bundestages vom 30. Oktober 1990, wonach „die politische Bildung ihrer gegenwärtig größten Herausforderung“ gegenübersteht, „die sich aus dem revolutionären politischen und gesellschaftlichen Wandel in der DDR“ und dem Zusammenwachsen der Länder und der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland ergibt. Wie der Deutsche Bundestag sieht es der Arbeitsausschuß als vordringlich an, daß zum einen der organisatorische und finanzielle Rahmen gefunden werden muß und daß zum anderen der doppelte Einigungsprozeß in Deutschland und in Europa alle Träger politischer Bildung dazu zwingt, sich inhaltlich auf ein breites Spektrum neuen Stoffes einzustellen.

Die im Arbeitsausschuß versammelten bundeszentralen Träger haben ungeachtet ihrer je spezifischen politischen, weltanschaulichen und pädagogischen Orientierung während der deutschen Teilung unter anderem durch deutschlandpolitische Seminare, Berlin-Seminare und Begegnungen zwischen Deutschen aus Ost und West dem Auftrag des Grundgesetzes gedient, die Deutsche Einheit in Freiheit zu vollenden. Sie haben vor und nach der Wende alles ihnen Mögliche getan, plurale, demokratische Strukturen der Jugend- und Erwachsenenbildung in den neuen Ländern anzuregen, zu fördern und aufzubauen sowie den Bedürfnissen der Bürger in Ost und West nach Informationen, Bildung und Begegnung durch spezifische Angebote zu entsprechen. In seiner Erklärung vom 18. Oktober 1990 hat der Arbeitsausschuß die Ziele und Aufgaben beschrieben, die sich für die politische Bildung im deutschen und darüber hinaus im europäischen Einigungsprozeß stellen. Gegenüber Parlament und Bundesregierung hat er deutlich gemacht, daß diese Aufgaben der verstärkten Förderung aus Bundesmitteln bedürfen und daß daher die im früheren Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (BMB) verfügbaren Mittel in unvermindertem Umfang dafür erforderlich sind.

Mit Unverständnis und Enttäuschung muß der Arbeitsausschuß feststellen, daß der Deutsche Bundestag dem einstimmigen Beschluß des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft nicht gefolgt ist, den Mittelansatz für deutschlandpolitische Bildung im Bundeshaushalt 1991 nicht zu vermindern, sondern aufzustocken. Nach Wegfall der Zuwendungen für Berlin-Seminare sowie Begegnungen und strukturelle Hilfen freier Träger in den neuen Ländern stehen so der poli-

tischen Bildung 1991 ca. 23 Mio. DM weniger zur Verfügung als im Vorjahr. Diese Perspektive bedeutet:

1. Die bundeszentralen Träger, deren Mitglieder und Untergliederungen in den neuen und den alten Bundesländern sowie neue Träger werden nicht in der Lage sein, dem wachsenden Bedarf an deutschlandpolitischen Bildungs- und Begegnungsmaßnahmen gerecht zu werden. Entsprechende Planungen können nicht realisiert werden.
2. Der Wegfall dieser Mittel führt zu einer Reduzierung des Gesamtangebots an politischer Bildung. Diese ist aber gerade jetzt vermehrt notwendig. Die vorgesehenen Aufstockungen der Mittel für politische Bildung freier Träger im Bundesjugendplan und bei der Bundeszentrale für politische Bildung gleichen nicht annähernd die Defizite aus, die durch die Streichung der früheren BMB-Mittel entstehen.
3. Die im Rahmen der Nachtragshaushalte 1990 zur Verfügung gestellten Mittel zum Aufbau von Strukturen freier Träger in den neuen Bundesländern sind 1991 nicht vorgesehen. Damit wird weitere Aufbauarbeit unmöglich gemacht. Das auf der Existenz leistungsfähiger freier Träger beruhende System der Jugend- und Erwachsenenbildung wird damit zumindest in den neuen Bundesländern in Frage gestellt.

Ausgenommen von dieser für die Gegenwart und die Zukunft schwerwiegenden Problematik sind lediglich die Politischen Stiftungen, deren Ansatz von 160,1 Mio. DM im Jahre 1990 auf 207 Mio. DM erhöht worden ist, dazu kommen weitere 24,5 Mio. DM für die Schaffung von Bildungsstätten der Stiftungen. Diese Anhebung ist ein deutliches Zeichen dafür, daß bei den Haushaltsberatungen der Mehrbedarf der Träger der politischen Bildung für die Aufgaben, die sich im Rahmen des deutschen Einigungsprozesses stellen, durchaus gesehen worden ist. Leider ist aber nur ein Teil der Träger der politischen Bildung im Blick gewesen. Für die meisten der übrigen Träger der politischen Bildung bedeutet die Haushaltsplanung 1991 einen Rückgang in der Gesamtsumme der für politische Bildung bereitstehenden Mittel und den Verlust von Mitteln für strukturelle Hilfen in den neuen Ländern. In diesem Zusammenhang wird an die Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums vom 24. Mai 1989 zur politischen Bildung erinnert: „Im Interesse der Pluralität und der Weiterentwicklung des Bildungswesens dürfen Parteien und ihre Bildungseinrichtungen gegenüber anderen Trägern nicht privilegiert und neue qualifizierte Träger nicht von der Förderung ausgeschlossen werden.“ Es ist dringend erforderlich, den übrigen Trägern durch Anwendung gleicher Grundsätze und Maßstäbe auch

gleiche Chancen in der deutschlandpolitischen Bildung und Begegnung sowie bei der Förderung des Aufbaus leistungsfähiger Strukturen in den neuen Ländern zu geben.

Der Arbeitsausschuß fordert den Deutschen Bundestag, den Bundesrat und die Bundesregierung auf, die notwendigen Mittel bereitzustellen, damit alle Träger der politischen Bildung – und nicht nur die Politischen Stiftungen – ihrer „gegenwärtig größten Herausforderung“ gegenüber gerecht werden können.

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER BILDUNGSWERKE DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT E.V.

Köln, den 15. Juli 1991

Bericht der Bundesregierung über den Stand und die Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland (Beschluß des Deutschen Bundestages vom 30. Oktober 1990)

Geschäftszeichen: G II 4 — 123 000 — 4/64
Ihr Schreiben vom 27. Mai 1991

Sehr geehrter Herr Seraphim,

in meiner Eigenschaft als Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Bildungswerke der Deutschen Wirtschaft — ADBW — e. V. möchte ich auf Ihre Fragen nachfolgend eingehen.

Grundsätzlich ist zu berücksichtigen, daß einige der Fragen, so z. B. die Frage 1, zu allgemein gestellt sind und ein Teil der in den neuen deutschen Ländern angelauten Aktivitäten noch nicht abschließend beurteilt werden können. Dies gilt auch für die gewünschte Vermittlung der Teilnehmerzahlen.

Frage 1

Der Inhalt vieler Bildungsveranstaltungen hat sich im Hinblick auf die politischen Veränderungen, vor allem der Wiedervereinigung Deutschlands, die politische Umwälzung Ost-Europas und den Übergang zum gemeinsamen europäischen Markt, geändert.

In den neuen Bundesländern hat sich teilweise eine Irritation und Niedergeschlagenheit — u. a. aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung und der daraus resultierenden Arbeitslosigkeit — ergeben. Insbesondere dadurch hat das politische Engagement, in Parteien u. a. politisch relevanten Gruppen mitzuarbeiten, rapide abgenommen. Dem muß u. a. durch besonders intensive politische Bildung entgegen gearbeitet werden. Dazu gehören auch neuartige Methoden, die auf Verhaltensveränderungen (von Lehrern, Jugendlichen u. a.) abzielen.

Die entscheidenden Veränderungen des gemeinsamen Marktes der EG sind nur unzulänglich bekannt.

Etwas ähnliches gilt für diese Auswirkungen der osteuropäischen Umwälzungen.

Die Information durch die Medien bedarf dringend der Ergänzung durch die politische Bildung. („Dialoge“ sind eine wesentliche Möglichkeit, dieses Defizit zu decken.)

Die Wirtschaft, insbesondere ihre Bildungswerke, versuchen, verstärkt dieser geschilderten Entwicklung entgegenzuwirken.

Frage 2

Die Themenstellung muß sich an den Verhältnissen der neuen Länder orientieren. Die fünf Bildungswerke der Wirtschaft in den neuen Bundesländern führen in Kooperation mit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und/oder westdeutschen Bildungswerken in wachsendem Umfang vor allem Modellveranstaltungen durch.

Frage 3

- s. Antwort auf Frage 1
- Zielgruppen in den neuen deutschen Ländern sind insbesondere Hochschullehrer, Studenten, Lehrer, Schüler, Kirchenvertreter

Frage 4

Der Bedarf an „Integrationspolitischen Bildungsmaßnahmen“ ist sehr stark. Er wird nicht gedeckt.

Frage 5

Die Methoden müssen im Hinblick auf die jahrzehntelange frontale Form der Stoffvermittlung korrigiert werden. Kreativität, Spontaneität, Dialogfähigkeit und Streitkultur sind unterentwickelt. Moderne Hilfsmittel sollten verstärkt verwandt werden.

Mit freundlichen Grüßen
Hermann Linke

ARBEITSGEMEINSCHAFT KATHOLISCH-SOZIALER BILDUNGSWERKE IN DER
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Bonn, den 22. Juli 1991

Betr.: Bericht der Bundesregierung über den Stand und die Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland (Beschluß des Deutschen Bundestages vom 30. Oktober 1990) – II

Bezug: Schreiben des Bundesministers des Innern GII4-123000-4/64 vom 27. Mai 1991

Die Fragen des o. g. Schreibens werden wie folgt beantwortet:

1. Auf welche Weise haben sich Ziele, Inhalte und Teilnehmerstruktur Ihrer Arbeit seit der Anhörung im Deutschen Bundestag am 8. Mai 1989 geändert? Bitte nennen Sie auch Zahl und Umfang der Veranstaltungen und Maßnahmen, die Sie seit dieser Zeit durchgeführt haben.

Die Ziele der katholisch-sozialen Bildungsarbeit, die die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke und ihre Mitglieder als Beitrag zur politischen Bildung leistet, haben sich gegenüber unserer Vorlage vom 14. November 1988 zur Anhörung am 8. Mai 1989 im Deutschen Bundestag nicht geändert.

Die Inhalte haben sich – den veränderten Bedürfnissen der Bevölkerung im Zusammenhang mit der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der ereignisreichen letzten Jahre entsprechend – teilweise neu akzentuiert. Diese Veränderungen und Entwicklungen sind im wesentlichen durch folgende Stichworte zu kennzeichnen:

- Die berufliche Aus- und Weiterbildung ist in der staatlichen Bildungs- und Förderungspolitik und damit einhergehend im Bewußtsein der Bevölkerung weiter aufgewertet worden. Parallel dazu hat sich das Interesse an politischer Bildung verstärkt auf Inhalte ausgerichtet, die einen Zugewinn an unmittelbar verwertbaren Kenntnissen und Fertigkeiten versprechen, z. B. sogenannte Schlüsselqualifikationen wie Diskussions- und Kommunikationsfähigkeit, Kenntnisse über Zusammenhänge zwischen dem eigenen Lebensumfeld (besonders Beruf und Familie) und den gesellschaftlichen und politischen Bedingungen und Perspektiven.
- Der Prozeß der deutschen Vereinigung hat in der damaligen DDR, dann in den neuen Bundesländern zunächst eine erhebliche Nachfrage nach Institutionenkunde (z. B. Parlamentarismus, Pluralismus, Grundlagen und Strukturen der Marktwirtschaft), nach Grundlagen des freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates (besonders damit zusammenhängende Wertefragen) sowie nach Ansätzen zur Aufarbeitung der Vergangenheit und der ge-

meinsamen historischen Wurzeln ausgelöst. Später traten unmittelbar lebenspraktische Inhalte, die das Zurechtfinden in der neuen Situation nach dem Beitritt erleichtern sollten, hinzu. Damit einher ging in den alten Bundesländern ein stärkeres Interesse an der Auseinandersetzung mit dem Einigungsprozeß und seinen politischen und wirtschaftlichen Perspektiven. Die im Einigungsvertrag offen gebliebenen Fragen vom Schutz des ungeborenen Lebens (§ 218 StGB) bis zu verfassungsrechtlichen Überlegungen nahmen breiteren Raum ein. Daneben entwickelte sich erheblicher Informations- und Diskussionsbedarf über die künftige Rolle des vereinten Deutschland in Europa und seine Aufgaben für Frieden und Entwicklung in der Welt (Golfkrieg, Entwicklungspolitik).

- Die unterschiedliche Öffnung und die beginnende Demokratisierung der Länder des ehemaligen Ostblocks, der Verfall der alle Lebensbereiche erfassenden kommunistischen Doktrin unter der Vorherrschaft der Sowjetunion, schließlich der 1993 bevorstehende gemeinsame EG-Binnenmarkt bestimmten ebenfalls sehr stark die Angebote der politischen Bildung. Internationale Seminare und Begegnungen sowie Europäische Jugendwochen und Veranstaltungen an den Orten der Europäischen Gemeinschaften erlebten mit Teilnehmern aus den alten und den neuen Ländern einen beachtlichen Aufschwung. Das gilt besonders für die politische Bildung mit Jugendlichen.
- Seit 1989 werden in unserer Arbeitsgemeinschaft verstärkt Kurse zur sozialen und politischen Integration von Aussiedlern angeboten. Diese Angebote – in der Regel in Zusammenarbeit mit den in der individuellen und beruflichen Integration tätigen Wohlfahrtsverbänden und Einrichtungen der Jugendsozialarbeit – wurden sehr gut aufgenommen, so daß 1990 insgesamt 50 Kurse mit 1 478 Teilnehmern durchgeführt wurden (erfaßt sind hier nur die Maßnahmen, die über die Zentralstelle der AKSB gefördert wurden).
- Ausgebaut und verbreitert wurde der Ansatz, die neuen Entwicklungen in Naturwissenschaften, Medizin und Technik in ihren sozialen, politischen und vor allem ethischen Dimensionen in der politi-

schen Bildung zu thematisieren. Die bisher im wesentlichen aus geistes-, sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Sicht konzipierten Kurse wurden ergänzt durch Veranstaltungen mit interdisziplinärer Ausrichtung. Dabei haben sich zwei Projekte der AKSB als besonders hilfreich erwiesen: Das interdisziplinäre Forschungs- und Bildungsprojekt „Humangenetik, Embryonenforschung und Ethik“ (1988–1993) sowie „Den Menschen verbessern? – didaktische Umsetzung medizinisch-naturwissenschaftlicher Erkenntnisse auf dem Gebiet der Reproduktions- und Gentechnik in die politische Jugendbildung“, das die Thomas-Morus-Akademie, Bensberg, 1989 bis 1992 unter Beteiligung weiterer Mitgliedsinstitutionen der AKSB durchführt. In den Erprobungskursen des letztgenannten Projekts werden auch Jugendliche durch politische Bildung erreicht, die eher an naturwissenschaftlichen und technischen als an anderen Fragestellungen primär interessiert sind.

- Das 1988 begonnene Projekt „Zusammen Lernen – außerschulische politische Bildung mit Schülern und Schülerinnen der Sekundarstufe II in Zusammenarbeit mit Schulen“ (1988–1992) hat einerseits durch die Aufnahme des schulbezogenen Ansatzes der Jugendbildung in das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), andererseits durch die wachsende Bereitschaft der Schule zur Kooperation mit außerschulischen Einrichtungen politische und pädagogische Bedeutung gewonnen. Die beteiligten Schulen bestätigen zunehmend, daß die didaktischen Möglichkeiten der außerschulischen politischen Bildung für die Schüler wichtige Komplementärangebote darstellen, besonders in den Schwerpunkten dieses Modellprojekts: exemplarisches interdisziplinäres Lernen, Schule als gesellschaftliches Gestaltungsfeld, Studien- und Berufsorientierung im gesellschaftlichen Kontext, aktuelle politische Fragen.

Das Interesse der Schüler an diesen auf freiwilliger Basis angebotenen mehrtägigen Veranstaltungen, zu denen sie von der Schule freigestellt werden, übertrifft häufig die personellen und räumlichen Kapazitäten der beteiligten Bildungsstätten. Bis Ende 1990 fanden in diesem Projekt 113 Kurse mit 2 072 Teilnehmern statt.

- Ausgebaut werden konnten die politischen Bildungsangebote für Familien (Eltern und Kinder) sowie für Frauen, besonders in der Erziehungsphase und während der beruflichen und familiären Neuorientierung danach sowie für Senioren.
- In der politischen Jugendbildung ist generell ein quantitativ abnehmendes Interesse an Fragen der „großen Politik“ festzustellen, dagegen wächst der Bedarf an Fragestellungen des unmittelbaren Lebensumfelds. Das zeigt sich zum Beispiel in örtlichen Ökologie-Projekten wie auch an dem Bedürfnis nach Veranstaltungen über Fragen der Sexualität und der Partnerschaft, der Auseinandersetzung mit Suchtmitteln, mit Gewalt und Verweigerung und dem Zusammenleben mit Ausländern in Deutschland. Katholisch-soziale Bildungsarbeit nimmt diese Fragen auf, stellt sie jedoch immer in den gesamtgesellschaftlichen und politischen Kon-

text wie auch in den unserer Rechtsordnung. Dasselbe gilt auch für verstärkt nachgefragte Kurse zur Schülermitverwaltung, zur Aneignung des Handwerkszeugs für die Schüler- und Jugendpresse sowie bei den Kursen für Schüler aus Abschlußklassen aller Schularten und für Auszubildende im Themenkomplex Beruf und Arbeitswelt.

Für die gesamte AKSB als Arbeitsgemeinschaft von 62 eigenständigen Akademien, Bildungsstätten, Bildungswerken, Sozialen Seminaren und Verbänden können präzise Angaben zu Zahl und Umfang der Veranstaltungen und Maßnahmen der Mitglieder nicht gemacht werden. Der Geschäftsstelle sind nur die Maßnahmen bekannt, für die sie aus Mitteln des Bundes Zuwendungen erhält, besonders für die von ihr verantworteten bzw. begleiteten Projekte.

In Zusammenhang mit der Frage nach Inhalten und Teilnehmerstruktur muß aber auch auf die Probleme eingegangen werden, die sich in der politischen Bildungsarbeit der AKSB und ihrer Mitgliedsinstitutionen stellen:

1. Das in den alten wie den neuen Ländern gewachsene Bildungsinteresse kann in der beruflichen Bildung weitaus besser und für die Teilnehmer kostengünstiger befriedigt werden als in der allgemeinen und in der politischen Bildung. Während für die berufliche Fortbildung und Umschulung in der Regel ausreichende Mittel der Arbeitsverwaltung, des Staates und der EG zur Verfügung stehen, ist das in der allgemeinen und der politischen Bildung eher die Ausnahme. Zusammen mit den anderen Mitgliedern des Arbeitsausschusses für politische Bildung hat daher die AKSB die Empfehlung des Deutschen Bundestages vom 30. Oktober 1990 begrüßt, Wege zu suchen, „um für freie Träger weitere Verbesserungen der Hilfen zu bieten, die sie zur Durchführung ihrer wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben erhalten. Insbesondere sollte eine gewisse Verstetigung der Mittelvergabe – etwa durch längerfristige Verträge – . . . angestrebt werden“. Der Arbeitsausschuß hat dazu einen Vorschlag erarbeitet, der die Träger besser als bisher in den Stand setzen soll, längerfristig zu planen und ihre „Aufgaben in Planung, Leitung, Organisation, Konzeptbildung, Interessenvertretung und Zusammenarbeit, Durchführung ihrer Angebote, Evaluation und Information sowie für das Vorhalten und den Betrieb ihrer Einrichtungen, das Vorhalten und den Betrieb ihrer Dienste und Veranstaltungen“ zu sichern (Anlage 1). Neben der Verstetigung der Förderung ist in der politischen Erwachsenenbildung eine solide finanzielle Grundausrüstung der Träger erforderlich, die es ihnen ermöglicht, qualifiziertes hauptberufliches Personal langfristig an sich zu binden und die notwendige Infrastruktur zu gewährleisten. Die Bundesförderung für die politische Erwachsenenbildung besteht – abgesehen von der institutionellen Förderung der politischen Stiftungen – bei allen anderen Trägern in der Förderung von Veranstaltungen und in der Regel befristeten Projekten. Aus dieser Veranstaltungs- und Projektförderung ist jedoch eine langfristige, ausreichende Sicherstellung der Arbeit der Zentralen nicht möglich.

Für eine entsprechende Grundförderung der bundeszentralen anerkannten Träger der Jugendhilfe wurde in der AKSB ein Denkmodell entwickelt, das auch eine Reihe anderer Träger positiv bewertet.

2. Zur pluralen Struktur der Träger der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung gehört notwendigerweise auch die Zusammenarbeit im Interesse des Ganzen. Der Deutsche Bundestag hat die übergreifende Zusammenarbeit der freien Träger auf Bundesebene als Beitrag zu immer erneuter Konsensgewinnung trotz des bestehenden Meinungspluralismus ausdrücklich begrüßt und dafür die Unterstützung der staatlichen Stellen gefordert. „Dabei sollte auch erwogen werden, den freien Trägern die Herausgabe eines gemeinsamen Publikationsorgans zu ermöglichen.“ Der Arbeitsausschuß für politische Bildung und die in ihm angesiedelte Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung (GEMINI) sind lebendige Zeugnisse dafür, daß die Träger selbst an dieser Zusammenarbeit interessiert sind und dafür Zeit und Kraft einsetzen. Die staatliche Unterstützung für diese Zusammenarbeit hat sich jedoch seit dem Beschluß des Deutschen Bundestages nicht wesentlich gebessert: So ist es trotz mehrfacher Erinnerungen bisher nicht dazu gekommen, über ein seit April 1990 bei der Bundeszentrale für politische Bildung vorliegendes Konzept für eine trägerübergreifende Fachzeitschrift der politischen Bildung auch nur zu diskutieren. Da die Träger der politischen Bildung nicht beabsichtigen, den Arbeitsausschuß und die GEMINI mit hauptamtlichem Personal auszustatten, sondern bei der bewährten Form der Zusammenarbeit der Fachkräfte aus den einzelnen Mitgliedsinstitutionen bleiben wollen, hängt die Bereitstellung von Personal, Reise- und sonstigen Sachkosten für diese Zusammenarbeit entscheidend davon ab, daß die einzelnen Träger imstande sind, die notwendigen Ressourcen aufzubringen. Das wiederum ist und bleibt schwierig, solange die staatliche Förderung diese Aufgaben nicht ausreichend berücksichtigt.

Im Interesse des Ganzen liegt auch die Zusammenarbeit zwischen freien Trägern und den staatlichen Stellen auf der Bundesebene. Neben positiven Ansätzen für kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen den Trägern der politischen Jugendbildung und dem BMFJ und im Rahmen der Konzertierte Aktion Weiterbildung bestehen in anderen Bereichen erhebliche Defizite. Auch zu den parlamentarischen Gremien, die Verantwortung für politische Bildung tragen, müßten die Kontakte verbessert werden.

3. Die Nachfrage von Teilnehmern nach ganzheitlichen, interdisziplinären Angeboten bei der Behandlung einzelner Themen entspricht auch dem personalen Ansatz der politischen Bildungsarbeit der AKSB. Entsprechende Konzepte und Programme scheitern immer wieder an starren Richtlinien, die für jede einzelne Arbeitseinheit und nicht nur für das Gesamtkonzept der jeweiligen Veranstaltung als Förderungsvoraussetzung die Zuordnung zu den Kernbereichen der politischen Bildung fordern. Das wird besonders deutlich bei Ver-

anstaltungen zur sozialen und politischen Integration von Aussiedlern und mit Teilnehmern aus den neuen Bundesländern. In beiden Fällen besteht neben der Nachfrage nach politischen Themen auch eine Nachfrage nach Klärung von lebenspraktischen Fragen, wie der Lösung innerfamiliärer Konflikte in der neuen Umgebung, Haushaltsführung, Ernährung, Versicherung. Oft sind es gerade diese Fragen, die durch das große Interesse bei den Teilnehmern einen Einstieg in die Fragen der politischen Bildung ermöglichen.

Nach wie vor gibt es auch Probleme mit der Anerkennung politischer Bildungsmaßnahmen für Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, die nach der Sonderurlaubsverordnung für Beamte und Richter im Bundesdienst (§ 7 Satz 1 Nr. 3) nur für staatspolitische Bildung genehmigt werden können.

2. *Welche Bildungsmaßnahmen haben Sie in den neuen Ländern (bzw. mit Teilnehmern aus den neuen Ländern) durchgeführt? Welche Erfahrungen haben Sie dabei gemacht (Probleme, angewandte Methoden)? Wieviele Personen aus den neuen Bundesländern haben an Ihren Bildungsmaßnahmen teilgenommen (absolut und prozentual)?*

Die AKSB selbst hat keine Bildungsmaßnahmen in den neuen Bundesländern bzw. mit Teilnehmern aus den neuen Ländern durchgeführt; das ist Aufgabe der einzelnen Mitgliedsinstitutionen. Diese haben sich der Aufgabe mit großem Elan gestellt. Vorstand und Geschäftsstelle der AKSB haben für diese Arbeit

- konzeptionelle Anregungen und Hilfen gegeben,
- den Erfahrungsaustausch unter den Mitgliedern aus den alten Ländern, die sich in diesem Bereich betätigen, gefördert,
- die finanziellen Mittel für diese zusätzlichen Aufgaben nach Möglichkeit beschafft und bereitgestellt,
- auf vielerlei Wegen besonders die kirchlichen Stellen der Jugendarbeit und Erwachsenenbildung (bis dahin Jugendseelsorge und Erwachsenen-seelsorge) beraten und ermuntert, eigene Strukturen und Angebote der sozialen und politischen Bildung zu entwickeln und dabei nicht nur die Kirchenmitglieder als Zielgruppe zu sehen, sondern alle Interessierten anzusprechen.

Ansatzpunkte für die Bildungsarbeit der Mitglieder ergaben sich aus langjährig bestehenden kirchlichen Partnerschaften zwischen Diözesen im Westen und im Osten, entstehenden kommunalen und Länder-Partnerschaften, Übertragung der Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Verbänden, wie sie in den alten Ländern vorhanden ist, auf die neuen Länder sowie aus vielen bereits bestehenden oder neu angebahnten persönlichen Kontakten von Mitarbeitern innerhalb und außerhalb der Kirche.

Mit Öffnung der innerdeutschen Grenze entwickelte sich ein reger Zustrom von Teilnehmern aus der damaligen DDR zu Bildungsveranstaltungen in der damaligen Bundesrepublik Deutschland. Wegen der finanziellen Situation dieser Teilnehmer konnten die

üblichen Teilnehmerbeiträge nicht verlangt werden. Eine wesentliche Hilfe stellte in der politischen Jugendbildung das auf das Jahr 1990 beschränkte deutsch-deutsche Sonderprogramm des Bundesjugendplans dar. In der Erwachsenenbildung (Bundeszentrale für politische Bildung) wurden zwar dankenswerterweise mit Blick auf die Teilnehmer aus der DDR bzw. dann den neuen Bundesländern die Mittel für die Förderung von Veranstaltungen aufgestockt, die Förderungssätze jedoch wurden nicht erhöht, so daß die Träger erhebliche Eigenleistungen für diese Teilnehmer erbringen mußten.

Bei diesen Veranstaltungen in den alten Ländern stellte sich mehr und mehr heraus, wie wichtig für das Klären von Positionen und das Zusammenwachsen der Menschen aus Ost und West Begegnung und gemeinsames Lernen und Austauschen sind. Daher wurde und wird auf Begegnungsprogramme mit Teilnehmern aus Ost und West in der AKSB besonderer Wert gelegt.

Parallel dazu entwickelte sich auf Anfragen kirchlicher und kommunaler Stellen im Osten sowie auf Initiative von Einzelpersonen punktuell in der DDR und dann in den neuen Ländern eine politische Bildungsarbeit, die im wesentlichen von Institutionen und Mitarbeitern aus den alten Ländern gestaltet wurde.

Die beteiligten Mitgliedsinstitutionen in der AKSB waren sich von Anfang an darin einig, daß es vorrangig darum geht, im Osten tragfähige Strukturen politischer Bildungsarbeit aufzubauen und dabei auf partnerschaftliche Unterstützung und subsidiäre Anregung und Förderung von Eigeninitiativen besonderen Wert zu legen.

Mit Unterstützung des damaligen Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen konnten rasch und unkonventionell Hilfen für den Aufbau solcher Strukturen in den neuen Ländern gegeben werden. So gelang es, den verbandlichen Aufbau des bis dahin nur als religiöse Vereinigung geduldeten Kolpingwerks durch Ausstattung von regionalen Geschäftsstellen zu bewerkstelligen und entsprechende Hilfestellungen für die vorhandenen bzw. im Entstehen begriffenen Einrichtungen der Erwachsenenbildung zu unterstützen. Die gleiche Förderung konnte für die politische Jugendbildung aus Mitteln des deutsch-deutschen Sonderprogramms und aus Eigenmitteln gegeben werden.

Neben die punktuelle personelle sowie die strukturelle Unterstützung des Aufbaus eigenständiger Bildungsarbeit in den neuen Ländern traten Hilfestellungen bei der Entwicklung von Konzeptionen und Didaktik der politischen Bildung unter den Bedingungen der neuen Bundesländer. Beispielhaft sind hier zu nennen:

- Mit Förderung der Bundeszentrale für politische Bildung wird seit 1990 von Verantwortlichen der Bildungsarbeit aus Ost und West an einem Projekt „Konzeptentwicklung und Erstellung von Arbeitsmaterialien für die politische Bildung in der ehemaligen DDR“ gearbeitet. Dabei geht es darum, das Curriculum der „Sozialen Seminare“ für die Bedürfnisse in den neuen Ländern umzuarbeiten.

- In der Jugendbildung wurden Kooperationsmodelle zwischen Trägern in den alten und den neuen Bundesländern entwickelt. In diesem Rahmen wird Trägern in den neuen Ländern eine erfahrene pädagogische Fachkraft aus den alten Ländern zur Verfügung gestellt, die die Aufgabe hat, im Zusammenwirken mit den haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern in den neuen Ländern politische Bildung aufzubauen. Diese Modelle werden zur Zeit durchgeführt

- im Jurisdiktionsbezirk Schwerin in Partnerschaft mit dem Sozialen Seminar der Diözese Osnabrück,

- im Marcel-Callo-Haus, Heiligenstadt/Eichsfeld, in Zusammenarbeit mit der Frankfurter Sozialschule,

- in dem im Entstehen begriffenen Jugendwerk für deutschlandpolitische und internationale Bildung und Aktion in Dresden in Zusammenarbeit mit dem Jugendwerk für internationale Zusammenarbeit in Aachen.

Ein weiteres Projekt ist in Berlin (Ost) in Zusammenarbeit mit dem Franziskanischen Bildungswerk, Großkrotzenburg, geplant. Von hier aus soll vor allem die entwicklungspolitische Bildungsarbeit in den neuen Ländern aufgebaut werden.

Die AKSB hat ihre Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen von Anfang an für Interessenten aus den neuen Ländern geöffnet. Wegen der geringen Zahl entsprechender Mitarbeiter in den neuen Ländern und deren Arbeitsüberlastung wurden diese Möglichkeiten bisher nur von wenigen Mitarbeitern in Anspruch genommen. In erheblichem Umfang wurden und werden jedoch die Beratungsangebote von Mitgliedsinstitutionen der AKSB und insbesondere der Geschäftsstelle genutzt.

Konkrete Zahlenangaben für die Durchführung von Kursen der AKSB können nicht gemacht werden, weil auch in diesem Fall bei der Geschäftsstelle nur die Veranstaltungen registriert sind, die im Rahmen zentraler Projekte oder der über die Zentralstelle der AKSB vorgenommenen Förderung aus Bundesmitteln registriert sind. Daraus folgende Beispiele:

- In dem Sonderprogramm des BMJFFG bzw. BMFJ „Sommer der Begegnung“ fanden 1990 18 Veranstaltungen mit 176 Teilnehmern und 1 630 Teilnehmertagen statt. 1991 sind in diesem Programm vorgesehen bzw. bereits durchgeführt: 21 Maßnahmen mit 852 Teilnehmern und 7 690 Teilnehmertagen.

- Seit Oktober 1990 finden mit Förderung durch das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung Schulungen für Verantwortliche in Betrieben und Verwaltungen sowie Betriebs- und Personalräte zu Themen des Arbeitsrechts und des Arbeitsschutzrechts statt. Bisher registriert sind 8 Veranstaltungen mit 234 Teilnehmern.

Um auf die Probleme der Bildungsarbeit in den neuen Ländern eingehen zu können, muß man sich die Ausgangssituation vergegenwärtigen. Wichtige Gesichtspunkte dazu hat der jetzige Kultusminister des Landes

Sachsen, Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, in seinem Vortrag vom 4. Mai 1991 auf der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken vortragen. Dort heißt es unter anderem:

„Die rechte Sicht von dem, was ein Staat soll und was er weder tun kann noch darf, steht im größeren Zusammenhang des Bildes von der Gesellschaft. Die Vorstellung von Gesellschaft ist bei uns – auch nach dem Scheitern der sozialistischen Utopie marxistischer Prägung – noch vielfach bestimmt von einem letztlich statischen Modell allseitig organisierter gesellschaftlicher Harmonie als Finale des historischen Fortschritts. Der häufig beklagte Mangel an individueller Initiative und Aktivität ist sicherlich primär der verkrüppelnden Wirkung des vormundschaftlichen Staates zuzuschreiben, hat aber auch etwas zu tun mit dieser entindividualisierenden und jede Transzendenz prinzipiell ausschließenden Sicht des Staates als einer alles regulierenden omnipotenten Größe und einer Gesellschaft, in der alles optimal geregelt werden kann. . . . Niemand kann vorhersagen, wie tief die Wirkung ist und wie lange sie anhält. Daher ist es unerlässlich, auf einen realistischen Begriff von Gesellschaft hinzuarbeiten und insbesondere dafür Verständnis zu wecken, daß die Gesellschaft eine offene und dynamische Größe ist, eine sich ständig verändernde und daher auch ständig zu erneuernde und zu verbessernde Größe, eine *semper reformanda*, eine Aufgabe also und kein das Endziel fixierendes System, ein kontinuierlicher Diskurs, der akzeptierter Grundwerte und verbindlicher Verhaltensnormen bedarf, um im Konsens oder durch Mehrheitsbeschluß zu Lösungen zu kommen, die in der Regel Kompromißcharakter tragen.“

Zu diesen Problemlagen kommen die wirtschaftlichen und beruflichen Schwierigkeiten in den neuen Ländern. Dabei zeigen sich neben individuellen Problemen auch erhebliche „normative Defizite“, die zeigen, daß man mit dem Markt allein Wirtschaftsprobleme nicht lösen kann (Walter Kerber).

Die Angebote der AKSB und ihrer Mitglieder wollen dazu beitragen, in den neuen Ländern eine plurale Struktur der Gesellschaft aufzubauen. Daher halten wir es für notwendig, die meisten unserer Angebote allen Interessierten über den engeren kirchlichen Raum hinaus zu öffnen. Dabei erscheint wichtig, daß neben dem Aufbau demokratischer Parteien auch die Entwicklung freiheitlich-demokratischer gesellschaftlicher Kräfte (Vereinigungen, Verbände, Initiativen) gefördert wird. Die Entwicklung einer freiheitlich-demokratischen und damit pluralen Gesellschaftsstruktur bedarf unseres Erachtens ebenso der Förderung wie die Einführung der sozialen Marktwirtschaft und die Beseitigung ökologischer Probleme. Der sozialen und politischen Bildungsarbeit kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Die Situation in den neuen Bundesländern und den ost- und südosteuropäischen Staaten mit ihren Folgen und Perspektiven stellt auch neue Anforderungen an die Bürger in den alten Bundesländern. Darum darf die politische Bildung mit ihnen nicht vernachlässigt werden, sie verlangt im Gegenteil Intensivierung. Auf diesen Überlegungen baut die politische Bildungsarbeit angesichts der deutschen Vereinigung auf:

Veranstaltungsschwerpunkte sind die soziale Marktwirtschaft, Grundlagen der Sozialpolitik und der Kommunalpolitik, die katholische Soziallehre als Hilfe bei der Standortfindung in einer pluralen Gesellschaft, Didaktik der politischen Bildung für Multiplikatoren, Umgang mit Minderheiten (Ausländerfeindlichkeit), die Rolle Deutschlands im europäischen Haus, die weltweite Verantwortung unter den Stichworten Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

Die Veranstaltungen verfolgen vornehmlich folgende Ziele:

- Aus der Sicht der katholischen Soziallehre beitragen zu einem Konsens über die Grundlagen, Ziele und Aufgaben unserer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ordnung auf der Basis der dem Grundgesetz zugrundeliegenden Werte,
- Förderung des demokratischen Bewußtseins im gemeinsamen Staat sowie Motivation und Befähigung zur politischen Mitverantwortung,
- Aufarbeitung von Ursachen und Hintergründen totalitärer Systeme und Strukturen in Vergangenheit und Gegenwart,
- Pluralismus als Ausdruck einer offenen Gesellschaft deutlich machen und zu einer Auseinandersetzung mit anderen Meinungen und Positionen befähigen (Toleranz, Streitkultur),
- Geschichtsbewußtsein wecken und fördern durch Aufarbeitung regionaler und nationaler historischer Entwicklungen und Kulturepochen,
- ethische Grundlagen für ein soziales Miteinander auf der Basis der allgemeinen Menschenrechte vermitteln und in der Alltagspraxis zur Geltung bringen,
- neue soziale und ökologische Fragen als gemeinsame Zielsetzung für die Zukunft bewußtmachen und Lösungen entwickeln,
- Gewalt und Verweigerung als Mittel der Auseinandersetzung im demokratischen Staat ächten und Alternativen aufzeigen,
- Motivation zu lebenslanger Weiterbildung wecken und fördern.

Besondere Bedeutung erlangt in dieser Bildungsarbeit die Frage nach der neuen Rolle, die Deutschland im vereinten Europa und in der internationalen Politik zu spielen hat. Dabei sind die neuen Nachbarschaften, die durch die Vereinigung entstanden sind, besonders zu berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund werden die Veranstaltungen darauf ausgerichtet,

- durch internationale Begegnungen den Friedenswillen der Menschen und die Politik der Friedenssicherung bewußt zu machen und durch gegenseitiges Kennenlernen Ängste und Vorurteile abzubauen; besonders wirkungsvoll erscheinen uns Veranstaltungen, in denen Deutsche aus Ost und West diese Thematik mit Ausländern gemeinsam bearbeiten;
- Kontakte mit den deutschen Minderheiten in Ost-Mittel-Europa zu knüpfen, damit diese aus der Iso-

lierung befreit, zu Partnern in ihren Gastländern und zu Mittlern bei dem Bemühen um internationale Verständigung werden (Vgl. Stellungnahme des Arbeitsausschusses für politische Bildung vom 18. 10. 1990).

Der Begriff „politische Bildung“ ist in den neuen Ländern negativ besetzt. Man befürchtet vielfach Indoktrination unter neuen Vorzeichen. Es ist daher erforderlich, bei den Verantwortlichen in den neuen Ländern und in der Bevölkerung ein realistisches Bild von politischer Bildung in einer freiheitlich-demokratischen Ordnung zu vermitteln. Die dafür erforderliche Öffentlichkeitsarbeit müßte von staatlichen Institutionen und freien Trägern gemeinsam initiiert werden.

Methodisch sind aus unserer Sicht vornehmlich drei Problemanzeigen zu machen:

1. Die Teilnehmer aus den neuen Ländern waren es gewohnt, Informationen vermittelt zu bekommen, ohne diese in ihrem Wesensgehalt zu hinterfragen und eigene Positionen im Diskurs daran zu messen. Es gelingt nur allmählich, in Veranstaltungen der politischen Bildung den offenen Diskurs einzuführen und die Teilnehmer zum Einbringen eigener Positionen zu bewegen.
2. Es fehlt in der politischen Bildung in den neuen Bundesländern an Personen, die dortige Entwicklungen selbst miterlebt haben und nun in der Bildungsarbeit in Ost und – das ist ebenso wichtig – West mitwirken können. Gerade in der katholischen Kirche macht sich hier bemerkbar, daß viele geeignete Kräfte Verantwortung in der Politik übernommen haben und nun für die Bildungsarbeit nicht zur Verfügung stehen.
3. Es fehlt an geeigneten Bildungsstätten mit Übernachtungsmöglichkeiten, die es ermöglichen, über Abend- und Tagesveranstaltungen hinaus Kurse durchzuführen. Dazu kommt, daß viele Menschen in den neuen Ländern zur Zeit verständlicherweise die mit ihren beruflichen Perspektiven zusammenhängenden Probleme in den Vordergrund stellen und zum Teil auch nicht in der Lage sind, sich an den Kosten politischer Bildungsmaßnahmen zu beteiligen. Mangels Freistellungsmöglichkeit der berufstätigen Bevölkerung und auf Grund des im allgemeinen kürzeren Erholungsurlaubs beschränkt sich die verfügbare Zeit für politische Bildung auf Abende und Wochenenden.

Auf folgende Problemlagen ist besonders hinzuweisen:

1. Für den Aufbau pluraler Strukturen in den neuen Ländern fehlt es bisher weitgehend an freien Trägern und der Ausstattung vorhandener Träger mit Personal- und Sachmitteln. Die im KJHG vorgegebene bewährte Struktur der Jugendhilfe setzt auch in den neuen Ländern leistungsfähige freie Träger auf allen Ebenen voraus. Analoges gilt für die Erwachsenenbildung. Es ist daher erforderlich, die 1990 gewährten strukturellen Hilfen aus dem damaligen BMB und aus dem Bundesjugendplan weiterhin an die zentralen Träger zu geben, die auf direktem Wege in der Lage sind, die sich in den neuen Ländern bildenden oder vorhandenen Trä-

gerstrukturen entsprechend zu fördern. Der 1991 ausschließlich gewählte Weg, diese Strukturhilfen über die neuen Bundesländer zu vermitteln, zeigt bisher keine sichtbaren Erfolge.

2. Die Förderung von Maßnahmen mit Teilnehmern aus den neuen Bundesländern kann mit den gegenwärtig geltenden Förderungssätzen, die auf die Bedingungen der alten Länder abgestellt sind, nicht gewährleistet werden. Die Kostenentwicklung (Porto, Unterkunft und Verpflegung) in den neuen Bundesländern hat sich der in den alten Ländern angepaßt und diese zum Teil übertroffen. Dazu kommen die Fahrtkosten und Honorare für heute noch vielfach benötigte Fachreferenten aus den alten Ländern. Schließlich ist die geringe Finanzkraft der Bevölkerung in den neuen Ländern zu berücksichtigen. Es ist einsichtig, daß eine Zuwendung in Höhe von DM 22,50 pro Teilnehmer und Tag (ohne Übernachtung), die die Bundeszentrale für politische Bildung gewährt, nicht ausreichen kann. Dasselbe gilt für den Bundesjugendplan mit Zuwendungssätzen von DM 30,— (mit Übernachtung) und DM 24,— (ohne Übernachtung).
3. Ebenso wie die neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland beigetreten sind und die damit zusammenhängenden Kosten und der Mehrbedarf an Personal aufzufangen sind, sieht es bei der Mehrzahl der freien Träger aus. Die vorhandenen und im Entstehen begriffenen Träger in den neuen Bundesländern nehmen die Dienste der bundeszentralen Zusammenschlüsse und Institutionen in Anspruch, ohne daß deshalb die Zuwendungen für diese erhöht worden sind.
4. Die AKSB ist in großer Sorge, weil die Fortsetzung der begonnenen Projekte, insbesondere der Personal-Kooperationsprojekte über das Jahr 1991 hinaus nicht sichergestellt ist. Dazu kommt, daß den zentralen Trägern keine Mittel für kurz- oder mittelfristige Strukturhilfen beim Aufbau der Bildungsarbeit und von Bildungseinrichtungen in den neuen Ländern zur Verfügung stehen. Im Bundeshaushalt 1991 sind die Zuwendungen an die politischen Stiftungen mit Blick auf diese Aufgaben deutlich erhöht worden. Die meisten übrigen Träger, also auch die ASKB, partizipieren daran jedoch nicht. Es muß daran erinnert werden, daß nicht nur die Parteien und ihre Bildungseinrichtungen zusätzliche Lasten im deutschen Vereinigungsprozeß übernommen haben. Im Interesse der Pluralität und der Weiterentwicklung des Bildungswesens müssen auch für die übrigen Träger gleiche Grundsätze und Maßstäbe sowie gleiche Chancen in der deutschlandpolitischen Bildung und Begegnung gelten.
3. *Welche Ziele und Schwerpunkte haben Sie sich für Ihre allgemeine politische Bildungsarbeit in nächster Zeit gesetzt? Um welche Zielgruppen wollen Sie sich in nächster Zeit in besonderer Weise bemühen?*

Die zuvor dargestellten Ziele und Themenschwerpunkte werden auch für die nächsten Jahre bestimmend sein. Speziell zu nennen sind:

- Hilfen beim Aufbau der politischen Bildung in den neuen Bundesländern in konzeptioneller, struktureller und personeller Hinsicht,
- Beteiligung am Prozeß der politischen, sozialen und kulturellen Einigung Europas,
- Förderung des Verständnisses für die Völker und Länder Mittel-Ost-Europas und der Zusammenarbeit mit ihnen,
- Auseinandersetzung mit sozialen, kulturellen und politischen Fragen weltweiter Zusammenarbeit,
- Neuorientierung der Arbeitnehmer-Bildung unter den gewandelten gesellschaftlichen Verhältnissen,
- Weiterentwicklung von Ansätzen der berufsschul- und familienbezogenen Jugendbildung,
- Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen und politischen Fragen der Entwicklungen in Naturwissenschaften und Technik,
- Ausbau der Maßnahmen zur sozialen und politischen Integration von Aussiedlern und in Deutschland lebenden Ausländern einschließlich der Bildungsangebote für Multiplikatoren in diesem Bereich,
- Aufbau einer systematischen Berufsorientierung und Berufseinführung für Interessenten und Berufsanfänger an katholisch-sozialer und damit politischer Bildungsarbeit,
- Entwicklung eines EDV-gestützten Systems für die breite Nutzung didaktischer Modelle, Materialien und Medien.

Die Zielgruppen, für die diese thematischen Schwerpunkte besonders bedeutsam sind, sollen verstärkt angesprochen werden.

4. Welche konkreten integrationspolitischen Bildungsmaßnahmen planen Sie, um den Vereinigungsprozeß im geistigen, gesellschaftlichen und menschlichen Bereich zu fördern? Wie hoch schätzen Sie den Bedarf an deutschland-/integrationspolitischen Bildungsmaßnahmen in der Zukunft ein?

Aus der Antwort zu Frage 2 geht bereits hervor, mit welchen Zielen, auf welchen Wegen und welchen Mitteln wir den Vereinigungsprozeß fördern wollen.

Besonderen Stellenwert dabei soll die Begegnung von Menschen aus den neuen und den alten Bundesländern haben. Ebenso wie das deutsch-französische Verhältnis nicht allein durch Verträge, sondern vor allem durch einen breiten Austausch gerade der jungen Generation verbessert worden ist, sollte das Ziel der Vereinigung der Deutschen im geistigen, gesellschaftlichen und menschlichen Bereich durch gemeinsames Lernen, durch Gedanken- und Erfahrungsaustausch und gemeinsame Aktionen gefördert werden.

Die Identifikation aller Deutschen mit der politischen und gesellschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland setzt voraus, daß deren Grundwerte hinterfragt und die Bereitschaft geweckt wird, sie zu tra-

dieren. Wertekonsens, Wertehierarchie und daraus abgeleitete Normen sind in einer pluralen, dynamischen Gesellschaft wie der unseren stets labil. Daher ist der Diskurs darüber, das Herausarbeiten eigener Standorte und die Notwendigkeit, diese zu überprüfen und zu vertreten, ebenso wichtig wie das Verständnis für andere Positionen (auch zwischen den Generationen und den Geschlechtern), die Bedeutung der eigenen Verflochtenheit und die Motivation, diese Ordnung im Prinzip zu bejahen und ihre Unvollkommenheit zum Anlaß zu nehmen, sich für eine menschenwürdige Weiterentwicklung einzusetzen. Auch das Verhältnis zu staatlichen Einrichtungen (Justiz, Bundeswehr, Behörden), zu Parteien und Parlament bedarf einer gemeinsamen Vergewisserung, wenn es nicht zu falschen Gleichsetzungen mit dem alten System kommen soll.

Wir treten dafür ein, daß diese spezielle deutschlandpolitische Arbeit auch in den kommenden fünf Jahren speziell gefördert wird. Dabei sollten die Gesichtspunkte, die bisher für die Förderung der deutschlandpolitischen Arbeit galten, beibehalten werden, vornehmlich:

- Es muß möglich sein, Veranstaltungen gefördert zu bekommen, die neben der Behandlung von „politischen Themen“ im engeren Sinne sich auch mit anderen Themen befassen, die sich aus einem ganzheitlichen, teilnehmerorientierten Ansatz ergeben.
- Die Förderungssätze müssen bedarfsgerecht sein.
- Familien- und altersgemischte Lern- und Begegnungsgruppen müssen berücksichtigt werden.

Wir schätzen den Bedarf in unserer Arbeitsgemeinschaft auf der Grundlage des gegenwärtigen Standes und der möglichen Entwicklungen auf 150 Veranstaltungen jährlich mit einem Zuwendungsbetrag von ca. DM 500 000 ein.

Um diese Aufgaben bewältigen zu können, ist eine entsprechende personelle Ausstattung der Träger und der Zentralstelle erforderlich.

5. Welche Kooperationspartner haben Sie in den neuen Ländern? Mit welchen Mitteln und Methoden sprechen Sie die Menschen in den neuen Ländern an? Konnten Sie bereits Lehrpersonal aus den neuen Ländern gewinnen? Welche Maßnahmen planen Sie zur Aus- und Fortbildung von Lehrpersonal in den neuen Ländern?

In den neuen Ländern haben wir zur Zeit folgende Kooperationspartner (Tendenz: steigend):

Katholische Akademie in Berlin; Arbeitsakademie Romano Guardini, Leipzig; Katholische Akademie Dresden; Internationales Bildungswerk Dresden; Katholische Soziale Aktion, Erfurt; Marcel-Callo-Haus, Heiligenstadt; Schönstatt-Bewegung Eichsfeld; Außenstelle Magdeburg der Ostakademie Königstein; Außenstelle Schwerin des Sozialen Seminars Osnabrück; Katholische Erziehergemeinschaft Sachsen; dazu kommen als Kooperationspartner der Verbände in unserer Arbeitsgemeinschaft die entsprechenden verbandlichen Einrichtungen und Bildungswerke in den neuen Ländern, für die Arbeitsstelle für Jugendseel-

sorge die Strukturen der katholischen Jugendseelsorge in den neuen Bundesländern.

Wie es einer Arbeitsgemeinschaft selbständiger Träger der katholisch-sozialen Bildungsarbeit entspricht, wendet sich die AKSB nicht unmittelbar an die Menschen in den neuen Ländern. Sie beteiligt sich aber an einem gemeinsamen Informationsprospekt des Arbeitsausschusses für politische Bildung, der besonders unter Multiplikatoren breit gestreut werden soll. Darüber hinaus gibt sie ihre Prospekte für internationale Veranstaltungen und Mitarbeiterfortbildungen an die bekannten Stellen in den neuen Ländern. Es scheint erforderlich, in den neuen Ländern eine koordinierte Werbekampagne für politische Bildung (Grundlagen, Ziele, Maßnahmen, Träger) zu starten, um deren Selbstverständnis im Gegensatz zur gewohnten Agitation und Propaganda des zentralistischen Staates deutlich zu machen.

Die vorhandenen und im Entstehen begriffenen Träger katholisch-sozialer Bildungsarbeit in den neuen Bundesländern nützen die bisherigen Mittel, um Teilnehmer anzusprechen, also vorwiegend kirchliche Medien. Vielen Trägern ist es auch schon gelungen, durch Ankündigungen und Berichte in Tageszeitungen und im Rundfunk auf ihre Arbeit aufmerksam zu machen.

Die Träger in den alten Ländern benutzen dieselben Medien. Oberstes Ziel dieser Bemühungen bleibt aber Hilfe zur Selbsthilfe, so daß die Entwicklung und die Angebote von Trägern in den neuen Ländern Priorität

vor der Teilnahme von Menschen aus den neuen Ländern an Veranstaltungen in den alten Ländern haben.

In der politischen Bildung katholischer Träger in den neuen Ländern gibt es unseres Wissens bisher kein aus den neuen Ländern stammendes Lehrpersonal. Die vorhandenen haupt- und ehrenamtlichen Kräfte aus der Jugendseelsorge und der Erwachsenen-seelsorge nehmen aber zunehmend neben den im Rahmen der unter Ziffer 2 genannten hauptamtlichen Mitarbeitern in den Kooperationsprojekten Aufgaben der politischen Bildung wahr. An einigen Stellen laufen Bemühungen, über ABM bodenständige Kräfte zu gewinnen, die durch begleitende Bildungs- und Beratungsarbeit später in unbefristeten Verträgen dort tätig werden können. Das aber setzt eine entsprechende Stellenförderung aus Landes- bzw. Bundesmitteln voraus.

Zur Ausbildung von Lehrpersonal in den neuen Ländern halten wir es für dringend erforderlich, daß die bisher dort in der Jugend- und Erwachsenenarbeit ohne staatlich anerkannten Abschluß dafür tätigen Mitarbeiter berufsbegleitend entsprechende Abschlüsse erwerben können und dabei unterstützt werden. Für die Fortbildung bieten wir Praktika und Hospitationen an sowie die Teilnahme an den Fortbildungsveranstaltungen, die wir zentral durchführen. Diese Angebote werden aber wegen der geringen Zahl von Kräften in den neuen Ländern und wegen deren Überlastung nur wenig frequentiert.

Tessmer

Geschäftsführer

ARBEITSKREIS DEUTSCHER BILDUNGSSTÄTTEN E. V.

Unabhängige Institutionen für politische Bildung und Jugendarbeit

Bonn, den 9. August 1991

**Betr.: Bericht der Bundesregierung über den Stand und die Perspektiven der Politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland
(Beschluß des Deutschen Bundestags vom 30. Oktober 1990)**

Bezug: Schreiben des Bundesministers des Innern G II 4 — 123 000 — 4/64 vom 27. Mai 1991

Wir beantworten die Fragen aus dem obenerwähnten Schreiben wie folgt:

1. *Auf welche Weise haben sich Ziele, Inhalte und Teilnehmerstruktur Ihrer Arbeit seit der Anhörung im Deutschen Bundestag am 8. Mai 1989 geändert? Bitte nennen Sie auch Zahl und Umfang der Veranstaltungen und Maßnahmen, die Sie seit dieser Zeit durchgeführt haben.*

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten hat zur Zeit 101 Mitglieder, die 96 Institutionen, Organisationen und Verbände der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung mit etwa 140 Bildungsstätten und anderen Einrichtungen der Bildungsarbeit vertreten. Im AdB arbeiten Heimvolkshochschulen, Jugendhöfe und Jugendbildungsstätten, Stiftungen, Akademien, Europahäuser, Internationale Begegnungsstätten, Sozialpädagogische Fortbildungseinrichtungen, Bildungswerke und Verbände in überwiegend freier, aber auch öffentlicher Trägerschaft zusammen. Trotz unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Positionen haben sie sich zum Erfahrungsaustausch und zur Kooperation sowie zur Vertretung ihrer gemeinsamen Interessen zusammengeschlossen. Sie sind in der Bestimmung und Realisierung der Ziele, Inhalte und Methoden ihrer politischen Bildungsarbeit autonom und voneinander unabhängig. Zum gemeinsamen Aufgabenverständnis im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten gehört aber, daß Politische Bildung die Menschen befähigen soll, aus der Kenntnis politischer Sachverhalte und der Einsicht in politische Zusammenhänge sich aktiv an der Gestaltung von Politik zu beteiligen und ihre Rechte und Pflichten als Staatsbürger wahrzunehmen. Politische Bildung soll zur Stabilisierung der Demokratie beitragen, aber auch die Weiterentwicklung dieser Demokratie angesichts neuer Herausforderungen unterstützen.

Die allgemeinen Ziele Politischer Bildung im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten haben sich seit der Vorlage vom 15. November 1988 zur Anhörung des Deutschen Bundestags am 8. Mai 1989 nicht geändert. Ich verweise deshalb auf die darin getroffenen Aussagen, die weiter ihre Gültigkeit haben.

Darüber hinaus lassen sich Inhalte und Teilnehmerstrukturen, Anzahl und Umfang von Veranstaltungen

und anderen Aktivitäten wegen der in unserem Verband bestehenden Vielfalt nicht so ohne weiteres generalisieren.

Im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten wurde deshalb zur Vorbereitung dieser Stellungnahme eine Umfrage unter den Mitgliedern durchgeführt, die von 43 Personen beantwortet wurde. Von zwei Mitgliedsorganisationen — nämlich der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Friedrich-Naumann-Stiftung — erhielt ich die Stellungnahmen zur Kenntnis, die Ihnen direkt zugegangen sind. Die darin getroffenen Aussagen sind in meiner Zusammenfassung deshalb nicht eigens berücksichtigt. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß die dargestellte Arbeit der den Parteien nahestehenden Stiftungen zum Spektrum unseres Verbandes gehört.

Soweit eine detaillierte Befragung möglich war, werden die sehr unterschiedlichen, zum Teil auch partiell widersprüchlichen Aussagen unserer Mitglieder nach einer jeweils generellen Einschätzung zusammengefaßt wiedergegeben. Sie spiegeln etwa die Hälfte der Realität unseres Verbandes (45 %) wider. Da sie alle Bereiche der Bildungsarbeit im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten betreffen, sind sie unseres Erachtens zwar nicht vollständig, aber ohne Zweifel repräsentativ für die Breite, Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Inhalte, Arbeitsformen und Schwerpunkte in unserem Verband. Sie können deshalb mit aller Vorsicht extrapoliert werden.

Entscheidende Auswirkungen auf Inhalte und Teilnehmerstrukturen von Seminaren der AdB-Mitgliedsinstitutionen hatten die Umbrüche in der ehemaligen DDR, der Vereinigungsprozeß, die westeuropäische Integration und die grundlegenden Veränderungen in den osteuropäischen Nachbarstaaten. Aktuell hat auch der Golfkrieg Fragestellungen von Seminaren bestimmt. Ein weiterer nach wie vor wichtiger Schwerpunkt konzentriert sich auf die Probleme der Dritten Welt.

Dabei ist zu erkennen, daß die Bildungsstätten im AdB daran festhalten, neben den neuen Anforderungen die alten ungelösten Fragen nicht einfach abzuschreiben, sondern in den veränderten Kontext zu stellen und zu integrieren. Das bedingt auch, bei allen Anstrengungen für die Teilnehmer und Teilnehmerin-

nen aus den neuen Bundesländern und für den Einigungsprozeß die Situation und die Probleme von Jugendlichen und Erwachsenen in den alten Bundesländern im Blick zu behalten und die Auswirkungen der oben beschriebenen Entwicklungen auf ihre Lebenslage aufzuarbeiten.

Von den Mitgliedseinrichtungen wurden als gravierendste Veränderungen in den Zielen und Inhalten der Arbeit herausgestellt

- neue Schwerpunkte und Fragestellungen durch verstärkte Teilnahme von Bürgern aus den neuen Bundesländern an den hier angebotenen Seminaren; erweitertes Angebot von Begegnungsmöglichkeiten (13 Nennungen);
- Wegfall des Systemvergleichs (2 Nennungen); statt dessen Geschichte der DDR; Geschichte der Teilung; Bürgerrechtsbewegungen in der DDR, die Vereinigung und ihre Folgen für beide Teile Deutschlands; Probleme beim Zusammenwachsen (10 Nennungen);
- Auseinandersetzung mit den europäischen Veränderungsprozessen, Binnenmarkt, Ost-West-Verhältnis, politische Entwicklungen in Osteuropa, in Bezug gesetzt zum deutschen Einigungsprozeß (8 Nennungen);
- bei gleicher Grundorientierung Akzentverstärkung bei Themen wie Rechtsextremismus, Gewaltstrukturen, wachsende Gewaltbereitschaft u. a. (4 Nennungen);
- gezielte Angebote für Teilnehmer aus der ehemaligen DDR bzw. den neuen Ländern;
- Prinzipien demokratischer Gesellschaft, Pluralismus, Marktwirtschaft;
- Verknüpfung von politischen Inhalten mit konkreter Lebenshilfe;
- Studienfahrten mit Seminarcharakter, die den Teilnehmern aus den alten und neuen Bundesländern Gelegenheit geben, den jeweils anderen Teil Deutschlands kennenzulernen;
- Zunahme von Fortbildungsangeboten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit;
- Medienangebote für die neuen Länder zu unterschiedlichen Bereichen wie Bildung, Kunst, Kultur, Soziales, Freizeitgestaltung etc.

Als gravierendste Veränderung in der Teilnehmerstruktur wird herausgestellt, daß zu vielen bis fast allen Veranstaltungen, die frei ausgeschrieben werden, Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den neuen Bundesländern kommen (10 Nennungen).

- Zunehmend kommen spezifische Gruppen von Teilnehmern aus den neuen Ländern, wie Arbeitnehmer, Lehrer, soziale Fachkräfte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit etc. (weitere 3 Nennungen);
- paralleler Anstieg der Teilnehmerzahlen aus den neuen Bundesländern und den östlichen Staaten; dies gilt auch für Referenten und Referentinnen (9 Nennungen);
- Beteiligung von Aussiedlern an den Seminaren;

– zunehmender Anteil von Senioren an frei ausgeschrieben Seminaren;

– Erhöhung des Altersdurchschnitts bei Seminaren für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit.

Von den 43 Mitgliedseinrichtungen, die sich an der Umfrage beteiligt haben, wurden folgende Angaben zur Zahl der Veranstaltungen und der Teilnehmertage gemacht:

	1989	1990	erste Jahreshälfte 1991
Wochenseminare	2 524	2 713	1 407
Wochenendseminare	1 090	1 058	520
Teilnehmertage	427 352	465 230	224 154

Sonstige Veranstaltungen, die in unterschiedlichster Form angeboten werden, sind bei der Zahl der Seminare und Tagungen nicht berücksichtigt; allerdings bei der Aufstellung der Teilnehmertage. In einigen wenigen Fällen sind möglicherweise die Angaben für 1991 auf der Basis der Planzahlen für das ganze Jahr gemacht worden; wegen der Geringfügigkeit dürfte dies aber nur unwesentlich das Ergebnis ändern.

Extrapoliert man die Halbjahresangaben für das Jahr 1991, ist bei den Wochenendseminaren ein geringfügiger Rückgang zu verzeichnen; bei den Wochentagen eine geringfügige Steigerung; bei den Teilnehmertagszahlen allerdings nach einem Anstieg von '89 zu '90 ein nicht unerheblicher Rückgang von '90 zu '91. Die mutmaßlichen Gründe werden weiter unten angesprochen.

2. Welche Bildungsmaßnahmen haben Sie in den neuen Ländern (bzw. mit Teilnehmern aus den neuen Ländern) durchgeführt? Welche Erfahrungen haben Sie dabei gemacht (Probleme, angewandte Methoden)? Wieviele Personen aus den neuen Bundesländern haben an Ihren Bildungsmaßnahmen teilgenommen (absolut und prozentual)?

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten hat noch keine Bildungsmaßnahme in den neuen Ländern durchgeführt. Auf Anregung der Kommission Bildungspolitik und deutsch-deutsche Bildungsarbeit veranstaltete er aber vom 16. bis 18. November 1990 eine Tagung, zu der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der außerschulischen Bildungsarbeit aus den neuen Bundesländern eingeladen wurden. Das Programm der Veranstaltung orientierte sich an dem Ziel, über die Präsentation von Praxisbeispielen aus der Bildungsarbeit verschiedener Mitgliedseinrichtungen zu einem Austausch über Voraussetzungen, Gestaltungsmöglichkeiten und Perspektiven Politischer Bildung zu gelangen und deutlich zu machen, wie vielfältig das Spektrum außerschulischer Politischer Bildung ist, welche methodischen Möglichkeiten sich im Hinblick auf verschiedene Lernziele, Lerninhalte und bestimmte Zielgruppen anbieten.

Eine Folgetagung dieser Veranstaltung, bei der Ansätze politischer Jugend- und Erwachsenenbildung in den neuen Ländern vorgestellt und diskutiert werden sollen, findet vom 18. bis 20. Oktober 1991 in Rudolstadt statt.

Außerdem sind die Fach- und Fortbildungstagungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der entstehenden Bildungswerke und Bildungsstätten, die mit uns in Kontakt stehen, offen. Diese Möglichkeit wird zunehmend genutzt. Die Zusammenarbeit wird sich verstärken, wenn die ersten förmlichen Aufnahmeverfahren (Anwartschaft auf Mitgliedschaft im AdB) abgeschlossen sind; sie wird sich dann auf die Fachkommission unseres Verbandes erstrecken und den institutionellen Erfahrung- und Informationsaustausch vertiefen.

Von den 43 Mitgliedseinrichtungen, die sich an unserer Umfrage beteiligt haben, wurden im Zeitraum 1989 bis Ende Juni 1991 Veranstaltungen in der ehemaligen DDR bzw. den neuen Ländern in folgender Größenordnung durchgeführt:

1989	1990	erste Jahreshälfte 1991
40	422	bis Juni 281

Im folgenden werden die Veranstaltungen gezählt, die in den alten Bundesländern stattfanden, an denen aber auch oder ausschließlich Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den neuen Bundesländern mitwirkten:

1989	1990	erste Jahreshälfte 1991
38	1 075	bis Juni 759

Einigen Angaben zufolge wurden und werden entsprechende Statistiken in den Bildungsstätten nicht durchgängig erstellt. Die Zahlen spiegeln deshalb auch die Realität der 43 Einrichtungen nicht vollständig wider.

Mit diesem Vorbehalt sind auch die folgenden Ziffern zu lesen. Aus der damaligen DDR nahmen im Jahr 1989 634 Personen an Veranstaltungen der Bildungsstätten in der Bundesrepublik teil. Die Prozentangaben variieren hier zwischen 0,05 und 8%.

Im Jahr 1990 waren es 28 223 Personen. Die Spannweite der prozentualen Beteiligung erweitert sich hier erheblich. An der unteren Grenze rangieren Werte unter 1%; Häufungen gibt es zwischen 5 und 10%; die Angaben reichen aber weit darüber hinaus über 12, 16, 25, 28 bis 38%.

Für das erste Halbjahr 1991 werden folgende Angaben gemacht: 16 218 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den neuen Ländern. Die Prozentangaben erhöhen sich fast durchgängig; ihr Anstieg ist höher als die Zunahme der absoluten Zahlen; d. h., daß der Anteil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den alten Bundesländern relativ sinkt. Im einzelnen sind immer noch Prozentwerte um ca. 1% aufgeführt; bei mehr als der Hälfte der Einrichtungen, die sich an der Umfrage beteiligt haben, kommt aber schon wenigstens jeder 20. Teilnehmer aus den neuen Ländern; 15 davon haben 10% und mehr Teilnehmer aus den neuen Ländern; der höchste angegebene Satz beträgt 42%.

Um das Bild zu vervollständigen, wurden die Mitglieder des AdB nach den Themenschwerpunkten in Veranstaltungen mit Teilnehmern aus den neuen Bundesländern bzw. in den neuen Bundesländern gefragt. Die angegebenen Schwerpunkte werden zunächst der Häufigkeit der Nennungen entsprechend aufge-

führt, um einen Eindruck über das vorrangige Interesse zu vermitteln. Anschließend werden aber auch Einzelthemen genannt, um die Breite und Vielfalt der Angebote zu dokumentieren.

- Kommunalpolitik, kommunale Selbstverwaltung, allgemein aber auch unter Berücksichtigung von Spezialthemen wie Stadtplanung, Verkehrsplanung, Regionalplanung, Wohnungspolitik, Bauordnung, Jugendfragen, Schule, Öffentlichkeitsarbeit, Willensbildung, Haushalt, Steuern, Gemeindegasse u. a. (14 mal).
- Die Einheit Deutschlands und die Einheit Europas; auch: Entstehung und Entwicklung der EG, die Vollendung des Binnenmarkts, Verhältnis zur Dritten Welt u. ä. (13 mal).
- Soziale Marktwirtschaft, wirtschaftliche Entwicklung (10 mal).
- Ökologie, Ökonomie und Ökologie, spezielle Aspekte des Umweltschutzes, Rechtsgrundlagen (9 mal).
- Der deutsche Einigungsprozeß; Einigung als Verständigungsprozeß; wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen der Einheit; vom Traum zur Wirklichkeit, u. ä. (8 mal).
- Zeitgeschichte, deutsche und europäische Geschichte (6 mal).
- Prinzipien der Demokratie, Parlamentarismus, bundesstaatliche Ordnung (6 mal).
- Gesellschaftliche Strukturen und soziale Probleme in der ehemaligen DDR/den neuen Bundesländern und der Bundesrepublik, aktuelle politische Fragen (5 mal).
- Bildungssystem, Bildungspolitik (5 mal).
- Seminare für Mädchen und Frauen, Seminare zur Mädchen- und Frauenarbeit (5 mal).
- Ausländerpolitik, Ausländerfeindlichkeit (4 mal).
- Rechtsextremismus und Rassismus (4 mal).
- Rechtsfragen, Rechtspolitik (4 mal).
- Politisches System/gesellschaftliches System (4 mal).
- Rhetorikkurse (4 mal).
- Kulturforschung und -pflege, Kulturpolitik (3 mal).
- Sozialrecht, Sozialpolitik (3 mal).
- Verwaltungsrecht, Verwaltungsaufgaben und -strukturen (3 mal).
- Geschichte als Thema Politischer Bildung, Aufarbeitung von Geschichte durch Spurensicherungen (2 mal).
- Einführung in die Politische Bildung, Politische Bildung in einer demokratischen Gesellschaft (2 mal).
- Ursachen und Gründe für Wende (2 mal).

- Arbeitsrecht (2 mal).
 - Personalvertretungsrecht
 - Mitbestimmung
 - Gewerkschaften
 - Öffentlicher Dienst/Dienstrecht
 - Wirtschaftsförderung und Baurecht
 - Energiepolitik
 - Landwirtschaftspolitik in den neuen Bundesländern
 - Betriebs- und Volkswirtschaftslehre
 - Denkmalpflege
 - DDR-Literatur
 - Kunst und Theater
 - Deutsche Identität
 - Demokratieverständnis und demokratisches Verhalten.
 - Veränderungen des Alltags durch die Vereinigung
 - Lebensperspektiven im „neuen“ Deutschland
 - Totalitarismus und SED-Verbrechen
 - Demokratischer Sozialismus
 - Vergangenheitsbewältigung
 - Antifaschismus
 - Friedenssicherung
 - Krieg und Militär
 - Familienbild in Ost und West
 - Ethik und Wertevermittlung
 - Politische Sozialisation im Kontext nationaler Identität und nationaler Minderheiten
 - Situation der Frauen in den neuen Bundesländern
 - Geschlechterverhältnis in der Bundesrepublik und der ehemaligen DDR
 - Frauenförderung
 - Gewalt gegen Frauen
 - Männerseminare
 - Jugendseminare
 - Politische und berufliche Perspektiven Jugendlicher in den alten und neuen Bundesländern
 - Jugendarbeitslosigkeit
 - Jugendkriminalität
 - Jugend und Gewalt
 - Drogenmißbrauch, Drogenkonsum
 - Jugendarbeit und Jugendhilfe
 - Kinder- und Jugendhilfegesetz
 - Jugendleiterseminare
 - Ausbildungsseminare für GruppenleiterInnen in internationalen Workcamps und Jugendfreizeiten
 - Fachseminare für Mitarbeiter an Kindertagesstätten, Heimen, Einrichtungen für behinderte Menschen
 - Entwicklung von Strukturen der Jugendarbeit
 - Subsidiaritätsfragen
 - Musisch-kulturelle Fortbildung
 - Seminare im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres
 - Rechtliche Grundlagen der Jugend- und Sozialarbeit
 - Supervision, Praxisberatung
 - Methoden der Sozialarbeit
 - Gründung von freien Trägern und Initiativen
 - Politische Funktion verbandlicher Jugendarbeit
 - Pädagogisch-psychologische Grundlagen der Jugendarbeit
 - Methoden der Jugendbildung
 - Methoden der Politischen Bildung
 - Erwachsenenbildung
 - Berufliche Bildung
 - Demokratisches Schulwesen
 - Reform der Richtlinien und Lehrpläne für die Politische Bildung
 - Schulleiternräte/Mitbestimmungsfragen
 - Hochschulpolitik und Umgestaltung des Hochschulwesens
 - Länderkundliche Seminare (als Beispiele: China, USA – BRD, Frankreich)
 - Politische Theorie
 - Theorie, Praxis, Empirie in der Politischen Bildung Europas
 - Förderung von Existenzgründungen (auch speziell für Frauen)
 - Berufsfindungsseminare für Jugendliche
 - Sprachkurse
 - Computerseminare
 - Verbraucherberatung.
- Auf die Frage nach den wichtigsten Zielgruppen in den neuen Bundesländern wurden folgende Antworten gegeben:
- Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten, zum Teil eigens erwähnt Geschichts- und Sozialkundelehrer, Referendare, Schulleiter und Lehrerfortbildner (20 mal)
 - Schüler und Schülerinnen aller Schulen, auch der berufsbildenden (13 mal)

- Studentinnen und Studenten, Hochschulabsolventen (12 mal)
- Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der außerschulischen Jugendarbeit und Jugendbildung und Erwachsenenbildner (11 mal)
- Kommunalpolitiker und -politikerinnen (8 mal)
- Kommunalbedienstete (8 mal)
- Engagierte und interessierte Bürgerinnen und Bürger (6 mal)
- Frauen (6 mal)
- Jugendliche (4 mal)
- Auszubildende und junge Berufstätige (4 mal)
- Soziale Fachkräfte und Auszubildende im Sozialwesen (4 mal)
- Hochschullehrer, Sozialwissenschaftler (4 mal)
- Gewerkschaftsmitglieder, gewerkschaftlich Interessierte (4 mal)
- Wehrpflichtige Soldaten (3 mal)
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gesundheitswesens (2 mal)
- Sozialarbeiter (2 mal)
- Leiter und Mitarbeiter von Jugendämtern (2 mal)
- Jugendliche, die verbandliche Jugendarbeit aufbauen wollen bzw. verbandlich organisiert sind (2 mal)
- Personalräte (2 mal)
- Mandatsträgerinnen und Mandatsträger (2 mal)
- Seniorinnen und Senioren (2 mal)
- Familien
- Männer
- Kinder
- Kirchengemeinden
- Friedensgruppen
- Frauen aus der Bürgerrechtsbewegung
- Mitglieder und Sympathisanten des Neuen Forums
- Betriebsräte
- Öffentlicher Dienst
- Umweltbeauftragte
- Im Öffentlichen Dienst für Ausländerfragen zuständige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Gleichstellungsbeauftragte
- Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Sozialämtern
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Planungsabteilungen
- Wirtschaftsverwaltungen
- Parteien

- Heimatpfleger
- Denkmalpfleger
- Museumsleiter
- Bibliothekare
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von bildungs- und kulturpolitischen Organisationen
- Autoren
- Handwerker
- Kaufleute
- Landwirte
- Arbeitnehmer in Mittelbetrieben
- Kurzarbeiter
- Arbeitslose Jugendliche
- Von Arbeitslosigkeit bedrohte Frauen und Jugendliche
- Arbeitslose.

Die Frage nach den bisherigen Erfahrungen ist sehr vielschichtig, zum großen Teil übereinstimmend, partiell aber auch widersprüchlich beantwortet worden. Im folgenden werden wieder die wichtigsten Aussagen, zunächst gewichtet nach der Häufigkeit der Nennungen, resümiert:

- An den Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus den neuen Ländern fällt vor allem der außerordentliche Informationsbedarf und die kaum zu stillende Lernbegierde auf (15 mal); es wird allerdings zum Teil darauf hingewiesen, daß die existentiellen Probleme so zunehmen, daß das Bedürfnis nach neuem Wissen verdrängt wird. In die gleiche Richtung zeigen die Aussagen über die sehr positive, hohe Motivation, Neues zu erfahren und zu lernen (5 mal).
- Es wird auf Identitätsprobleme der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den neuen Ländern hingewiesen, Unsicherheiten gegenüber der eigenen Rolle, die erfahrene Infragestellung der Lebenserfolge, Schwierigkeiten bei der Bewertung der eigenen Haltung in der Vergangenheit usw. (7 mal).
- Als problematisch wurden die Orientierung an Autoritäten, mangelnde Selbständigkeit und fehlende Eigeninitiative bezeichnet; auch Systemkritik und Kritik überhaupt sind ungewohnt (4 mal).
- Verdrängung der Vergangenheit, mangelnde Konfliktfähigkeit, Intoleranz werden beobachtet;
- fehlendes Wissen über und Mangel an Verständnis für Demokratie und demokratisches Verhalten werden konstatiert.

Diesen Beobachtungen stehen Beobachtungen gegenüber, die

- auf insgesamt positiven Erfahrungen beruhen,
- den Bedarf an Dialog und Austausch hervorheben, die Offenheit gegenüber den Angeboten, insbesondere den ungewohnten teilnehmerorientierten

Methoden, und die Lernbereitschaft akzentuieren.

Hierzu weitere Aussagen:

- positive Neugier auf Menschen aus anderen Ländern
- wachsendes Verständnis für politische Entscheidungen und Einstellungen
- Gewöhnung an offene Diskussionen, in denen auch die eigenen Erfahrungen eine Rolle spielen
- fruchtbare und kontroverse Diskussionen über gesellschaftliche Zusammenhänge und Zustände
- Nachholbedarf an politischen, gesellschaftlichen, kulturellen Informationen, Interesse an Literatur und Gesellschaftstheorie aus der Bundesrepublik.

Zu den Interessen wird Unterschiedliches bemerkt. Auf der einen Seite wird festgestellt, daß Interesse an praktisch allen angebotenen Themen besteht; ein anderes Mal wird differenziert, daß dies zu Beginn der Kontakte so gewesen sei, seit Mitte 1990 aber im Mittelpunkt der Seminare auf Wunsch von Zielgruppen spezielle Themen wie Kommunalpolitik, Wirtschaftspolitik, Umweltpolitik, Kulturpolitik stehen. Auf der einen Seite wird vordringliches Interesse und Bedarf an Orientierungs- und Grundwissen, Lebenshilfe, beruflicher Aus- und Weiterbildung, Arbeitstechniken ausgemacht, an Sachwissen und Kompetenz sowie Effizienz im Sinne von Faktenanhäufung; andererseits ein zunehmendes Interesse an Theorie, gesellschaftlichen Fragen, Entwicklung der Demokratie etc. festgestellt.

Der Beobachtung mangelnder Kritikfähigkeit widerspricht auch die Erfahrung, daß Verwunderung über bürokratische Strukturen geäußert wird, große Empfindlichkeiten gegen Besserwisserei zutage treten und Kritik am Überstülpen geübt wird.

Politischer Bildung gegenüber sind die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den neuen Ländern häufig mißtrauisch, da sie mit Parteischulung verwechselt wird; die konkrete Erfahrung löst diese Vorbehalte schnell auf. Insbesondere wird großes Interesse an Begegnungsseminaren geäußert und hier nicht nur mit westdeutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, sondern in besonderem Maße auch mit Teilnehmern aus dem bisher unzugänglichen Ausland.

In einigen Aussagen über Erfahrungen mit westdeutschen Teilnehmern in gemischten Seminaren wird viel Unkenntnis über die ehemalige DDR und die neuen Länder festgestellt, Neugierde und Staunen. Viele Teilnehmer haben Schwierigkeiten, sich auf den Erfahrungshorizont ehemaliger DDR-Bürger einzustellen. Andererseits wird starkes Interesse an den Erfahrungen der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger zum Ausdruck gebracht.

Immer wieder wird in den Antworten betont, daß die mangelnde wechselseitige Kenntnis, das fehlende Verständnis und die Fremdheit, die Verständigungsschwierigkeiten und anfänglichen Unsicherheiten nur in der konkreten Begegnungssituation, die von vielen Seiten nachdrücklich gewünscht wird, abgeschwächt, aufgehoben und in aktive Auseinandersetzung und

Verständigung umgewandelt werden können. Die gemeinsame intensive Arbeit an konkreten Aufgaben in der Begegnungssituation erleichtert die Verständigung. Neben der Arbeit an den Themen wird für besonders wichtig gehalten, daß Raum und Zeit für das gegenseitige Kennenlernen, für Gespräche und Begegnungen bleiben.

Aus der Bildungsarbeit mit Jugendlichen werden weitgehend analoge Beobachtungen mitgeteilt; einige Akzente werden aber doch anders gesetzt. Methoden, die auf ganzheitliches Lernen zielen (und die in der Jugendbildung überwiegen) werden skeptisch aufgenommen; Jugendliche aus den neuen Ländern sind nicht gewohnt und sehen wenig Sinn darin, sich mit Gefühlen, Körperempfindungen und Körperausdruck auseinanderzusetzen. Auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jugendarbeit dominieren kognitive Methoden. Es fällt auch das andere Selbstverständnis der „Leiter“ auf. Nicht durchgängig aber oft zu beobachten ist allerdings, daß nach Ablauf der Veranstaltungen gerade die ungewohnten Methoden positiv bewertet werden.

Aus Jugendseminaren wird zudem berichtet, daß geringe Diskussionsbereitschaft zu beobachten ist, in Pausen und abends dagegen zum Teil sehr aggressive Auseinandersetzungen, beispielsweise über die DDR-Vergangenheit, stattfinden. Schüler reagieren aufgrund der schwieriger werdenden ökonomischen und sozialen Situation ihrer Eltern und in Anbetracht der Unsicherheit ihrer eigenen beruflichen Zukunft mit wachsender Konkurrenz und Aggression, aber auch mit der Vermeidung bzw. Ablehnung jeder Anforderung an sie. In gemischten Seminaren verhalten sich die westdeutschen Jugendlichen häufig überheblich und demonstrieren moralische Überlegenheit; andere verhalten sich so verständnisvoll, daß auch dies schon wieder diskriminierend gegenüber den persönlichen Stärken der ostdeutschen Jugendlichen wirkt.

Konflikte häufen sich zwischen ostdeutschen, westdeutschen und ausländischen Jugendlichen.

Gemischte Seminare werden dennoch als wichtig zum Abbau der gegenseitigen Vorbehalte bezeichnet.

3. *Welche Ziele und Themenschwerpunkte haben Sie sich für Ihre allgemeine politische Bildungsarbeit in nächster Zeit gesetzt? Um welche Zielgruppen wollen Sie sich in nächster Zeit in besonderer Weise bemühen?*

Als vorrangige Ziele und Schwerpunkte werden bei den Antworten auf die Umfrage genannt:

- Die europäische Entwicklung, Binnenmarkt, politische Union usw. (12 mal).
- Die Entwicklung in Ost- und Ost-Mitteleuropa in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht einschließlich der dort auftretenden Nationalitätenkonflikte (7 mal).
- Sowie die Verknüpfung beider Bereiche in Richtung eines Gesamteuropas (7 mal).
- Auch einzelne osteuropäische Länder, vor allem die Sowjetunion, werden häufig als Thema genannt sowie die Intensivierung der deutsch-polni-

schen Beziehungen und Begegnungen, beispielsweise im Jugendaustausch etc. und Studienreisen in die neuen Ländern und nach Osteuropa.

Als künftige Schwerpunkte vor allem in der Jugendbildung werden genannt:

- Die Auseinandersetzung mit zunehmender Gewalt, Rechtsradikalismus, Ausländerfeindlichkeit (13 mal).
- Ökologische und Umweltschutzfragen (9 mal) und das Nord-Süd-Gefälle und die Dritte-Welt-Problematik (8 mal).

Es folgen als weitere wichtige Themen:

- Internationale Beziehungen, Sicherheits- und Entspannungspolitik (5 mal).
- Wanderungsbewegungen als europäischer und globaler Prozeß, Asyl- und Flüchtlingsfragen (2 mal).
- Minderheiten, Regionalismus und Föderalismus (2 mal).
- Förderung politischer Demokratie, politischer Kultur (2 mal).
- Die Behandlung unterschiedlichster Politikbereiche wie Kulturpolitik, Sozialpolitik, Innen- und Wirtschaftspolitik, Medienpolitik, Kommunalpolitik.

Weitere Schwerpunkte sind:

- Männer-/Frauenrollen, geschlechtsspezifische Fragen.
- Jugendpolitische Fragestellungen.
- Verschlechterung der Lebensbedingungen Jugendlicher.
- Jugendaustauschprogramme.
- Verstärkte internationale Arbeit.
- Interkultureller Austausch.
- Neue Technologien.
- Gentechnologie.
- Drogenprobleme.

Bei den Zielgruppen, um die man sich in nächster Zeit in besonderer Weise bemühen will, ergeben sich zahlreiche Überschneidungen zu den bereits auf S. 9 genannten, die sich auf die neuen Bundesländer konzentrieren.

Auch künftig stehen die Jugendlichen in den verschiedenen Lebenszusammenhängen im Mittelpunkt der Anstrengungen. Es handelt sich dabei um Jugendliche in berufsbegleitenden Maßnahmen, Jugend in der Ausbildung, junge Arbeitnehmer, Schüler und Studenten, Jugendvertreter und -vertreterinnen, ehrenamtliche Mitarbeiter/innen der Jugendarbeit.

Auch Lehrer werden als künftig wichtige Zielgruppe häufig genannt (12 mal).

Daneben werden Vertreter anderer Berufsgruppen des Öffentlichen Dienstes, Hochschulangehörige der verschiedenen Ebenen, Sozialarbeiter/innen, Juristen

und Polizeibedienstete aller Dienstgrade vergleichsweise seltener genannt und verweisen eher auf das spezifische Angebot der einzelnen Bildungsstätten.

Ein weiterer großer Bereich, in dem Zielgruppen angesprochen werden sollen, konzentriert sich auf die Bildung von Arbeitnehmern. Genannt wurden in diesem Zusammenhang auch Gewerkschaftler und Personalräte.

„Multiplikatoren“ werden ebenfalls 10 mal genannt. In diesen Zusammenhang gehören aber auch die erwähnten „politisch Interessierten und Engagierten“, Mandatsträger und Initiativen.

Angehörige der Bundeswehr, Fachkräfte aus dem Bereich der Sozialarbeit verweisen auf Bereiche, um die man sich auch künftig bemühen will.

Ausländer und Aussiedler sind weitere Gruppen der Bevölkerung, die auch künftig angesprochen werden sollen.

Die von einigen Bildungsstätten realisierte geschlechtsspezifische Orientierung der Bildungsarbeit kommt darin zum Ausdruck, daß auch Mädchen und Frauen bzw. Jungen und Männer als Zielgruppen der künftigen Bildungsarbeit benannt werden.

Schließlich soll noch darauf hingewiesen werden, daß fünf Mitgliedseinrichtungen betont haben, daß sie sich künftig mehr um Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus den osteuropäischen Ländern und der UdSSR bemühen wollen.

4. Welche konkreten integrationspolitischen Bildungsmaßnahmen planen Sie, um den Vereinigungsprozeß im geistigen, gesellschaftlichen und menschlichen Bereich zu fördern? Wie hoch schätzen Sie den Bedarf an deutschland-/integrationspolitischen Bildungsmaßnahmen in der Zukunft ein?

In den Antworten auf die Frage nach den konkreten integrationspolitischen Bildungsmaßnahmen spiegeln sich weitgehend die gleichen Akzente wider, wie sie bei den Ausführungen zur Frage 2 im Mittelpunkt stehen. Aus den bisherigen Erfahrungen wird der Schluß gezogen, daß es in erster Linie darauf ankommt, die Begegnung von westdeutschen und ostdeutschen Teilnehmern und Teilnehmerinnen sowie zwischen deutschen und ausländischen Teilnehmern und Teilnehmerinnen zu ermöglichen, um durch den Austausch von Erfahrungen und Einschätzungen, die am Lebensalltag der Teilnehmer ansetzen, zur Förderung kooperativen Verhaltens und demokratischen Bewußtseins beizutragen. Dies soll auch in den alten Bundesländern geschehen, indem an den dort angebotenen Seminaren sich mehr Jugendliche und ausländische Teilnehmer und Teilnehmerinnen beteiligen, um durch den Austausch von Erfahrungen und Einschätzungen, die am Lebensalltag der Teilnehmer ansetzen, zur Förderung kooperativen Verhaltens und demokratischen Bewußtseins beizutragen. Dies soll auch in den alten Bundesländern geschehen, indem an den dort angebotenen Seminaren sich mehr jugendliche und erwachsene Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den neuen Bundesländern beteiligen. Immer wieder wird aber auch hervorgehoben, daß

deshalb die Teilnehmergruppen aus den alten Bundesländern nicht vernachlässigt werden sollen.

Die inhaltlichen Schwerpunkte bleiben ebenfalls weitgehend erhalten; sie überschneiden sich auch zu einem großen Teil mit jenen, die bei den Antworten auf Frage 3 im Vordergrund stehen. Die Verständigung und Aussöhnung mit den Nachbarn in Ost- und Westeuropa, die Beschäftigung mit gesamteuropäischen Entwicklungen, die Rolle Deutschlands im internationalen Kontext sind dabei von besonderer Bedeutung. Umwelt- und Dritte-Welt-Fragen werden auch für besonders wichtig gehalten. Es ist unabdingbar, daß in den Begegnungsseminaren gemeinsame Lernprozesse initiiert werden. Die wechselseitigen Vorbehalte und Vorurteile haben, wie in verschiedenen Antworten zum Ausdruck kommt, erheblich zugenommen und sind nicht durch Informationen allein auszuräumen (beispielsweise durch Fernsehsendungen). Einstellungsänderungen werden vor allem nach der direkten Begegnung mit Menschen und ihren Lebensläufen aus dem anderen Erfahrungsraum beobachtet. Es sollen vermehrt Studienreisen in die neuen Bundesländer und von dort in die alten angeboten werden. Verstärkt sollen Referenten und Referentinnen aus dem jeweils anderen Teil Deutschlands einbezogen werden in die Arbeit.

Die bereits seit längerer Zeit angebahnten Kooperationen zwischen Bildungsstätten des AdB und Einrichtungen der Jugend- und/oder Erwachsenenbildung in den neuen Ländern intensivieren sich. Es gibt vielfältige Formen des fachlichen Austauschs, der Unterstützung und der Fortbildung. Inzwischen werden in einzelnen Fällen gemeinsame Programme entwickelt und angeboten, beispielsweise für die Fortbildung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit.

Neben den zuvor dargelegten Notwendigkeiten, auch zukünftig verstärkt deutschland-/integrationspolitische Bildungsveranstaltungen durchzuführen und dabei Teilnehmer/innen aus den fünf neuen Ländern verstärkt einzubeziehen, werden von den befragten Mitgliedseinrichtungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten folgende thematische Schwerpunkte genannt, die in nächster Zeit eine herausragende Bedeutung bekommen sollen und die insbesondere für Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der ehemaligen DDR bisher wenig behandelte Fragen aufgreifen.

- Besonders häufig wird der Problembereich Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus, Gewaltproblematik, Ausländerfeindlichkeit und alle damit zusammenhängenden Fragen genannt. Es scheint eine weitgehende Übereinstimmung darin zu bestehen, die politischen und psychologischen Ursachen zu erarbeiten, dann aber auch Möglichkeiten der politischen Bildungsarbeit herauszustellen, wie eine Gesellschaft mit solchen Problemen fertigwerden und wie jeder einzelne sich an der Lösung der damit zusammenhängenden Fragen beteiligen kann.
- Ein weiterer von mehreren genannter Bereich ist die Schaffung des ‚Houses Europa‘, einschließlich der Chancen und Möglichkeiten, die darin liegen, aber auch der Faktoren, die einer Realisierung in

absehbarer Zeit entgegenstehen; dazu würden u. a. die Fragen von nationalen Minderheiten gehören, die zwar ihre Traditionen und Eigenständigkeiten bewahren, dennoch ihren Platz in einem gesamteuropäischen Haus finden müssen.

In diesen Themenzusammenhang gehören auch die Entwicklungen in den osteuropäischen Ländern und der Sowjetunion und deren ökonomische, politische und kulturelle Aspekte.

- Zur Schaffung des Europäischen Hauses gehört nach Einschätzung mehrerer der Befragten auch, nachbarschaftliche Beziehungen, wie sie z. B. seit langen Jahren zwischen den Ländern Westeuropas praktiziert und erfolgreich realisiert werden, auch zu den Ländern herzustellen, die nicht dem EG-Raum angehören.

Es soll um eine wirtschaftliche, politische und kulturelle Integration der Menschen in den Ländern Ost- und Ostmitteleuropas gehen, wobei ein Austausch von Menschen verschiedener Bereiche, Alltagserfahrungen, Berufshintergründe und Lebensfelder angestrebt wird. Dazu gehört auch der Austausch von Experten auf verschiedenen Wissens- und Erfahrungsgebieten; insgesamt sollen alle erdenklichen Möglichkeiten genutzt werden, um das bisher noch und möglicherweise auf absehbare Zeit bestehende Gefälle von beiden Seiten her abzubauen.

Die Rolle Deutschlands in der politischen Architektur Europas sollte nach Ansicht einiger Befragter als integrierendes Moment behandelt werden, wobei die vielen bereits angedeuteten Fragen und Probleme im Zusammenhang mit der Einheit einer dauerhaften und gelungenen Regelung in einem einigen Deutschland und in einem immer mehr zusammenwachsenden Europa zugeführt werden sollen.

- Damit aus dem ‚Haus Europa‘ nicht eine „Festung Europa“ wird, plädieren mehrere Mitglieder für eine intensive Auseinandersetzung mit der Entwicklungspolitik und Problemen der Dritten Welt und der Bedeutung, die sie für die ökonomische und politische Stabilität der industrialisierten Staaten hat. Sie äußerten die Absicht, sich in verstärktem Maß mit diesen Fragen auseinanderzusetzen.

In diesem Zusammenhang wird als besonders dringlich die Aufarbeitung der Probleme des sogenannten Nord-Süd-Gefälles hervorgehoben, wobei auch die ökonomischen und kulturellen Unterschiede zwischen West und Ost eingeschlossen werden müssen.

- Wenn die Nationalismen und die daraus resultierenden Konflikte zwischen Völkern und Nationen überwunden werden sollen, muß gerade die Politische Bildungsarbeit einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung und zur Weiterentwicklung multikultureller Gesellschaften leisten; sie hat auch zur sozialen, gesellschaftlichen, politischen Qualifizierung aller an diesem Prozeß Beteiligten beizutragen und für Verständnis für Andersartigkeit und Toleranz gegenüber Minderheiten zu werben. Allen, die sich in diesem Sinne geäußert haben, sind die

Schwierigkeit und die Langwierigkeit dieses Prozesses bewußt; sie plädieren deshalb dafür, diesen Weg durch Bildungsarbeit zu begleiten und einen Beitrag zur Verringerung von Konflikten innerhalb von Gesellschaften und zwischen Nationen zu leisten. Zur Weiterentwicklung einer politischen Kultur, innerhalb einer Gesellschaft und zwischen verschiedenen Ländern, trägt der interkulturelle Austausch bei. Ähnlich — wie seit langen Jahren im deutsch-französischen Bereich — planen einige Mitgliedseinrichtungen einen intensiven Austausch zwischen deutschen und polnischen Jugendlichen; des weiteren ist daran gedacht, Begegnungsprogramme zwischen Menschen aus den fünf neuen Ländern und verschiedenen anderen europäischen Ländern zu organisieren.

- Es wird auch daran gedacht, jugendpolitische Fragestellungen im Rahmen der Politischen Bildungsarbeit verstärkt aufzugreifen und sie mit anderen besonders jugendrelevanten Fragen zu verknüpfen. Auch hier wären Austauschprogramme wichtig, aber auch Versuche, an den Ursachen für die Verschlechterung von Lebens- und Alltagsbedingungen von Jugendlichen zu arbeiten.
- Die Umweltproblematik, das Verhältnis von Ökologie und Ökonomie und die Notwendigkeit, im Verhalten einzelner eine Änderung zu bewirken, hat für eine Reihe der Befragten eine hohe Bedeutung. In diesem Sinn wollen sie in Zukunft verstärkt arbeiten.
- Von einigen Mitgliedern wurde die Absicht bekundet, zukünftig verstärkt geschlechtsspezifische Fragen aus der Schul-, der Berufs- und Arbeitswelt zu behandeln und sowohl mit Jugendlichen wie auch mit Multiplikatoren/Multiplikatorinnen an spezifischen Fragen, die daraus resultieren, zu arbeiten. Dies gilt in erster Linie für die Arbeit mit Mädchen und Frauen; es wird allerdings auch unumgänglich sein, die Rollenverständnisse von Männern und Frauen in die Diskussion einzubeziehen und von daher Aspekte von Emanzipation in der Bildungsarbeit zu behandeln.
- Darüber hinaus wurden einige Bereiche genannt, die ebenfalls von einzelnen Mitgliedseinrichtungen zukünftig verstärkt behandelt werden:
 - eine Seminarreihe zum Thema „AIDS“
 - Strukturwandel in bestimmten Regionen
 - neue Technologien/Gentechnologien
 - Drogenproblematik
 - Medienarbeit
 - Aufgreifen sozialpolitischer Fragen
 - verstärktes Angebot jugendpolitischer, jugendkultureller Arbeit.

Die für die nächste Zeit geplanten thematischen Schwerpunkte widerspiegeln das weite Feld dessen, was im Rahmen Politischer Bildungsarbeit gemacht werden soll und sind Ausdruck für die Notwendigkeit, vielfältige und differenzierte Fragen, denen Menschen in der Gesellschaft konfrontiert

sind und mit denen sie sich befassen möchten, aufzugreifen.

Thematisch wird auch die Problematik angesprochen, die den Vereinigungsprozeß begleitet, beispielsweise in Themen wie:

- Gemeinsame Geschichte der beiden deutschen Staaten
- Wir sind ein Volk — Sind wir ein Volk?
- Zwei Jahre nach der Wende — Erfahrungen und Perspektiven
- „Deutschland einig Vaterland“ — Konsequenzen für Europa
- Junge Europäer — Was trennt uns? Was verbindet uns? usw.

Schließlich wird die Intensivierung internationaler Begegnungen mit jugendlichen und erwachsenen Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus beiden Teilen Deutschlands und aus dem ost- und westeuropäischen Ausland sowie die Einbeziehung von hier lebenden ausländischen Jugendlichen und Erwachsenen für dringend notwendig gehalten.

Zu erwähnen ist eine gemeinsame Initiative von AdB-Mitgliedseinrichtungen zur Erarbeitung von Programmen mit dem Ziel, dem Rechtsradikalismus entgegenzuwirken. In diesem Zusammenhang werden Kooperationsformen mit Schulen und noch bestehenden Schülerakademien aufgebaut.

Der künftige Bedarf an deutschland-/integrationspolitischen Bildungsmaßnahmen wird allgemein als sehr hoch eingeschätzt. Eine Reihe von Antworten verweist auf die gestiegene Nachfrage sowohl in den alten wie in den neuen Bundesländern, macht jedoch auch darauf aufmerksam, daß dieser Nachfrage nicht immer entsprochen werden kann, da die erforderlichen Mittel fehlen.

Einige Mitglieder halten die Beratung der neuen Bundesbürger/innen vor Ort für dringend erforderlich, um ihnen bei der Überwindung ihrer Alltagsprobleme Hilfen zu bieten. Der Bedarf an ausbildungs- und berufsbegleitenden Angeboten ist groß, aber auch an Information über politische, kulturelle und wirtschaftliche Sachverhalte.

Wenn von einem hohen bis sehr hohen Bedarf an deutschland-/integrationspolitischen Bildungsveranstaltungen auch für die Zukunft ausgegangen wird, so gilt dies zumindest für die nächsten fünf Jahre, wobei einige in ihren Antworten darauf hinweisen, daß sie eine Steigerung und Intensivierung dieser Arbeit für notwendig halten. Die mit der Vereinigung bereits zutage getretenen und sich möglicherweise noch verschärfenden Schwierigkeiten erfordern über längere Zeiträume eine begleitende Hilfe bei der Bewältigung der Alltagsprobleme durch die Vermittlung erforderlicher Informationen und Erfahrungsmöglichkeiten.

Trotz des konstatierten sehr hohen Bedarfs an diesen Bildungsveranstaltungen zeichnet sich aber bereits ab, daß die finanziellen Möglichkeiten nicht den Notwendigkeiten entsprechen und ein deutlicher Zuwachs der Förderungsmittel vonnöten ist. Einige Mit-

glieder weisen in ihren Antworten darauf hin, daß Bürger und Bürgerinnen in den neuen Bundesländern aufgrund ihrer spezifischen beruflichen Probleme — Kurzarbeit null, Arbeitslosigkeit und damit einhergehende finanzielle Schwierigkeiten — in ihren Möglichkeiten zur Teilnahme an Veranstaltungen eingeschränkt sind.

Wenn die deutschlandpolitische Bildungsarbeit, die seit mehreren Jahrzehnten realisiert wurde und eine wichtige Bedeutung hatte, auch künftig ihre Funktion erfüllen soll, darf es nicht dazu kommen, daß notwendige Veranstaltungen aus diesen Gründen nicht stattfinden können. Integrationspolitische Bildungsarbeit muß jetzt und künftig mit neuen Konzeptionen fortgesetzt werden.

5. Welche Kooperationspartner haben Sie in den neuen Ländern? Mit welchen Mitteln und Methoden sprechen Sie die Menschen in den neuen Ländern an? Konnten Sie bereits Lehrpersonal aus den neuen Ländern gewinnen? Welche Maßnahmen planen Sie zur Aus- und Fortbildung von Lehrpersonal in den neuen Ländern?

Auf der Ebene des Verbandes bestehen bislang noch keine institutionalisierten Kooperationen mit Partnern in den neuen Ländern. Die Mitgliederversammlung hat im letzten Jahr beschlossen, daß interessierte Organisationen einen Antrag auf Anwartschaft auf Mitgliedschaft im AdB stellen können, die es ihnen ermöglicht, sich an den Angeboten des AdB zu beteiligen.

Aus den Antworten der Mitglieder, die sich an der Umfrage beteiligt haben, geht hervor, daß Kooperationsbeziehungen vor allem zu folgenden Organisationen in den neuen Bundesländern bestehen:

- Im schulischen Bereich werden Schulen (11 mal), Fachschulen (1 mal) und Lehrerverbände (3 mal) genannt. Dieser Bereich ist damit der für die Kooperation am meisten genannte.
- Pädagogische Hochschulen, Fachhochschulen, Universitäten und deren Institute werden insgesamt 14 mal genannt.
- Im Bereich der Jugendarbeit gibt es Kooperationen mit Jugendfreizeiteinrichtungen, Schülerakademien (3 mal), Landesjugendämtern (6 mal), Jugendverbänden, Jugendinitiativen (3 mal) und Studentengruppen.
- Der Bereich der Erwachsenenbildung ist als Kooperationspartner vertreten durch Europaakademien, bisherige Kulturakademien, Volkshochschulen (4 mal), unterschiedliche Bildungsorganisationen, die sich erst gebildet haben.
- Kooperationen bestehen mit Kommunen (5 mal), Landratsämtern (2 mal), Landesministerien (2 mal) und anderen staatlichen Einrichtungen und Verwaltungskörperschaften, die nicht näher benannt sind.
- Im Bereich von Arbeit und Wirtschaft sind Kooperationspartner Selbständige, Einzelgewerkschaften (7 mal), Organisationen der beruflichen Bildung, Berufsverbände.

— Im politischen Bereich gibt es Kooperationen mit Bürgerinitiativen, Frauen- und Mädcheninitiativen (4 mal), Gleichstellungsstellen/Frauenbeauftragten (3 mal), Mandatsträgern, politischen Parteien (3 mal), Gliederungen der Europa-Union (2 mal), Umweltinitiativen und Gedenkstättenkomitees.

— Kooperationspartner sind außerdem Kirchen (2 mal), Verbände und Vereine (4 mal).

— Ferner werden Kooperationen im Rahmen von Städtepartnerschaften, Inselfpartnerschaften und der Organisation der Polizei realisiert.

— Im Bereich der Medienarbeit existieren Kooperationen mit Medienzentren, der Interessenvereinigung Filmkommunikation, dem Fernsehen und den Landesfilmdiensten in den neuen Bundesländern.

Die Frage nach den Mitteln und Methoden, mit denen die Menschen in den neuen Ländern angesprochen werden, wurde unterschiedlich verstanden. In den meisten Antworten wurde deutlich, daß man sie auf die Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit bezogen hat. Die Ansprache von Teilnehmern und Teilnehmerinnen erfolgt überwiegend durch persönliche Kontakte, die 12 mal genannt werden. Ansonsten bemüht man sich um Information durch das Versenden von Programmen (9 mal), wirbt für die Veranstaltungen über Verbände, Kirchen, Kommunen, gezielte Einladungen, die Kooperationspartner oder das Informationsbüro des Partnerlandes, das in dem jeweiligen Bundesland sitzt.

Außerdem wird im Rahmen von Informationsveranstaltungen und durch Mund-Mund-Propaganda auf das eigene Bildungsangebot hingewiesen.

Andere Mitglieder haben diese Frage dagegen didaktisch-methodisch interpretiert. Sie verweisen darauf, daß sie alle Methoden der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung einsetzen, die auch in den Veranstaltungen mit Teilnehmern und Teilnehmerinnen aus den alten Bundesländern üblich sind. Allerdings bemüht man sich sehr stark um eine persönliche und aufgelockerte Gesprächsatmosphäre, die den Bürgern und Bürgerinnen aus den neuen Bundesländern Mut machen soll, sich in Veranstaltungen zu äußern und Unsicherheiten zu überwinden.

Jede Möglichkeit zum Gespräch und Austausch mit Bürgern und Bürgerinnen aus den alten Bundesländern soll auch methodisch geboten werden. Auch hält man es für wichtig, auf die spezifischen Belastungen und Probleme der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den neuen Ländern einzugehen und bei ihren Erfahrungen anzusetzen.

Künstlerische Arbeit, handlungsorientiertes Lernen, die Erarbeitung von Konfliktlösungen werden häufig als methodische Stichworte genannt. Außerdem wird es für erforderlich gehalten, die Information über die Situation in den neuen Bundesländern mit unmittelbaren Anschauungsmöglichkeiten zu verbinden, indem Exkursionen, angeboten und Projekte in verschiedenen Bereichen besucht werden.

Die Frage, ob Lehrpersonal aus den neuen Bundesländern eingesetzt wird, wurde 28 mal bejaht. Überwie-

gend handelt es sich dabei aber um den Einsatz einzelner Referenten und Referentinnen oder nebenamtlicher Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Hauptamtliches Lehrpersonal wurde nur in 3 Antworten erwähnt. Ein Mitglied hat aber darauf hingewiesen, daß es für die Zukunft ein gemischtes Team anstrebt.

33 Mitglieder haben angegeben, daß sie die Ausbildung von Multiplikatoren realisieren oder für die Zukunft planen. Bei den Zielgruppen handelt es sich auch hier wiederum in der Mehrzahl um Lehrer und Lehrerinnen (19 mal), Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung (4 mal), Multiplikatoren und Multiplikatorinnen der Jugendarbeit (9 mal), Dozenten und Wissenschaftler, in der Mädchen- und Frauenbildung Engagierte, aber auch Mandatsträger, Partei- und Kommunalpolitiker, sozialpädagogische Fachkräfte, Verbandsvertreter/innen.

Die im Rahmen der Multiplikatoren- und -fortbildung angebotenen Themen beziehen sich auf Didaktik und Methodik der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Hochschuldidaktik, Lebenssituation von Jugendlichen, die Information über die rechtliche Situation von Frauen, Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten, die neuen Informations- und Kommunikationstechniken, öffentliche Verwaltung, Rechts-, Wirtschafts-, Sozial- und Kommunalpolitik, Fragen der europäischen Politik, Kultur und kulturelle Bildung, Umweltprobleme und ökolo-

gische Bildung, Medienpädagogik und Technik des Medieneinsatzes, Management politischer Arbeit, kommunale und regionale Wirtschaftsförderung und Rhetorik.

Wir hoffen, mit diesen Antworten einen Eindruck von den Entwicklungen und aktuellen Aktivitäten unseres Verbandes und seiner Mitglieder vermittelt zu haben. Abschließend soll noch darauf hingewiesen werden, daß sich der Arbeitskreis deutscher Bildungstätten auf Bundesebene in enger Kooperation mit anderen Organisationen und Verbänden der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung um die Weiterentwicklung der Politischen Bildung in den alten und den neuen Bundesländern bemüht und in dieser Frage auch gemeinsame Positionen, insbesondere im Rahmen des Arbeitsausschusses für Politische Bildung, formuliert wurden. Der Vorsitzende des Arbeitsausschusses für Politische Bildung hat in seiner Stellungnahme für die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke auf den S. 3 bis 5 unter den Punkten 1 bis 3 Forderungen gestellt, denen wir uns hiermit anschließen, ohne sie noch einmal gesondert aufzuführen.

In Ergänzung zu unseren Antworten fügen wir außerdem die von der Mitgliederversammlung im letzten Jahr beschlossene Stellungnahme „Die Einheit Europas gestalten!“ und die Stellungnahme des AdB-Vorstands zur Förderung deutschlandpolitischer Bildungsarbeit vom März d. J. bei.

BUNDESARBEITSKREIS ARBEIT UND LEBEN

Düsseldorf, den 31. Juli 1991

Stellungnahme für den Bericht der Bundesregierung über Stand und Perspektiven der politischen Bildung

ARBEIT UND LEBEN, die Arbeitsgemeinschaft für politische ArbeitnehmerInnenbildung, begrüßt die Weiterführung der bundespolitischen Debatte über Stand und Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. In diesem Zusammenhang hoffen wir sehr, mit nachstehender Stellungnahme einen sachdienlichen Beitrag zum Bericht der Bundesregierung leisten zu können. Wir würden es dringlich begrüßen, wenn damit gleichzeitig ein weiterer politischer Bedeutungszuwachs dieses Bildungsbereiches einhergehen würde.

Darüber hinaus erhoffen wir uns auf Dauer eine Verbesserung des Dialogs zwischen Parlament, Regierung und Trägern der politischen Bildung über diese wichtige Aufgabe.

Grundsätzliches

In der Zeit seit der parlamentarischen Anhörung zur Politischen Bildung im Mai 1989 haben sich dramatische Veränderungen und Umwälzungen im weltpolitischen Maßstab vollzogen, bzw. haben sich beschleunigt:

- Die europäische Integration mit ihren Chancen, aber auch massiven sozialen und ökologischen Risiken wird mit der proklamierten Vollendung des Binnenmarktes Ende 1992 auf eine neue Stufe gestellt;
- die bipolare Teilung der Welt in Ost und West mit ihren politischen Koordinaten und Prämissen ist weitgehend obsolet geworden, aber tragfähige politische Konzeptionen zur Bewältigung der gewaltigen Umbrüche stehen noch aus, der Nord/Süd-Konflikt gewinnt an Bedeutung;
- der zurückliegende Golf-Krieg hat uns in eine Wirklichkeit zurückgeholt, die wir so nicht mehr wahrhaben wollten. Er hat eine grausame Spur bei Mensch und Umwelt hinterlassen und das politische und ökonomische Defizit für eine globale Friedenssicherung verdeutlicht;
- näher für uns ist die deutsche Vereinigung, — staatlich vollzogen — gesellschaftlich aber stehen wir noch am Anfang eines langen Prozesses. In Ostdeutschland bahnt sich eine soziale Katastrophe an, mit noch nicht abschätzbaren Folgen für die ArbeitnehmerInnen. Darüber hinaus ist die laut einer jüngeren Spiegelumfrage zu konstatierende wachsende Entfernung zwischen Ost- und Westdeutschen ein Alarmsignal.

Diese Situation braucht Gestaltungsmasse, sie braucht politische Bildung als eine der wichtigen Voraussetzungen. Zur Beantwortung der drängenden Zukunftsfragen wird ein grenzüberschreitender, breit angelegter Diskurs benötigt, den gerade politische Bildung mit anregen und unterstützen muß. Politische Bildung muß in diesen Zusammenhängen zu einer Institution für eine neue gesellschaftliche Debatte werden. Sie kann erweiterte Formen der politischen Beteiligung der Gesellschaft an ihren Entwicklungsentscheidungen nach innen und außen ermöglichen.

Bei einer solchen Aufgabenzuweisung legen wir einen Begriff von politischer Bildung zugrunde, der auf der Einheit von Vernunft und Humanität basiert, von Bewußtsein und ganzheitlichem, praktischem Handeln, von Individualität und Gemeinschaftsbezogenheit. So ist Bildung die Befähigung zu selbstbestimmtem und im Sinne der Aufklärung zu vernünftigem Handeln.

1. Ziele, Inhalte und TeilnehmerInnenstruktur

Gravierende Veränderungen sind vor dem skizzierten politischen Hintergrund seit der Anhörung am 8. Mai 1989 insbesondere in zwei Bereichen in der Programmstruktur von ARBEIT UND LEBEN auf der Bundesebene festzuhalten:

- a) Mit Blick auf die Vollendung des EG-Binnenmarktes hat ARBEIT UND LEBEN damit begonnen, gemeinsam mit befreundeten ausländischen Verbänden der ArbeitnehmerInnenbildung ein Netz von Sprachkursen in Europa zu knüpfen.

Denn eine wesentliche Voraussetzung für den sozialen Dialog in der EG ist die Verbesserung der politischen Verständigungskompetenz mit sprachlichen Fähigkeiten von ArbeitnehmerInnen. Diese Kompetenz ist nicht nur auf der Grundlage eines abstrakten Sprachverständnisses (Sprache als von sozialen Bezügen isoliertes System) zu verstehen, vielmehr hat sie interkulturelle Handlungsfähigkeiten zu implizieren, die sowohl kulturellen Unterschieden zwischen Deutschland und verschiedenen anderen Ländern als auch der Realität des europäischen Integrationsprozesses Rechnung tragen.

Deshalb bieten wir 1991 verstärkt Sprachkurse für ArbeitnehmerInnen an, die nach einem integrierten Konzept durchgeführt werden sollen: Sprachunterricht und das landeskundlich-politische Programm werden inhaltlich und methodisch mitein-

ander verbunden: die Inhalte werden bezogen auf die Arbeitswelt, (Alltags-)Kultur, Landeskunde, Sozial-, Wirtschafts- und Gewerkschaftspolitik. Diese Inhalte werden im Sprachunterricht berücksichtigt und vertieft durch Kontakte zu ausländischen KollegenInnen, zu Gewerkschaften, durch Betriebsbesichtigungen, Exkursionen.

1991 werden wir im Jugendbereich Seminare mit 3 000 Teilnehmertagen durchführen. Dabei ist das Interesse von ostdeutschen Jugendlichen überragend. Im Erwachsenenbereich sind in diesem Jahr Angebote mit 1 500 Teilnehmertagen geplant.

- b) Durch die deutsche Vereinigung sind neue Herausforderungen für die politische Bildung entstanden. In dieser Situation ist es wichtig, sich des Grundverständnisses von politischer Bildung zu erinnern: immer wieder für die Demokratie zu bilden und hierbei zu Mitbestimmung, Mitverantwortung und Interessenvertretung zu befähigen.

Die spezifischen Anforderungen aus dem Einigungsprozeß bedeuten für die nächste Zeit, daß sich die politische Bildung von ArbeitnehmerInnen insbesondere folgenden Fragen zuwenden muß:

- Die Verarbeitung dieses Prozesses im Bewußtsein breiter Kreise der Bevölkerung ist noch lange nicht erfolgt. Insbesondere ArbeitnehmerInnen sind durch die Folgen des Vereinigungsprozesses sowohl im Hinblick auf die Finanzierung wie auch durch Arbeitslosigkeit und berufliche Umorientierung besonders betroffen. Hier gilt es gerade durch politische Bildungsarbeit dazu beizutragen, daß zwischen ArbeitnehmerInnen aus beiden Teilen Deutschlands keine neuen sozialen Mauern entstehen. Es sind Strategien zu entwickeln, die eine gemeinsame Vertretung von ArbeitnehmerInnen-Interessen ermöglichen und zum Abbau sozialer Spannungen beitragen.
- Die deutsche Vereinigung muß im historischen Zusammenhang begriffen werden. 40 Jahre Geschichte zweier deutscher Staaten sind aufzuarbeiten, die Ursachen der Spaltung sind deutlich zu machen; über den Nationalsozialismus und die neuere Geschichte — zumindestens zurück bis zur Gründung des Deutschen Reiches — müssen nach wie vor Grundkenntnisse erarbeitet werden. In der Begegnung mit anderen Ländern, insbesondere in der Konfrontation mit französischer und polnischer Skepsis gegenüber der deutschen Einheit, stoßen wir immer wieder auf Daten unserer Geschichte.

Angesichts dieser enormen Aufgaben ist es umso problematischer, daß die öffentliche Förderung im deutschlandpolitischen Bereich für die freien Träger massiv zurückgefahren werden soll. Dies trifft ARBEIT UND LEBEN in besonderer Weise, da der Verband vor der Wende mit jährlich ca. 150 Wochenseminaren (Begegnungsprogramme in der DDR, Deutschlandpolitische Seminare, Informationsfahrten nach Berlin) in diesem Bereich engagiert war. Mit dieser Arbeit wurde ein hohes Maß an konzeptioneller und bildungspraktischer Kompetenz erworben, das heute

einen unschätzbaren Fundus für die neu zu konzeptionierende politische Bildung im vereinigten Deutschland darstellt.

Durch den Wegfall der Förderung mußte das Organisationsbüro für deutschlandpolitische Bildungsarbeit in Berlin geschlossen werden. Damit wurden Strukturen zerstört, die nun dringlich für die Organisation von Begegnungsprogrammen gebraucht würden.

Der Wegfall von Förderungstiteln (Begegnungsprogramme in der DDR, Informationsfahrten nach Berlin) mit Ablauf des Jahres 1990 bzw. die Mittelkürzung im Bereich deutschlandpolitischer Seminare von DM 200 000,— auf DM 80 000,— in 1991 kann auch durch die Einbeziehung anderer Förderungsbereiche nicht annähernd kompensiert werden. Die nun gewonnene Gestaltungsfreiheit von politischer Bildung in der ehemaligen DDR muß so zum großen Teil ungenutzt bleiben.

Zu den Aktivitäten im einzelnen:

Begegnungsprogramme

Vor der Wende handelte es sich weitgehend um sogenannte Übersichtsprogramme, die jedoch alle unter besonderer Berücksichtigung des gesellschaftlichen Bezuges von ArbeitnehmerInnen konzipiert waren. Nach den Ereignissen des Herbstes 1989 hatten zwar einerseits verschiedene Programmteile nach wie vor ihren Platz in den Seminaren, wurden allerdings der veränderten politischen Wirklichkeit entsprechend völlig anders inhaltlich gestaltet. Andererseits kamen aufgrund der politischen Öffnung weitere Themen und Gesprächspartner hinzu. Neben neuen Themen war die Öffnung der Programme in der DDR für die Auseinandersetzung mit neuen gesellschaftlichen Gruppen von grundlegender Wichtigkeit. Eine komplexe Wahrnehmung von DDR-Wirklichkeit mit ihrer Vielfältigkeit von Einstellungen und politischen Zielsetzungen mußten für unsere TeilnehmerInnen noch stärker möglich und einschätzbar werden.

Beginnend 1990 wurden mit verschiedenen Partnern themenbezogene Seminare durchgeführt, die insbesondere die Auswirkungen des Umstrukturierungsprozesses und der deutschen Vereinigung auf die Situation im betrieblichen und sozialen Bereich zum Thema hatten.

Aufgrund der Reduzierung der Fördermittel konnten 1990 jedoch nur noch 31 Wochenseminare durchgeführt werden. Die Weiterführung dieser Arbeit gestaltet sich durch den vollständigen Wegfall dieses Förderungsbereiches äußerst schwierig.

Ost-West-Seminare in Berlin

Waren noch bis in den Herbst 1989 die inhaltlichen Schwerpunkte bestimmt durch die besondere Lage Berlins, des Verhältnisses der beiden deutschen Staaten im Zeichen der Ost-West-Problematik und der Existenz eines autoritären Gesellschaftssystems in der DDR, so wandelten sich Anspruch und Konzeption der

Bildungsarbeit mit dem Tempo der politischen Entwicklung: ging es doch u. a. darum, die Bedingungen für politisches Handeln des Volkes in der DDR, die Wucht des gesellschaftlichen Prozesses und die Strategien der politischen Kräfte beider Seiten zur Restabilisierung bzw. Neuformierung gesellschaftlicher Ordnung aufzugreifen und pädagogisch umzusetzen. Der Fall der Mauer und die damit einhergehende Vereinigungsdynamik hatte in der Folge den ‚Lernort‘ Berlin erneut gewandelt und führte dazu, die Konzeption der Arbeit verstärkt in einen europäischen Kontext zu stellen.

1990 konnten noch insgesamt 74 Seminare aus den beiden Förderungstiteln durchgeführt werden. Der Wegfall des Titels „Informationsfahrten nach Berlin“ und die massive Reduzierung des Titels „Deutschlandpolitische Seminare“ verringerte die Seminarzahl auf 8 Wochenveranstaltungen. Auch hier ist die Kompensation äußerst schwierig.

Bundesjugendplan

Eine handlungsorientierte politische Jugendbildung in der jetzigen gesellschaftlichen Situation muß immer wieder Raum geben, um in die Zukunft denken und zukünftige politische Entwicklungen beeinflussen zu können, aber auch Raum dafür, die rasche politische Vereinigung im Bewußtsein nachzuvollziehen. Insbesondere mit Jugendlichen ist dieses Thema mit einem hohen Maß an Sensibilität zu bearbeiten. Schließlich ist ihre Biographie in der zweiten Hälfte der Existenz der ehemals zwei deutschen Staaten angesiedelt. Eine bereitwillige Annahme der Vereinigung ist deshalb nur bedingt zu erwarten. Umso mehr kommt es darauf an, Bildungspraxis konkret aus der Lebens- und Arbeitssituation von Jugendlichen zu entwickeln, die ökonomischen, sozialen und politischen Einflußfaktoren zu analysieren, um auf dieser Basis die Partizipationsfähigkeit zu erweitern.

Mit Zusatzmitteln aus dem deutsch-deutschen Sonderprogramm wurde eine Reihe einwöchiger Seminare für TeilnehmerInnen aus der DDR/den FNL durchgeführt. Ziel der Seminare war es, den Teilnehmenden den Dialog über die neue deutsche Situation zu erleichtern, sie zur Teilnahme an politischen und gesellschaftlichen Prozessen aufzufordern, zu erreichen, daß die vorhandenen Gestaltungsmöglichkeiten genutzt werden.

Thematisch näherte man sich diesem Ziel aus verschiedenen Blickwinkeln. So standen Fragen der Betriebsverfassung, Mitbestimmung und Gewerkschaften einerseits und Probleme des Umweltschutzes sowie allgemeine Zukunftsperspektiven von Jugendlichen am Ausgangspunkt der gemeinsamen Lernprozesse. Deutlich wurde bei allen Seminaren, daß die TeilnehmerInnen durch den Prozeß der Vereinigung verunsichert sind und sich eher als Objekt der politischen Entwicklung sehen. Umso dringlicher ist es, insbesondere an den Alltagsfragen des neuen gesellschaftlichen Zusammenlebens eine Bildungspraxis anzulegen, Interessenlagen zu klären und demokratische Lebensperspektiven zu entwickeln.

Bundeszentrale für politische Bildung

Da der Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN nur in äußerst unbefriedigendem Umfang am Tagungsprogramm der Bundeszentrale beteiligt wird, konnten die notwendigen Umorientierungen und die Einbeziehung von FNL-TeilnehmerInnen aus diesem Förderungstitel nur in geringem Ausmaß geleistet werden.

Ausdrücklich ausgenommen von dieser Kritik ist die Bezuschussung der ARBEIT UND LEBEN-Tagung zur „Rolle der politischen Bildung in einer deutsch-deutschen Weiterbildungslandschaft“, die vom 10. bis 12. Mai 1990 in Bernau stattfand.

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Aus dem 1990 eingerichteten Förderungstitel des BMA „Informations-, Bildungs- und Schulungsveranstaltungen für die Anwendung des Arbeitsrechts und des Sozialrechts . . .“ werden bis Ende d. J. ca. 25 Wochenseminare durchgeführt. Diese Mittel werden insbesondere für Seminare mit Betriebs-, Personalräten und betrieblichen Vertrauensleuten in den FNL eingesetzt.

Bedauerlicherweise ist dieses Programm sehr auf arbeitsrechtliche Fragen eingeschränkt, so daß für die notwendige Förderung von allgemeinen politischen Bildungsfragen, die sich etwa an dem Modus der guten Förderung dieser Maßnahmen orientieren könnte, bisher fehlt.

2. Bildungsmaßnahmen in den neuen Ländern

Diese Frage wurde weitgehend unter Punkt 1 mitbeantwortet.

Zu den Erfahrungen ist festzustellen, daß Bildungsarbeit mit FNL-TeilnehmerInnen durch die negative Besetzung des Begriffs ‚politische Bildung‘ erschwert ist. 40 Jahre SED-Herrschaft haben die politische Bildung durch Indoktrination und Verkündung ‚ewiger Wahrheiten‘ diskreditiert. Es kommt deshalb verstärkt darauf an, durch die Darstellung der Angebote und ihrer Durchführung für einen Begriff demokratisch organisierter Bildungsarbeit zu werben, der TeilnehmerInnen in ihren Lebenserfahrungen und Deutungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit als Subjekte eines gemeinsamen Lernprozesses ernst nimmt. Insbesondere ihre Alltagserfahrungen, Sorgen und Nöte bei der Bewältigung der gegenwärtigen Probleme sind Ausgangspunkt dieser Prozesse. Erst daraus sind Verallgemeinerungen, gemeinsame Lebens- und Arbeitsperspektiven zu entwickeln.

Insbesondere im Jugendbereich stellt uns die Einbeziehung ostdeutscher Jugendlicher vor neue inhaltliche und methodische Probleme: in der DDR haben völlig andere Sozialisationsbedingungen gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Art geherrscht, so daß wir es hier mit einem völlig neuen Typus von TeilnehmerInnen zu tun haben. Verkürzt gesagt sind wir mit TeilnehmerInnen-Strukturen kon-

frontiert, die sehr leistungsmotiviert, aber passiv eingestellt sind, die wenig kreativ und sehr angepaßt in ihrem Verhalten sind, die Kritik eher zurückhalten als äußern und eher zurückhaltend und passiv reagieren. All dies sind Faktoren, die es schwer machen, das Ziel zu realisieren, daß eine Gruppe sich aktiv in die Seminaregestaltung einbringt. Hier stehen wir noch vor erheblichen Qualifizierungsnotwendigkeiten für unsere TeamerInnen.

Was die Anzahl der beteiligten Personen aus den FNL betrifft, so lassen sich bei der Vielfalt der Aktivitäten und Programme keine absoluten und prozentualen Zahlenangaben machen. Der Anteil ist allerdings mittlerweile erheblich.

3. Ziele und Schwerpunkte für die nächste Zeit

Abgesehen von den bereits skizzierten neuen Anforderungen aus dem europäischen und deutschen Einigungsprozeß haben die in unserer Stellungnahme zur Anhörung am 8. Mai 1989 dargestellten Überlegungen weiterhin ihre Gültigkeit.

Hinzu kommen zwei Punkte:

- Aufbau und Entwicklung von Strukturen politischer ArbeitnehmerInnenbildung in Europa:

Gerade in den Ländern Osteuropas ist es besonders dringend, die Prozesse der Demokratisierung und der Umorientierung durch politische Bildungsarbeit zu unterstützen. Das bedeutet auch eine Abkehr von bisher notwendigen Partnerkontakten zu ehemaligen Staatsgewerkschaften und dem Aufbau von Partnerbeziehungen zu den neuen demokratischen Bewegungen. Die Lösung politischer Probleme muß dabei im Mittelpunkt stehen: die rasche Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie die Befähigung der ArbeitnehmerInnen zu Mitverantwortung und Mitbestimmung in Betrieb und Gesellschaft. Dieses würde zugleich einer schnellen Zunahme der Ost-West-Wanderung entgegenwirken. Zudem muß das Aufschaukeln ethnischer Konflikte durch radikale und nichtdemokratische Kräfte verhindert werden.

- Förderung der Innovation in der politischen Bildung:

Hierzu zählt die Verbindung von politischer und kultureller Bildung. Da wir uns in einer Übergangsphase, einem umfassenden gesellschaftlichen Wandlungsprozeß befinden, der neue Lebensentwürfe und Politikkonzepte erfordert, und zudem immer mehr Menschen ihren Alltag, ihre Umwelt als gestaltbar begreifen, muß sich politische Bildung als Teil dieser notwendigen ‚Gegenkultur‘ verstehen. Ausgangspunkt sind nicht mehr allein Probleme, die in Seminaren ‚behandelt‘ werden können, sondern der Alltag, der politisch-kulturelle Kontext. Der Erfahrungsansatz in der politi-

schen Bildung heißt dann konsequenterweise, beide Ebenen menschlicher Persönlichkeit – die rationale und die affektive – zu mobilisieren.

Ein weiteres innovatives Element ist die Integration von politischer und beruflicher Bildung. Auch die ökonomischen und technologischen Veränderungen in der Arbeitswelt legen eine Integration besonders von politischer und beruflicher Bildung nahe. Politische Bildung ist unverzichtbar für die Vermittlung von Kompetenzen zur sozialen Beherrschung und arbeitnehmerorientierten Gestaltung des technischen Wandels. Die Geschwindigkeit, mit der technologische Innovation möglich ist, erfordert eine rasche Ausweitung an umfassender Bildung, um so die dringend notwendige Demokratisierung technischer Entwicklungsentscheidungen zu beschleunigen und soziale Gestaltungspotentiale zu nutzen.

4. Integrationspolitische Bildungsmaßnahmen

Dazu wurden ebenfalls unter Punkt 1 weitgehende Ausführungen gemacht. Es muß allerdings nochmals betont werden, daß die massive Reduzierung der Fördermittel für die Träger der politischen Bildung in der gegenwärtigen Situation als politisch kurzsichtig betrachtet werden muß. Zudem ist völlig unverständlich, daß gleichzeitig der Mittelansatz für die politischen Stiftungen erheblich erhöht worden ist. Ebenso unverständlich ist es, daß den freien Trägern im Unterschied zu den Stiftungen immer noch keine öffentliche Grundförderung zur Absicherung ihrer Arbeit zukommt.

5. Kooperationspartner

In der gegenwärtigen Situation kommt es für uns vorrangig darauf an, in den FNL funktionsfähige Weiterbildungsstrukturen von ARBEIT UND LEBEN zu entwickeln. Als Kooperationseinrichtung von DGB und VHS ist damit für uns in erster Linie die Zusammenführung unserer beiden Träger in den Regionen und Ländern der ehemaligen DDR zu Arbeitsgemeinschaften angesprochen. Mittlerweile ist die Gründung von Landesarbeitsgemeinschaften in vier der fünf neuen Länder vollzogen. Bei diesem überaus schwierigen Prozeß wäre eine intensivere finanzielle Unterstützung des Bundes sehr hilfreich.

Allerdings steckt die Gewinnung von Lehrpersonal noch in den Anfängen. Die Realisierung von Maßnahmen zur Aus- und Fortbildung, wie überhaupt der Ausbau der Bildungsarbeit in den FNL, hängt entscheidend von der öffentlichen Förderung ab. Der Grundsatz der Gebührenfreiheit für Angebote der politischen Bildung gilt in den FNL im besonderen Maße.

DEUTSCHE ANGESTELLTEN-GEWERKSCHAFT

Bundesvorstand, Ressort Bildungspolitik

Hamburg, den 1. August 1991

Bericht der Bundesregierung über den Stand und die Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland (Beschluß des Deutschen Bundestages vom 30. Oktober 1990) –Ihr Schreiben vom 27. Mai 1991 –
Geschäftszeichen: G II 4 – 123 000 – 4/64

Sehr geehrte Damen und Herren,

bezugnehmend auf Ihr o. a. Schreiben beantworten wir die uns gestellten Fragen wie folgt:

1. Politische Bildung wird in der DAG in entsprechenden Seminarveranstaltungen sowohl in den Bildungszentren als auch den einzelnen Landesverbänden und Bezirken durchgeführt. Hauptschwerpunkte sind das Bundesbildungszentrum Walsrode der DAG und die DAG-Jugendbildungsstätte Haus Naumburg.

An den Zielen, Arbeitsformen, didaktischen Ansätzen und der Angebotsvielfalt hat sich seit unserer 89er Stellungnahme im Prinzip nichts geändert. Wenn die Frage nach der Teilnehmerstruktur auch regional begriffen wird, dann ist festzustellen, daß seit 1990 in den Bildungszentren der DAG die Zahl der Teilnehmenden aus den neuen Bundesländern allmählich aber stetig anwachsend zunimmt.

Für Zahl und Umfang unserer Maßnahmen im DAG-Bildungszentrum Walsrode sind die Gesamtjahresübersichten für 1990 und 1991 beigefügt.

2. Das DAG-Bildungszentrum hat Informations-, Bildungs- und Schulungsveranstaltungen für die Anwendung des Arbeitsrechtes (einschließlich des Arbeitsschutzrechtes und des Personalvertretungsrechtes) und des Sozialrechtes (Arbeitsförderungsrecht, Sozialversicherung, soziales Entschädigungsrecht, Rehabilitationen, Schwerbehindertenrecht und internationales Sozialrecht) sowohl in den neuen Ländern als auch in der zentralen Bildungsstätte durchgeführt. Zielgruppen dieser Maßnahmen waren und sind der Personenkreis, der aufgrund seiner Funktion und Aufgabenstellung mit Fragen des Arbeits- und Sozialrechtes befaßt ist. Dazu gehören u. a. Betriebsratsmitglieder, Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten, Mitglieder von Wahlvorständen. Es sind aber auch Arbeitsschutzexperten, Mitglieder der Schiedsstellen für Arbeitsrecht, ehrenamtliche Richter bei den mit Arbeitsrechtssachen und Sozialrechtssachen befaßten Gerichten, Sachbearbeiter für Arbeits- und Sozialrecht in der DAG sowie Mitarbeiter in den

Personalbüros einzelner Unternehmen in diesen Personenkreis mit einzubeziehen.

Von August 1990 bis 30. Juni 1991 wurden 132 Maßnahmen mit 3 240 Teilnehmenden im Bildungszentrum der DAG in Walsrode durchgeführt. Diese Maßnahmen waren in den meisten Fällen Mehrtagesseminare.

3. Aus den vermittelten Inhalten und den angesprochenen Zielgruppen ergibt sich schlüssig, daß es um das Vermitteln erforderlichen Grundwissens für sinnvolle, effektive und gesellschaftspolitische Arbeit und in den Betrieben und Dienststellen sowie der insoweit zuständigen Gerichtsbarkeit geht.

Das demokratische Grundprinzip der Mitbestimmung auf den Ebenen Arbeitsplatz, Betrieb/ Dienststelle und Unternehmen steht inhaltlich im Mittelpunkt.

Alle Erfahrungen zeigen durchgängig, daß in diesen Bereichen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie deren Vertreter großer Wissensbedarf besteht und daß der selbstbewußte Umgang mit den demokratischen Mitbestimmungs- und Mitwirkungsinstrumentarien sehr direkt vermittelt werden muß.

In der Arbeit des gewerkschaftlichen Bildungszentrums der DAG werden die Bereiche sozialverträgliche Technikgestaltung, Umweltschutz in Betrieb und Dienststelle sowie Arbeitssicherheit, Arbeitshygiene und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz innerhalb des gesamten Lehrgangsangebots an Bedeutung zunehmen.

Die Ziele der gewerkschaftspolitischen Bildungsarbeit sowie die angestrebten Zielgruppen verändern sich nicht.

4. An den von der DAG veranstalteten Lehrgängen nehmen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den neuen Bundesländern in wachsender Zahl teil. Sie treffen in den Lehrgängen auf ihre Kolleginnen und Kollegen aus den alten Bundesländern.

So entstehen Kontakte, und es werden Erfahrungen ausgetauscht.

Darüber hinaus finden im gewerkschaftlichen Bundesbildungszentrum der DAG wöchentlich lehrgruppenübergreifende Veranstaltungen mit politischen Diskussionsangeboten und/oder kulturellen Angeboten statt.

Nach unserer Einschätzung ist es dringend wünschenswert, daß insbesondere das vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales gestützte Förderprogramm von Informations-, Bildungs- und Schulungsveranstaltungen für die Anwendung des Arbeits- und Sozialrechts im Beitrittsgebiet über das Jahr 1991 hinaus fortgeführt wird.

5. Unsere Kooperationspartner in den neuen Ländern sind Bezirks- und Landesverbandsleitungen der DAG sowie Einrichtungen des DAG-Bildungswerks.

Die Informationen über unsere Angebote erhalten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den neuen Ländern über unsere Verteilerstrukturen. Hauptinformationsträger sind unsere Bildungsprogramme.

Die DAG versucht, möglichst viele ihrer Stellen für Gewerkschaftssekretäre und Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter in den neuen Ländern mit Kolleginnen und Kollegen aus diesen Regionen zu besetzen.

Diese neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in das betriebliche Aus- und Weiterbildungsprogramm der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft voll integriert.

Wir würden uns freuen, wenn unsere Auffassungen Berücksichtigung finden, und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

J. Vojta

DEUTSCHE VEREINIGUNG FÜR POLITISCHE BILDUNG E. V.

Der Bundesvorsitzende

Mettmann, den 31. Juli 1991

Betr.: Bericht der Bundesregierung über den Stand und die Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik DeutschlandBezug: Ihr Geschäftszeichen G II 4 — 123000-4/64
Ihr Schreiben vom 27. Mai 1991

Sehr geehrter Herr Seraphim,

Ihr o. a. Rundschreiben beantworte ich für die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2

Ohne Übertreibung läßt sich sagen, daß die Arbeit der DVPB seit dem Hearing des Bundestages am 8. Mai 1989 eine außergewöhnliche, geradezu einschneidende Akzentverlagerung erfahren hat.

Dies hat ausschließlich mit dem Prozeß sowie den Problemen und Folgen der deutschen Einigung zu tun.

Unser Verband, der schon seit jeher außerordentliche Aktivität in allen deutschlandpolitischen Fragen gezeigt hatte — auch im Zuge enger Zusammenarbeit mit dem Gesamtdeutschen Institut —, hat nach dem Zusammenbruch des autoritären SED-Staates bald Kontakt zu den Personen gefunden, die in der DDR auf dem vergleichbaren Felde tätig waren. Dabei war unserem Verband von Anfang an voll bewußt, daß wir mit Personen und Strukturen Berührung aufnehmen würden, die in das System der Machterhaltung des SED-Staates in besonders verantwortlicher Weise eingebaut und eingebunden waren.

Dennoch hielten wir es für möglich, auch in diesen Kreisen auf reformfähige und reformbereite Einzelpersonen zu stoßen. Unsere Vorannahmen wurden auch klar bestätigt.

Wesentlich schwieriger war es zunächst, mit solchen treibenden Kräften der Bürgerbewegungen Kontakt aufzunehmen, die zugleich für einen Neuaufbau einer demokratischen politischen Bildung in der zunächst noch bestehenden DDR Engagement zeigten.

Hauptursache dieser Schwierigkeit war, daß sich die Vertreter der Bürgerbewegungen nahezu ausschließlich selbst nicht für fachlich kompetent hielten, eine demokratische politische Bildung mit aufzubauen (z. B. die meisten Vertreter der evangelischen Kirche).

In der Tat waren ausgebildete Fachleute der Politischen Bildung in den Bürgerbewegungen sozusagen nicht zu finden. Deren Rekrutierungslaufbahnen verliefen vielmehr stets über die sorgfältig kontrollierten

Stationen der Abschirmung gegen abweichendes Denken zur inneren Stabilisierung des Machtapparates.

Es war daher eine der wichtigsten Aufgaben der DVPB, in den Kreisen der Bürgerbewegungen deutlich werden zu lassen, daß der revolutionäre Prozeß selbst bereits in geradezu idealtypischer Weise die Merkmale handlungsorientierter Politischer Bildung in sich vereinigte. Die Skandierformeln und Plakatsprüche der großen Demonstrationen hatten schließlich auf außerordentlich intelligente und witzige Weise nicht nur agitatorische, sondern auch analytische und aufklärerische Funktion und Leistung gehabt. Da es sich überwiegend um eine argumentativ getragene Revolution gehandelt hat, ist es nicht übertrieben, die Revolution in der DDR nicht nur als Prozeß der Selbstbefreiung, sondern auch als Prozeß der Selbstentfaltung, der Emanzipation, also als Prozeß selbstorganisierter Politischer Bildung zu begreifen. Derartiges haben wir im Westen nicht zu bieten.

Die DVPB hält es für ihre besonders wichtige Aufgabe, diesen Zusammenhang herauszuarbeiten und immer wieder zu betonen, weil das im Zuge solcher Erkenntnis entstehende Selbstbewußtsein die Voraussetzung für einen Integrationsprozeß ist, der nicht stillschweigend ein Ost-West-Gefälle zu Ungunsten des Ostens voraussetzt: Vielmehr erkennt man in dieser Perspektive auch eine Überlegenheit des Ostens gegenüber dem Westen, so daß die gerne benutzte Formel vom wechselseitigen Lernen an dieser Stelle wirklich keine Leerformel ist.

Die Zahl der Veranstaltungen, die im Zuge unserer vielfältigen Kontakte und Diskussionen zu nennen ist, ist statistisch schwer zu erfassen, weil nicht nur die vielen Landesverbände unseres Verbandes je zahlreiche Initiativen gestartet haben, sondern auch die bei uns organisierten Wissenschaftler auf ihren Kontaktschienen Veranstaltungen (Seminare, Lehrerfortbildungsveranstaltungen, Wochenendtagungen, auch

im ländlichen Raum) durchgeführt haben. Insgesamt ergeben sich zwischen 90 und 120 Veranstaltungen unterschiedlicher Art.

Teilgenommen haben aus den neuen Bundesländern insgesamt 3 000 bis 4 000 Personen. Dabei sind Teilnehmer, die mehrfach an unseren Veranstaltungen teilgenommen haben, auch mehrfach gezählt. Nicht mitgezählt sind die Westteilnehmer, die im Schnitt $\frac{1}{4}$ der Teilnehmer ausmachten.

Zu Frage 3

Neben der Zielsetzung, die bereits vorstehend beschrieben worden ist, besteht die generelle Zielsetzung, den künftigen Mittlern Politischer Bildung und des Faches Geschichte in den Ländern der ehemaligen DDR die fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen sowie methodischen Grundlagen zu vermitteln, die für deren Arbeit wichtig sind. Dabei wird es stets darauf ankommen, den irrigen Eindruck zu vermeiden, es handele sich um eine Einbahnstraße und nicht um einen wechselseitigen Prozeß.

Zu Frage 4

Alle Veranstaltungen, die nicht lediglich von Westteilnehmern besucht werden, sehen wir – unabhängig von der inhaltlichen Thematik – auch als integrationspolitische Veranstaltungen an. Ganz besonders gilt dies für den kommenden Bundeskongreß für Politische Bildung, von welchem ich einige Exemplare der Einladung und des Programmes beifüge. Das Programm dieses Kongresses läßt den integrationspolitischen Grundtenor in zahlreichen Einzelveranstaltungen auf vielfältige Weise konkret werden.

Für die nächsten Jahre kann der Bedarf an derartigen Maßnahmen kaum zu hoch eingeschätzt werden.

Allerdings sollten alle Maßnahmen dieser Art an konkreten fachlichen Themen und Aufgaben festgemacht werden. Pure Integrationsveranstaltungen – losgelöst von Inhalten – werden sich nicht als produktiv, sondern eher als unglücklich erweisen; es sei denn, sie sind nur Beiprogramm.

Zu Frage 5

Die vielfältigen Kontakte zu Fachleuten der früheren DDR und zu der sich entwickelnden Szene der postrevolutionären Politischen Bildung in den neuen Ostländern haben zur Gründung von Landesverbänden unseres Verbandes in sämtlichen neuen Ländern geführt. Teilweise bestehen die Landesverbandsvor-

stände ausschließlich aus Vertretern der Bürgerrechtsbewegungen, teilweise arbeiten in ihnen Personen unterschiedlicher Biographie mit Bürgerrechtlern zusammen. Die Zusammenarbeit ist so gut, daß die DVPB bei allen Aktivitäten die dortigen Landesverbände als primäre Partner ansieht.

Ein völlig neues Faltblatt über uns, das u. a. die Vorsitzenden der 5 Landesverbände in den neuen Ländern aufführt, füge ich zu Ihrer Information bei.

In diesem Zusammenhang ist ferner von Bedeutung, daß fünf unserer Landesverbände der alten Länder eine relativ enge Partnerbeziehung mit den fünf neuen Landesverbänden der DVPB eingegangen sind:

DVPB Schleswig-Holstein	– DVPB Mecklenburg-Vorpommern
DVPB Niedersachsen	– DVPB Sachsen-Anhalt
DVPB Nordrhein-Westfalen	– DVPB Brandenburg
DVPB Hessen	– DVPB Thüringen
DVPB Bayern	– DVPB Sachsen

Auf diesen Kontaktschienen läuft eine besonders enge Zusammenarbeit.

Das Bestehen der neuen Landesverbände kann natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir nach wie vor eine unterschiedliche Ausgangslage haben und diese Situation sich nicht schnell ändern wird:

Nur in sehr geringem Maße konnte bislang bei Fortbildungsveranstaltungen in den östlichen Ländern auf Fachleute aus diesen Ländern zurückgegriffen werden.

Bei der Maßnahmenplanung der DVPB in den neuen Ländern stehen zur Zeit Maßnahmen zur Lehrerfortbildung für das Fach Sozialkunde/Politische Bildung an erster Stelle, da hier eine neue Lehrbefähigung mit weitgehend neuen Lehrern aufgebaut werden muß. Die politischen Vorgaben der neuen Länder sehen dies vor und machen eine entsprechende Prioritätssetzung unbedingt erforderlich.

Soweit meine zusammenfassenden Antworten auf Ihre Fragen.

Zur Abrundung Ihrer Information füge ich zur Illustration auch die interne Antwort unseres Landesverbandes Hessen auf Ihre Fragen bei. Daran können Sie ablesen, was sich hinter meinen zusammenfassenden Antworten verbirgt und wie die Partnerbeziehung zu einem östlichen Landesverband aussieht.

Im übrigen hoffe ich, daß Sie und Ihre Mitarbeiter die beigefügten Einladungen nach Hannover nutzen und uns die Ehre Ihres Besuches geben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Herbert Knepper

DEUTSCHER BUNDESJUGENDRING

Bonn, den 19. Juli 1991

Betr.: Bericht der Bundesregierung über den Stand und die Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland

hier: Antworten des Deutschen Bundesjugendrings auf die Fragen des Bundesministers des Innern

Vorbemerkung

Der Deutsche Bundesjugendring als Arbeitsgemeinschaft der bundeszentralen Jugendverbände und der Landesjugendringe kann zu den vorgelegten Fragen, besonders wenn es um die Quantifizierung von Bildungsmaßnahmen und der Teilnehmer geht, nur wenige konkrete Aussagen machen. Die Hauptlast der politischen Bildung mit Veranstaltungen, wie Seminaren und Tagungen für die unterschiedlichsten Zielgruppen, wird durch die Mitgliedsorganisationen des DBJR geleistet. Unsere Angaben und Antworten beziehen sich daher im wesentlichen auf eigene Veranstaltungen und die Informationen und Erfahrungen aus dem Bereich der Mitgliedsverbände.

Zur Frage 1

In der politischen Bildung des DBJR und seiner Mitgliedsorganisationen haben sich die Ziele seit der Anhörung im Mai 1989 nicht grundsätzlich verändert. Die politische Bildung wird nach wie vor als übergreifendes Prinzip der Jugendarbeit verstanden mit dem Ziel, Kindern und Jugendlichen eine Orientierung in der Gesellschaft zu ermöglichen. Gleichzeitig sollen junge Menschen befähigt werden, an der Gestaltung von Gesellschaft und Politik mitzuwirken.

Durch die deutsche Vereinigung hat sich der Arbeitsschwerpunkt im Bereich „deutschlandpolitische Bildungsarbeit“ verlagert. Standen vor der Vereinigung die Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Systemen im Vordergrund, so geht es jetzt vor allem um die Vereinheitlichung und Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen in den ehemals zwei deutschen Staaten.

Zahlen über Veranstaltungen und Maßnahmen der Jugendverbände liegen uns im einzelnen nicht vor.

Der DBJR selbst hat in diesem Zeitraum ca. 10 Tagungen, Seminare und Begegnungen durchgeführt, an denen Vertreter der Jugendverbände aus den alten und neuen Bundesländern teilnahmen.

Zu Frage 2

Die Maßnahmen mit Teilnehmern aus den neuen Ländern dienten zum einen der Begegnung und dem Informations- und Erfahrungsaustausch von VertreterInnen der Jugendverbände. Zum anderen dienten sie der Qualifizierung der Multiplikatoren der Jugendarbeit.

Die Erwartungen der Teilnehmer aus den neuen Ländern richteten sich in erster Linie auf den raschen Erwerb von Kenntnissen und Fähigkeiten, um die neue gesellschaftliche Realität zu bewältigen. Dies bezog sich auf die inhaltliche Gestaltung der Jugendarbeit, die Partizipationschancen an der Jugendpolitik, die Anwendung der gesetzlichen Grundlagen (KJHG) sowie den Umgang mit den öffentlichen Trägern der Jugendhilfe.

Bei der Durchführung entsprechender Maßnahmen wurde sehr deutlich, daß mit den in den alten Ländern entstandenen und entwickelten methodisch-didaktischen Ansätzen der politischen Bildung (Diskussion, Gruppendynamik, Rollenspiele, Medieneinsatz usw.) die Teilnehmer aus den neuen Ländern wenig vertraut waren. Statt der eigenständigen Auseinandersetzung mit einer Thematik wurde eher die rasche, rezipierbare Vermittlung von Fakten und Wissen erwartet. Hinzu kam hier auch das Faktum, daß die „Institutionenkunde“, die in der politischen Bildung der alten Länder eine untergeordnete Rolle spielt, bei den Teilnehmern aus den neuen Ländern in erheblichem Umfang nachgefragt wurde (wie funktionieren staatliche und gesellschaftliche Institutionen, Organe, Gesetze usw.?).

Zu Frage 3

Die sozialen, ökonomischen und politischen Folgen der deutschen Einheit werden in der kommenden Zeit eine wichtige Rolle in der allgemeinen politischen Bildungsarbeit der Jugendverbände spielen. Hinzugekommen sind schon die Auswirkungen der vielfältigen Veränderungen in Osteuropa und des laufenden Integrationsprozesses hin zum EG-Binnenmarkt 1993.

Ein weiteres zentrales Thema unter friedens- und sicherheitspolitischen Aspekten wird sicher auch die Entwicklungszusammenarbeit darstellen. Die Auflö-

sung des Ost-West-Gegensatzes und das Ende des Kalten Krieges werden enorme Auswirkungen auf die Länder der Dritten Welt haben und den Nord-Süd-Konflikt deutlicher konturieren.

Weitere Themen können hier nur aufgelistet werden:

- Ökologie und Umwelt
- AIDS- und Drogenprävention
- Aus- und Übersiedler sowie Migrationsprozesse
- Jugendarbeit und Schule
- Gleichstellung von Mädchen und Frauen in der Gesellschaft
- Einbeziehung von Kindern in die Jugendarbeit und somit auch in die politische Bildung
- Rechtsextremismus und Gewaltneigung

Die Hauptzielgruppe der politischen Bildung der Jugendverbände werden die Multiplikatoren und die jugendlichen Mitglieder bleiben.

Zu Frage 5

Die nach der Wende in der DDR neu entstandenen Jugendorganisationen hatten sich aus dem „Runden Tisch der Jugend“ heraus im März 1990 zum Demokratischen Jugendbund (DJB) zusammengeschlossen. Der DJB war in der Folgezeit, bis zu seiner Auflösung Ende Juni 1991, ein wichtiger Kooperationspartner des DBJR. Ein Restbestand der Mitgliedsorganisationen des DJB wurde in Form der „Arbeitsgemeinschaft Neue Demokratische Jugendverbände“ (ANDJ), im April 1991 Mitglied im DBJR.

Die Jugendverbände auf der Länderebene haben sich bis Ende 1990 zu Landesjugendringen zusammengeschlossen und sind seit April 1991 ebenfalls Mitglied im DBJR.

Zu einer großen Anzahl von Institutionen und Einrichtungen der Jugendhilfe in den neuen Ländern bestehen Kontakte und Kooperationen. Hierbei spielt insbesondere der Informationstransfer eine wichtige Rolle aber auch die Durchführung von Seminaren und Tagungen sowie die Mitwirkung von „West“-Referenten bei Veranstaltungen der „Ost“-Träger.

In sehr unterschiedlichem Maße und Umfang haben die einzelnen Mitgliedsorganisationen des DBJR Personal für die politische Bildung aus den neuen Ländern rekrutieren können. Die konkreten Maßnahmen in dieser Richtung sind personal-, zeit- und finanzintensiv und müssen von den Jugendverbänden als zusätzliche Arbeit ohne nennenswerte Zuwächse bei den Ressourcen geleistet werden.

Um die politische Bildung als ein „Transportmittel“ zum Aufbau einer pluralen, föderativen und demokra-

tischen Gesellschaft effektiv zu nutzen, muß deren Förderung verstärkt werden.

Zu Frage 4

Wie schon an anderer Stelle zum Ausdruck gebracht, sieht der DBJR die politische Bildung als wichtiges Integrationsmittel im Vereinigungsprozeß. Die unterschiedlichen Lebenserfahrungen der Menschen in Ost- und Westdeutschland resultieren aus zwei völlig unterschiedlichen Gesellschaftssystemen und müssen die Grundlage des deutsch-deutschen Dialogs bilden.

Pluralismus, Föderalismus und Demokratie lassen sich nicht vertraglich regeln oder verordnen.

Den bundeszentralen Trägern der politischen Bildung kommen dabei folgende Aufgaben zu:

- den Dialog zwischen den Jugendlichen aus Ost und West zu vertiefen und hierzu neue Arbeitsformen entwickeln
- in den neuen Ländern durch Qualifizierungs- und Fortbildungsmaßnahmen den Aufbau von Trägern der politischen Bildung unterstützen
- freien Trägern der politischen Bildung in den neuen Ländern Gehör zu verschaffen und
- nicht zuletzt das Image der politischen Bildung bei allen Bürgerinnen und Bürgern durch Öffentlichkeitsarbeit und angemessene Veranstaltungsformen zu stärken.

Das Ausfindigmachen und Qualifizieren von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie der Erhalt und der Ausbau von noch bestehenden Einrichtungen ist hierzu dringend notwendig.

Dem Bedarf an integrationsfördernden Maßnahmen hat die Bundesregierung mit dem „Sommer der Begegnung 1991“ schon z. T. Rechnung getragen. Die Erfahrungen mit diesen Programmen und Begegnungen sollten im Spätjahr 1991/Frühjahr 1992 ausgewertet werden.

Nach Auffassung des DBJR besteht für die nächsten Jahre ein erheblicher Bedarf an Bildungs- und Begegnungsmaßnahmen, die zur Verbesserung des Zusammenlebens der Menschen im neuen Deutschland beitragen. Hierzu sollten jedoch weniger Modell- und Sonderprogramme ausgewiesen werden, sondern die Mittel den freien Trägern zum eigenverantwortlichen Einsatz zur Verfügung gestellt werden.

Die Kosten, alleine im Bereich der Jugendarbeit zum Strukturaufbau in den neuen Ländern in 1991, hat der DBJR mit ca. 100 Mio. DM Mehrbedarf beziffert.

DEUTSCHER FRAUENRAT

– Lobby der Frauen – Bundesvereinigung Deutscher Frauenverbände und Frauengruppen gemischter Verbände e. V.

Bonn, den 10. Juli 1991

**Betr.: Bericht der Bundesregierung über den Stand und die Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland
(Beschluß des Deutschen Bundestages vom 30. Oktober 1990)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die in Ihrem Schreiben vom 27. Mai 1991 aufgeführten Fragen haben wir in die Mitgliedsverbände des DF gegeben, da diese, soweit überhaupt, politische Bildung entsprechend ihren Verbandszielen vermitteln. Allerdings wird es nicht möglich sein, den Termin Ende Juli 1991 für die Abgabe der Antworten einzuhalten. Infolge des Sonderprogramms der Bundesregierung „für den Aufbau pluralistischer Strukturen der Frauenverbände und -gruppen in den neuen Bundesländern“, über das wir im Mai 1991 informiert wurden, sind sowohl der DF als auch seine einzelnen Mitgliedsverbände in ganz hohem Maße damit beschäftigt, dieses Programm in die Praxis umzusetzen. Planung und Organisation entsprechender Vorhaben nehmen alle Kräfte in Anspruch. Deswegen bitte ich um Verständnis, wenn wir erst Anfang August das Ergebnis unserer Umfrage mitteilen können.

Der DF als Bundesvereinigung beantwortet die Fragen wie folgt:

Zu 1.

Ziele und Inhalte haben sich nicht geändert, es geht noch immer um die Gleichstellung der Frau in allen gesellschaftlichen Bereichen. Mindestens $\frac{2}{3}$ der Teilnehmerinnen an den bisher 4 Seminaren des DF sind Frauen aus den 5 neuen Ländern.

Mit freundlichen Grüßen

Hanne E. Pollmann

Geschäftsführerin

Zu 2.

Noch keine.

Zu 3.

Interessenvertretung der deutschen Frauen bei Bundestag und Bundesregierung.

Zu 4.

In der Planung sind noch für 1991 3 Seminare in den neuen Ländern ($\frac{1}{3}$ West-Frauen, $\frac{2}{3}$ Ost-Frauen) mit dem Arbeitstitel:

„Erst im Verein ist Frauenarbeit stark – wer vertritt eigentlich Fraueninteressen?“

Nicht nur der Bedarf ist hoch, sondern auch die Notwendigkeit. Es gibt noch Verständigungsschwierigkeiten.

Zu 5.

Kooperationspartnerinnen sind Einzelfrauen, Frauengruppen, Gleichstellungsbeauftragte/Frauenbeauftragte, Frauenministerinnen.

Ansprache erfolgt von Einzelperson zu Einzelperson (Schneeballsystem), durch Informationsstände auf öffentlichen Plätzen in verschiedenen Städten, Presseberichte. Der DF hat Referentinnen in den neuen Ländern, keine Lehrerinnen.

DEUTSCHER SPORTBUND
Geschäftsbereich Grundlagen

Frankfurt, den 24. Juli 1991

**Bericht der Bundesregierung über den Stand und die Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland
(Beschluß des Deutschen Bundestages vom 30. Oktober 1990)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bundesausschuß Frauen im Sport des Deutschen Sportbundes hat die Frauenbeauftragten der Mitgliedsorganisationen des DSB in den neuen Bundesländern in seine Weiterbildungsarbeit mit einbezogen.

An Führungsseminaren für Frauen nehmen Vertreterinnen der neuen Bundesländer teil, spezielle Arbeitstagen und Treffen für die Frauenbeauftragten im

Sport (Landessportbünde) sind für Herbst 1991 und für 1992 geplant.

Zwischen den Frauenausschüssen der LSB der alten und neuen Bundesländer bestehen bilaterale Kontakte, die auch die Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen beinhaltet.

In der bundesweiten Mitgliedsversammlung und Jahresarbeitstagung des Bundesausschusses im Sport des DSB sind die Vertreterinnen der neuen Landessportbünde entsprechend beteiligt.

Mit freundlichen Grüßen

Ursula Voigt

Abteilungsleiterin Frauen im Sport

DEUTSCHER BEAMTENBUND, BUNDESFRAUENVERTRETUNG

Bonn, den 8. Juli 1991

Betr.: Bericht der Bundesregierung über den Stand und die Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland

Bezug: Ihr Schreiben vom 27. Mai 1991

Sehr geehrte Damen und Herren,
vom Deutschen Frauenrat wurde uns Ihr Schreiben vom 27. Mai 1991 weitergeleitet.

Die Bundesfrauenvertretung des Deutschen Beamtenbundes hat eigene Veranstaltungen zusätzlich zu den vom Deutschen Beamtenbund und dem Bildungs- und Sozialwerk des Deutschen Beamtenbundes ange-

botenen Bildungsmaßnahmen erst jetzt in Angriff genommen: es handelt sich dabei ausschließlich um auf die Intensivierung der Frauenarbeit in den neuen Bundesländern gerichteten Veranstaltungen.

Aufgrund der noch ausstehenden Erfahrungen können wir zu Ihren Fragen im einzelnen keine Stellung beziehen.

Mit der Bitte um Verständnis und freundlichen Grüßen

i. A. Annemarie Wellige

BUND KATHOLISCHER DEUTSCHER AKADEMIKERINNEN

Bonn, den 31. Juli 1991

**Betr.: Bericht der Bundesregierung über den Stand und die Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland
(Beschluß des Deutschen Bundestages vom 30. Oktober 1990)**

Bezug: Anfrage an die Deutschen Frauenverbände über den Deutschen Frauenrat.
GZ: G II 4 – 123 000 – 4/64

Die Fragen beantworten wir wie folgt:

Zu 1)

Ziele und Inhalte unserer Bildungsarbeit haben sich nicht geändert, es erfolgte eine Ausweitung der Arbeit auf die Frauen der neuen Bundesländer. Die politische Bildung hat allerdings im Rahmen unserer Arbeit an Gewicht gewonnen.

Zu 2)

Wir haben bisher keine Bildungsmaßnahmen in den neuen Bundesländern durchgeführt, jedoch eine Tagung über die politischen Hintergründe der Wiedervereinigung in Verbindung mit Berichten über die Situation in den neuen Bundesländern, an der zusammen mit den Mitgliedern unseres Verbandes 40 Frauen aus den neuen Bundesländern teilgenommen haben.

Zu 3)

Grundgesetz, Demokratie, politische Willensbildung, Integrationsprobleme des geeinten Deutschland, Frauenpolitik.

Ansprechpartnerinnen: Akademikerinnen mit Universitäts- und Fachhochschulausbildung. (Andere interessierte Frauen können an unseren Veranstaltungen stets teilnehmen).

Zu 4)

Für 1991 haben wir ein Seminar zu den Integrationsproblemen im geeinten Deutschland sowie ein Seminar zu Fragen des Grundgesetzes und seiner Bedeutung für die Frauenarbeit geplant. Dabei wird es um die Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit und der Geschichte gehen sowie um die besonderen Aufgaben für die Zukunft. Der Bedarf an integrationspolitischen Bildungsmaßnahmen ist schwer einzuschätzen. Wichtig wäre insbesondere die Einbeziehung der Menschen der alten Bundesländer, die die mit der Umstellung verbundenen Probleme kaum ermessen können.

Zu 5)

Einige neue Mitglieder sowie bisher durch unsere Bildungsarbeit angesprochene interessierte Frauen.

Seminare und Kontaktreisen mit Informationsveranstaltungen in den neuen Bundesländern.

Die Gewinnung von Lehrpersonal (im weitesten Sinne) gehört nicht zu unseren Aufgaben.

Für die politische Bildung allgemein halten wir es für wesentlich, daß der „Normalbürger“, die „Normalbürgerin“ angesprochen wird. Diese können z. B. erreicht werden, wenn man z. B. die Vertreter der Eltern in den Mitwirkungsorganen der Schulen und Kindergärten in die politische Bildungsarbeit einbezieht.

Mit freundlichen Grüßen

Fischer-Gottlob

KREIS KATHOLISCHER FRAUEN IM HELIAND-BUND

Mainz, den 29. Juli 1991

**Betr.: Bericht der Bundesregierung über den Stand und die Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland
(Beschluß des Deutschen Bundestages vom 30. Oktober 1990)**

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

die von Ihnen angeschnittenen Fragen kann ich aus der Sicht unseres Verbandes kurz folgendermaßen beantworten:

1. Es gab stets persönliche Kontakte zu unseren Mitgliedern in der ehemaligen DDR; ca. 60 neue Mitglieder haben wir in den neuen Bundesländern gewonnen. Die politischen Veränderungen werden bei unseren Treffen im lebhaften Gedankenaustausch aber auch thematisch angesprochen.
2. Teilnehmende Personen aus den neuen Bundesländern:
 - a) Treffen Würzburg, 11. bis 13. Mai 1990
3 Personen von insgesamt 36 (= 8,33 %)
 - b) Treffen Würzburg, 9. bis 11. November 1991
8 Personen von 81 (= 9,9 %)

- c) Jahrestreffen Himmelsporten, 17. bis 20. Mai 1991
21 Personen von insgesamt 215 Personen (=9,8%)

3. Im Herbst dieses Jahres wird ein Treffen bei Dresden stattfinden, wobei neben dem Austausch unterschiedlicher Lebenserfahrungen ein sozialpolitisches Thema behandelt wird. (Referent aus einem neuen Bundesland)

Das gegenseitige ins Gespräch Kommen und im Gespräch Bleiben erscheint uns sehr wichtig, zumal auch Sprachbarrieren insofern abzubauen sind, als Begriffe inhaltlich nicht immer gleich besetzt sind, das führt unbeabsichtigt zu Verständnisschwierigkeiten (speziell im politischen Vokabular).

4. Auch auf unserem Jahrestreffen 1991 hatten wir einen Referenten aus einem neuen Bundesland.

Um diesen partnerschaftlichen Gedankenaustausch werden wir auch in Zukunft verstärkt bemüht sein.

Mit freundlichen Grüßen

H. Klinger

DEUTSCHER VERBAND FRAU UND KULTUR E. V.

Limburgerhof, den 24. Juli 1991

Betr. Ihr Zeichen G II 4 – 123 000 – 4/64

Auf Ihr Schreiben an den Deutschen Frauenrat vom 27. Mai 1991 ist für den Deutschen Verband Frau und Kultur folgendes zu sagen:

Punkt 1

Die Ziele und Inhalte unserer Verbandsarbeit sind die gleichen geblieben. Kulturarbeit im weitesten Sinne zu der wir Frauen aller Gruppen motivieren und zur Mitarbeit gewinnen. Diese Verbandsarbeit weiten wir jetzt auf die Neuen Bundesländer aus.

Punkt 2

Vom 22. bis 28. September 1990 ein Seminar in Hilders „Mut zum Engagement“ für Frauen aus den NBL. Einladung zur Jahrestagung des Verbandes und zu verschiedenen Seminaren mit Europäischen Akademien.

Teilnehmerinnen etwa 40.

Punkt 3

Seminare in den NBL zur selbständigen Willensbildung. Zielgruppe sind alle Frauen, die an unserer Verbandsarbeit interessiert sind und aktiv daran teilnehmen wollen.

Punkt 4

Bildung von Gruppen in den Städten der NBL. Der Bedarf an Information und Orientierungshilfe ist sehr groß. Es können garnicht genug Kontakte hergestellt werden. Hier helfen die Städtepartnerschaften mit Besuchsfahrten, Vorträgen und Lesungen. Nur das persönliche Engagement unsererseits kann das immer noch bestehende Minderwertigkeitsgefühl überbrücken. Die besondere Empfindlichkeit in den NBL gegenüber „Besserwissen“ und „Belehren“ erfordert großes Einfühlungsvermögen und Takt.

Punkt 5

Die Partner kommen aus allen Berufen. Es sind häufig Lehrer dabei, die als Multiplikatoren in ihrem Berufskreis weiterarbeiten.

In unserer Verbandsarbeit liegt ein Schwerpunkt darin, daß Frauen erfahren, sich als solche zu verstehen. Das bisherige Gefüge von gleich zu gleich in der Berufsarbeit hat ein Gefühl für das „Frau-Sein“ nicht aufkommen lassen. Gespräche während der Seminare zeigen, daß dies für die Frauen ein neues und erstrebenswertes Ziel ist. Aus dieser Haltung entwickelt sich der politische Blick für das Ganze und ein neues Engagement.

Gabriele Beck

VERBAND BI-NATIONALER FAMILIEN UND PARTNERSCHAFTEN

Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen e. V.

Frankfurt, den 26. Juli 1991

Bericht zur Lage der politischen Bildung im vereinigten Deutschland
Geschäftszeichen G II 4 – 123 000 – 4/64**1. Ziele, Inhalte und Teilnehmerstruktur**

Beigefügt erhalten Sie die IAF-Seminarkalender der Jahre 89 bis 91 und Einladungen für Seminare, die wir in Kooperationen mit Evangelischen Akademien durchgeführt haben.

In 1989 wurden 50 Seminare mit 1 041 Teilnehmern und 1990 58 Seminare mit 1 100 Teilnehmern durchgeführt. In diesem Jahr werden wir ca. 60 Seminare durchführen. Die Angaben in den Seminarkalendern sind leider nicht vollständig, weil häufig noch nach Redaktionsschluß Seminare und Bildungsurlaube von IAF-Gruppen geplant und durchgeführt werden. In diesem Jahr ist z. B. im November noch ein Bildungsurlaub in Bremen geplant und, wenn die Finanzierung sichergestellt ist, werden noch 5 Seminare in den neuen Bundesländern durchgeführt, auch in München werden noch 2 Seminare stattfinden und in Nordrhein-Westfalen ist eine Veranstaltungsreihe zum Thema Islam geplant.

Inhaltlicher Schwerpunkt der IAF-Seminare ist das Thema Zusammenleben in einer multikulturellen Gesellschaft und Probleme und Chancen, die das Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern bringen können.

Z. B. bei den Seminaren „Domino-Ehen“ findet u. a. eine intensive Auseinandersetzung mit den sozialen und psychosozialen Ursachen von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit statt. Mit diesen Seminaren haben wir auf die steigenden Eheschließungszahlen zwischen Partnern aus der Bundesrepublik und aus afrikanischen Ländern reagiert und dem Bedürfnis sich mit der eigenen Situation in dieser Gesellschaft auseinanderzusetzen.

Der Diskurs über den Rechtsradikalismus wurde infolge der Wahlergebnisse bei den Europawahlen und den Wahlen in Berlin innerhalb des Vereins vermehrt geführt und in einer Tagung in Kooperation mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung und der Evangelischen Akademie Arnoldshain unter Einbeziehung der Entwicklung in den fünf neuen Bundesländern fortgesetzt. In diesem Jahr wird die Diskussion in einem weiteren Seminar mit anderen Aspekten erweitert.

Das Thema Christentum und Islam ist konstant Bestandteil der Bildungsarbeit der IAF. Das Verständnis füreinander soll mit diesen Seminaren gefördert und

Wissenslücken über die jeweils andere Religion gefüllt werden.

Kurz zusammengefaßt soll mittels der Bildungsarbeit die Völkerverständigung durch die Auseinandersetzung mit anderen Kulturen, Informationen über andere Kulturen, Förderung der interkulturellen Erziehung, Weiterbildung in rechtlichen und gesellschaftlichen Fragen, Entwicklung und Erarbeitung von Integrationskonzepten für Ausländer und Deutsche u. a. gefördert werden.

Zur Teilnehmerstruktur läßt sich sagen, daß ca. 80 % der Teilnehmer Frauen sind. Deshalb bieten wir auch bei allen Seminaren Kinderbetreuung an. Das Alter der Teilnehmer liegt zwischen 18 J. und 75 J., wobei die Mehrzahl der Teilnehmer zwischen 25 und 40 Jahren alt ist.

2. Bildungsmaßnahmen in den neuen Ländern, Teilnehmer aus den neuen Ländern, Erfahrungen, Probleme, Methoden, Teilnehmerzahlen

Seit November 89 kommen zunehmend Frauen und Männer aus den neuen Bundesländern zu unseren Bildungsveranstaltungen. 1990 waren sie primär interessiert an dem Seminar „Domino-Ehen“ (in den neuen Bundesländern gibt es nicht wenige Ehen zwischen Deutschen und Mocambikanern) und an dem Seminar „Zur Situation von Bi-nationalen in der DDR“.

Es besteht aber auch ein großes Interesse an Seminaren, mit denen Wissenslücken gefüllt werden können, bspw. zum neuen Ausländergesetz, zum internationalen Privatrecht insbesondere Familienrecht für bi-nationale Familien. Auch besteht ein großes Bedürfnis, sich mit Rechtsradikalismus und der Ausländerfeindlichkeit in den neuen Ländern auseinanderzusetzen, diesem tragen wir Rechnung mit Seminaren, die in Hessen und Thüringen stattfinden.

Mittlerweile nehmen an vielen Seminaren, sofern die Seminarorte nicht zu entlegen sind, Bürger aus den neuen Ländern teil. Die Teilnehmerzahlen schwanken sehr, je nach Thema. Beispielsweise gab es ein Seminar zur Situation deutsch-lateinamerikanischer Familien in der Bundesrepublik, an der ca. die Hälfte der Teilnehmer aus den neuen Ländern kamen. Meist

liegt jedoch der Anteil bei ca. 10 Prozent. Bei den Seminaren, die wir in Thüringen durchführen, werden mindestens 50 % der Teilnehmer aus den neuen Ländern sein. Als Problem stellte sich die Höhe der Seminarkosten dar, die, obwohl sie bei uns nur ca. DM 50,— betragen, für viele vor der Währungsunion und auch in der Zeit danach als zu hoch empfunden wurden.

3. Ziele und Themenschwerpunkte für unsere allgemeine politische Bildungsarbeit

An den Zielen unserer Bildungsarbeit, die in Pkt. 1 benannt sind, wird sich im wesentlichen nichts verändern.

In der nächsten Zeit werden wir unsere Bildungsarbeit vermehrt an dem Bedarf an politischer, rechtlicher und sozialer Bildung in den neuen Ländern orientieren. So ist es geplant insbesondere Seminare für den Auf- und Ausbau von Selbsthilfegruppen insbesondere im interkulturellen Bereich durchzuführen. Das heißt konkret: Seminare zum Ausländer- und Asylrecht, Einführung in die Arbeit einer Selbsthilfegruppe, zur Situation von Bi-nationalen und Ausländern in der Bundesrepublik, Einführung in die interkulturelle Beratung, Seminare zum Thema Öffentlichkeitsarbeit u. a.

4. Bedarf an deutschland-/integrationspolitischen Bildungsmaßnahmen

Selbsthilfegruppen hat es in der ehemaligen DDR nicht gegeben, bzw. waren verboten mit der Folge, daß bislang wenig bis keine Erfahrungen vorhanden sind, wenn es darum geht eine Selbsthilfegruppe zu initiieren, zu leiten und sich für seine eigenen Belange

einzusetzen. Hier werden wir immer wieder in der Begegnung, insbesondere mit Frauen aus den neuen Ländern, um Erfahrungsaustausch und Begleitung bei der eigenen Arbeit oder bei der Realisierung von Ideen, die in Gruppengründungen münden könnten, gebeten. Da viele Menschen zur Zeit in den neuen Ländern sehr mit sich selbst beschäftigt sind, Klärung der eigenen Reproduktion, Angst vor Arbeitslosigkeit, Verunsicherungen aufgrund der radikalen Veränderungen in vielen Bereichen, gehen wir davon aus, daß eine intensive Begleitung durch politische Bildungsarbeit mit ziemlicher Sicherheit für die nächsten 5 Jahre, wenn nicht länger, gefragt ist.

5. Kooperationspartner in den neuen Ländern

Wir haben Kontakte zu vielen Ausländerbeauftragten, Gleichstellungsbeauftragten und einzelnen Ämtern und Behörden, die uns ansprechen, wenn Sie bei bestimmten Problemen selbst noch nicht weiterwissen. Auch erhalten wir täglich Briefe aus allen Regionen in den neuen Ländern mit unterschiedlichsten Anfragen.

Darüber hinaus bestehen Kontakte zu Vereinen und Organisationen in der Ausländerarbeit und nicht zuletzt zur IAF-Gruppe in Erfurt in Thüringen, die sich vor einem halben Jahr gegründet hat. Viele Gespräche gab es bei den Fraueninformationsbörsen in den neuen Ländern, an denen wir uns mit einem Informationsstand beteiligten. Über diese vielfältigen Kontakte können wir zum einen Referenten rekrutieren, werden aber auch mit anstehenden gesellschaftspolitischen Fragen konfrontiert, die in der Bildungsarbeit behandelt werden sollten.

Wir hoffen, daß unsere Erfahrungen für die Erstellung Ihres Berichts hilfreich sind und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Heike Deul

DEUTSCHER VERBAND BERUFSTÄTIGER FRAUEN E. V.

– International Federation of Business and Professional Women –

München, den 1. August 1991

Betr.: G II 4 4-123000-4/64

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie baten uns in Ihrem Schreiben vom 27. Mai 1991 um eine Stellungnahme. Dieser Wunsch wurde uns über den Deutschen Frauenrat zugeleitet.

Wir hoffen, daß unsere Antwort nicht zu spät kommt. Ein Treffen, auf dem unsere Aktivitäten zusammengefaßt werden konnten, war vorher nicht möglich.

Zu Ihren Fragen:

zu 1.

Unsere Arbeit und Inhalte sowie unsere Mitgliederstruktur ist gleich geblieben. Wir haben noch keine Veranstaltungen in den neuen Bundesländern durchgeführt. Wir haben jedoch Kontakte zu einigen berufstätigen Frauen, die wir auch zu unseren Tagungen einladen.

zu 2.

Unsere Weiterbildungsveranstaltungen werden zum größten Teil von den DVBF-Clubs durchgeführt. Erfahrungen mit Frauen aus den neuen Bundesländern waren sehr unterschiedlich.

Clubgründungen in den neuen Bundesländern sind im Augenblick schwierig. Wir müßten finanzielle Unterstützung geben und die Beiträge vorfinanzieren. Das ist unserem Verband z. Zt. nicht möglich.

zu 3.

Die Schwerpunkte unserer Angebote an die Frauen in den neuen Bundesländern werden in erster Linie

praktische Hilfen sein. Wir wollen unsere Erfahrungen und unser Wissen zur Verfügung stellen.

Kontakte nehmen wir zu berufstätigen Frauen auf.

zu 4.

Da wir im Bildungsbereich nicht schwerpunktmäßig tätig sind, können wir nicht beurteilen, wie hoch der Bildungsbedarf ist.

Aus Gesprächen jedoch entnehmen wir, daß große Lücken in den Wissensbereichen Arbeitsrecht/ABM/Steuerfragen/Versicherungen/Scheidungsrecht und in vielen anderen Bereichen, die den Alltag der berufstätigen Frau betreffen, bestehen.

zu 5.

Wir planen, nach dem Vorbild des Deutschen Frauenrates, mit unserem Wissen vor Ort die Frauen zu informieren.

Wir haben eine Arbeitsgruppe gebildet, die ein Konzept erarbeitet. Bei jeder Veranstaltung, bei der Frauen aus den neuen Bundesländern unsere Gäste sind, findet ein reger Meinungs- und Erfahrungsaustausch statt.

Wir begrüßen es sehr, daß Maßnahmen ergriffen werden, um den Frauen in den neuen Bundesländern finanzielle und menschliche Starthilfe zu geben.

Mit freundlichem Gruß

Gerda Bürdelin

W.O.M.A.N.

Welt-Organisation der Mütter aller Nationen

Gehrden, den 31. Juli 1991

Ihr Schreiben G II 4 – 123 000 – 4/64 an den Deutschen Frauenrat vom 27. Mai 1991

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir beziehen uns auf Ihr oben genanntes Schreiben an den Deutschen Frauenrat, zu dessen Mitgliedsverbänden wir gehören, und geben Ihnen folgende Informationen bezüglich unseres Verbandes, der W.O.M.A.N. Weltorganisation der Mütter aller Nationen:

Zu 1.

Es ist keine Änderung der Inhalte, Ziele oder Teilnehmerstruktur eingetreten. Seit dem 8. Mai 1989 fanden folgende Veranstaltungen statt:

- a) Seminar mit in- und ausländischen Teilnehmerinnen in Wilhelmshaven am 2. bis 4. Juni 1989
Thema „Familie heute – Entwicklung wohin?“
- b) Seminar in Rinteln am 10. bis 11. November 1990
Thema „Die Bedeutung der Arbeit der Frauenverbände im vorparlamentarischen Raum“
- c) Seminar in Hamburg am 4. bis 5. Mai 1991
Thema „Europa wächst zusammen – Was bedeutet das für die Frauen in der Bundesrepublik Deutschland und den fünf neuen Bundesländern?“

Zu 2.–5.

Die W.O.M.A.N. hat an sieben Informationsbörsen für Frauen in den neuen Bundesländern teilgenommen in der Zeit vom 1. Juni bis 29. Juni 1991 (Eisleben, Teterow, Bergen/Rügen, Roßlau, Magdeburg, *) Sangerhausen). Arbeit und Ziele des Verbandes wurden dargestellt durch Informationsschriften und besonders durch Gespräche mit interessierten Frauen. Es wurden insgesamt etwa 70 Namen und Adressen aufgeschrieben.

Geplant sind Wochenend-Treffen mit diesen Frauen in Form von Seminaren zum gegenseitigen Kennenlernen, Erfahrungsaustausch, gegebenenfalls Anregung und Hilfe zur Gründung eigener Arbeitskreise in den neuen Bundesländern. Eventuell ist Beratung vor Ort durch eine Vertreterin des Verbandes möglich und angestrebt.

Als Beispiel, das für nahezu alle Informationsbörsen etwa gleichermaßen zutreffend und typisch ist, fügen wir die Kopie eines Berichtes über Verlauf und Eindrücke bei der Informationsbörse in Köpenick bei. – Die hier erwähnte Frau Kraft wohnt in Brandenburg, ist Schriftstellerin und seit Jahren mit der W.O.M.A.N. in der alten Bundesrepublik Deutschland verbunden.

*) Köpenick

Mit freundlichen Grüßen,

Sabine Dolezalek, Präsidentin

KATHOLISCHE FRAUENGEMEINSCHAFT DEUTSCHLAND

Düsseldorf, den 15. August 1991

Bericht der Bundesregierung über den Stand und die Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland

(Beschluß des Deutschen Bundestages vom 30. Oktober 1990);
Ihr Schreiben vom 27. Mai 1991

Sehr geehrte Damen und Herren,

leider kommen wir, auch bedingt durch die Urlaubszeit, erst heute dazu, Ihre im Betreff genannte Anfrage zu beantworten. Wir hoffen dennoch, daß unsere Angaben in Ihren Bericht mit einfließen können.

Zu Ihren Fragen möchten wir folgende Ausführungen machen:

Frage 1

Grundsätzlich haben sich seit der Anhörung im Deutschen Bundestag am 8. Mai 1989 die Ziele und Inhalte der Arbeit der kfd, mithin auch die ihrer politischen Bildungsarbeit, nicht geändert. Nach wie vor geht es darum, die Stellung von Frauen in Gesellschaft und Kirche mit Mitgliedern der kfd zu reflektieren und die Ergebnisse dieser Reflexion in Gesellschaft und Kirche einzubringen. Dies gilt auch in besonderem Maße für die politischen Einfluß- und Artikulationsmöglichkeiten von Frauen.

Allerdings sind durch den deutsch-deutschen Einigungsprozeß Akzente innerhalb der politischen Bildungsarbeit der kfd verschoben worden. Dies gilt z. B. für die Lebenssituationen von Frauen, von Familien und von Kindern in der ehemaligen DDR und den Austausch über Vergleichbares und Unvergleichbares in den Lebenssituationen von Frauen und Familien in den alten und in den neuen Bundesländern. Auch die Fragestellung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhält durch das Hinzukommen von Frauen aus den neuen Bundesländern eine neue Brisanz. Dies ergibt sich zum einen daraus, daß die überwiegende Zahl der Frauen in den neuen Bundesländern über lange Zeit selbstverständlich erwerbstätig war; dies ergibt sich zum anderen daraus, daß die Arbeitsmarktsituation in den neuen Bundesländern für Frauen besonders gravierende Auswirkungen hat.

Was die Zahl und den Umfang der Veranstaltungen und Maßnahmen nach dem 8. Mai 1989 angeht, so ist es für uns als Bundeszentrale sehr schwierig, hierüber Auskunft zu geben. Die Bildungsmaßnahmen der kfd finden in hohem Maße in den Diözesanverbänden der kfd statt. So führte z. B. der Diözesanverband der kfd in Münster im Jahre 1990 zwei Veranstaltungen mit dem Thema „Wächst zusammen was zusammen gehört“ mit jeweils 55 bzw. 67 Teilnehmerinnen durch; unter den Referentinnen waren vier Frauen aus den neuen Bundesländern, die, wie auch die übrigen Teil-

nehmerinnen aus den neuen Bundesländern, in den Arbeitskreisen und im Plenum von ihrer Situation berichteten. Weitere Zahlen aus Diözesanverbänden hier vorzulegen ist uns z. Z. nicht möglich; Zahlen der Bundesebene würden aber nur einen vergleichsweise geringen Ausschnitt benennen. Deshalb verzichten wir an dieser Stelle auf die Angabe weiterer Zahlen.

Frage 2

Die kfd in den alten Bundesländern führt in den neuen Bundesländern keine Bildungsmaßnahmen durch. Dies hängt damit zusammen, daß im September 1990 in den neuen Bundesländern eine eigene kfd gegründet wurde, die eigenständig Bildungsmaßnahmen für die Frauen in den neuen Bundesländern durchführt. Allerdings nehmen Teilnehmerinnen aus den neuen Bundesländern an Maßnahmen in den alten Bundesländern regelmäßig teil. So nahmen z. B. an einer Tagung der kfd-berufstätige Frauen im Jahr 1991 zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf vier Teilnehmerinnen aus den neuen Bundesländern mit insgesamt drei Kindern teil; bei dieser Tagung wurde ein inhaltlicher Schwerpunkt auch von einer Referentin aus den neuen Bundesländern gestaltet. Die kfd Gemeinschaft Hausfrauen führte ihre Arbeitstagung 1991 zum Thema Haus- und Familienarbeit in Ost- und Westdeutschland durch, an der fünf Gäste aus den neuen Bundesländern teilnahmen und die den Frauen Gelegenheit bot, sich über ihren unterschiedlichen Lebensalltag in den alten und neuen Bundesländern auszutauschen. Die kfd in den neuen Bundesländern ist im übrigen seit der Hauptversammlung im Juni 1991 ordentliches Mitglied im kfd-Zentralverband; ihre Vertreterinnen nehmen selbstverständlich an sämtlichen Organsitzungen des kfd-Zentralverbandes teil. Darüber hinaus werden Einladungen zu allen Veranstaltungen und Angeboten der kfd-Diö-

zesanverbände auch an die Frauen in den neuen Bundesländern ausgesprochen.

Frage 3

Die schon in der Beantwortung von Frage 1 genannten Akzentverschiebungen werden sich in der allgemeinen politischen Bildungsarbeit der nächsten Zeit innerhalb der kfd auswirken. Zum einen wird dies geschehen durch das Einbringen anderer Fragestellungen in Tagungen mit allgemeinpolitischer Thematik, wie z. B. im Jahr 1992 „Frauen machen Staat“. Zum anderen wird es darum gehen, das Verständnis der Lebenssituation von Frauen in osteuropäischen Ländern innerhalb der kfd zu fördern sowie Perspektiven für eine zukünftige Zusammenarbeit zu entwickeln.

Ein besonderes Anliegen in bezug auf die internationale Gemeinschaft ist der kfd auch die umfassende Förderung des Verständnisses für die Situation von Frauen in den sogenannten Entwicklungsländern sowie eines partnerschaftlichen Verhältnisses zu ihnen. Darüber hinaus geht es im Prozeß der gesamteuropäischen Einigung auch um Beiträge von Frauen zur Förderung der europäischen Integration.

Aus dem Selbstverständnis und der Zielsetzung der kfd ergibt sich selbstverständlich, daß unsere Zielgruppe fast ausschließlich Frauen sind; für die Bundesebene sind dies insbesondere Multiplikatorinnen, hauptamtliche und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen auf Diözesan- und Regionalebene und in Begegnungsveranstaltungen auch Kooperationspartnerinnen aus anderen Bereichen, z. B. Gleichstellungsbeauftragte, Frauenforscherinnen etc.

Frage 4

Die Beantwortung dieser Frage ergibt sich zum Teil aus der Beantwortung der Fragen 1 bis 3. Insgesamt schätzen wir den Bedarf an integrationspolitischen Bildungsmaßnahmen in der Zukunft hoch ein; dies gilt nach unserer Erfahrung weniger für die Wissens-

vermittlung als vielmehr für die Förderung des gegenseitigen Verständnisses und Einfühlungsvermögens für die unterschiedlichen Erfahrungshintergründe von Frauen in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen in der ehemaligen DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Wir gehen davon aus, daß die Begegnung in Seminaren und die gemeinsame Beschäftigung mit Fragestellungen, die sich für die Bundesrepublik Deutschland, eingebunden in Europa und in die internationale Gemeinschaft, ergeben, hier besonders förderlich sind. Dies entspricht auch dem ganzheitlichen Bildungsansatz der kfd, der sich auch in einer Erweiterung der klassischen Bildungsmethoden ausdrückt; diese Erweiterung bedarf im Rahmen der Richtlinien einer stärkeren Berücksichtigung. Aus unserer Sicht ergibt sich in diesem Zusammenhang auch die Notwendigkeit, die Sprache der Förderrichtlinien auf Frauenfreundlichkeit bzw. Frauenfeindlichkeit zu untersuchen.

Frage 5

Kooperationspartnerinnen der kfd in den alten Bundesländern sind in erster Linie die Frauen der kfd in den neuen Bundesländern. Darüber hinaus bemühen wir uns um eine Kooperation mit Verantwortlichen im Bereich der kirchlichen Erwachsenenbildung in den neuen Bundesländern. Zu Fragen, die auch oder gar in besonderem Maße die Situation von Frauen in den neuen Bundesländern betrifft, z. B. in der Thematik „Schutz des geborenen und ungeborenen Lebens“, werden auch Frauen aus den neuen Bundesländern als Referentinnen eingeladen.

Aus unserem Verständnis von der Eigenständigkeit der Diözesanverbände innerhalb der kfd ergibt sich, daß die Aus- und Fortbildung von Mitarbeiterinnen in der Bildungsarbeit, mithin auch in der politischen Bildungsarbeit in den neuen Bundesländern, in der Verantwortung der Frauen dort liegt. Dies schließt nicht aus, daß auf Anfrage unsererseits Hilfestellung und Mitwirkung zugesagt und geleistet wird.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen mit diesen Angaben einige Eindrücke vermitteln, die in den Bericht der Bundesregierung mit einfließen, und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Henny Engels,
Verbandsreferentin

DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND

Düsseldorf, den 28. August 1991

Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Bericht der Bundesregierung über den Stand und die Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland

Zwar ist die staatliche Einigung in der Bundesrepublik Deutschland vollzogen, die gesellschaftliche Einigung bedarf jedoch noch gewaltiger Anstrengungen. Uns erschreckt die Erfahrung, daß die mentale Differenz zwischen Bürgern der alten Bundesrepublik Deutschland und den neuen Bundesländern größer als bisher befürchtet ist, wie auch aktuelle Untersuchungen eindeutig belegen. Es handelt sich um ein gesamtstaatliches Problem. Deshalb muß staatliche Politik die gesellschaftlichen Kräfte unterstützen, die maßgeblich den Prozeß der Vereinigung Deutschlands befördern sollen. Dazu gehören die Gewerkschaften und ihre Bildungseinrichtungen in herausragender Weise. Als Träger der politischen Bildung und als gesellschaftlich relevante Gruppe legen sie unverzichtbare Fundamente für eine sich neu bildende demokratische Gesellschaft. Dieser Aufgabe können sie jedoch nur gerecht werden, wenn staatliche Politik sie darin unterstützt.

Um so unverständlicher ist uns, daß die Förderung der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit der freien Träger der politischen Bildung in diesem Jahr im Zusammenhang mit der Aufhebung des innerdeutschen Ministeriums de facto um 24 Mio. DM gekürzt wird. Gleichzeitig sollen die Globalzuschüsse für die politischen Stiftungen – und hier insbesondere die Stiftungen, die den großen Parteien nahestehen – um ca. 47 Mio. DM erhöht werden. Des weiteren werden ihnen mit ca. 34 Mio. DM öffentlichen Geldern die Schaffung und der Ausbau von Bildungsstätten ermöglicht.

Damit wird der Anschein vermittelt, daß die Bundesregierung durchaus die Notwendigkeit einer besseren infrastrukturellen Förderung und auch Maßnahmenfinanzierung erkannt hat. Diese Einsicht scheint sich leider auf die eigene Klientel zu beschränken. Wir vermuten dahinter jedoch auch einen Wandel im Verständnis von Politik und damit auch politischer Bildung. Unserer Auffassung nach entsteht damit eine politische Schiefelage, bei der Demokratie auf Parteidemokratie reduziert wird. Angesichts der Vorbehalte der Bürger in der ehemaligen DDR gegen politische Bildung und westdeutscher Erfahrungen mit der Parteienverdrossenheit warnen wir vor solchen Tendenzen. Deshalb ist es in der heutigen Situation dringend geboten, daß auch die anderen Träger der politischen Bildung öffentliche Fördermittel für den Aufbau von Bildungsstrukturen und Maßnahmen in vergleichbarer Größenordnung erhalten.

Politische Bildung muß angesichts der drängenden Zukunftsfragen gerade in den östlichen, aber auch in den westlichen Ländern der vereinigten Bundesrepublik Deutschland Raum für einen breiten Diskurs bieten. Sie muß ein Forum für eine breite gesellschaftliche Debatte der ökonomischen, sozialen, politischen und ökologischen Probleme darstellen.

Insbesondere die Anerkennungspraxis zur Freistellung und für Maßnahmen durch die dem Minister des Innern nachgeordnete Bundeszentrale für politische Bildung gibt in letzter Zeit Anlaß zu großer Sorge, beschränkt sie doch den Freiraum der subsidiär handelnden Bildungsträger. Der aber ist angesichts des starken Bedarfs an grundlegender allgemeiner politischer Bildung in den neuen Bundesländern unerlässlich. Um diesen unsere Arbeit behindernden Mißstand abzustellen, müssen die widersprüchlichen Regelungen in Bildungsurlaubs- und Weiterbildungsgesetzen sowie die unterschiedlichen Förderungsrichtlinien der Bundeszentrale den tatsächlichen Anforderungen der Träger der politischen Bildung angepaßt werden.

Die Freistellung ist deshalb für alle ArbeitnehmerInnen in einem Weiterbildungsgesetz des Bundes zu regeln. Ein solches Gesetz sollte in bezug auf die Bildungsfreistellung einen Mindestanspruch von zehn Arbeitstagen pro Jahr festschreiben, der sich kumulieren lassen sollte. Diese Regelung muß gleichermaßen für Bundesbeamte und Richter wirksam werden und damit die bestehende Verordnung ablösen.

Unserer Einschätzung nach ist die politische Bildung das entscheidende Mittel, die Menschen in den neuen Bundesländern zu selbstbestimmtem Handeln als Subjekte im demokratischen System zu befähigen, also ihre demokratische Kompetenz zu entwickeln und sie zu demokratischem politischem Engagement zu motivieren. Gerade die politische Bildung kann einen unschätzbaren Beitrag dazu leisten, die Erfahrungen der Vergangenheit entsprechend zu verarbeiten und die vom realsozialistischen System autoritär geprägten Denkstrukturen und Verhaltensmuster zu verändern.

Deshalb sollten die tätigen Bildungsträger durch öffentliche Mittel für die politische Bildungsarbeit viel stärker als bisher in ihren Aktivitäten unterstützt und gefördert werden.

Speziell der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, die sich als originär politische Bildungsarbeit versteht, stellt sich die Aufgabe, den Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmern zu helfen, in den systembedingten neuen Arbeits- und Lebensverhältnissen ihren Platz zu finden. Zugleich soll Bildung sie befähigen, ihre Interessen zu artikulieren und zur Geltung zu bringen. Die politische Bildungsarbeit der Gewerkschaften zielt darauf ab, auf der gesetzlichen Grundlage der im Rahmen von sozialer Selbstverwaltung und Betriebsverfassung verankerten Rechte eine starke Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu gewährleisten. Dieses scheint von besonderer Bedeutung gerade in der aktuellen Umbruchsituation in den neuen Bundesländern.

Ohne politische Bildung sind aber auch die im Zusammenhang der deutschen Vereinigung erforderlichen gesellschaftlichen Integrationsprozesse kaum voranzubringen. Wir halten es für unbedingt erforderlich, in gemeinsamen Veranstaltungen mit ostdeutschen und westdeutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmern Begegnungen zu realisieren, um gegenseitige Ressentiments und Wissensdefizite über die jeweiligen Lebensverhältnisse abzubauen. Nur so kann Verständnis füreinander entwickelt werden. Dies wiederum bildet die wichtigste Grundlage für die notwendige Erkenntnis, daß gemeinsame Handlungsperspektiven erarbeitet werden müssen, wenn die immensen Aufgaben bewältigt werden sollen, die der rasante Systemwechsel und die Vereinigung vor allem in sozialer und ökonomischer Hinsicht stellen.

Zu den besonderen Problemen, denen sich vor allem auch die politische Bildungsarbeit der Gewerkschaften widmen muß, gehört in erster Linie die in ihrem Ausmaß im Westen unvorstellbare Massenarbeitslosigkeit. Des weiteren sind zu nennen das Problem des umfassenden, fundamentalen ökonomischen Strukturbruchs mit seinen immensen sozialen Folgen sowie das der Aufarbeitung der Vergangenheit, die sich nicht nur auf die Geschichte der DDR erstrecken sollte, sondern zeitlich weiter zurückgreifen und auch die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland einbeziehen müßte.

Über die deutsche Entwicklung hinaus richtet sich die gewerkschaftliche Bildung in besonderer Weise auf den europäischen Integrationsprozeß in seinen politischen, ökonomischen und sozialen Implikationen; denn gerade die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden hier betroffen. Künftig gehen wir davon aus, daß auch Mittel- und Osteuropa in die Bildungsarbeit einbezogen werden müssen und auch der politischen Entwicklung in diesen Regionen besondere Aufmerksamkeit zu widmen sein wird.

Politische Bildungsarbeit der Gewerkschaften befaßt sich mit einem breiten Spektrum von Themen aus den unterschiedlichsten Bereichen der Gesellschaftspolitik, der Ökonomie und der Ökologie.

Unser Ziel ist, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Bildungsmaßnahmen das notwendige Wissen und die Fähigkeiten zu vermitteln, sich mit den wichtigen Entwicklungen unserer Zeit auseinanderzusetzen und sich eigene Standpunkte zu erarbeiten. Damit soll die Kompetenz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestärkt werden, ohne die sie ihre Interessen nicht wirksam wahrnehmen können.

Zu den einzelnen Punkten der Anfrage nehmen wir nachfolgend Stellung:

Zu 1.

Hinzu kam der gesamte Problembereich des Systemwechsels in der DDR und der deutschen Vereinigung, mit dem wir uns im Rahmen der deutsch-deutschen gewerkschaftlichen Bildungsarbeit intensiv auseinandergesetzt haben. Bedingt durch den deutsch-deutschen Einigungsprozeß sowie die europäische Integration zum Binnenmarkt 1992 haben sich die Schwerpunkte unserer Bildungsarbeit verschoben. Insbesondere der Problembereich des Systemwechsels in der DDR und der deutschen Vereinigung stand im Mittelpunkt unserer gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Seit Beginn der Wende haben wir unser Bildungsangebot für den Personenkreis aus den heutigen neuen Ländern geöffnet. Im Jahre 1991 wurde ein spezielles Bildungsangebot aufgelegt, das den thematischen Bedarf der neuen Bundesbürger berücksichtigt.

Zu 2.

In den neuen Ländern bzw. mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus den neuen Bundesländern wurden im genannten Zeitraum vom DGB-Bildungswerk e. V. 43 Bildungsmaßnahmen mit insgesamt 1 260 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus der DDR/den neuen Bundesländern durchgeführt. Daneben wirkte das Bildungswerk als Kooperator für ca. 350 Veranstaltungen mit schätzungsweise 7 000 Teilnehmern, die arbeitsrechtliche und arbeitsschutzrechtliche Schulungen zum Ziele hatten. Diese Veranstaltungen wurden mittels Einzelgewerkschaften realisiert und durch das BMA gefördert.

Als besondere Probleme erwiesen sich hierbei

1. die häufige Erwartung der ostdeutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer, über bloße Informationsvermittlung (z. B. gesetzliche Regelungen) Lösungen für ihre Probleme in Form von konkreten Handlungsanleitungen erhalten zu können.
2. Der unterschiedliche Erfahrungshintergrund und die unterschiedlichen Einstellungen und Erwartungen ost- und westdeutscher Teilnehmerinnen und Teilnehmer, was bei gemischten Seminaren wie auch bei Begegnungen in den Bildungseinrichtungen während der Freizeit Spannungen aufkommen ließ und die Schwierigkeiten beim Zusammenwachsen der Gesellschaften in einem kleineren Maßstab deutlich macht. Hier wird die erschreckend wachsende Distanz zwischen Ost- und Westdeutschen deutlich, die auch neue Umfragen belegen.

Zu 3.

Neben den traditionellen Themen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit wird ein Schwergewicht auf die Vermittlung politischer, kultureller, sozialer und öko-

nomischer Zusammenhänge unserer Gesellschaftsordnung gelegt. Angesichts der Problemlage wird sich die gewerkschaftliche Bildungsarbeit im besonderen Maße zunehmend den Arbeitslosen widmen.

Zu 4.

Als integrationspolitische Bildungsmaßnahmen im angesprochenen Sinne anzusehen sind die ost/westdeutsch gemischten Veranstaltungen, die seit dem Frühjahr 1990 durchgeführt werden. Gemischt sind dabei sowohl die Teilnehmerkreise als auch die durchführenden Teams. Der Bedarf wird in dieser Hinsicht als sehr hoch eingeschätzt, weil sich auf-

grund der sozialen und ökonomischen Situation die ost/westdeutschen Gegensätze noch verschärfen dürften.

Zu 5.

Einer der wichtigsten Schritte beim Aufbau von Strukturen gewerkschaftlicher Bildungsarbeit ist die Gewinnung und Qualifizierung haupt- und ehrenamtlicher Kräfte in diesem Bereich, die aus den neuen Bundesländern selbst stammen. Ein besonderes Anliegen dabei ist die Stärkung der ehrenamtlichen Kompetenz, weil sie die Basis der örtlichen Bildungsarbeit darstellt.

DEUTSCHER VOLKSHOCHSCHUL-VERBAND E. V.

Stellungnahme zum Bericht der Bundesregierung über den Stand und die Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland
(Beschluß des Deutschen Bundestages vom 30. Oktober 1990)

Bonn, im Juli 1991

- 1.0 Zusammenfassende Stellungnahme**
2.0 Gesamtdarstellung
3.0 Anlagen

1.0 Zusammenfassende Stellungnahme

1.1 Zu Frage 1

Ziele, Inhalte und Teilnehmerstruktur haben sich in den alten Bundesländern nur insofern verändert, als deutschlandpolitische Themen und Veranstaltungen angesichts der Vereinigung eine neue Qualität erhalten haben: Nicht die Bewältigung der Trennung, sondern die Folgen der Vereinigung sind zu thematisieren. Neue Aufgaben stellen sich zudem für die Information, Beratung und Weiterbildung jener, die aus den alten in den neuen Bundesländern tätig werden. In den neuen Bundesländern ist eine so völlige Neuorientierung der politischen Bildung erforderlich, so daß jegliche Aussagen über Ziele, Inhalte und Teilnehmerstrukturen gegenwärtig noch nicht getroffen werden können. Zu Zahl und Umfang der Veranstaltungen und Maßnahmen, die seit 8. Mai 1989 durchgeführt worden sind, ist grundsätzlich festzustellen, daß über die Weiterbildung allgemein und die politische Bildung im besonderen in den neuen Bundesländern keine bzw. nur unzureichende statistische Daten vorliegen.

Für die politische Bildung im engeren Sinne weist die DVV-Statistik 1989 (für 1990 wird die Statistik zur Zeit bearbeitet) folgende Daten aus, die sich ausschließlich auf die alten Bundesländer beziehen:

- 8 945 Kurse
- 9 117 Einzelveranstaltungen
- 18 062 zusammen
- 310 846 Belegungen in den Einzelveranstaltungen
- 158 071 Belegungen in den Kursen
- 247 Ausstellungen zum Stoffgebiet Gesellschaft, Politik, Geschichte
- 146 375 Teilnehmer

1.2 Zu Frage 2

Der Deutsche Volkshochschul-Verband hat durch die Einrichtung einer DVV-Kontaktstelle zu den Volkshochschulen und ihren Verbänden in den neuen Bundesländern sowie durch sein Projekt „Hilfe zur Selbsthilfe“ bei der Pädagogischen Arbeitsstelle des DVV eine Vielzahl unmittelbarer und mittelbarer Hilfen zur Information, Beratung und Fortbildung zu Fragen der

Institutionalisierung, des Rechts, der Trägerschaft und Organisation einerseits und zu Problemen der Angebotsgestaltung und Fortbildung andererseits vermittelt und setzt diese Bemühungen auch für den Bereich der politischen Bildung fort. Erschwerend — und letztlich unverständlich — ist, daß die Zuweisungen nach dem Bundesjugendplan für 1991 keine Ausweitung des entsprechenden Programms für die neuen Bundesländer zulassen: Die Zuweisungen des Bundes sind nahezu unverändert, neue Stellen für Jugendreferenten der politischen Bildung wurden nicht gewährt, wären jedoch gerade für die Volkshochschulen und ihre Verbände in den neuen Bundesländern zwingend. Absolute oder prozentuale Teilnehmerdaten bei Veranstaltungen zur politischen Bildung in den Volkshochschulen der neuen Bundesländer liegen nicht vor.

1.3 Zu Frage 3

Über Ziele, Themenschwerpunkte und grundsätzliche Auffassungen gibt die beigelegte Gesamtdarstellung Auskunft. Zusammengefaßt könnte festgestellt werden: Politische Bildung ist zum integralen Bestandteil fast aller Lernprozesse geworden. Politisch-gesellschaftliche Fragen spielen gegenwärtig insbesondere bei der Beschäftigung mit ökologisch-ökonomischen Themen, der Einführung in andere Sprachen und Kulturen, der Gesundheitsbildung, der Beschäftigung mit Technik und EDV, in der Geschichte, Sozialpädagogik und Philosophie eine große Rolle. Ihre Bedeutung nimmt angesichts des Wertewandels, der notwendigen beruflichen Mobilität und der grundsätzlichen Veränderungen in Staat und Gesellschaft vor allem in den neuen Bundesländern erheblich zu.

1.4 Zu Frage 4

Wenn politische Bildung und Begegnung der Bürger aus Ost und West im deutschen Einigungsprozeß nicht vernachlässigt werden sollen, muß allgemeine politische Bildungsarbeit verstärkt und müssen integrationspolitische Bildungsmaßnahmen durchgeführt werden. Vordringlich erscheint dafür die Erarbeitung von Plänen und Konzepten, die Fortbildung von Mul-

tiplikatoren, die Erstellung von Materialien und die Durchführung von entsprechenden Veranstaltungen. Dafür ist es erforderlich, die Dienstleistungsfunktion der entsprechenden Institute – etwa der Pädagogischen Arbeitsstelle des DVV oder des Adolf-Grimme-Instituts des DVV – durch entsprechende Projekte in die Lage zu versetzen, die notwendigen Arbeitshilfen zu erstellen. Notwendig ist aber insbesondere, daß das Programm des Bundesjugendplans im vollen Umfang auch in den neuen Bundesländern greifen kann, ohne daß zugleich die Zuweisungen in den alten Bundesländern eingefroren oder gar reduziert werden. Der DVV bekundet Interesse und Bereitschaft, nicht nur die begonnenen – vom BMBW und BMB geförderten – Projekte fortzusetzen, sondern durch weitere Aktivitäten auch und gerade unmittelbar im Bereich der Politischen Bildung durchzuführen. Gleiches gilt im Hinblick auf die Notwendigkeit der Bundesjugendplan-Förderung für die neuen Bundesländer.

1.5 Zu Frage 5

Der Deutsche Volkshochschul-Verband setzt seine Zusammenarbeit mit den Trägern der politischen Bildung im Rahmen des Arbeitsausschusses für politische Bildung ebenso fort wie im Rahmen der GEMINI-Initiative (Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke, Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, Arbeit und Leben, Deutscher Bundesjugendring, DVV, Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung, Verband ländlicher Volkshochschulen).

Auf Landes- und örtlicher Ebene ist die Zusammenarbeit der Volkshochschulen und des DGB im Rahmen der politischen Bildung im Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben konstitutiv; er erfolgt auch auf Landes- und örtlicher Ebene und sowohl in alten wie neuen Bundesländern.

Auf örtlicher Ebene arbeiten die Träger der Erwachsenenbildung eng zusammen, häufig im Rahmen von Kooperationsgremien (z. B. Kreiskuratorien für Erwachsenenbildung u. ä. Einrichtungen). Von besonderer Bedeutung ist die Zusammenarbeit von Volkshochschulen und ihren Verbänden mit den Landeszentralen für politische Bildung und entsprechenden Einrichtungen.

Generell arbeiten Volkshochschulen mit den kommunalen Kulturinstituten (Öffentliche Bibliotheken, Museen, Bildstellen etc.) sowie Einrichtungen anderer Bildungsbereiche (insbesondere Schulen und Hochschulen) zusammen.

Geplant ist die Fortsetzung und Intensivierung der Mitarbeiterfortbildung für haupt- und nebenberufliche VHS-Mitarbeiter/-innen der Volkshochschule, die Ausweitung des Bundesjugendplans (entsprechend Förderung) und die Zusammenarbeit mit anderen Trägern der Erwachsenenbildung im Bereich der politischen Bildung insbesondere dort, wo sie seit jeher gepflegt und auf die neuen Länder ausgedehnt werden sollte.

2.0 Gesamtdarstellung

2.1 Zu Frage 1

Dem Deutschen Volkshochschul-Verband gehören seit dem 21. April 1991 neben den bisherigen 11 Landesverbänden der Volkshochschulen auch die im Zeitraum zwischen März und April 1990 gegründeten Landesverbände der Volkshochschulen der fünf neuen Bundesländer an.

Seit dem Bestehen dieser Landesverbände hat der DVV Anstrengungen unternommen, den Prozeß der notwendigen Erneuerung der Volkshochschulen im Osten Deutschlands, ihre Umstrukturierung und inhaltliche Neugestaltung in vielfältigster Weise zu unterstützen.

Dabei ging und geht der DVV davon aus, daß der politischen Bildung trotz aller Diskreditierung des Begriffs durch die in der ehemaligen DDR staatlich verordnete Ideologie ein gleicher Stellenwert beigemessen werden muß wie der beruflichen Qualifizierung, und dokumentierte seinen Willen zur Förderung dieses Prozesses im gemeinsamen Aufruf der in der GEMINI-INITIATIVE der Träger der politischen Bildung vertretenen Verbände und Vereinigungen durch den „Aufruf zur politischen Bildung im deutsch-deutschen Einigungsprozeß“.

Gemäß den in diesem Aufruf formulierten Bildungszielen und -inhalten richten auch die Institute des DVV, so die Pädagogische Arbeitsstelle, die Fachstelle für Internationale Zusammenarbeit und das Medieninstitut des DVV, das Adolf-Grimme-Institut, ihre Arbeit auf den in den neuen Ländern wachsenden Bedarf an Fort- und Weiterbildung aus.

Mit dem Projekt „Hilfe zur Selbsthilfe für die Volkshochschulen in der ehemaligen DDR“ leistete die PAS/DVV eine umfangreiche Arbeit für die Entwicklung des Selbstverständnisses der Volkshochschulen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an diesen Einrichtungen und wirkt maßgeblich bei der Qualifizierung der Lehrkräfte zur Entwicklung neuer Fachbereiche und deren Inhalten mit. Daß dabei der politischen Bildung in engem Zusammenwirken mit der Entwicklung eines ökologischen Bewußtseins besonderes Augenmerk geschenkt wurde, wurde in der Beteiligung der PAS/DVV bei der Vorbereitung einer gemeinsamen Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft der Politischen Bildung und des Arbeitskreises Universitäre Erwachsenenbildung zum Thema „Wissenschaftliche Verantwortung und politische Bildung“ deutlich, in deren Ergebnis das Thema des deutsch-deutschen Zusammenschlusses seinen Niederschlag in dem BMP-Band G. Strunk, Wiederbegegnung, Herausforderung an die Politische Bildung fand.

Weitere zahlreiche Veröffentlichungen und Handreichungen der Pädagogischen Arbeitsstelle des DVV begleiten den Umorientierungsprozeß.

Auch die DVV-Fachstelle für Internationale Zusammenarbeit organisierte Seminare und Zusammenkünfte mit den Vertretern von Volkshochschulen aus

den neuen Ländern, in denen die Erfahrungen im Bereich der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit eingebracht wurden. Die Fachstelle konzentrierte sich vorrangig auf Seminarangebote zur Kultur der Dritten Welt, um im Sinne des multikulturellen Ansatzes auch die haupt- und nebenamtlichen Kollegen an den Volkshochschulen in den neuen Ländern an die erfolgreiche Umsetzung des Themenbereichs Afrika, Asien und Lateinamerika teilhaben zu lassen und damit einen spezifischen Beitrag zu leisten, die Kolleginnen und Kollegen aus der ehemaligen DDR an zusätzliche Aspekte der weltweiten entwicklungspolitischen Zusammenarbeit heranzuführen. Auch hier wurde die Arbeit durch die Herausgabe umfangreicher Materialien für die konkrete inhaltliche Gestaltung von Angeboten zur Politischen Bildung begleitet.

Zugleich konnte ein Projekt zur „Koordinierung der Volkshochschul-Entwicklung in Deutschland“ für die Zeit vom 15. August 1990—31. Dezember 1991 durch Förderungsmittel des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen und ein Projekt „Zentralstelle für deutsch-deutsche Volkshochschul-Kontakte“, gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, im gleichen Zeitraum, durchgeführt werden. Beide Projekte werden in der DVV-Kontaktstelle realisiert.

In enger Zusammenarbeit mit den Instituten des DVV bewirkte die DVV-Kontaktstelle intensive Arbeitsbeziehungen zu Bildungspolitikern, den Kommunalen Spitzenverbänden und Vertretern der Kommunen sowie den Volkshochschulen und ihren Verbänden und leistete somit einen nicht unerheblichen Anteil an der in allen Ländern begonnenen Übernahme der Volkshochschulen in kommunale Trägerschaften und damit der Sicherung ihres Um- und Ausbaus.

Wichtigste Aufgabe der DVV-Kontaktstelle ist die Information und Beratung der Volkshochschulen und ihrer Verbände bei Fragen der Institutionalisierung, Trägerschaft und Finanzierung der Volkshochschularbeit, Rechtsfragen und Organisationsproblemen. Die DVV-Kontaktstelle hat deshalb 1990 eine umfangreiche Informationsbroschüre „Volkshochschule — das kommunale Weiterbildungszentrum“ veröffentlicht, in dem auch ein Beitrag Situation und Aufgabe der Politischen Bildung behandelt. 1991 folgte eine zweite Veröffentlichung „Gesetzgebung zur Weiterbildung — vergleichende Darstellung aus den alten Bundesländern“.

Das Sachprogramm „Politische Bildung der Jugend außerhalb der Jugendverbände“ wurde durch den DVV im Rahmen des Jugendbildungsreferentenprogramms mit dem Einsatz von 9 Jugendbildungsreferenten/-innen in 9 Trägereinrichtungen in den alten Bundesländern fortgesetzt.

Die Jahresberichte der Jugendreferenten liegen dem Bundesministerium für Frauen und Jugend vor und enthalten entsprechende Hinweise auf Aktivitäten bzw. Veranstaltungen auch im deutschlandpolitischen Bildungsbereich.

Wenngleich an Volkshochschulen in den alten Bundesländern im Zuge des Vereinigungsprozesses das Interesse an politischen Bildungsveranstaltungen zu-

genommen hat (in Niedersachsen z. B. bestätigt eine Analyse von 61 Volkshochschulen aus dem vergangenen Jahr einen Anteil von 4,3% [34 Programmangebote] zu Problemen des Zeitgeschehens und 6,4% [51 Programmangebote] zu Problemen der Bundesrepublik Deutschland generell), ist dieser Bereich dennoch insgesamt unterrepräsentiert.

In den neuen Bundesländern werden Angebote zur politischen Bildung nicht hinreichend angenommen, weil gegenwärtig andere Prioritäten von den Bürgern gesetzt werden. Sie fordern vorrangig berufsbegleitende bzw. berufliche Fortbildungsmaßnahmen zu Themen wie

- Marktwirtschaft/Management
- Betriebswirtschaft
- Buchführung
- Steuerrecht
- Erbrecht/Erbschaftsrecht
- Versicherungen
u. a.

Der Bericht des Sächsischen Volkshochschul-Verbandes vom 11. Juli 1991 weist folgende Lehrgänge zur politischen Bildung aus und gibt damit ein typisches Beispiel für die derzeitigen Bedürfnisse der Bürger/-innen in den neuen Ländern:

- Europäischer Binnenmarkt
- Der Rechtsweg und seine Institutionen
- Europa — Chance oder Gefahr
- Mensch und Umwelt
- Die großen Religionen der Erde
- Gespräche über philosophische Fragen unserer Zeit
- Dritte Welt im Abseits
- Pluralistische Gesellschaft
- Europa 1992
- Extremismus
- Das Rechtssystem in der Bundesrepublik Deutschland

2.2 Zu Frage 2

Das Verständnis für die Notwendigkeit politischer Bildungsarbeit in den neuen Ländern läßt sich nicht allein dadurch entwickeln, daß die Volkshochschulen Hilfe bei der Durchführung bestimmter Programmangebote erhalten oder Partnervolkshochschulen sich auch für Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Osten öffnen. Ein gewisser „Aktionismus“ ist gerade in diesem Bereich nicht zu übersehen.

Die Unterstützung der politischen Bildungsarbeit muß darauf fußen, den in den neuen Ländern vorhandenen Bedarf an ernsthafter Erfahrungsverarbeitung zu fördern, indem dem integrativen Element der politischen Bildung ein höherer Stellenwert beigemessen wird,

um die Geschichte aufarbeiten zu können und den Weg zur historischen Wahrheit zu finden, aber auch das Einüben von Demokratie zu ermöglichen als wesentliche Herausforderung an die Erwachsenenbildung der Gegenwart.

In diesem Sinne sind die Maßnahmen der Landesverbände der westlichen Bundesländer in der Zusammenarbeit mit ihren östlichen Partnern zu werten. Und wenn in diesen Landesverbänden seit einiger Zeit Arbeitsgruppen der Politischen Bildung oder Arbeitskreise existieren, die aus der Analyse der sich auch in den alten Ländern vollziehenden Prozesse der geistigen Auseinandersetzung Schlußfolgerungen für neue Ansätze politischer Bildungsarbeit stellen und auf dieser Grundlage den Erfahrungsaustausch mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an Volkshochschulen in der ehemaligen DDR führen, ist das wohl der richtige Weg, zu einem neuen Verständnis für politische Bildung in Deutschland insgesamt zu kommen.

Wir können u. a. auf gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen verweisen, wie sie etwa zwischen Vertreterinnen und Vertretern des Nordrhein-Westfälischen und des Brandenburgischen Landesverbandes der Volkshochschulen stattfanden. Dabei wurden Themen behandelt wie

- der Einfluß der gesellschaftlichen Entwicklungen und der Sozialisation bzw. Biographie politischer Bildner/innen in Ost und West auf die politische Bildung
- Europa '92 als Thema der Politischen Bildung.

Ein anderes Beispiel ist die Arbeitsgemeinschaft Föderalismus und Dezentralisation, der auch der Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holstein angehört. Tagungen in Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen Mecklenburg-Vorpommern

- zur politischen Willensbildung im demokratischen Gemeinwesen und zur Landesverfassung für Mecklenburg-Vorpommern – Chancen und Grenzen einer grundlegenden Reform der Staats- und Verwaltungsorganisation im zukünftigen Bundesland

fanden ein positives Echo.

Es ist zugleich unverkennbar, daß eine Zusammenarbeit mit anderen Trägern der Politischen Bildung als wichtiger Weg angesehen wird. Wir verweisen auf die Landesarbeitsgemeinschaften ARBEIT und LEBEN zwischen Volkshochschulen und Gewerkschaften, die zwischenzeitlich auch in den neuen Bundesländern gebildet wurden. Die Ergebnisse einer Fachkonferenz Hessischer und Thüringischer Volkshochschulvertreterinnen und -vertreter mit ARBEIT und LEBEN zu Fragen der Vereinigung in der Politischen Bildung machen deutlich, daß „durchgängig positive Erfahrungen... viele Volkshochschulen mit Bildungsurlaubsveranstaltungen, hier vor allem in der Kooperation bzw. Arbeitsgemeinschaftsbeziehung mit dem DGB über ARBEIT und LEBEN gemacht“ (haben) und daß „gerade in diesem Bereich... es noch gute und ausbaufähige Chancen für die politische Bildung zu geben“ scheint.

Eine Fachbereichszuordnung für die politische Bildung muß in Frage gestellt werden, da sich politische Bildung nicht allein am Thema eines Bildungsangebotes festmachen läßt.

Politische Bildung sollte in der Volkshochschularbeit eine Rolle als didaktisches Prinzip spielen. Zur Bekräftigung dieser Aussagen ist beispielhaft ein Bericht des Landesverbandes Thüringens vom 5. Juli 1991 gefaßt.

2.3 Zu Frage 3

Themen und Ziele der politischen Bildungsarbeit im Rahmen der Volkshochschulen sind aus der Sicht des Deutschen Volkshochschul-Verbandes in einer Stellungnahme des Vorsitzenden des DVV anläßlich einer Anhörung des Deutschen Bundestages am 24. August 1989 dargestellt worden.

Die aktuellen Begründungszusammenhänge für die politische Bildung angesichts der Vereinigung werden auch aus der Intention deutlich, mit der der Deutsche Volkshochschul-Verband vom 6. bis 8. November 1991 den IX. Deutschen Volkshochschultag veranstaltet. Im Programmheft heißt es dazu für die Arbeitsgruppen 1 bis 8:

*Wiederbegegnung:
Westdeutsche und ostdeutsche Volkshochschulen.*

Die deutschen Volkshochschulen haben gemeinsame und trennende Traditionen... Gibt es eine gemeinsame Volkshochschul-Identität, muß es eine Neubestimmung geben...? Wie offen ist die Entwicklung der Volkshochschulen in Deutschland?

*Europa:
Zusammenarbeit der Volkshochschulen.*

Die Entwicklung der Erwachsenenbildung in Europa weist große Unterschiede auf.

Gibt es auch Gemeinsamkeiten zwischen den europäischen Volkshochschulen...? Was heißt in Europa Volkshochschule? Ist die Entwicklung noch offen für Veränderungen, für die Entwicklung von Gemeinsamkeiten...?

*Globale Verantwortung:
Erwachsenenbildung und Eine Welt.*

Die Vereinigung Deutschlands und der europäische Einigungsprozeß haben Auswirkungen auf unser Verhältnis zur „Dritten Welt“. Ein starker europäischer Binnenmarkt kann den Weg zur „Einen Welt“ auch schwächen.

Wie eng ist der hohe Ressourcenverbrauch der Industrienationen mit globaler Umweltzerstörung verbunden? Fördert die technologische Dominanz der industriell fortgeschrittenen Länder die Angewiesenheit der „Dritten Welt“ auf einen ökologisch und ökonomisch bedenklichen Rohstoffexport...?

*Internationalität:**Ziele und Inhalte des Fremdsprachenlernens.*

Der Rückzug auf die eigenen Traditionen und die wachsende Beschäftigung mit der eigenen Identität birgt die Gefahr der Abschottung . . .

Die Förderung der sprachlichen Kommunikation in einer Fremdsprache gehört zu den Zielen der Volkshochschulen . . . Welche Bedeutung haben unterschiedliche Methoden. Welche Themen werden vermittelt . . . ?

*Lernen und Arbeiten:**Neue Wege der beruflichen Weiterbildung.*

Der Strukturzusammenbruch in den neuen Bundesländern, aber auch die europäischen Entwicklungen führen zu einem veränderten Arbeitsmarkt in Deutschland und Europa. Welche neuen Anforderungen ergeben sich dadurch für die Arbeit der Volkshochschulen? Was können sie allein tun, wo benötigen sie Kooperationspartner . . . ?

*Einheit und Vielfalt:**Neue Aufgaben der politischen Bildung.*

Das gleichzeitige Aufbrechen nationaler und fundamentalistischer Strömungen, die zunehmenden internationalen Migrationsbewegungen und die wachsende Mischung von Gesellschaften unterschiedlicher Geschichte und Kultur zeigt die neue Aktualität der Fragen kultureller und politischer Identität . . .

Die politische Bildung auch an Volkshochschulen muß sich diesen Entwicklungen stellen, neue Konzepte und Strategien erarbeiten, traditionelle Grenzen überschreiten. Das wird nur im Dialog geschehen können.

*Interkulturelles Lernen:**Über die Wirklichkeit eines hehren Ziels.*

Viele unterschiedliche Kulturen treffen sich in unserer Gesellschaft . . .

Was leistet interkulturelles Lernen an Volkshochschulen?

Kommt die Auseinandersetzung mit anderen Kulturen über den Reiz des Exotischen hinaus? . . . Gibt es internationalen Erfahrungsaustausch für das interkulturelle Lernen?

*Gleichheit und Differenz:**Neue Chancen für die Erwachsenenbildung*

Zwischen dem Mann-Sein und dem Frau-Sein besteht eine strukturelle Differenz. Um der Gleichheit willen muß diese Differenz von jedem der zwei Geschlechter aus seiner — ihrer — Parteilichkeit heraus gedacht werden . . .

Welche Konsequenzen haben die Erkenntnisse aus der Frauenforschung für den Lern- und Arbeitsort Volkshochschule? Welche Chancen liegen in der inhaltlichen Berücksichtigung des Aspekts „Gleichheit

und Differenz“ für die Volkshochschularbeit mit Frauen und Männern . . . ?

2.4 Zu Frage 4

Der Deutsche Volkshochschul-Verband vertritt konsequent die Auffassung, daß politische Bildung der Bürger in Ost und West im deutschen Einigungsprozeß nicht vernachlässigt werden darf.

Das wird in der einstimmigen Unterstützung der verabschiedeten Stellungnahme des Arbeitsausschusses für Politische Bildung vom 10. Juli 1991 deutlich sowie in der Bonner Erklärung zur Weiterbildung.

Die Förderung des Erfahrungsaustausches zwischen Volkshochschulen in den alten und neuen Bundesländern zur Entwicklung integrationspolitischer Bildungsmaßnahmen hat, wie die Programmangebote der Volkshochschulen in den neuen Bundesländern beweisen, zu einer Zunahme solcher Maßnahmen geführt.

2.5 Zu Frage 5

Der Deutsche Volkshochschul-Verband arbeitet eng mit den Trägern der politischen Bildung im Arbeitsausschuß für politische Bildung und in der GEMINI-Initiative zusammen.

Er fördert die Zusammenarbeit der Landesverbände der Volkshochschulen in den alten und neuen Bundesländern und führt Beratungen zum Um- und Ausbau der Volkshochschultätigkeit „vor Ort“ in den neuen Ländern durch.

Vorhandene Städtepartnerschaften werden dabei besonders genutzt.

Die engen Kontakte zu den Landeszentralen für politische Bildung bzw. zu entsprechenden Einrichtungen und kommunalen Kultusministerien sind Voraussetzungen für die bisherige erfolgreiche Beratungstätigkeit.

Im Bereich der entwicklungspolitischen Bildung hat die DVV-Fachstelle im Zusammenwirken mit anderen Partnern der Entwicklungszusammenarbeit und mit Unterstützung des BMZ unter Einbeziehung der Landesverbände in den neuen Ländern bis Ende Juli 1991 vier Informationsveranstaltungen zu Materialien und Medien der entwicklungspolitischen Arbeit in den Hauptstädten durchgeführt.

Daraus ergeben sich weitere Fortbildungsveranstaltungen und institutionelle Gründungen, wie das geplante „Landeszentrum für interkulturelle Erziehung“ unter Federführung der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg in Potsdam. Auch potentielle Referenten konnten identifiziert und ihre Mitarbeit bewirkt werden.

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

**Beantwortung der Fragen des Bundesministers des Inneren vom 27. Mai 1991
zum Stand und der Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland**

Bonn, den 30. Juli 1991

Inhaltsverzeichnis

1. Politische Bildung in der Friedrich-Ebert-Stiftung
2. Veränderungen in der politischen Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung
3. Erfahrungen
4. Künftige Themen und Zielgruppen
5. Integrationspolitische Bildungsmaßnahmen
6. Personal und Partner
7. Ausblick

**1. Politische Bildung in der
Friedrich-Ebert-Stiftung**

Zielsetzungen und Selbstverständnis der politischen Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung wurden in unserer Stellungnahme aus Anlaß der Anhörung des Deutschen Bundestages zur Lage der politischen Bildung vom 8. Mai 1989 erläutert. Auf dieses Verständnis politischer Bildung bezieht sich im folgenden die Beantwortung der einzelnen Fragen. Es geht um das Angebot methodisch angeleiteter Chancen zu politischer Information, Reflektion und Selbstreflektion für prinzipiell alle interessierten Bürgerinnen und Bürger, um sie zur aktiven und wirksamen Mitentscheidung über ihre Belange in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu befähigen. Daraus ergibt sich, welche der Aktivitäten der Friedrich-Ebert-Stiftung als Maßnahme der politischen Bildung gelten.

Die damals skizzierten aktualitätsbezogenen Lernziele, inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte und Arbeitsformen bestimmten seither die Praxis politischer Bildung in der Friedrich-Ebert-Stiftung. Es geht bei allen einzelnen Maßnahmen stets um die Befähigung des einzelnen, die politischen Grundlagen und Prozesse des Gemeinwesens zu verstehen, sich seines eigenen Standortes zu vergewissern, sich im Angebot konkurrierender politischer Gestaltungskonzepte zu orientieren und ihn zur Wahrnehmung seiner gesellschaftlichen und politischen Mitbestimmungsrechte in der Demokratie zu befähigen und zu motivieren.

In diesem Sinne betrachtet die Friedrich-Ebert-Stiftung politische Bildung als einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der politischen Kultur in der pluralistischen Demokratie.

Die Veranstaltungsformen im einzelnen richten sich nach den Zielgruppen und dem jeweils verfügbaren

Zeitbudget. Es geht niemals allein um Information, sondern stets um didaktisch angeleitete Prozesse der kritischen Reflektion des politischen Geschehens und der Selbstreflektion der Teilnehmer. Politische Bildung ist ein integraler Bestandteil aller Bildungsprozesse, ob es sich bei den Teilnehmern der einzelnen Veranstaltungen nun um den „einfachen Bürger“, Experten der verschiedenen Gebiete oder um Bürger handelt, die ihre Verantwortung durch die Übernahme eines politischen Amtes wahrnehmen.

**2. Veränderungen in der politischen Bildung
der Friedrich-Ebert-Stiftung**

Die Hauptveränderungen in den Zielen, Inhalten und Teilnehmerstrukturen unserer Arbeit seit dem Mai 1989 ergaben sich natürlich aus der demokratischen Revolution in der DDR und dem Beitritt der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland.

Sobald es überhaupt möglich war, zu Beginn des Jahres 1990, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung Aktivitäten der politischen Bildung in der DDR aufgenommen und gleichzeitig die Ziele und Inhalte ihrer Bildungsarbeit in der Bundesrepublik Deutschland an den Problemen und Chancen orientiert, die sich für die Situation der Deutschen in der DDR und die Perspektive einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten ergaben.

Der sehr erhebliche Teil der Veranstaltungen zur politischen Bildung, der in der Bundesrepublik Deutschland bisher zu deutschland-politischen Themen durchgeführt wurde, mit dem Auftrag der Einheit der Nation zu dienen, den Zusammenhalt des deutschen Volkes zu stärken und über die Probleme des Verhältnisses beider deutscher Staaten zu einander und die Deutschlandpolitik der Bundesregierung zu informieren, wurde, sobald sich die Perspektive der staatlichen Vereinigung als reale Möglichkeit abzeichnete, unter das Lernziel der politischen und gesellschaftlichen Integration der beiden Gesellschaften in Deutschland gestellt. Diesem Zwecke dienten auch die Bildungsveranstaltungen, die nach der Demokratisierung in der ehemaligen DDR und seit der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern von uns organisiert und durchgeführt wurden.

In den alten Bundesländern haben sich die Teilnehmerstrukturen der Seminare insofern geändert, als seither Teilnehmer aus den neuen Bundesländern in nennenswertem Umfang an unseren Bildungsveranstaltungen teilnehmen. Durch ihre Sicht, ihre Interessen, ihre Probleme, Erfahrungen und Fragen prägen

sie den Verlauf der Bildungsveranstaltungen auf neue Weise und tragen integrationspolitische Fragestellungen auch in Bildungsveranstaltungen hinein, die nicht primär unter diesem Lernziel konzipiert worden sind.

In unseren Bildungszentren im Einzugsbereich der ehemaligen innerdeutschen Grenze sind Einzelteilnehmer aus den neuen Bundesländern häufig als Seminarteilnehmer anzutreffen, während homogene Gruppen, wie Lehrer, kommunalpolitisch engagierte Bürgerinnen und Bürger, Betriebsräte u. a., in all unseren Bildungszentren zu Gast sind. Diese Teilnehmermischung begünstigt die integrationspolitische Zielsetzung der einschlägigen Bildungsveranstaltungen und rückt die Themen, die den Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus den neuen Bundesländern besonders nahe liegen, in den Mittelpunkt des Seminargeschehens. Durch Befreiung von der sonst üblichen Teilnahmegebühr an den Seminaren haben wir diesen Trend nach Kräften zu fördern versucht, was allerdings durch mangelnde Möglichkeiten der Fahrgelderstattung für diesen Personenkreis an verhältnismäßig enge Grenzen stößt.

Der Beginn unserer Veranstaltungen zur politischen Bildung in den neuen Bundesländern brachte uns naturgemäß mit völlig neuen Zielgruppen zusammen, mit denen wir es bis dahin durch den Zwang der Verhältnisse nur in Ausnahmefällen zu tun hatten. Die Themen der Veranstaltungen ergaben sich fast zwangsläufig aus dem Lernziel Integration und den Erfahrungen der Menschen in den neuen Bundesländern im Prozeß der politischen und gesellschaftlichen Transformation und der staatlichen Vereinigung.

Nach dem Zusammenbruch des Herrschaftssystems der SED in der DDR hat die Friedrich-Ebert-Stiftung die Unterstützung der gesellschaftlichen Erneuerung in Ostdeutschland und die Förderung des deutschen Einigungs- und Integrationsprozesses in das Zentrum ihrer politischen Bildungsarbeit gestellt.

Über vier Jahrzehnte Herrschaftsmonopol der SED — im unmittelbaren Anschluß an die 12 Jahre Nazi-Diktatur — hatten einer demokratischen politischen Kultur auf dem Gebiet der DDR allenfalls in den kleinen Kreisen oppositioneller Gruppen und Bürgerinitiativen Raum zur Entfaltung gelassen. Hinterlassen wurden politische und gesellschaftliche Strukturen, die den Lebensbedingungen einer pluralistischen, offenen Gesellschaft bewußt entgegengestellt worden waren. In dieser Situation sah und sieht es die Friedrich-Ebert-Stiftung als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an, auf dem Wege der politischen Bildungsarbeit einen Beitrag zur Entwicklung einer neuen, demokratischen politischen Kultur in Ostdeutschland zu leisten.

Die Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland haben einen gewaltigen Bedarf an Informationen über die demokratisch verfaßte Gesellschaft, deren Wirkungsmechanismen, deren Leitbilder, ihre Vorzüge und Chancen ebenso wie ihre Probleme und Risiken. Sie wollen und müssen Demokratie elementar erlernen, ihre Spielregeln erfahren und sich allmählich aneignen lernen. An die Stelle des Systems der Anweisungen und Bevormundung müssen nun Eigeninitiative,

Eigenverantwortung, differenzierte Interessenvertretung, öffentliche Debatten, die Fähigkeit zum friedlichen Konfliktaustrag und Konsens treten. Das Leben in einer sich immer mehr differenzierenden Gesellschaft unterschiedlichen individuellen Gruppenverhaltens muß in seinen Ursachen und Grundlagen verstanden und erlernt werden. Konfliktfähigkeit und Toleranz, die im alten System keine Rolle spielen konnten, gewinnen nun zentrale Bedeutung.

Die zentralistisch bürokratische Planwirtschaft der DDR hinterließ einen völlig veralteten, wettbewerbsunfähigen Produktionsapparat, eine unterentwickelte Infrastruktur, verkommene Städte und Dörfer, unvorstellbare Umweltschäden und nicht zuletzt demotivierte, oft resignierte Arbeitskräfte. Nach dem Ausbleiben rascher Veränderungen wich die Aufbruchstimmung des Herbstes 1989 zusehens einer sich selbst verstärkenden Depression, die mittlerweile alle Lebensbereiche umfaßt. In großen Teilen der Jugend zeigt sich zunehmende Gewaltbereitschaft.

In dieser Situation hat es sich die Friedrich-Ebert-Stiftung von Beginn an zur Aufgabe gemacht, durch ihre politische Bildungsarbeit in Ostdeutschland auf die Herausbildung eines effizienten, verantwortlichen Handelns in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft hinzuwirken und die in einem demokratischen Umfeld dafür erforderlichen Kompetenzen zu vermitteln. Es geht um neben Vermittlung von Wissen über Fakten und Funktionszusammenhänge vor allem um das Zusammenführen von Sachverstand im Dialog und die Befähigung zur Erarbeitung von Problemlösung im Dialog sowie zur Diskussion über anstehende Probleme und die demokratische Erarbeitung von Lösungsstrategien. Ein Verfahren, das ebenso als Methode wie als Ziel politischer Bildungsarbeit für diese Zwecke geeignet ist, ist die Organisation von Diskursen über Partei- und Gruppengrenzen hinweg nach Art der „runden Tische“.

Entsprechend unserem allgemeinen Selbstverständnis und den damit verbundenen Lernzielen für die politische Bildung hat sich die Friedrich-Ebert-Stiftung das Ziel gesetzt, durch ihre politische Bildungsarbeit das Bewußtsein der Notwendigkeit einer gerechten, sozialorientierten Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung zu fördern. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Umstrukturierung in Ostdeutschland kann ohne soziale Sicherung und Mitbestimmung nicht zum Erfolg führen. Wenn sich breite Bevölkerungsgruppen als Opfer oder gar als Verlierer der deutschen Vereinigung erfahren, dann bleiben die Chancen einer neuen demokratischen Kultur und die Vollendung der inneren Einheit gefährdet. Unsere politische Bildung will daher dazu beitragen, daß betroffene Einzelne und Gruppen zur wirksamen Vertretung ihrer Interessen, zur Selbstorganisation und zur Teilhabe an den sie betreffenden Entscheidungsprozessen befähigt werden, und daß sich die demokratischen Kräfte und Organisationen als kompetente Interessenvertreter profilieren.

Sehr früh wurde deutlich, daß die Friedrich-Ebert-Stiftung mit ihrer politischen Bildungsarbeit die gesellschaftliche und politische Erneuerung in Ostdeutschland nur dann wirksam unterstützen kann, wenn sie vor Ort dauernd präsent ist und sich mit ihren

Programmen und Veranstaltungen möglichst unmittelbar und flexibel auf die Probleme und Bedürfnisse ihrer Zielgruppen beziehen kann. Schon Anfang 1990 richteten wir in Leipzig eine Repräsentanz ein, die zugleich als leistungsfähige Einheit für politische Bildung wirksam ist.

Weil deutlich war, daß es der Stiftung nicht möglich ist, in Ostdeutschland in der Kürze der Zeit ein annähernd nachfragedeckendes Angebot an politischer Bildung allein mit dem eigenen Mitarbeiterstab zu sichern, haben wir im Jahr 1990 einen großen Teil unserer Bildungsarbeit über eine Partnerorganisation geleistet, die sich mit unserer Unterstützung Anfang 1990 als „Verein für politische Bildung und soziale Demokratie“ in Ost-Berlin gegründet hatte. Dieser Verein unterhielt ein Netz regionaler Büros als Träger der politischen Bildungsarbeit: in Berlin-Ost, Greifswald, Rostock, Magdeburg, Weimar, Halle, Chemnitz und Dresden. Der Verein stellte seine Arbeit Ende 1990 ein.

1991 hat die Friedrich-Ebert-Stiftung jeweils ein Landesbüro in allen neuen Bundesländern eingerichtet: Schwerin, Potsdam, Leipzig, Chemnitz, Magdeburg, Erfurt. In Sachsen mit seiner relativ hohen Bevölkerungszahl erhielt das Leipziger Büro eine Außenstelle in Chemnitz. Die Landesbüros koordinieren die Stiftungsaktivitäten im jeweiligen Bundesland und sind dort die Träger der politischen Bildungsarbeit.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung führte diese Arbeit in den neuen Bundesländern mit dem hauptamtlichen Mitarbeiterstab der Landesbüros sowie einem größerem Kreis nebenamtlicher Kräfte durch. Mit Ausnahme der Leitung der Büros, die bei erfahrenen westdeutschen Stiftungsmitarbeitern und Mitarbeiterinnen liegt, sind in den Büros ostdeutsche Bürger und Bürgerinnen beschäftigt. Die Seminare zur politischen Bildung finden in den neuen Bundesländern an wechselnden Orten statt. Dafür werden Tagungsräume angemietet. Auf die Einrichtung fester Bildungszentren mit eigenen Veranstaltungsräumen und angeschlossenem Internatsbetrieb, wie wir sie in den alten Bundesländern unterhalten, hat die Stiftung bislang verzichtet.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat seit dem Zeitpunkt der Anhörung zur politischen Bildung im Deutschen Bundestag im Mai 1989 in den alten und neuen Bundesländern zusammen insgesamt rund 4 000 Veranstaltungen zur politischen Bildung mit 125 000 Teilnehmern durchgeführt. Davon fanden rund 3 000 Veranstaltungen mit 85 000 Teilnehmern in den alten Bundesländern statt, während 39 100 überwiegend ostdeutsche Teilnehmer die 994 Veranstaltungen in den neuen Bundesländern besuchten. Von diesen waren 804 Seminare mit ca. 25 300 Teilnehmern, 170 Tagungen/Konferenzen mit 11 200 ostdeutschen Teilnehmern und 20 Dialogveranstaltungen mit ca. 2 600 ostdeutschen Teilnehmern. In den alten Bundesländern waren rund 10 % der Veranstaltungen Akademiegespräche, Fachtagungen und Kongresse, während es sich bei den übrigen um Seminare zur politischen Bildung handelte. In diesem Zeitraum hatten rund 100 der Veranstaltungen in unseren Bildungszentren in den alten Bundesländern eine überwie-

gend aus Ostdeutschen zusammengesetzte Teilnehmerschaft, insgesamt 2 300 Teilnehmer.

3. Erfahrungen

Nach Maßgabe unserer Lernziele, der jeweiligen Zielgruppe und dem jeweils verfügbaren Zeitbudget fächerten sich die Angebote der Friedrich-Ebert-Stiftung zur politischen Bildung in den neuen Bundesländern in 3 Typen auf: Seminare, Tagungen/Konferenzen und öffentliche Dialogveranstaltungen.

Öffentliche Dialogveranstaltungen sollen dem Zweck dienen, Streitkultur anhand von aktuell interessierenden Themen zu demonstrieren und einen größeren Teilnehmerkreis in sie einzubeziehen.

Fachtagungen und Konferenzen sollen dem Erwerb von Handlungskompetenzen, dem Kennenlernen unterschiedlicher Perspektiven der Problemwahrnehmung und dem Dialog zwischen Experten, Politikern und Bürgern aus verschiedenen Erfahrungszusammenhängen dienen.

Die Seminare bieten den interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Chance zum intensiven Erwerb von Informationen über gesellschaftliche Problemzusammenhänge und das politische System sowie ihrer kritischen Reflexion und der Selbstreflexion der Teilnehmer im Dialog miteinander.

In den alten und neuen Bundesländern zusammen haben rund 41 500 Teilnehmer aus den neuen Bundesländern an unseren Bildungsmaßnahmen teilgenommen. Das heißt, ein Drittel aller Teilnehmer an Veranstaltungen zur politischen Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung waren in diesem Zeitraum Teilnehmer aus den neuen Bundesländern.

Die Erfahrungen, die wir mit den Teilnehmern aus Ostdeutschland machten, konnten nach Lage der Dinge niemanden überraschen. Nach über 40 Jahren politischer Indoktrination der SED, die das eigene System glorifizierte und vom anderen ein Zerrbild zeichnete, gibt es in der ostdeutschen Bevölkerung ein großes Interesse an authentischer Information über den demokratischen Staat, die pluralistische Gesellschaft und die marktwirtschaftliche Ordnung. Zugleich gibt es aber auch eine tiefsetzende Skepsis gegenüber dem Anspruch von politischer Bildung, da sie spontan verächtigt wird, letztlich doch auch wieder nur eine andere Variante der aus SED-Zeiten bekannten staatsbürgerkundlichen Veranstaltungen mit ihrem Indoktrinationsstil zu sein. Nicht wenige ziehen aus ihrer Erfahrung mit dauerhafter Zwangspolitisation von oben auch den Schluß, die neugewonnene Freiheit zu nutzen, um sich nun endlich einmal den politischen Zumutungen zu entziehen.

Diese skeptische, reservierte und mitunter auch ablehnende Haltung muß der „westdeutsche“ Träger politischer Bildung als ein Ergebnis der Verarbeitung von DDR-Erfahrung in Rechnung stellen, ohne vor ihr zu kapitulieren. Es hat sich in der Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Teilnehmern aus Ostdeutschland gezeigt, daß durch einen Stil politischer Bildungsarbeit, der den Erkenntnissen der Erwachse-

nenpädagogik gerecht wird und kompetent partizipative, sozial-integrative, offene Methoden anwendet, die ursprüngliche Ablehnung sehr schnell überwunden werden kann. Die aus erwachsenenpädagogischer Sicht ohnehin gebotene Abkehr vom bloßen Vortragsstil hin zur erwachsenengerechten Methodenvielfalt, die die Teilnehmer selbst an der Erarbeitung, kritischen Bewertung und lebenspraktischen Reflexion der angebotenen thematischen Information beteiligt, erweist sich in der neuentstandenen Situation in Ostdeutschland gerade auch als der am besten geeignete Weg, die inneren Reserven vieler Ostdeutscher gegen das Angebot der politischen Bildung abzubauen.

Wesentlich ist bei all dem, daß der „westdeutsche“ Träger politischer Bildung sich jeglicher Überlegenheitsattitüde enthält, zwar fachliche und didaktische Kompetenz beweist, aber zugleich bereit ist, die ganz anderen Erfahrungen der ostdeutschen Teilnehmer in den Lernprozeß, in die Meinungsbildung und Handlungsentwürfe aufzunehmen. „Importierte“ fertige Rezepte, erneut angebotene „letzte Wahrheiten“ hatten zwar in der Anfangsphase einen kurzlebigen Erfolg, stoßen aber seither auf Ablehnung und Widerwillen.

Es erscheint uns als wichtig, ostdeutsche Kolleginnen und Kollegen in die Bildungsarbeit aktiv einzubeziehen und ihnen perspektivisch die zentralen Rollen zu übertragen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung verfolgt dieses Prinzip nachdrücklich bei ihrer Arbeit in Ostdeutschland.

Es hat sich als ein erhebliches Hindernis politischer Bildungsarbeit in den neuen Bundesländern erwiesen, daß dort noch kein Anspruch auf Bildungsurlaub besteht. Damit können viele der in den alten Bundesländern seit langem bewährten Arbeitsformen nur bedingt und mit Einschränkung angewendet werden. Veranstaltungen sind häufig nur in den Abendstunden und an den Wochenenden möglich. Eine Konzentration auf die klassische Form des Wochenseminars würde allzu viele Zielgruppen von einer Teilnahme an den Veranstaltungen zur politischen Bildung von vornherein ausschließen.

Die Themen unserer politischen Bildungsveranstaltungen orientierten sich an den aktuellen Problemen der Entwicklung in Ostdeutschland und an den Interessen der Teilnehmer:

- Wirtschaftspolitik
- Arbeits- und Sozialpolitik
- Mitbestimmung in Betrieben/Arbeitnehmerrechte
- Kommunale Verwaltung
- Demokratische Gesellschaft/Struktur- und Wirkungsprinzipien
- Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit
- Frauenfragen/-politik
- Schüler- und Jugendfragen
- Wohnen/Mieten/Bauen/Medien/Umweltschutz/Kultur

Angesichts der Begrenztheit der zur Verfügung stehenden Mittel, wie auch der Notwendigkeit, möglichst rasch Wirkungen und Struktureffekte zu erreichen, hat sich die Friedrich-Ebert-Stiftung mit ihrem Angebot politischer Bildung in den neuen Bundesländern insbesondere verschiedenen Zielgruppen von „Multiplikatoren“ zugewandt. Dies prägte die Teilnehmerstruktur:

- Mitarbeiter kommunaler Verwaltungen
- Mandatsträger in Gemeinde/Stadt/Land
- Vertreter von Gewerkschaften
- Vertreter von Organisationen/Verbänden/Initiativen – Betriebsräte – Journalisten – Lehrer – Schülervertreter – Gleichstellungsbeauftragte – Ausländerbeauftragte

Bei allen Veranstaltungen zur politischen Bildung in den neuen Bundesländern ist es der Friedrich-Ebert-Stiftung aber auch gelungen, ein breites Spektrum von Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen zu gewinnen. In den Seminaren in unseren Bildungszentren in den alten Bundesländern, an denen überwiegend ostdeutsche Teilnehmer Zielgruppe waren, beschäftigten uns darüber hinaus Themen wie Chancen und Schwierigkeiten beim Zusammenwachsen der beiden deutschen Gesellschaften, Aufarbeitung der gemeinsamen und getrennten Geschichte, politische Rhetorik, Wissenschaft, Forschung und Universitäten. Die Teilnehmer kamen aus allen sozialen Bereichen. Als Zielgruppen hatten wir daneben u. a. Personen aus dem Bereich Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur eingeladen.

Politische Bildungsarbeit kommt ohne geeignete Informations- und Lernmaterialien nicht aus. Diese Erfahrung bestätigte sich in den neuen Bundesländern aufs neue. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat es sich deshalb von Beginn ihres Engagements in Ostdeutschland an zur Aufgabe gemacht, für die politische Bildungsarbeit dort geeignete Publikationen zur Verfügung zu stellen. Ein Großteil davon wurde aktualitätsbezogen im eigenen Hause erarbeitet:

- Arbeitshefte zur politischen Bildung (Grundfragen der Demokratie, Mitbestimmung, Umwelt, kommunale Selbstverwaltung, Europa, Ausländerfragen, politische Verfolgung u. a.)
- Eine wirtschaftspolitische Schriftenreihe (z. T. Dokumentation der Ergebnisse unserer Dialogveranstaltungen und Fachkongresse) mit bisher 14 thematischen Ausgaben
- 2 Schriftenreihen „Forum deutscher Einheit“ mit bisher 15 thematischen Ausgaben in der Reihe „Aktuelle Kurzinformation“ und 5 Ausgaben in der Reihe „Perspektiven und Argumente“
- Dokumentation ausgewählter Tagungen und Konferenzen der Friedrich-Ebert-Stiftung in den neuen Bundesländern, die für die Nachnutzung in der politischen Bildungsarbeit geeignet sind (u. a. zu Themen wie Stalinismus und politische Justiz,

Medienpolitik, Verfassungsreform, Stadterneuerung in Ostdeutschland). Darüberhinaus hat die Friedrich-Ebert-Stiftung in erheblichem Umfang andere geeignete Publikationen für ihre politische Bildungsarbeit in den neuen Bundesländern verfügbar gemacht. Themen waren hier vor allem: kommunale Selbstverwaltung, Grundfragen des demokratischen Staates, Wirtschaftspolitik, Parteiengeschichte, Gewerkschaftsfragen, Entwicklungspolitik, Recht (auch Gesetzestexte), Frauen u. a.

Die Praxis der politischen Bildungsarbeit in den neuen Bundesländern hat gezeigt, daß spezifische Bedingungen erfüllt sein müssen, wenn das Angebot politischer Bildung Interesse finden und die gewünschten Resultate hervorbringen soll:

- Bei der Wahl der Themen muß an lebenspraktischen Erfahrungen der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger angeknüpft werden. Das anwendungsorientierte Interesse an den Themen politischer Bildung überwiegt immer stärker. Die aktuellen Probleme in der Region, in der Arbeits- und Lebenswelt müssen im Zentrum der politischen Bildungsarbeit stehen. Grundsätzliche, auf allgemeine Orientierung zielende Arbeit findet bei einem breiteren Publikum gegenwärtig nur geringes Interesse.
- Es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß die ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger in den Veranstaltungen zur politischen Bildung etwa erneut in eine Objektrolle gedrängt werden. Was ohnehin aus den Erfordernissen der Didaktik und Methodik der politischen Bildung geboten ist, partizipatorische Formen der Bildungsarbeit, gewinnt vor dem Hintergrund der skeptischen Grundhaltung vieler Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Angebot politischer Bildung eine zusätzliche Bedeutung. Offene Diskussionen, Chancen zur Artikulation eigener Interessen, von Widerspruch und unterschiedlichen Perspektiven, das Anknüpfen an selbstgemachte Erfahrungen und Beobachtungen der Teilnehmer sind von ausschlaggebender Bedeutung. Dabei kommt es darauf an, die konkreten, oft sehr anwendungsorientierten Informationsbedürfnisse der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in diesen Lernformen wirkungsvoll zu vermitteln und auf die Lernziele der politischen Bildung zu beziehen.
- Partizipatorische Methoden politischer Bildung gewinnen zudem auch unter einem weiteren Aspekt Bedeutung. Mit dem Zusammenbruch des DDR-Systems ging ja eine kollektive Entwertung von Lebensläufen einher. Mitgestaltung, die Chance zur aktiven Aufarbeitung der eigenen Erfahrungen im Gespräch mit Gleichbetroffenen, bietet auch hier Chancen, neue Perspektiven für den eigenen Lebensentwurf zu gewinnen. Zugleich erfahren die ostdeutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Angebot partizipatorischer Methoden die Ernsthaftigkeit des Willens der Veranstalter, sie mit ihren spezifischen Erfahrungen ernst zu nehmen.

4. Künftige Themen und Zielgruppen

Die Ungleichzeitigkeiten in der gesellschaftlichen Entwicklung und im Modernisierungsprozeß in den alten und neuen Bundesländern werfen unterschiedliche Probleme für die politische Integration, die politische Orientierung und die politische Kultur auf. Nach unserer Überzeugung kommt es darauf an, die Herausforderung, die aus diesen Ungleichzeitigkeiten entstehen, differenziert herauszuarbeiten und für die politische Bildung aufzubereiten, gerade um den Zusammenhang in der gemeinsamen Entwicklung zweier, noch in vielerlei Hinsicht unterschiedlicher Gesellschaften in einem gemeinsamen politischen Gemeinwesen gezielter herstellen zu können.

Durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und den Beginn des möglicherweise langwierigen Prozesses des gesellschaftlichen Zusammenwachsens der beiden Gesellschaften entstehen für die politische Bildung neuartige Aufgaben, die in den 90er Jahren die konkreten Lernziele und Themen der politischen Bildungsarbeit prägen werden. Es wäre gleichwohl ein verhängnisvoller Fehler, darüber die ebenso dringlichen Aufgaben politischer Bildung zu vernachlässigen, die sich aus den besonderen Problemen der gesellschaftlichen Entwicklung und des Modernisierungsprozesses in den alten Bundesländern in den 80er Jahren massiv abgezeichnet haben und keineswegs als gelöst oder durch die deutsche Vereinigung von der Tagesordnung abgesetzt betrachtet werden können.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist in ihrer politischen Bildungsarbeit darum bemüht, die Gruppe von Lernzielen, die sich aus dem Stand der gesellschaftlichen Entwicklung in den alten Bundesländern ergeben hat und diejenigen, die sich durch den gesellschaftlichen Umbruch in den neuen Bundesländern und durch den Prozeß der Vereinigung ergeben, in einem integrierten Gesamtkonzept zu berücksichtigen und soweit als möglich innerlich zu verknüpfen. Diese Ungleichzeitigkeiten werfen unterschiedliche Probleme auf, deren Lösung zwar auf einer allgemeinen Ebene den gleichen Lernzielen gerecht werden müssen, auf der Ebene der konkreteren Handlungskompetenzen und Themen muß aber der Ungleichzeitigkeit der Entwicklung in beiden Gesellschaften Rechnung getragen werden. Als Beitrag der politischen Bildung zur Bewältigung der Probleme, die aus dem Zusammenbruch des kommunistischen Gesellschaftssystems in der DDR und dem Ziel der inneren Einheit des vereinigten Deutschlands resultieren, werden wir vor allem die folgenden Lernziele in den Mittelpunkt unserer Bildungsarbeit stellen:

- Die Aufarbeitung der Geschichte der DDR und der typischen Lebensläufe, die Menschen unter ihrem Einfluß absolviert haben, um sie zur Orientierung und zum aktiven Engagement in der Demokratie zu befähigen.
- Förderung der Integration der beiden Gesellschaften durch wechselseitig verstehende Kenntnisnahme unterschiedlicher Lebensformen und Lebensstile, durch Verständnis für unterschiedliche Problemlagen und Schwierigkeiten ohne vorschnelle Assimilationsversuche.

- Auseinandersetzung mit Jugendprotesten und Rechtsextremismus im Gefolge der gesellschaftlichen Verwerfungen in den neuen Bundesländern durch Analyse der Ursachen und alternative Orientierungs- und Freizeitangebote.
- Verständnis für das Zusammenspiel von Konflikt und Konsens als Leberelement einer demokratischen politischen Kultur und Befähigung zur Wahrnehmung eigener Interessen und Rücksichtnahme auf die Interessen anderer im Rahmen der Regeln der pluralistischen Demokratie.

Diese Lernziele werden bei unserer Bildungsarbeit in den neuen Bundesländern im Vordergrund stehen, sie spielen aber als Orientierungen unserer Bildungsarbeit insgesamt eine zentrale Rolle. In den alten Bundesländern stehen darüber hinaus Lernziele im Vordergrund, die sich aus den Defiziten und Problemen im fortgeschrittenen Modernisierungsstadium unserer Gesellschaft ergeben haben:

- Befähigung zur Orientierung und zur Erkenntnis wirksamer Teilhabechancen der Bürgerinnen und Bürger in einer Gesellschaft wachsender Komplexität und Unübersichtlichkeit.
- Fähigkeit und Bereitschaft zum friedfertigen und verständnisvollen Zusammenleben in einer zunehmend multikulturellen Gesellschaft
- Befähigung zur Bürgermitbestimmung über die Zukunft des Fortschritts, um wirksame Chancen für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger zu eröffnen, über die künftige Technik in ihrer Arbeits- und Lebenswelt mitzubestimmen und die gemeinsame Verantwortung für die Erhaltung der Ökosphäre wahrzunehmen.
- Ausbildung einer politischen Streitkultur für die Risikogesellschaft, damit auch solche Streitfragen über technisch erzeugte Risiken demokratisch entscheidbar bleiben, die oft vorschnell als Grundsatz- oder Wissensfragen hoffnungslos polarisiert werden.
- Befähigung und Ermutigung zum Bürgerdialog über alle politischen Grundsatzfragen angesichts wachsender Tendenzen, die Bürgerinnen und Bürger durch Kommunikationsinszenierung in den Medien in die Rolle unterlegener Objekte zu drängen.

Auch diese Lernziele spielen bei unserem Angebot politischer Bildung in den neuen Bundesländern ihre Rolle, selbst wenn die ihnen zugrundeliegenden Erfahrungen oft nicht als die am meisten bedrückenden Probleme erfahren werden. Diese unterschiedlich akzentuierten Lernziele verstehen wir als eine integrierte Orientierung. Die verschiedenen Akzente werden sich im Verlaufe des Prozesses der gesellschaftlichen Integration mehr und mehr ausgleichen, so daß auch in den Prozessen der politischen Bildung die Einheit der Orientierung Schritt um Schritt erreicht werden kann. Die Allgemeingültigkeit unserer grundlegenden Lernziele kommt aber in der Übergangsphase gerade dadurch am besten zur Geltung, daß die Akzente bei den Lernzielen so unterschiedlich gesetzt werden, wie es die verschiedene Problemlage

und der verschiedene Entwicklungsstand beider Gesellschaften gebietet.

In den neuen Bundesländern werden wir mit den Zielgruppen, mit denen wir die Arbeit 1990 begonnen haben, weiterarbeiten. Die Friedrich-Ebert-Stiftung berät gegenwärtig ein Arbeitskonzept Politische Akademie, das für die alten und die neuen Bundesländer in differenzierter Weise die Ansprechbarkeit unterschiedlicher Zielgruppen für das Angebot politischer Bildung ermitteln und uns wirkungsvoller als bisher in die Lage versetzen soll, die Zielgruppen zu identifizieren und zu erreichen, die für die Realisierung des in unseren Lernzielen beschriebenen Bildungsauftrages maßgeblich sind.

Dabei streben wir an, zielgenauer vor allem jene Gruppen zu erreichen:

- die aufgrund soziokultureller Kränkungs- oder Deklassierungserfahrungen für die Lockungen des politischen Extremismus empfänglich werden könnten,
- die im Zuge wachsender Unübersichtlichkeit unserer Gesellschaft oder infolge der sich ausbreitenden Tendenz einer zunehmend individualisierten Lebensführung und Weltsicht die sozialen Bedingungen ihrer gesellschaftlichen Existenz und die Notwendigkeit solidarischer Verantwortung für die Gesellschaft im ganzen aus dem Auge zu verlieren drohen,
- Multiplikatoren, die die sozialen Lebensstile und Kommunikationsformen maßgeblich mitprägen und einen hohen Bedarf an wirkungsvoll vermittelten Informationen über gesellschaftliche und politische Zusammenhänge haben.

Über die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den sozial, beruflich und gesellschaftlich weit ausgefächerten bisherigen Zielgruppen hinaus, wollen wir auf dem Wege empirischer Forschungen zur politischen Bildungsbereitschaft Zugang zu diesen neuen Zielgruppen politischer Bildungsarbeit erschließen.

5. Integrationspolitische Bildungsmaßnahmen

Konkrete integrationspolitische Bildungsmaßnahmen, die den Vereinigungsprozeß im geistigen, gesellschaftlichen und menschlichen Bereich fördern sollen, plant die Friedrich-Ebert-Stiftung für die vor uns liegende Zeit auf drei unterschiedlichen Wegen, die zum gemeinsamen Ziel führen sollen:

1. Integrationspolitische Bildungsveranstaltungen innerhalb und außerhalb unserer Bildungszentren in den alten Bundesländern, die sich überwiegend an Bürgerinnen und Bürger aus diesem Bereich wenden. In ihnen wird anhand einer breit aufgefächerten Themenpalette über Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern und ihres Zusammenwachsens mit den alten informiert, diskutiert, reflektiert.

Hier geht es um Themen wie

- Arbeit, Wirtschaft und Soziales
- Politik und Sprache
- Bildungspolitik
- Kultur- und Kulturpolitik
- Mitbestimmung in Wirtschaft und Verwaltung
- politischer Extremismus
- Ausländerpolitik
- Kommunalpolitik
- Verbraucherinteressen und Verbraucherpolitik
- Energiepolitik
- Technik und Politik
- Ökonomie und Ökologie
- Neue Medien und Technologie

2. Vor allem in unseren Bildungszentren an den Grenzen zwischen den alten und den neuen Bundesländern, aber in geringerem Umfang ebenso in allen anderen, sind Begegnungsseminare geplant, in denen Bürgerinnen und Bürger aus den alten und neuen Bundesländern zusammentreffen und in der gemeinsamen Beratung gemeinsam interessierender Themen einander kennen- und verstehenlernen und in der Respektierung der verbleibenden Unterschiedlichkeit einander solidarisch anerkennen. Einige dieser Bildungsveranstaltungen werden ausdrücklich unter dem Thema „Integration“ stehen, so z. B. die Begegnungsveranstaltungen im Politischen Club unseres Bildungszentrums in Würzburg, bei anderen wird dies eine zentrale Dimension in der gemeinsamen Erarbeitung von Sachthemen sein.

3. In den neuen Bundesländern selbst wird es um die Befähigung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger bei der Bewältigung ihrer unmittelbaren sozialen und politischen Probleme gehen und ebenso um die Förderung des Verständnisses der Funktionsweise, Probleme, Chancen und Risiken der offenen Gesellschaft und der pluralistischen Demokratie. Geplant sind u. a.:

- Bildungsmaßnahmen, in denen Kenntnisse über das Leben und die Probleme im jeweils anderen Teil des vereinten Deutschlands vermittelt werden — auch durch Anschauung vor Ort,
- Bildungsmaßnahmen in den neuen Bundesländern, um Kompetenz für wirkungsvolles, sozial verantwortliches Handeln in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft herauszubilden und so Voraussetzungen für das Entstehen leistungsfähiger Strukturen zu schaffen, zu der die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen haben können,
- Bildungsmaßnahmen, die den ostdeutschen Teilnehmern Orientierung in neuen politischen und sozialen Verhältnissen ermöglichen und sie zur Artikulation, Organisation und Durchsetzung der eigenen Interessen unter Berücksichtigung der legitimen Interessen anderer befähigen

(in ihren Ländern und Kommunen, aber auch gegenüber den alten Bundesländern),

- Bildungsmaßnahmen, die im kognitiven, affektiven und Handlungsbereich bei der Herausbildung einer neuen demokratischen Kultur wirksam werden,
- Informationsveranstaltungen, die auf lebenspraktische Orientierungsbedürfnisse der Ostdeutschen eingehen und ihnen dabei zugleich die Dimension politischen Handelns, die deren Befriedigung umschließt, bewußt machen.

Schwerpunkt der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung werden dabei sein,

- die Vermittlung von Wissen über den demokratischen Staat und die pluralistische Gesellschaft, die Diskussion ihrer Wirkungsmechanismen und ihre Probleme sowie die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Die Zielgruppen: Mandatsträger aller Ebenen, Schülervertreter, Lehrer, Journalisten.
- die Herausbildung von Kompetenz insbesondere
 - in der Kommunalpolitik und der kommunalen Verwaltung. Zielgruppen: Mandatsträger und Mitarbeiter der Kommunen
 - in der Wirtschaftspolitik und in der marktwirtschaftlichen Unternehmensführung. Zielgruppen: Vertreter von Ländern und Kommunen, der Wirtschaft und Verbände, Existenzgründer und Kleinunternehmer
 - in der Vertretung sozialer Interessen, vor allem der Arbeitnehmer, der Frauen, der Schüler. Zielgruppen: Vertreter von Gewerkschaften, Betriebsräte, Vertreterinnen von Frauenorganisationen und -initiativen, Gleichstellungsbeauftragte, Schülervertreter
- Orientierungshilfen für den einzelnen Bürger unter den neuen politischen, rechtlichen und sozialen Verhältnissen mit dem Ziel, den Aufbau organisierter Interessenvertretung (Mietervereine, Arbeitsloseninitiative etc.) zu fördern. Zielgruppe: die betroffenen Bürger.
- Das Zusammenführen von Vertretern verschiedener Institutionen, Parteien und gesellschaftlicher Gruppen zum Dialog.

Naturgemäß wird der Bedarf an Deutschland/integrationspolitischen Bildungsmaßnahmen vom Tempo und vom Erfolg des Prozesses der inneren Einigung des wiedervereinigten Deutschland abhängen. Realistisch dürfte die Erwartung sein, daß in der ein oder anderen Form die Aufgabe der Integration im ganzen vor uns liegenden Jahrzehnt politische Bildung beschäftigen wird. Dabei dürfte es im Verlaufe der Zeit immer mehr darauf ankommen, daß Lernziel „Integration“ zu einer Dimension in allen Veranstaltungen zur politischen Bildung zu machen, statt es überwiegend oder ausschließlich in Veranstaltungen zu verfolgen, die

ihm auch thematisch gewidmet sind. So lange die Integration der beiden Gesellschaften nicht vollendet ist, zu deren Voraussetzungen die Gleichheit der Lebensverhältnisse ebenso zählt wie der tolerante Umgang mit den auf dieser Basis verbleibenden Unterschieden in den Lebensformen, wird es einen Bedarf an integrationsorientierter politischer Bildung geben.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung richtet sich darauf ein, in flexibler, jeweils auf die aktuelle Entwicklung gezielt reagierender Form das Lernziel „Integration“ als Querschnittsaufgabe ihrer gesamten politischen Bildungsarbeit zu begreifen. Dafür ist eine Voraussetzung, daß die Finanzierungsbedingungen so flexibel gestaltet werden, wie es die Aufgabe erfordert. Eine nur auf das Thema „Integration“ fixierte Finanzierung von politischen Bildungsmaßnahmen mit dem Lernziel „Integration“, könnte dessen Erreichung künftig in wachsendem Maße gerade verfehlen.

6. Personal und Partner

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hält gegenwärtig Kontakt mit Kooperationspartnern für ihre politische Bildungsarbeit in den neuen Bundesländern in allen relevanten gesellschaftlichen Gruppen. In erster Linie pflegen wir Kontakte zu Partnern in Kommunen und Landesregierungen, den Landeszentralen für politische Bildung, den Gewerkschaften, Organisationen und Verbänden, den Kirchen, den Schulen und Universitäten.

Wir sprechen Gruppen direkt durch persönliche Kontaktaufnahme an oder machen sie mit unseren Bildungsangeboten in den alten und neuen Bundesländern durch die Präsentation unserer Programme bekannt. Die öffentlichkeitsorientierten Veranstaltungen zur politischen Bildung machen auf unsere Arbeit aufmerksam und führen zur Vermittlung neuer Kontakte, ebenso erfolgreiche Maßnahmen zur politischen Bildung, die sich herumsprechen und zu Nachfragen durch neue Interessenten führen.

In zahlreichen unserer Veranstaltungen zur politischen Bildung wirken bereits Lehrkräfte aus den neuen Bundesländern mit. Wir beabsichtigen diesen Kräften in absehbarer Zeit in zunehmendem Maße Aufgaben zu übertragen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat 1991 bereits Seminare zur Vermittlung und praktischen Einübung von Methoden der Erwachsenenbildung für Lehrkräfte aus den neuen Bundesländern durchgeführt. Wir planen für das kommende Jahr Trainingsseminare für unsere eigenen hauptamtlichen sowie einen Teil der nebenamtlichen Lehrkräfte, um sie in der praktischen Handhabung der Methoden der Erwachsenenbildung zunehmend zu professionalisieren.

Darüber hinaus ist die Friedrich-Ebert-Stiftung weiterhin bemüht, bei der Vermittlung der Grundlagen der Erwachsenenbildung und ihrer Methoden an einen weiteren Kreis von Lehrkräften anderer Träger

wie z. B. der städtischen Volkshochschulen mitzuwirken.

7. Ausblick

Die politische Bildung steht angesichts der Herausforderungen, der Schwierigkeiten und Chancen des Prozesses der inneren Einigung Deutschlands vor den größten Herausforderungen ihrer bisherigen Geschichte:

1. Zum einen wird es darum gehen, die Ungleichzeitigkeiten in den konkreten Lernzielen und den Bedingungen politischen Lernens in den alten und neuen Bundesländern für eine längere Übergangszeit in Rechnung zu stellen, damit in möglichst rascher Zeit eine Angleichung im Bereich der politischen Information, Kompetenz, Motivierung und Handlungsbereitschaft erfolgt.
2. Die oft auf die unmittelbarste Lebenspraxis gerichteten Lerninteressen der ostdeutschen Teilnehmer müssen in einer Weise befriedigt werden, die zugleich die politische Dimension ihres Lebens und Handelns verdeutlicht ohne durch aufdringliche Belehrungsversuche eher abzuschrecken als zu motivieren.
3. Integration als übergreifendes Lernziel der politischen Bildung insgesamt verlangt eine neue didaktische Durchdringung des gesamten politischen Lernangebotes aber auch eine Verbesserung und Öffnung der Finanzierungsbedingungen für öffentlich geförderte politische Bildungsarbeit.
4. Das Lernziel Integration verlangt aber auch die Verfügbarkeit von Informations- und Lernmaterialien, die an die spezifischen Erfahrungen der ostdeutschen Seminarteilnehmer anknüpfen und ihnen bei der Orientierung in ihrer eigenen Lebenswelt helfen. An solchen Materialien besteht gegenwärtig noch immer ein akuter Mangel.

Die gesellschaftliche und kulturelle Aufgabe der Integration wird häufig dadurch behindert, daß „Integration“ gesagt aber „Assimilation“ gemeint wird. Während „Assimilation“ die Übernahme der Leitbilder einer herrschenden Gruppe durch eine neu hinzukommende meint, zielt Integration auf eine Form des Zusammenwachsens, in der beide Gruppen die Chance der Wahrung legitimer Andersartigkeit und des Respekts vor ihr haben.

Zur Erreichung des Lernziels „Integration“ in der gesellschaftlichen Lebenswirklichkeit ebenso wie in den Veranstaltungen der politischen Bildung wird es daher in erster Linie darauf ankommen, den Integrationsbegriff selbst in dieser unverkürzten Weise zu verstehen und zu handhaben, statt ihn als Parole mißzuverstehen, die nur vom anderen Anpassungsleistungen erwartet. Dabei stößt politische Bildung an ihre Grenze, denn dies ist eine Aufgabe von Gesellschaft, Kultur und Politik insgesamt.

EVANGELISCHE AKADEMIEN IN DEUTSCHLAND E. V.

Bad Boll, den 25. Juli 1991

Betr.: Bericht der Bundesregierung über den Stand und die Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland (Beschluß des Deutschen Bundestages vom 30. Oktober 1990)

Bezug: Ihr Schreiben vom 27. Mai 1991

Sehr geehrter Herr Seraphim,

die in Ihrem o. g. Schreiben dargelegten Fragen im Zusammenhang des Berichts der Bundesregierung über den Stand und die Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland an die Träger der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung gestellt, beantworten die Evangelischen Akademien in Deutschland e. V. wie folgt:

1. Auf welche Weise haben sich Ziele, Inhalte und Teilnehmerstruktur Ihrer Arbeit seit der Anhörung im Deutschen Bundestag am 8. Mai 1989 geändert? Bitte nennen Sie auch Zahl und Umfang der Veranstaltungen und Maßnahmen, die Sie seit dieser Zeit durchgeführt haben.

Die Auf- und Umbrüche in Osteuropa und die Entwicklungen in der damaligen DDR haben schon im Frühjahr 1989 zu signifikanten Veränderungen im Veranstaltungsprogramm der allermeisten Evangelischen Akademien geführt.

Um dies am Beispiel der Evang. Akademie Tutzing aufzuzeigen, sei auf zwei Veranstaltungen hingewiesen, die bereits im Frühjahr 1989 diese Entwicklungen berücksichtigten: „Bayern, Sachsen, Thüringen, Böhmen: Nachbarn in Mitteleuropa“ oder „Städtepartnerschaften in der DDR“.

In der Folgezeit dokumentieren die Programme, daß sich die unterschiedlichen Fachreferate in den Evang. Akademien verstärkt auf die neuen politischen Entwicklungen bezogen und mehr und mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie Fachleute aus der DDR und den osteuropäischen Ländern in Programmplanung und Durchführung Berücksichtigung fanden. Einige Themenbeispiele sollen diesen Veränderungsprozeß dokumentieren:

„Mauern beseitigen – Räume gestalten: Begegnungen zwischen Künstlern, Architekten und Theologen aus beiden deutschen Staaten“
 „Spielplanänderung – Kulturplanung in den neuen Bundesländern“
 „Deutscher Arbeitsmarkt in der Schieflage“
 „Erblast und Mitgift – Umriss einer politischen Bildung im Deutschland der 90er Jahre“
 „Deutschland im Frühling“
 „Deutsche zweier Klassen“
 „Strukturwandel der Landwirtschaft“
 „Schule und demokratische Erziehung im geeinten Deutschland“
 „Neuer Journalismus in den neuen Bundesländern“.

Die genannten Beispiele sind ein Hinweis darauf, daß Evang. Akademien sich offensiv der Gestaltung gesellschaftlich neuer Verhältnisse angenommen haben, wodurch die Auseinandersetzung mit dem real existierenden Sozialismus mehr und mehr abgelöst wurde.

Über die eher diskursiv angelegten Tagungen hinaus gab es auch Zielgruppentagungen, u. a. mit Polizisten, Offizieren, Kommunalpolitikern, betrieblichen Interessenvertretern, Bürgerbewegungen und anderen, in denen der gemeinsame Erfahrungsaustausch und das gemeinsame perspektivische Nachdenken Grundlagen für das Zusammenwachsen einer neuen staatlichen Gemeinschaft schufen.

In vielfältigen europabezogenen Tagungen wurde im Zuge der Demokratiebestrebungen osteuropäischer Länder die Verantwortung für das Gemeinsame im großen Haus Europa unterstrichen.

Insgesamt läßt sich beobachten, daß andere Themenschwerpunkte, beispielsweise im Bereich der Entwicklungs-, Ausländer- und Umweltpolitik im Zuge dieser Veränderungen nicht vernachlässigt wurden, sondern allenfalls versucht wurde, der neuen politischen Entwicklung in Diktion und Ausgestaltung der Themen und Themenschwerpunkte gerecht zu werden.

Was Anzahl und Umfang der Veranstaltungen und Maßnahmen der politischen Bildung betrifft, so sind im Bereich der Evang. Akademien 1989 im Vergleich zu 1988 mehr Tagungen durchgeführt worden. Die folgenden Zahlen beziehen sich jedoch nur auf die durch Bundesstellen geförderten mehrtägigen Veranstaltungen.

1989: 600 Tagungen mit ca. 25 000 Teilnehmern (vgl. 1988: ca. 550 Tagungen mit ca. 22 000 Teilnehmern).

Darüber hinaus wurden eine Vielzahl Tages- und Abendseminare durchgeführt, über die wir allerdings keine verlässliche Statistik geführt haben.

Auffallend ist, daß die Seminare 1990 im Vergleich zu 1989 rückläufig sind. Dies liegt u. E. daran, daß im Bereich der politischen Bildung die staatlichen Förderungsmittel 1990 insgesamt rückläufig waren und zudem ein Teil der Fördermittel an unsere Mitglieder in den neuen Bundesländern weitergegeben wurden. Hinzu kommt, daß nicht nur wir als Zentralstelle, sondern auch die Evang. Akademien der alten Bundesländer viel Zeit und auch finanzielle Eigenmittel für Kooperationen, Struktur- und Organisationshilfe in den neuen Bundesländern aufgebracht haben. Diese Hilfen müssen in den folgenden Jahren weiterhin erbracht werden, weshalb der Bund insbesondere im Bereich von Strukturentwicklung und Organisationsaufbau in den neuen Bundesländern eine stärkere Förderungsverpflichtung eingehen sollte.

Insgesamt führen die Evang. Akademien jährlich ca. 2 500 Tagungen mit ca. 110 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch. Bei einer großzügigeren Förderung könnten im Bereich der Evang. Akademien zusätzliche Anstrengungen im Bereich der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung dadurch erfolgen, daß Kapazitäten verlagert und Prioritäten neu bestimmt werden.

2. *Welche Bildungsmaßnahmen haben Sie in den neuen Ländern (bzw. mit Teilnehmern aus den neuen Ländern) durchgeführt? Welche Erfahrungen haben Sie dabei gemacht (Probleme, angewandte Methoden)? Wieviele Personen aus den neuen Bundesländern haben an Ihren Bildungsmaßnahmen teilgenommen (absolut und prozentual)?*

Über die Ökumenische Vereinigung der Akademien und Tagungszentren in Europa und deren Mitgliederversammlung, die jährlich wechselnd in einem der westeuropäischen Länder stattfindet, hatten Kolleginnen und Kollegen der deutschen evangelischen Akademien West und Ost trotz restriktiver Reisegesetze des SED-Staates in der Vergangenheit immer wieder Möglichkeiten der gemeinsamen Begegnung und des gemeinsamen Erfahrungsaustausches. Diese Begegnungsmöglichkeiten auf ökumenisch-europäischer Ebene mündeten in den frühen 80er Jahren in einen Prozeß der Wiederannäherung, der zu einem gemeinsamen Engagement gegen die Fortsetzung des Wettrennens und für das Konzept einer Sicherheitspartnerschaft in Europa führte. Diese Kooperation, in die auch Ökumeniker osteuropäischer Staaten miteinbezogen waren, führte nach jahrelangen gegenseitigen Etikettierungen zu einem neuen Vertrauensverhältnis, auf dem nach der Öffnung der Grenzen und nach der deutsch-deutschen Vereinigung aufgebaut werden konnte.

So begaben sich die Evangelischen Akademien der alten und der neuen Bundesländer am 24. April 1991 unter ein gemeinsames gesamtdeutsches Dach, den EVANGELISCHEN AKADEMIEN IN DEUTSCHLAND e. V. (früher Leiterkreis der Evang. Akademien).

Diese Entwicklung vor Augen, hat der damalige Leiterkreis der Evang. Akademien mit Unterstützung des BMBW ein Projekt zur „Mitarbeiterqualifizierung, Struktur- und Organisationsentwicklung“ initiiert, in dem Akademieleiter/innen, Studienleiter/innen, Sachbearbeiter/innen, Sekretärinnen, Beiräte und

Kuratoriumsmitglieder aus Evang. Akademien der neuen Bundesländer eingeladen wurden.

Ziel des Projektes war es, im Austausch mit Kolleginnen und Kollegen der Evang. Akademien West die strukturellen, organisatorischen sowie die verwaltungstechnischen Bedingungen und Notwendigkeiten Evangelischer Akademiearbeit zu klären und unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Veränderungen und neu entstandener Bedingungen für Weiterbildung, Bildungsorganisation und Verwaltung, Konzeptionen Evangelischer Akademiearbeit insbesondere auch im Geltungsbereich der politischen Bildung zu entwickeln.

So traf sich im Oktober 1990 eine gemischte Kommission, die ein Konzept zur inhaltlichen und organisatorischen Zusammenarbeit der Evang. Akademien West und Ost erarbeitete und so die Vereinigung der Evangelischen Akademien vorbereitete.

Eine zweite Kommission traf sich im Dezember 1990, um den konkreten Qualifizierungsbedarf zu erheben.

Durchgeführt wurden seit Dezember 1990 ein Konzeptionsseminar, ein Seminar zu Fragen des Rechts und der Verwaltung, ein förderungspolitisches und förderungspraktisches Seminar, 4 Visiting Communities an verschiedenen Akademien West und ein Medienseminar.

Ein Auswertungsseminar im Frühherbst d. J. soll klären, welche weiteren Maßnahmen notwendig erscheinen, entwickelt und angeboten werden sollen.

Auf dem Hintergrund langjähriger Partnerschaften zwischen Evangelischen Akademien Ost und West haben seit der Grenzöffnung auf bilateraler Ebene eine Fülle von Kooperationstagungen, jeweils im Wechsel an Orten in den neuen und alten Bundesländern, stattgefunden. Bei Seminaren, die darüber hinaus die Evang. Akademien West im Bezug auf die aktuelle deutschlandpolitische Entwicklung hin nach der Grenzöffnung angeboten haben, kam insbesondere in den grenznahen Evangelischen Akademien eine große Anzahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus der damaligen DDR. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß bei eindeutig den konkreten Einigungsprozeß betreffenden Themen nicht selten 50 bis 60 % der Teilnehmer/innen aus der damaligen DDR kamen, wenn gleichzeitig der Tagungsort „grenznah“ war. Nach den Rückmeldungen, die wir erhalten haben, kann gesagt werden, daß im Jahr nach der Grenzöffnung an Tagungen der politischen Bildung im Bereich der Evang. Akademien West durchschnittlich 20 % der Teilnehmer/innen aus der früheren DDR kamen. Das sind auf ein Jahr gerechnet ca. 5 000 bis 6 000 Teilnehmer/innen.

Schwierigkeiten entstanden für die Evang. Akademien dadurch, daß Teilnehmer/innen aus der früheren DDR oft unangemeldet kamen, unentgeltlich für Unterkunft und Verpflegung gesorgt werden mußte und vielfach ein bescheidenes Taschengeld angeboten wurde, damit Dinge des täglichen Gebrauchs von den unverhofft eingetroffenen Gästen bezahlt werden konnten. Dies hat generell zu einer außerordentlichen Belastung der jeweiligen Akademiehaushalte geführt. Bedauerlich ist, daß in dieser für Weiterbildungseinrichtungen schwierigen Zeit eine zusätzliche

unbürokratische Hilfestellung für die freien Träger vonseiten des Bundes ausblieb, während politische Stiftungen großzügig ausgestattet wurden und werden.

Durchgeführt wurden von den Evang. Akademien West sogenannte Begegnungsseminare, in deren Mittelpunkt die Aufarbeitung der jeweilig biographischen Sozialisationsbedingungen der Teilnehmer/innen, ihre Einbindung in die vorfindlichen politischen, ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen der ehemaligen DDR und der Bundesrepublik Deutschland sowie die sich daraus ergebenden politischen und gesellschaftlichen Verhaltensweisen, Rollenbeziehungen, standen, mit dem Ziel der Informationsvermittlung, Weckung und Vertiefung des wechselseitigen Verständnisses.

Des Weiteren wurden wirtschafts- und sozialpolitische Fachtagungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Auszubildende, Betriebsräte und Vertrauensleute aus den neuen Bundesländern angeboten. Fortbildungstagungen für Lehrer und Erzieher/innen zu Fragen demokratischer Schulentwicklung und demokratischer Erziehung im geeinigten Deutschland, Fachtagungen zur Landwirtschaftsentwicklung, Stadtanierung und Stadtentwicklung, Bürgerrechtsentwicklung, zum Strafvollzugswesen, zur Verkehrs- und Energiepolitik, zu Fragen des Journalismus in den neuen Bundesländern, Verfassungsrechts- und insbesondere umweltpolitische Tagungen.

Insgesamt kann festgestellt werden, daß sich im Zeitablauf der allermeisten Seminare ein deutlicher Wandel der Teilnehmer/innen in bezug auf die Einschätzung der eigenen, aber auch insbesondere der gesamtgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten zeigt. Der im Frühjahr 1990 feststellbare vorbehaltlose Glaube an eine rasche und nachhaltige Besserung der Lebens- und Arbeitssituation und des materiellen Wohlstandes wurde durch zunehmende Skepsis und Angst abgelöst, die sich dann in Resignation oder in verstärkter Aggression äußerte. Dieses Verhalten (und entsprechende Reaktionen von Teilnehmern aus den alten Bundesländern), das sich selbst in fachbezogenen Veranstaltungen zeigt, führte gerade in Begegnungsseminaren zu Spannungen, die erst gruppendynamisch aufgearbeitet werden mußten, bevor die konkrete sachbezogene Auseinandersetzung beginnen konnte. Als Hauptproblem in Veranstaltungen gemischter Gruppen wird eine „innere Mauer“ zwischen „Ossis“ und „Wessis“ beschrieben. Ebenso werden Verständigungsprobleme festgestellt, die angesichts einer zigarigen getrennt verlaufenen Geschichte ihre Ursache auch in der Entwicklung einer jeweils spezifischen Sprachkultur haben.

Offenkundig ist immer wieder, daß Teilnehmer aus den neuen Bundesländern auf ihre eigene „DDR-Identität“ und auf Bewahrenswertes verweisen, ohne in jedem Fall definieren zu können, was darunter konkret zu verstehen ist. Empört und verletzlich reagieren viele, wenn der Eindruck vermittelt wird, als gelte es die westlichen Errungenschaften nun unbesehen in die neuen Bundesländer zu exportieren. Demgegenüber zeigt sich vielfach Unverständnis auf seiten der Westteilnehmer, wenn Teilnehmer aus Ostdeutschland systemkritisch Fragen in bezug auf die kapitali-

stische Wirtschaftsordnung und die Praktiken der sozialen Marktwirtschaft stellen. Einige Akademien bringen zum Ausdruck, daß denjenigen, die solche Seminare mitgemacht haben, vor Augen geführt worden sei, daß das Zusammenwachsen im vereinten Deutschland noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte benötigt.

In letzter Zeit ist ein nachlassendes Interesse von ost- und westdeutschen Teilnehmern an solchen Begegnungs- und fachbezogenen Seminaren festzustellen. Offensichtlich verbirgt sich dahinter ein Abflauen des ersten, an Neugier orientierten Kennenlern-Interesses, aber auch eine Reaktion auf die erschwerten materiellen und sozialen Lebensbedingungen in den neuen Bundesländern. Vielfach können Kosten für eine lange Reise, für Unterkunft und Verpflegung, nicht aufgebracht werden. So sind beispielsweise auch die Teilnehmerzahlen in Evang. Akademien der neuen Bundesländer, soweit sie über mehrere Tage gehen, rückläufig. Vielfach melden sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer von den Mahlzeiten ab und versorgen sich aus Kostengründen mit mitgebrachtem Proviant. Die eintägigen Seminare haben dagegen großen Zuspruch.

3. *Weiche Ziele und Themenschwerpunkte haben Sie sich für Ihre allgemeine politische Bildungsarbeit in nächster Zeit gesetzt? Um welche Zielgruppen wollen Sie sich in nächster Zeit in besonderer Weise bemühen?*

und

4. *Welche konkreten integrationspolitischen Bildungsmaßnahmen planen Sie, um den Vereinigungsprozeß im geistigen, gesellschaftlichen und menschlichen Bereich zu fördern? Wie hoch schätzen Sie den Bedarf an deutschland-/integrationspolitischen Bildungsmaßnahmen in der Zukunft ein?*

Die Ziele und Themenschwerpunkte im Bereich der allgemeinen politischen Bildung der Evang. Akademien sind im Positionspapier des Leiterkreises der Evangelischen Akademien zur Öffentlichen Anhörung am 12./13. Dezember 1988 ausführlich beschrieben.

Aufgrund der deutsch-deutschen Entwicklungen und der politischen Veränderungen in Osteuropa erscheinen sie allerdings in neuem Licht.

So müssen insbesondere Fragen der Identitätsbildung in einem gemeinsamen demokratischen Staat aufgegriffen, demokratische Verhaltensweisen, Interessenvertretung und daraus folgend realitätsbezogenes Handeln gelernt werden. Die ökonomischen Auswirkungen des Einigungsprozesses, verbunden mit hoher Arbeitslosigkeit, machen es notwendig, das Zusammenleben und -arbeiten zwischen Deutschen, Ausländern und Flüchtlingen, Fragen von Extremismus und Gewalt in anderer Weise wie bisher zu betrachten.

Die Distanz von Jugendlichen und Erwachsenen gegenüber politischen Institutionen unserer repräsentativen Demokratie hat sich im Zuge der deutsch-deutschen Vereinigung und deren wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen eher noch verschärft. Es müssen Formen gefunden werden, die demokratische Be-

teilung neu herausfordern, individuelle Bedürfnisse müssen sich gesellschaftlich neu verorten können. Gesellschafts- und wirtschaftsordnungspolitische Entwürfe müssen in diesem Zusammenhang neu diskutiert werden.

Die ökologische Bildung wird auf dem Hintergrund von täglich neu veröffentlichten Berichten über Altlasten, insbesondere in den neuen Bundesländern, und der notwendigen Maßnahmen, die zum Schutz der Erdatmosphäre kurz-, mittel- und langfristig einzuleiten sind, unter Berücksichtigung weiterer Risikofaktoren in unserer Gesellschaft einen noch höheren Schwerpunkt wie bisher einnehmen müssen.

Der europäische Einigungsprozeß (EG-Binnenmarkt '93) und dabei insbesondere die Ausgestaltung des europäischen Sozialraumes, muß auf dem Hintergrund der ökonomischen und sozialen Entwicklung in den osteuropäischen Staaten einerseits, der zunehmenden Verarmung sogenannter Dritt-Welt-Länder andererseits neu thematisiert werden. Das Weltmarktssystem und seine Konsequenzen für die Abhängigkeitsstrukturen und Beziehungen zwischen den Industrienationen und den Ländern der sogenannten Dritten Welt muß stärker wie bisher im Bereich der politischen Bildung ausgeleuchtet werden. Auf diesem Hintergrund stellen sich im übrigen Fragen des multikulturellen Zusammenlebens in ganz neuer Dimension.

Die neue Rolle der Bundesrepublik nach der Vereinigung im Blick auf den Nord-Süd-Konflikt, ihre Mitwirkung in der UNO, die Gestaltung des KSZE-Prozesses in Europa sind weitere Themen, die im Vordergrund stehen werden.

Junge Frauen und Mädchen sind in unserer Gesellschaft nach wie vor benachteiligt (Chancenungleichheit in Arbeit und Beruf). Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit wird weiterhin ein Schwerpunkt im Themenspektrum Evangelischer Akademien sein.

Was die integrationspolitischen Bildungsmaßnahmen betrifft, sind in Antwort auf Frage zwei eine Fülle von Maßnahmen aufgezeigt und beschrieben worden, die Evang. Akademien in der Vergangenheit durchgeführt haben und die so oder in ähnlicher Weise von ihnen auch in Zukunft durchgeführt werden. Die Evang. Akademien orientieren sich in derartigen Maßnahmen mit daran, daß der staatlichen Einheit nicht nur die ökonomische Angleichung und der soziale Ausgleich folgen, sondern die Einigung sich auch in den Köpfen und Herzen der Menschen vollziehen muß. Deshalb stehen weiterhin Begegnungstagen im Vordergrund, aber insbesondere auch diskursiv angelegte offen ausgeschriebene Tagungen, in denen unter Beteiligung der Profession Politik, der Wissenschaft, des bürgerlichen Sachverstands und vom jeweiligen Problemzusammenhang Betroffenen, offene und kontrovers diskutierte politische Fragen einer Lösung zugeführt werden. Ob es dabei um regionale, länder- oder bundesbezogene Fragestellungen geht, hängt von den Bedürfnissen der Menschen, den politischen Herausforderungen und den Kooperationspartnern ab, die immer wieder neu gewonnen werden müssen. Dabei wird es immer notwendig sein zu erkennen, daß es, was die Aufarbeitung der Geschichte und den politisch, wirtschaftlichen, sozialen

und geistig-moralischen Vollzug der Vereinigung betrifft, sich gerade für die Menschen und die Politik in den alten Bundesländern, im Blick auf die westdeutsche Bewußtseinslage viele Fragen neu stellen, die auch eine neue Dialogbereitschaft voraussetzen. Diesen Dialog ernst zu nehmen heißt auch, den Mut zu entwickeln, in der Bundesrepublik Deutschland entwickelte Positionen zu überdenken.

Was den Vereinigungsprozeß im geistigen, gesellschaftlichen und menschlichen Bereich betrifft, stehen wir sicherlich noch ganz am Anfang einer Entwicklung, die sich über Jahrzehnte hinziehen wird. Der Bedarf an integrationspolitischen Bildungsmaßnahmen ist nach Auskunft der Evang. Akademien aller Orten sehr hoch zu veranschlagen. In einer Zeit des Zusammenwachsens und einer Vielzahl offenkundiger ungelöster politischer Probleme war es unverantwortlich, im Jahre 1991 den freien Trägern Mittel für die deutschlandpolitische Bildung und Begegnung zu kürzen bzw. zu streichen. Es ist ein Trugschluß zu glauben, durch eine unkonventionell und großzügige Unterstützung der politischen Stiftungen bei gleichzeitigem Mittelabbau im Bereich der deutschlandpolitischen Bildung und Begegnung der freien Träger, den o. g. Einigungsprozeß angemessen zu befördern.

Die zusätzlich bereitgestellten Mittel von Seiten der Bundeszentrale für politische Bildung und über den Bundesjugendplan sind zwar hilfreich, ermöglichen aber im Bereich der Struktur und Organisationsentwicklung unserer Mitglieder in den neuen Bundesländern keinerlei Hilfestellung beim Erwerb, Bau oder bei Instandsetzung dringend benötigter Bildungseinrichtungen. Eine Mittelzuweisung an die freien Träger in der Höhe der an politische Stiftungen insgesamt verausgabten Mittel wäre daher dringend erforderlich.

5. *Welche Kooperationspartner haben Sie in den neuen Ländern? Mit welchen Mitteln und Methoden sprechen Sie die Menschen in den neuen Ländern an? Konnten Sie bereits Lehrpersonal aus den neuen Ländern gewinnen? Welche Maßnahmen planen Sie zur Aus- und Fortbildung von Lehrpersonal in den neuen Ländern?*

Die Evangelischen Akademien in den alten Bundesländern haben in den Evang. Akademien der neuen Bundesländer, wie an anderer Stelle vermerkt, ihre genuinen Kooperationspartner. Evangelische Akademien sind in Berlin-Brandenburg, Rostock, Greifswald, Magdeburg, Meißen, Görlitz und Neudietendorf (Thüringen) angesiedelt und waren vor und nach der Wende wichtige Agenturen im gesellschaftlichen Umbruch der DDR. Über die gemeinsame Arbeit im Rahmen der Ökumenischen Vereinigung der Akademien und Tagungszentren in Europa bestanden immer wieder Möglichkeiten der Kontakte und Kooperationen, die nach Öffnung der Grenzen ausgebaut und ausgeweitet werden konnten. Über diese Kontakte hinaus bestehen traditionell gute Verbindungen zu Landeskirchen und Kirchengemeinden in den neuen Bundesländern. Über Kooperationen und Kooperationsveranstaltungen mit den Evang. Akademien (Ost) wurden auch vielfältige Verbindungen zu Landesregierungen, Parlamentariern, Vertretern der öffentlichen Dienste und deren Verwaltungen, zu Ein-

richtungen der Wirtschaft und zu den Gewerkschaften, zu Selbsthilfegruppen und Initiativen geschaffen. Verbindungen, die Evang. Akademien (West) zu entsprechenden Gruppierungen in den alten Bundesländern hatten, wurden für die Evang. Akademien Ost fruchtbar gemacht.

Die Ansprache der Menschen erfolgt über diese vielfältigen o. g. Kontakte und über kirchliche Medien. Hinzu kommt eine von Tagung zu Tagung anwachsende Adressen- und Referentenkartei. Wir stellen insbesondere fest, daß Programme Evang. Akademien in von uns schwer nachvollziehbarer Weise auf informellen Kanälen weitergereicht werden. Unser Service, Halbjahresprogramme aller Evangl. Akademien (in Ost und West) herauszugeben, findet zunehmend auch in den neuen Ländern Beachtung. Monatliche Anzeigen in einer großen Wochenzeitung tun ein übriges.

Da viele freie Träger der alten Bundesländer nach der vollzogenen Wende keine originären Kontakte in die neuen Bundesländer hatten, waren wir bei der Kon-

taktvermittlung in den kirchlichen Bereich hinein oftmals behilflich.

Referenten und Lehrpersonal gewinnen wir in den neuen Ländern durch direkte Ansprache und über die Vermittlung kirchlicher Stellen. Bei Anfragen von Referenten aus den neuen Bundesländern, die ihre Mitarbeit von sich aus anbieten, sind die Evang. Akademien Ost wie West zur Zeit allerdings noch zögerlich.

Über die in Frage zwei angesprochenen eigenen Aktivitäten im Bereich von Mitarbeiterqualifizierung, Struktur- und Organisationsentwicklung bieten wir keine speziellen Fortbildungsangebote an. Betriebsräteschulungen und -seminare, Fortbildungsangebote von Multiplikatoren in der Arbeitslosenarbeit und für Lehrer, sowie wirtschafts- und sozialpolitische Einführungsseminare für Multiplikatoren in Kirchengemeinden, Kirchenkreisen, der Diakonie und der Industrie- und Sozialarbeit werden von wenigen Evang. Akademien allerdings angeboten.

In der Hoffnung, daß diese Angaben ausreichen, bin ich

Mit freundlichem Gruß

Theo W. Länge
Geschäftsführer

EVANGELISCHE TRÄGERGRUPPE FÜR GESELLSCHAFTSPOLITISCHE JUGENDBILDUNG

Bad Boll, den 25. Juli 1991

**Betr.: Ihr Schreiben v. 27. Mai 1991,
Bericht der Bundesregierung über den Stand und die Perspektiven der politischen Bildung
in der Bundesrepublik Deutschland**

Sehr geehrter Herr Seraphim,

auf Ihr Schreiben vom 27. Mai d. J. möchte ich – unter Hinweis auf unsere Stellungnahme in dem Hearing zur gleichen Angelegenheit – wie folgt Stellung nehmen. Dabei beziehe ich mich auf die in unserem Bereich stattfindende gesellschaftspolitische Jugendbildung.

Zu Frage 1

Die Teilnehmerstruktur der Jugendtagungen in den alten Bundesländern hat sich nach der deutschen Vereinigung nicht wesentlich verändert. Die ursprüngliche Annahme, es würden nun in größerer Zahl Jugendliche aus den neuen Bundesländern an Tagungen in den alten Bundesländern teilnehmen, hat sich als nicht zutreffend erwiesen. Andererseits haben eine Reihe unserer Träger in Kooperation mit Partnern in den neuen Bundesländern besondere Veranstaltungen für Jugendliche aus den neuen Bundesländern durchgeführt. Auch Begegnungsveranstaltungen zwischen Jugendlichen aus beiden Teilen haben stattgefunden. Ein genauer zahlenmäßiger Überblick über diese Maßnahmen ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich, da uns als mitverantwortlicher Zentralstelle die entsprechenden Verwendungsnachweise erst Anfang nächsten Jahres vorliegen werden.

Zu Frage 2

Über die im vorigen Absatz gemachten Ausführungen hinaus ist eine Erfahrung mitteilenswert, die wir in mehreren Maßnahmen machen konnten, das weit verbreitete Desinteresse auch z. B. von hauptamtlichen Mitarbeitern der Jugendarbeit an Fragen der EG und der europäischen Integration.

Zu Frage 3

Zunächst wird es darum gehen, Wege zu finden, die verständlicher Weise negative Besetzung des Begriffs politische Bildung zu bearbeiten bzw. aufzulösen. Da die gesellschaftspolitische Jugendbildungsarbeit in

den neuen Bundesländern sich erst in der Aufbau-phase befindet (vgl. 5.), wird es die Aufgabe der dort ab Herbst 1991 tätigen Mitarbeiter/innen sein, im Rahmen einer Bedarfsanalyse die wichtigsten Herausforderungen, Themen etc. zu ermitteln. Wir möchten vermeiden, von hier aus Themen überzustülpen.

Zu Frage 4

Der Bedarf an deutschlandpolitischen Bildungsmaßnahmen dürfte auch in der absehbaren Zukunft außerordentlich hoch sein. Auch wenn man davon ausgehen kann, daß das Zusammenwachsen im Bereich der jungen Generation schneller von statten gehen könnte als bei der älteren, so fällt doch auf, daß heute zwischen Jugendlichen aus West und Ost ein markanter Graben besteht, der kurzfristig und intensiv bearbeitet werden muß.

Zu Frage 5

Fünf Akademien aus den neuen Bundesländern sind dem Leiterkreis der Evang. Akademien beigetreten, der sich zugleich in „Evangelische Akademien in Deutschland e. V.“ umbenannt hat. In vier der fünf Akademien wurden, aufgrund der knappen Mittel-lage zunächst per Honorarvertrag, Jugendbildungsreferentenstellen eingerichtet. Dabei handelt es sich ausschließlich um Mitarbeiter aus den neuen Bundesländern. Sie werden in alle bundeszentralen Arbeitszusammenhänge eingebunden, und im September findet ein spezieller einwöchiger Einführungskurs statt.

Sehr geehrter Herr Seraphim, es ließen sich unzählige und eindrucksvolle praktische Erfahrungen aus diesem Kontext berichten, doch dafür ist die knappe Beantwortung Ihrer Fragen sicher nicht der richtige Ort. Für weitere Gespräche stehen wir gerne zur Verfügung. Wir möchten Sie bitten, uns über den weiteren Gang der Angelegenheit auf dem laufenden zu halten.

Es grüßt Sie freundlich

Ihr Wolfgang Lenz

FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG

Königswinter, den 26. Juli 1991

Antwort der Friedrich-Naumann-Stiftung**zur Anfrage des Bundesministers des Innern vom 27. Mai 1991 für den Bericht der Bundesregierung über den Stand und die Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland***Frage 1*

Auf welche Weise haben sich Ziele, Inhalte und Teilnehmerstruktur Ihrer Arbeit seit der Anhörung im Deutschen Bundestag am 8. Mai 1989 geändert? Bitte nennen Sie auch Zahl und Umfang der Veranstaltungen und Maßnahmen, die Sie seit dieser Zeit durchgeführt haben.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung hat von 1989 bis zum 30. Juni 1991 an Veranstaltungen durchgeführt:

Jahr	Veranstaltungen	Teilnehmertage
1989	465	26 100
1990	567	35 100
1991 (30. 6.)	279	18 900

Bereits im Jahre 1988 hat die Friedrich-Naumann-Stiftung eine neue „Konzeption der politischen Bildungsarbeit und der Bildungsstätten“ entwickelt, die in den vergangenen Jahren kontinuierlich fortgeschrieben wurde. Analog zu der quantitativen und qualitativen Ausweitung unserer Bildungsarbeit wurde eine neue Struktur aufgebaut. Die bisherigen Bildungsstätten wurden und werden um weitere Häuser ergänzt, um dort ein Angebot politischer Bildung zu unterbreiten, das Grundlagenwissen über die wichtigsten Bereiche der Politik vermittelt und aktuelle Probleme aufgreift.

Dies geschieht in erster Linie mit dem breiten Spektrum unserer sorgfältig und intensiv entwickelten Seminarreihen. Dabei haben wir bei der Gewichtung des Angebotes auf die Entwicklung im vereinigten Deutschland unmittelbar reagiert (siehe dazu auch die Antwort zur Frage 2). Als wichtiges Ziel streben wir an, unsere Interessenten von der Notwendigkeit zu überzeugen, extremistische politische Positionen zu bekämpfen. Das freiheitliche Zusammenleben der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland wird nur so lange gesichert sein, wie irrationale und polarisierende Parolen politischer Propagandisten nicht verfangen. Die Basis dafür zu schaffen, daß solche Parolen identifiziert werden können, ist Aufgabe politischer Bildung. Diese Bildung muß aus Sicht einer liberalen Stiftung aufklärerisch und darf nicht dogmatisch sein. Sie muß zur Selbstbestimmung, Selbstverantwortung und Kritikfähigkeit verhelfen und darf nicht undemokratischen Rezepten und doktrinärer Einäugigkeit verhaftet sein.

„Erziehung zur Demokratie“ hat Gründervater Theodor Heuss der Friedrich-Naumann-Stiftung zur Aufgabe gemacht. „Unterstützung bei der Grundlegung

der Demokratie im anderen Teil Deutschlands“ war unser Auftrag in den Monaten des Zusammenwachsens der beiden deutschen Staaten. Die Friedrich-Naumann-Stiftung hatte gleich zu Beginn des Jahres 1990 ihr gesamtes Seminarangebot für Teilnehmer aus der DDR geöffnet. Ab Januar 1990 wurden Seminare in der DDR abgehalten, von Berlin aus arbeitete ein eigens bestellter Koordinator, und in den neuen Bundesländern Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern waren ab Mitte Februar 1990 Mitarbeiter der Stiftung vor Ort tätig.

Daneben kamen immer mehr Teilnehmer aus den neuen Ländern in unsere Bildungsstätten im Westen. Wenn auch nicht speziell ausgewiesen als sogenannte „Begegnungsseminare“, so erfüllten diese Veranstaltungen mit „gemischter“ Teilnehmerschaft doch in hohem Maße den Anspruch integrationspolitischer Bildung. Die Begegnung und Diskussion im Seminar sind wichtige Schritte auf dem langen Weg der Integration.

Frage 2

Welche Bildungsmaßnahmen haben Sie in den neuen Ländern (bzw. mit Teilnehmern aus den neuen Ländern) durchgeführt? Welche Erfahrungen haben Sie dabei gemacht (Probleme, angewandte Methoden)? Wieviele Personen aus den neuen Bundesländern haben an Ihren Bildungsmaßnahmen teilgenommen (absolut und prozentual)?

Die Friedrich-Naumann-Stiftung hat im Jahr 1990 161 Seminare in den neuen Bundesländern durchgeführt, an denen ca. 2 500 Menschen teilgenommen haben. (Hinzu kommen 9 Wochen- und 14 Wochenendseminare in Berlin mit 482 Teilnehmern aus der ehemaligen DDR).

Bis zum 30. Juni 1991 wurden 93 Veranstaltungen mit 1 768 Personen durchgeführt. (Hinzu kommen 6 Wochenseminare in Berlin mit 166 Teilnehmern aus den neuen Bundesländern). Nicht quantifizierbar ist die Zahl der Teilnehmer aus den neuen Ländern, die Seminare in unseren Bildungsstätten im Westen besucht haben.

In der Anfangsphase lag der Schwerpunkt unserer Arbeit auf der Seminarreihe „Beteiligungs- und Aktionsformen in der Demokratie“. Mit diesem Seminar-typus wurden drei inhaltliche Punkte verknüpft:

1. Grundfragen liberaler Demokratie,

2. „Neue“ Formen innerverbandlicher Willensbildung, die dem liberalen Demokratieverständnis entsprechen,

3. Formen liberaler Öffentlichkeitsarbeit.

Diese Seminarreihe wurde recht bald ergänzt durch Veranstaltungen zur kommunalen Selbstverwaltung. Gerade im Vorfeld der ersten freien Kommunalwahlen war das Informationsbedürfnis im Hinblick auf Selbstverwaltungsmodelle, auf das Wahlrecht und auf die Rechte und Pflichten der Gemeinden sehr groß. Dieses Informationsbedürfnis hielt auch nach den Wahlen vom 6. Mai 1990 an. Nun waren es die gerade gewählten Mandatsträger, die sich in ihrer neuen Rolle und Verantwortung zurechtfinden mußten und die von daher großes Interesse an kommunalpolitischen Veranstaltungen hatten. Zum Jahresende hin wurden die kommunalpolitischen Veranstaltungen spezifiziert und Spezialangebote zu Fragen der kommunalen Planung und der kommunalen Haushalte unterbreitet.

Über diese beiden thematischen Schwerpunkte hinaus gab es einzelne Veranstaltungen zu Fragen der Grundlagen des Liberalismus, der sozialen Marktwirtschaft, der Gleichberechtigung, des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, sowie Rhetorik-Seminare.

1991 haben wir das Veranstaltungsangebot verbreitert: Neben den bereits 1990 angebotenen Seminaren gab es nun auch Seminare zu Fragen der Finanz- und Steuerpolitik, des europäischen Einigungsprozesses, zur Entwicklungspolitik, Umweltpolitik, Bildungspolitik, Sozialpolitik etc. Es war jedoch schnell erkennbar, daß im Mittelpunkt des Interesses all die Veranstaltungen standen, von denen sich die Teilnehmer einen direkten persönlichen Nutzen erhofften. So waren (und sind) unsere Seminare zur Finanz- und Steuerpolitik die absoluten Spitzenreiter. Allerdings interessieren sich die Teilnehmer hierbei nicht so sehr für Grundsatzfragen der Steuerpolitik, sondern eher dafür, wie sie ihre eigene Steuererklärung am besten ausfüllen können.

Eine sehr hohe Nachfrage gab es nach Seminaren für Schüler, die eine Schülerzeitung ins Leben rufen wollen, und dafür Know how und Anregungen brauchen.

Frage 3

Welche Ziele und Themenschwerpunkte haben Sie sich für Ihre allgemeine politische Bildungsarbeit in nächster Zeit gesetzt? Um welche Zielgruppen wollen Sie sich in nächster Zeit in besonderer Weise bemühen?

Im zweiten Halbjahr 1991 wollen wir unsere erfolgreiche Arbeit des ersten Halbjahres fortsetzen. Der Schwerpunkt liegt weiterhin bei den Veranstaltungen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik und zur Kommunalpolitik. Hier ist die Nachfrage eindeutig am größten. Darüber hinaus wollen wir uns mit speziellen Angeboten an Schüler, Lehrer und Senioren wenden.

Frage 4

Welche konkreten integrationspolitischen Bildungsmaßnahmen planen Sie, um den Vereinigungsprozeß im geistigen, gesellschaftlichen und menschlichen Bereich zu fördern? Wie hoch schätzen Sie den Bedarf an deutschland-/integrationspolitischen Bildungsmaßnahmen in der Zukunft ein?

Grundsätzlich ist der Bedarf an integrationspolitischen Bildungsmaßnahmen hoch einzuschätzen, insbesondere für Themen wie Rechtsstaat, Ausländerfeindlichkeit und Extremismus, weil es hierbei nicht allein um Wissensvermittlung gehen kann. Anzumerken ist jedoch, daß nur ein geringer Prozentsatz der Menschen in den neuen Bundesländern für solche Seminarthemen zu begeistern ist. Die eigenen Sorgen und Probleme stehen für die meisten, insbesondere für die Menschen, die von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen sind, im Mittelpunkt. Das Interesse, sich mit vermeintlich „intellektuellen“ Themen zu beschäftigen, ist in diesen Fällen naturgemäß nicht sehr groß. Erst wenn die schwierigste Phase des Vereinigungsprozesses überwunden und wenn die gravierendsten wirtschaftlichen und sozialen Probleme gelöst sind, werden sich die Menschen Fragen der Integration, des Miteinanders von Ost und West, aber auch der eigenen Vergangenheitsbewältigung zuwenden. Derzeit wird die Kluft zwischen Ost und West eher größer. Daß es mittlerweile sogenannte Wessi-Witze gibt, ist dafür nur ein Symptom.

Frage 5

Welche Kooperationspartner haben Sie in den neuen Ländern? Mit welchen Mitteln und Methoden sprechen Sie die Menschen in den neuen Ländern an? Konnten Sie bereits Lehrpersonal aus den neuen Ländern gewinnen? Welche Maßnahmen planen Sie zur Aus- und Fortbildung von Lehrpersonal in den neuen Ländern?

Die Friedrich-Naumann-Stiftung arbeitet in den neuen Bundesländern derzeit ohne feste Kooperationspartner. Unsere Veranstaltungen sind offen für alle ausgeschrieben. Wir verfügen über eine Datei mit Personen, die ihr Interesse für bestimmte Themen durch das Ausfüllen eines Interessentenbogens bekundet haben. Neue Interessenten gewinnen wir darüber hinaus, indem wir z. B. Schulen direkt anschreiben und um Weitergabe bzw. Aushang von Seminar- einladungen bitten, übrigens durchaus mit Erfolg.

Multiplikatoren für unsere Arbeit sind zuallererst unsere Regionalbeauftragten, die vor Ort in den einzelnen Regionen für die Stiftung werben und hier Interessenten gewinnen.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung hat bereits damit begonnen, Seminarleiter aus den neuen Bundesländern auszubilden. Da dieser Prozeß noch nicht abgeschlossen ist, können hierzu noch keine endgültigen Aussagen getroffen werden.

STIFTUNGSVERBAND REGENBOGEN

Dortmund, den 31. Juli 1991

Betr.: Ihre Anfrage vom 27. Mai 1991 für den Bericht der Bundesregierung über den Stand und die Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit erhalten Sie als Anlage eine Stellungnahme zu den von Ihnen genannten Fragen.

Mit freundlichen Grüßen

Karin Maciejewski

Stellungnahme zur Anfrage vom 27. Mai 1991 für den Bericht der Bundesregierung über den Stand und die Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik

1. Ziele, Inhalte und Teilnehmerstruktur der politischen Bildungsarbeit (Änderungen seit der Anhörung im Deutschen Bundestag am 8. Mai 1989)

Da der Stiftungsverband Regenbogen e. V. und die ihm angeschlossenen Einzelstiftungen Buntstift e. V., Frauen-Anstiftung e. V. und Heinrich-Böll-Stiftung e. V. erst seit 1989 Zuwendungsempfänger sind, hat sich der Aufbau der Stiftung und der politischen Bildungsarbeit von vornherein unter den Bedingungen des Einigungsprozesses vollzogen.

Die politische Bildungsarbeit des Stiftungsverbands Regenbogen e. V. ist orientiert an Praxis und Theorie eines politischen Lernens, in dem gesellschaftliche Umbruchsituationen und notwendige Veränderungen der sozialen und ökologischen Lebensumwelt zur Sprache kommen. Auch in den neuen Bundesländern sind soziale Bewegungen und Bürgerinitiativen mit ihren alternativen Vorstellungen von gesellschaftlicher Entwicklung Ansatzpunkte für die Bildungsarbeit.

Politische Bildung wie in den westlichen Bundesländern war auf dem Gebiet der ehemaligen DDR unbekannt. Vor dem Hintergrund einer von den staatlichen Machtorganisationen diktierten und kontrollierten Gesellschaftspolitik gab es keine Möglichkeit zur Verständigung der Bürger über eigene gesellschaftspolitische Vorstellungen.

Mittlerweile haben Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und sonstige Bildungseinrichtungen damit begon-

nen, die politische Bildung des Westens unverändert auf die neuen Bundesländer zu übertragen.

Die politische Bildungsarbeit des Stiftungsverband Regenbogen e. V. in den neuen Bundesländern will den Ausbau des gesellschaftlichen Dialogs zwischen Ost und West fördern und zur Schaffung eigener, auf die Bedürfnisse der Bevölkerung der neuen Bundesländer abgestimmten Bildungsarbeit beitragen. Hierzu gehören

- die Intensivierung der Arbeit vor Ort,
- die Förderung der infrastrukturellen Bedingungen z. B. für den Aufbau eigener Büros, Bildungswerke und Stiftungen auf Länderebene
- sowie die Fortsetzung und Intensivierung der MultiplikatorInnenarbeit.

Die inländische basisdemokratische Bildungsarbeit des Stiftungsverband Regenbogen e. V. dient — wie in der Vereinskassensatzung festgelegt — nachfolgend benannten allgemeinen und als zusammengehörig zu verstehenden Zielen:

- der Unterstützung eines Denkens und Handelns in Lebenszusammenhängen, das sowohl die historischen Zusammenhänge reflektiert als auch zukunftsweisend ist und eine ökologische, solidarische, demokratische und gewaltfreie Gesellschaft und ein von Dominanz und Abhängigkeit freies Verhältnis der Geschlechter zum Ziel hat;
- der Förderung der Abschaffung von Hunger, Folter und militärischer Bedrohung;

- der Förderung der ökologischen Umgestaltung der Gesellschaft und der Verhinderung der fortschreitenden Zerstörung aller Lebensgrundlagen;
- dem Abbau jeder (geschlechts)hierarchischen Arbeitsteilung und ausbeuterischer Arbeitsbedingungen;
- der Förderung der Menschenrechte und demokratischen Grundrechte weltweit;
- der Verhinderung personaler Gewalt und institutioneller Repression sowie der Verhinderung zuzätzlicher Gewaltakkumulation;
- der Förderung einer eigenständigen sexuellen, kulturellen und sozialen Identität jedes Menschen, um frei von patriarchalen und rassistischen Normen und Wertvorstellungen leben zu können;
- der Förderung von Bedingungen, die die Selbstbestimmung und eigenständige materielle Existenzsicherung jedes Menschen gewährleisten;
- der Förderung von Denken und Handeln in internationalen Zusammenhängen, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens.

2. Durchgeführte Bildungsmaßnahmen in den neuen Ländern bzw. mit TeilnehmerInnen aus den neuen Ländern/Erfahrungen, Probleme

Seit Oktober/November 1990 ist die Situation in den neuen Bundesländern gekennzeichnet durch ökonomische und politische Unsicherheit. Deshalb war die Auseinandersetzung mit der von den Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft vorgedachten und teilweise umgesetzten und finanzierten Entwicklung der DDR-Gesellschaft einer der inhaltlichen Schwerpunkte der durchgeführten Bildungsmaßnahmen.

Es können hier nicht alle bisher durchgeführten Maßnahmen einzeln benannt werden. Zum großen Spektrum der Themen zählen folgende Bereiche:

Selbsthilfe, soziale Deklassierung und Sozialpolitik, Ökologie, Gruppenarbeit und Theorie der Gruppe; Frauenbewegung, AusländerInnen, alternative Lebensformen, Familie, Umgang mit Macht, Gentechnologie, § 218, geschlechtshierarchische Arbeitsteilung und Auswirkungen, Erwerbslosigkeit, Frauenarbeit in Reproduktion und Produktion, Tarifpolitik, betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretung, soziale Absicherung, Bundessozialhilfegesetz, Arbeitsförderungsgesetz, Staat und Militär, Umbrüche in Osteuropa, Ohnmacht der Landwirtschaft gegenüber EG-Markt, zunehmende Verarmung der Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas u. v. a., außerdem Methoden politischer Bildungsarbeit.

Das größte einzelne Projekt war 1990 eine vom Buntstift e. V. durchgeführte Maßnahme unter dem Motto „Perspektive braucht Bewegung“. Die Veranstaltungstour per Bus durch die neuen Bundesländer war zu Gast in 25 Städten. Sie kann als Beispiel für ein Konzept politischer Bildungsarbeit stehen, ein Projekt, das über die üblichen Veranstaltungsangebote hinaus Informationen aufnahm, im Austausch weitergeben konnte und gezielt auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der TeilnehmerInnen in den verschiede-

nen Städten eingehen konnte, z. B. die Thematisierung regionaler Besonderheiten wie Wasser-Analyse, Umweltbelastungen in Wohnhäusern u. a.

Die pädagogischen Ansätze waren so vielfältig wie die Ideen, Methoden und Lernformen in den letzten Jahren, von Referaten und Vorträgen über Workshops, Erfahrungsaustausch, Zukunftswerkstätten und weiteren Formen ganzheitlichen Lernens.

3. Ziele und Themenschwerpunkte in nächster Zeit/Zielgruppen und geplante integrationspolitische Maßnahmen zur Förderung des Vereinigungsprozesses im geistigen, gesellschaftlichen und menschlichen Bereich

Die Durchführung der politischen Bildungsarbeit wird in nächster Zeit weiter wie unter Punkt 1 und 2 beschrieben durchgeführt. Hierbei stehen neben der Fortführung des Dialogs zwischen Einzelpersonen, Institutionen und Bildungseinrichtungen aus Ost und West auch der Aufbau eigener Strukturen in den neuen Bundesländern weiter im Vordergrund. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Gründung der Bildungswerkstatt Brandenburg e. V., die als erste neue Landesstiftung Mitglied im Buntstift e. V. wird.

Thematisch werden folgende Inhalte auch weiter im Mittelpunkt des Interesse stehen:

Ökologie, Frauenbewegung, Selbsthilfe und Projektarbeit, Kulturarbeit, Sozialpolitik/Recht, Erwerbslosigkeit, Gesundheitspolitik, Verfassung, Demokratiefragen, Menschenrechtsfragen, Auseinandersetzung mit der aktuellen Geschichte u. v. a.

4. KooperationspartnerInnen in den neuen Ländern/Mittel und Methoden/geplante Aus- und Fortbildung von Lehrpersonal

Beim Stiftungsverband Regenbogen e. V. und den angeschlossenen Einzelstiftungen wird die Arbeit inhaltlich und organisatorisch von MitarbeiterInnen und Interessierten aus den neuen Bundesländern mitgestaltet. Ferner werden die vorhandenen Kontakte zu Initiativen, Bürgerbewegungen, Einzelpersonen in den neuen Bundesländern weiter intensiviert. Hierzu wird die Unterstützung und Vernetzung von Umwelt-, Kultur-, und Dritte-Welt-Gruppen auf lokaler und regionaler Ebene gehören. Es bestehen auch zahlreiche Kontakte zu Frauenzentren, -häusern bzw. Initiativen zur Gründung, Frauenarchiven, und -dokumentationszentren in verschiedenen Städten. Vorhandene Städtepartnerschaften wie z. B. Hamburg–Dresden sind hierbei hilfreiche Grundlage.

Da die politische Bildungsarbeit des Stiftungsverband Regenbogen e. V. auch verstanden wird als Reflexions-, Lern- und Diskursebene neben und/außerhalb des alltäglichen Handlungs- und Konsensdruckes, bietet sie Zeit und Raum für die Beteiligten, eigene Ideen und Konzepte zu entwickeln. Deshalb werden insbesondere MultiplikatorInnenarbeit und der Ausbau der Seminare zu Methoden der Bildungsarbeit in näherer Zukunft im Vordergrund stehen.

HANNSEIDEL-STIFTUNG EV

München, den 22. Juli 1991

Bericht der Bundesregierung über den Stand und die Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland

(Beschluß des Deutschen Bundestages vom 30. Oktober 1991)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihre Anfrage darf ich entsprechend Ihrer Gliederung wie folgt beantworten:

1. Seit der Anhörung im Deutschen Bundestag vom 8. Mai 1989 haben sich keine wesentlichen Änderungen in den Zielen, Inhalten und Teilnehmerstrukturen der Arbeit des Bildungswerks der Hanns-Seidel-Stiftung ergeben, soweit sie nicht auf die Wiedervereinigung Deutschlands zurückzuführen wären.

Da nur Ganzjahresstatistiken geführt werden, sind Angaben auch nur für einen solchen Zeitraum möglich: 1989 wurden insgesamt 670 Seminare bzw. Veranstaltungen durchgeführt. Unterschieden nach der Dauer waren es 222 Wochenseminare, 201 Dreitage-seminare, 33 Zweitage-seminare, 214 Tagesveranstaltungen. Das ergibt näherungsweise 1 900 Seminartage. An all diesen Veranstaltungen nahmen 21 834 Teilnehmer teil; das Durchschnittsalter betrug 42,2 Jahre.

1990 wurden 673 Seminare bzw. Veranstaltungen durchgeführt. Davon waren 227 Wochenseminare, 223 Dreitage-seminare, 49 Zweitage-seminare und 124 Eintagesveranstaltungen. Das ergibt näherungsweise 2 000 Seminartage. 1990 nahmen an den Veranstaltungen des Bildungswerks 24 302 Bürgerinnen und Bürger teil.

2. In der ehemaligen DDR bzw. in den neuen Ländern wurden 1990 und bis zum 31. Juli 1991 insgesamt 218 Seminare durchgeführt. Zusätzlich zu diesen Seminaren im Beitrittsgebiet führt die Hanns-Seidel-Stiftung seit Anfang des Jahres 1990 Seminare zur politischen Grundinformation für die Bürger in diesem Gebiet durch. Die Themenschwerpunkte waren: Soziale Marktwirtschaft, die Rechtsordnung, der föderalistische Aufbau und das Parteiensystem in der Bundesrepublik Deutschland. Eine der größten Schwierigkeiten bei diesen Seminaren war, daß die Teilnehmer zwar von der Veranstaltung informiert werden konnten, daß die Hanns-Seidel-Stiftung aber mit ihnen nicht mehr so rechtzeitig Kontakt aufnehmen konnte, daß Zu- oder Absagen zu einem Seminar möglich waren. Es galt deshalb der Grundsatz, daß jeder, der aus der DDR bzw. den neuen Bundesländern zu einem solchen Seminar anreiste, auch als Teilnehmer angenommen wurde. Dies führte dazu, daß bei manchen Seminaren deutlich über 300 Teilnehmer anwe-

send waren. Alle methodischen Überlegungen in der bisherigen Seminararbeit waren bei einem so großen Teilnehmerkreis hinfällig. Es versteht sich von daher nahezu von selbst, daß bei diesen Veranstaltungen die politische Information im Vordergrund stand; sonst übliche gruppenspezifische Seminarprozesse waren nahezu ausgeschlossen. Die damit verbundenen „tagungs-logistischen“ Probleme waren groß, aber zu bewältigen. Diese Seminarreihe wird auch 1991 fortgesetzt. Die durchschnittliche Teilnehmerzahl hat sich inzwischen auf dem üblichen Niveau eingependelt. 1990 wurden 41 solcher Seminare durchgeführt mit insgesamt 2 813 Teilnehmern.

Die deutschlandpolitischen Studienreisen in die DDR wurden im August 1990 eingestellt. Die bisherigen Vorbereitungsseminare zu diesen Studienreisen erhielten einen anderen Titel und eine andere Zielsetzung. Sie heißen jetzt „Deutschland und die Wiedervereinigung“. Sie dienen der Information über die Geschichte der ehemaligen DDR und der Situation in den neuen Bundesländern. Sie werden überwiegend von bayerischen Teilnehmern besucht.

Neben diesen Spezialseminaren wurde das gesamte Angebot des Bildungswerks den Bürgern aus den neuen Bundesländern geöffnet. Für diese Teilnehmer war die Seminargebühr bis Ende des Jahres 1990 ermäßigt, die Fahrtkosten wurden pauschaliert und bereits zu Beginn des Seminars ausgezahlt, um der damals noch vorherrschenden Devisenknappheit entgegenzuwirken. Seit 1. Januar 1991 werden bei den Teilnehmern keine Unterschiede mehr gemacht.

Die folgende Übersicht zeigt, wieviele Bürger aus dem Beitrittsgebiet 1989, 1990 und 1991 (bis zum Erhebungsstichtag 22. Juli 1991) an den Seminaren teilgenommen haben und welchem Prozentsatz der Gesamtteilnehmerschaft für 1989 und 1990 dies entspricht.

Übersicht

	1989	1990	1991
Gesamt:	21 834	24 302	15 974
Ostdeutschland	176	12 948	8 373
	(0,07 %)	(53,28 %)	(52,42 %)

Bei diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, daß besonders bei eintägigen Veranstaltungen in den neuen Bundesländern Teilnehmer sich weigern, Anwesenheitslisten auszufüllen und zu unterschreiben. Sie können dann aber von der EDV nicht als Teilnehmer erfaßt und gezählt werden. Tatsächlich dürfte der Anteil der Teilnehmer aus Ostdeutschland noch geringfügig höher liegen. Sowohl 1990 als auch im ersten Halbjahr 1991 lag der Anteil der ostdeutschen Seminarteilnehmer deutlich über dem Anteil der ostdeutschen Interessenten-Adressen (ein Drittel) am Adressenbestand des Bildungswerks.

3. Neben all den mit der Wiedervereinigung Deutschlands zusammenhängenden Themen werden 1991 und 1992 Wirtschaftspolitik, dort vor allen Dingen die Behandlung der grundlegenden Werte der Sozialen Marktwirtschaft, Kommunalpolitik und Umweltpolitik besondere Schwerpunkte darstellen. Grundsätzlich gilt, daß die Auseinandersetzung mit den unserer politischen Ordnung zugrundeliegenden Werten einen vorrangigen Stellenwert einnehmen wird. Das gesamte Themenangebot wird aber so breit wie bisher sein, d. h. ca. 40 Seminarreihen umfassen.
4. Neben den bereits erwähnten Seminaren in den neuen Bundesländern und der fortgeführten Seminarreihe für Bürger aus den neuen Ländern und neben der Tatsache, daß alle Seminare diesen Bürgern offenstehen, ist eine Aktion besonders erwähnenswert: Alle Kommunen bis auf Landkreisebene in den Ländern Thüringen und Sachsen wurden von der Hanns-Seidel-Stiftung zur Jahreswende 1990/91 angeschrieben. Ihnen wurde der Vorschlag gemacht, erfahrene Kommunalpolitiker und

Verwaltungsfachleute aus den Kommunen als Kurzzeitexperten zur Hilfe beim Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung zu entsenden. Am Erhebungsstichtag (22. Juli 1991) lagen 122 Rückmeldungen vor. Aus dieser Beratertätigkeit wird wiederum eine Vielzahl von örtlichen kommunalpolitischen Seminaren hervorgehen.

Nach Einschätzung der Hanns-Seidel-Stiftung ist der Bedarf an deutschland-integrationspolitischen Bildungsmaßnahmen in der Zukunft nach wie vor wachsend. Viele ursprünglich in Bayern geplante Seminare wurden bereits in Sachsen und Thüringen durchgeführt. An ihnen nahmen überwiegend Teilnehmer aus Bayern teil. Auch dies ist ohne Zweifel ein integrationspolitischer Beitrag.

5. Die Hanns-Seidel-Stiftung hat eine Außenstelle des Bildungswerks in Berlin und in Leipzig errichtet. Einen festen Kreis von Kooperationspartnern hat die Hanns-Seidel-Stiftung nicht. In den einzelnen Seminarorten (ähnlich wie in Bayern versucht die Hanns-Seidel-Stiftung in den fünf neuen Bundesländern flächendeckend zu arbeiten) werden Seminarleiter gewonnen, die auch einen großen Teil der logistischen Vorbereitungen übernehmen. Lehrpersonal wurde aus den neuen Ländern nicht gewonnen, obwohl einzelne sich bereits angeboten haben. Die Hanns-Seidel-Stiftung ist aber der Meinung, daß neben dem ohne Zweifel erwerbbareren Wissen ein hohes Maß an Erfahrung und eine langjährige politische Sozialisation eine notwendige Voraussetzung ist, um als Referent in der politischen Bildungsarbeit glaubwürdig auftreten zu können. Infolge dessen sind auch keine Maßnahmen zur Aus- und Fortbildung von Lehrpersonal in den neuen Ländern geplant.

Mit freundlichen Grüßen

Manfred Baumgärtel

